

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

115. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 14. Dezember 1978

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 11496)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 11496)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1020 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 (1100 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichtersteller: Alberer (S. 11496)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichtersteller: Rechberger (S. 11497)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Generalberichtersteller: Josef Schlager (S. 11499 und S. 11595)

Redner: Ing. Sallinger (S. 11500), Mühlbacher (S. 11505), Dr. Stix (S. 11511), Dr. Taus (S. 11518), Dr. Tull (S. 11528), Peter (S. 11536), Sandmeier (S. 11539), Mondl (S. 11543), Dr. Broesigke (S. 11547), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 11550), Hirscher (S. 11553), Dipl.-Vw. Josseck (S. 11556), Ing. Gassner (S. 11560), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 11563), Köck (S. 11567), Dr. Pelikan (S. 11571), Teschl (S. 11573), Westreicher (S. 11575), Voraberger (S. 11580), Landgraf (S. 11581), Bundesminister Dr. Staribacher (S. 11585) und Graf (S. 11589)

Annahme der Beratungsgruppen IX und XI (S. 11596)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1979 (S. 11596)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Neisser, Dr. Ermacora, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Finanzierung des Kasernenbauprogramms (2263/J)

Dr. Neisser, Dr. Ermacora, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Errichtung von Festen Anlagen (2264/J)

Dipl.-Ing. Riegler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Ausschreibung der Funktion eines Leiters der Abt. III/A/9 im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (2265/J)

Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend das Bundesoberstufenrealgymnasium Bad Aussee (2266/J)

Dr. Eduard Moser, Wilhelmine Moser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend das Lichtenfels-Gymnasium in Graz (2267/J)

Dr. Eduard Moser und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend langfristiges Investitionsprogramm (2268/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Wilhelmine Moser und Genossen (2109/AB zu 2135/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Gruber, Dr. Leibenfrost, Schauer und Url.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 2109/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 134/A der Abgeordneten Meißl und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Gewährleistung einer leistungsfähigen Landwirtschaft und zur Sicherung der Ernährung getroffen werden (Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz,

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft und

Antrag 135/A der Abgeordneten Ing. Sallinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Stärkung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (Mittelstandsgesetz)

dem Handelsausschuß.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Schaffung einer Ausfuhrorganisation für Sensen und Sichel sowie die Einführung von Ausfuhrscheinen für Sensen und Sichel aufgehoben wird (1102 der Beilagen),

dem Handelsausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1020 und Zu 1020 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 samt Anlagen (1100 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben

Kapitel 53: Finanzausgleich

Kapitel 54: Bundesvermögen

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Kapitel 56: Familienlastenausgleich

Kapitel 57: Staatsvertrag

Kapitel 59: Finanzschuld

Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)

Kapitel 75: Branntwein (Monopol)

Kapitel 76: Hauptmünzamt

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1020 und Zu 1020 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 samt Anlagen (1100 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen IX Handel, Gewerbe, Industrie und XI Finanzen sowie Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind, zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe IX ist der Herr Abgeordnete Alberer.

Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Alberer:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 in seiner Sitzung am 20. November 1978 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters, Abgeordneten Mühlbacher, in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ sind für das Jahr 1979 im Grundbudget

Ausgaben in der Gesamthöhe von 1 652 515 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Kapitels 63 beträgt 229 613 000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1978 um 11 309 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf

Alberer

1 422 902 000 S, das sind um 281 185 000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 720 413 000 S vorgeschätzt und damit um 71 356 000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1978.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 13,8 Prozent des Gesamtbudgets des Ressorts ausmacht, sind 929 Planstellen, somit um 1 Planstelle mehr als im Vorjahr zugrunde gelegt.

Zum Sachaufwand ist folgendes zu bemerken:

Die Anlagenkredite des Ressorts, welche lediglich 0,1 Prozent des Gesamtressortkredites ausmachen, sind gegenüber dem Vorjahr praktisch fast unverändert geblieben.

Die für das Jahr 1979 veranschlagten Förderungskredite mit einem Anteil von 69,9 Prozent am Ressort-Budget sind gegenüber dem Jahre 1978 um 116,1 Millionen Schilling höher veranschlagt.

Die Kredite für Aufwendungen sind im Bundesvoranschlag 1979 um 165,2 Millionen Schilling höher als im Vorjahr; sie stellen zirka 16 Prozent des Ressort-Gesamtkredites dar.

Die Einnahmen des Ressorts wurden für das Rechnungsjahr 1979 um rund 71 Millionen Schilling höher als für 1978 veranschlagt. Die Mehreinnahmen ergeben sich fast ausschließlich durch die erhöhte Veranschlagung der zu erwartenden Einnahmen an Montangebühren.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter noch 15 Abgeordnete das Wort.

Bei der Abstimmung am 23. November 1978 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zum Spezialberichterstatter für das Haus wurde Abgeordneter Alberer gewählt.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 (1020 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Rechberger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 in seiner Sitzung am 23. November 1978 in Verhandlung gezogen.

Die Gruppe Finanzen umfaßte bis 1978 13 Kapitel, durch die Ausgliederung des Salzmonopols aus dem Bundesbudget ab 1. Jänner 1979 jedoch nur mehr 12 Kapitel. Im Grundbudget sind an Ausgaben rund 104,2 Milliarden Schilling oder rund 36 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und an Einnahmen rund 178,0 Milliarden Schilling oder nahezu drei Viertel der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes im Voranschlag 1979 vorgesehen.

Kapitel 50 „Finanzverwaltung“.

Dieses Kapitel umfaßt das Bundesministerium für Finanzen, die Finanzlandesdirektionen, die Finanz- und Zollämter, für das Österreichische Postsparkassenamt und die Österreichische Salinen AG im wesentlichen nur den Personalaufwand, sowie sonstige zugehörige Ämter. 1979 sind Ausgaben von 7 158 Millionen Schilling gegenüber 6 450 Millionen Schilling im Jahre 1978 und Einnahmen von 1 157 Millionen Schilling gegenüber 1 084 Millionen Schilling im Jahre 1978 vorgesehen.

Die Erhöhung bei den Ausgaben ist auf Personalmehraufwendungen, jedoch vor allem auf die von der Bundesregierung am 18. April 1978 beschlossene Zinsstützungsaktion, zurückzuführen. Insgesamt werden für diese Aktion bis zum Jahr 1984 Budgetmittel in Höhe von 4,5 Milliarden Schilling erforderlich sein, wodurch Kredite für industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte höchstens fünf Jahre lang um maximal 3 Prozent verbilligt werden. Die Vorsorge für das Prämienkontensparen wurde gegenüber 1978 um 50 Millionen Schilling verringert.

Kapitel 51 „Kassenverwaltung“.

Bei diesem Kapitel sind Ausgaben von 2 659 Millionen Schilling und Einnahmen von 2 111 Millionen Schilling vorgesehen. Der Rückgang bei den Ausgaben (-812 Millionen Schilling) beziehungsweise bei den Einnahmen (-846 Millionen Schilling) ist vor allem durch die Verringerung der Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen beziehungsweise die niedriger veranschlagte Entnahme aus Rücklagen bedingt. Weiters wird hier für die Ausgaben und Einnahmen im Effekten- und Geldverkehr des Bundes vorgesorgt.

11498

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Rechberger**Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“.**

Der Veranschlagung für 1979 wurde ein Wachstum des Bruttonationalproduktes um etwa 6,5 Prozent zugrunde gelegt.

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben des Bundes für das Jahr 1979 wurden demgemäß mit 223,8 Milliarden Schilling, die Nettoeinnahmen mit 137,6 Milliarden Schilling geschätzt.

Kapitel 53 „Finanzausgleich“.

Hier sind die Leistungen und Zuschüsse an Länder und Gemeinden und die damit zusammenhängenden Einnahmen veranschlagt. Noch auf der Basis des Finanzausgleichsgesetzes 1973 sind 1979 Ausgaben in Höhe von 2 960 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 794 Millionen Schilling vorgesehen, weil die Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich erst nach Einbringung der Regierungsvorlage abgeschlossen worden sind.

Kapitel 54 „Bundesvermögen“.

Bei diesem Kapitel werden die Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Kapitalbeteiligungen des Bundes, Bundesdarlehen, Haftungsübernahmen und besonderen Zahlungsverpflichtungen veranschlagt. An Ausgaben sind im Jahr 1979 4 406 Millionen Schilling, an Einnahmen 2 866 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 55 „Pensionen (Hoheitsverwaltung)“.

Der Bundesvoranschlag 1979 sieht für dieses Kapitel Ausgaben von 19,5 Milliarden Schilling und Einnahmen von 1,6 Milliarden Schilling vor.

Die Mehrausgaben gegenüber 1978 in Höhe von rund 1,41 Milliarden Schilling ergeben sich bei den Pensionisten der Hoheitsverwaltung des Bundes, für Ersätze der Pensionen der Landeslehrer und beim Pensionsanteil der Österreichischen Bundesbahnen. Die Erhöhung der Einnahmen ist vor allem auf die zweite Etappe der Anhebung des Pensionsbeitrages der Bundesbeamten zurückzuführen.

Kapitel 56 „Familienlastenausgleich“.

1979 sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 29,05 Milliarden Schilling bei diesem Kapitel veranschlagt. Bei den Schulbüchern (100 Millionen Schilling) und bei den Schülerfreifahrten (200 Millionen Schilling) und den Schulfahrtbeihilfen (30 Millionen Schilling) konnten gegenüber dem Vorjahr durch Einsparungsmaßnahmen geringere Beträge veranschlagt werden. Die Einnahmen steigen durch einen höheren Anteil am Einkommen- und Lohnsteueraufkommen, das sich durch den

Wegfall der Kinderabsetzbeträge mit Beginn des Jahres 1978 ergab. Der sich 1979 ergebende Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird aus dem Reservefonds ersetzt (2,28 Milliarden Schilling). Aus zeitlichen Gründen konnte die vorgesehene Erhöhung der Familienbeihilfen ab 1. Jänner 1979 nicht mehr veranschlagt werden.

Kapitel 57 „Staatsvertrag“.

Hier sind 1979 Ausgaben von 557 Millionen Schilling und Einnahmen von 189 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 59 „Finanzschuld“.

Für 1979 sind 35,7 Milliarden Schilling Ausgaben für die Finanzschuld des Bundes, somit um rund 4,8 Milliarden Schilling mehr als 1978, veranschlagt.

Das Mehrerfordernis ist durch höhere Aufwendungen für den Zinsen- und Tilgungsdienst bedingt.

Kapitel 74 „Glücksspiele (Monopol)“.

Im Jahr 1979 stehen Betriebsausgaben von 1 031 Millionen Schilling Betriebseinnahmen von 1 134 Millionen Schilling gegenüber. Der Monopolertrag konnte somit gegenüber 1978 mit 102 Millionen Schilling annähernd unverändert gehalten werden.

Kapitel 75 „Branntwein (Monopol)“.

Im Bundesvoranschlag 1979 sind Betriebsausgaben von 376 Millionen Schilling und Betriebseinnahmen von 977 Millionen Schilling vorgesehen, sodaß sich ein Monopolertrag von 601 Millionen Schilling ergibt.

Kapitel 76 „Hauptmünzamt“.

Bei diesem Kapitel sind 1979 Ausgaben von 482 Millionen Schilling und Einnahmen von 509 Millionen Schilling veranschlagt. Dadurch erhöht sich der Betriebsüberschuß gegenüber 1977 um rund 4 Millionen Schilling auf rund 27 Millionen Schilling.

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Sandmeier, Dr. Broesikge, Mühlbacher, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Prechtl, Kern, Kokail, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Pfeifer, Dr. Pelikan, Mondl, Dr. Leibenfrost, Suppan und Dkfm. DDr. König das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeord-

Rechberger

neten Mühlbacher mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,
dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,
dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,
dem Kapitel 53: Finanzausgleich,
dem Kapitel 54: Bundesvermögen,
dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),
dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,
dem Kapitel 57: Staatsvertrag,
dem Kapitel 59: Finanzschuld,
dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),
dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol) und
dem Kapitel 76: Hauptmünzamt
samt dem zum Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1979 (1020 der Beilagen) mit den dem Spezialbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Es sind eine Reihe von Abänderungen zum Entwurf des Bundesvoranschlags 1979 in 1020 der Beilagen vorhanden. Ich bitte, diese dem Spezialbericht im Detail zu entnehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich bitte nunmehr den Herrn Generalberichterstatter, Abgeordneten Josef Schlager, um seinen Bericht.

Generalberichterstatter Josef Schlager: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen; es sind dies: der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen I a bis I c), der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Stellenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Das Bundesfinanzgesetz:

Der von der Bundesregierung vorgelegte Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1979

stimmt mit dem in Geltung stehenden Bundesfinanzgesetz weitgehend überein. Ebenso sind nähere Details zum Bundesfinanzgesetz dem vorliegenden schriftlichen Bericht des Finanz- und Budgetausschusses zu entnehmen.

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes:

Die Anzahl der systemisierten Personenkraftwagen verminderte sich gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1978 um 22 Fahrzeuge und die Anzahl der Motorräder um 33 Fahrzeuge.

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes:

Die Anzahl der systemisierten Anlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 137 auf 142 erhöht.

Der Stellenplan:

Der Stellenplan für das Jahr 1979 sieht als Gesamtsumme 283 113 Planstellen für Bundesbedienstete und 4 445 Planstellen für jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge vor. Gegenüber 1978 bedeutet dies eine Vermehrung um 1 575 Planstellen, das sind 0,56 von Hundert.

Die Vorbereitung im Finanz- und Budgetausschuß über den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1979, über den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, über den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie über den Stellenplan fand am 23. November 1978 statt.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1979 (1020 und Zu 1020 der Beilagen) sowie dessen

Anlage I – Bundesvoranschlag in der Fassung der Spezialberichte samt

Anlage I a bis I c – Gesamtübersichten unter Berücksichtigung des Abänderungsantrages zur Beratungsgruppe XI (siehe Spezialbericht),

Anlage II – Konjunkturausgleich-Voranschlag samt dessen summarischer Aufgliederung in der Anlage II a,

Anlage III – Stellenplan,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) und

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes (Anlage zum Bundesvoran-

11500

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Josef Schlager

schlag) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Herren Berichterstattern für die Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Sallinger.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen, während wir hier im Parlament das Budget für das kommende Jahr behandelt haben, ist in der Wirtschaft einiges in Bewegung geraten. Die Arbeitsplatzsituation macht uns nach wie vor zunehmende Sorgen, in einigen Betrieben mußten Kündigungen größeren Ausmaßes vorgenommen werden, und einige bedeutende Firmen sind sogar in eine Situation gekommen, wo ihre Existenz bedroht ist.

Auf der anderen Seite werden die konjunkturellen Aussichten sowohl international als auch bei uns in Österreich etwas besser beurteilt, als dies noch vor einigen Wochen der Fall gewesen ist. Viele Staaten melden leichte Aufschwungstendenzen. Und auch bei den Konjunkturgesprächen, die die Bundeswirtschaftskammer alljährlich durchführt und an denen sich rund 300 Firmen aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und auch aus allen Bundesländern beteiligten, hat sich gezeigt, daß die Erwartungen der Unternehmer etwas optimistischer geworden sind. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen ist allerdings unterschiedlich. Besonders schwer ist es in der Eisen- und Metallindustrie, in der Fahrzeugindustrie und, wie wir ja alle wissen, auch in der Bauwirtschaft.

Zur Bauwirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich aber betonen, daß man nicht immer gleich den Unternehmern oder dem Management die Schuld geben soll, sondern daß man sich auch damit befassen soll, wie die Ausschreibungsmöglichkeiten und die Vergabebedingungen sind. Sie sind wesentlich und beeinflussen oft die Unternehmensführung ganz besonders. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung ist sowohl branchenmäßig als auch regional verschieden. In den westlichen Bundesländern sind die Konjunkturaussichten im allgemeinen besser als im Osten Österreichs.

Die österreichischen Exporteure können zwar auf den Auslandsmärkten immer noch beachtliche Erfolge erzielen. Die Exportsteigerungen sind aber nicht – und das möchte ich besonders betonen – auf stärkere Auslandsnachfrage

zurückzuführen, sondern auf wirklich verstärkte Bemühungen unserer Firmen.

Unsere Unternehmer versuchen alles, um eine Auslastung der Kapazitäten herbeizuführen und die Beschäftigung aufrecht zu erhalten. Sie müssen allerdings dabei teilweise sogar Verluste in Kauf nehmen, um die Weltmarktplätze auch weiter behalten zu können. Der Absatz im Inland entwickelt sich aber nach wie vor sehr schwach.

Meine Damen und Herren! So positiv die Anzeichen einer Besserung der Konjunkturlage sind, eine unmittelbare Erleichterung für unsere schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme ist aber nicht zu sehen. Man darf sich weder durch die hohen Beschäftigungsziffern noch durch die steigenden Exporte täuschen lassen. Die Kapazitätsauslastung ist allgemein nach wie vor unbefriedigend, und wir haben eine überaus schlechte Ertragslage. Auf die Ertragslage möchte ich noch öfter zu sprechen kommen, weil sie wesentlich für die Gestaltung unserer Wirtschaft und der Unternehmen ist.

Die Sorge um die Arbeitsplätze bleibt also weiterhin bestehen. Die Sicherung der Arbeitsplätze darf aber kein Wahlkampfthema werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn ich glaube, daß mit einer politischen Propaganda kein einziger Arbeitsplatz gehalten werden kann. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es muß außer Streit stehen, daß die Vollbeschäftigung für uns alle Vorrang hat. Vom Budget aus sind seit langem keine wirksamen Impulse für die Beschäftigung zu erwarten. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat erst kürzlich festgestellt, daß im Budget Spielraum für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen nur mehr in sehr geringem Ausmaß vorhanden ist. Das Institut ist sogar der Auffassung, daß der Bundeshaushalt für 1979 auf die Beschäftigungslage insgesamt negative Auswirkungen hat. Nach Ansicht des Institutes für Wirtschaftsforschung vermindert der wachsende Steuerdruck nicht nur die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe und der Wirtschaft, sondern schwächt auch die inländische Nachfrage, und zwar stärker, als sie von der Ausgabenseite des Budgets her stimuliert wird.

Dazu kommt, daß das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung weiterhin ansteigen. Das bedeutet auf der einen Seite, daß das Budget für das Jahr 1979 keinesfalls einen Beitrag zur Sanierung der Zahlungsbilanz leistet. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Auf der anderen Seite ist der Verschuldungsgrad des Bundes so groß, daß für die gewerbliche Wirtschaft zu wenig Finanzierungsmittel übrig bleiben und die Kreditzinsen auch zu hoch sind.

Ing. Sallinger

Infolge dieser hohen Besteuerung wird die Ertragslage unserer Betriebe immer schlechter und die Eigenkapitalbildung schwieriger. Gleichzeitig wird aber die Fremdfinanzierung wegen der überhöhten Kreditkosten immer teurer. Das, meine Damen und Herren, sind die Schwierigkeiten, vor denen unsere Betriebe jetzt stehen.

In dieser Situation ist es für die Firmen nur ein geringer Trost, wenn der Herr Finanzminister behauptet, daß der Staat auch im kommenden Jahr der Wirtschaft zirka 40 bis 50 Milliarden Schilling für öffentliche Aufträge und für die Erhaltung der Arbeitsplätze zur Verfügung stellen wird. Sicher sind öffentliche Aufträge für die Wirtschaft und auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze wichtig. Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, und das möchte ich sehr deutlich sagen, daß das Geschenke für die Wirtschaft sind.

Die öffentlichen Investitionen erfolgen im Interesse aller Staatsbürger und werden auch durch die Steuermittel dieser Staatsbürger bezahlt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es ist nun einmal die Aufgabe des Staates, im Rahmen der Investitionstätigkeit für eine ausreichende Infrastruktur, für moderne Straßen, für Schulen, für Gerichtsgebäude, für Hochwasserschutz und vieles andere mehr zu sorgen. Dafür werden ja auch die Steuern bezahlt. Der Anteil der Investitionsausgaben an den gesamten Budgetausgaben ist in den letzten Jahren ohnedies immer mehr und mehr zurückgegangen.

Noch wichtiger, meine Damen und Herren, als Aufträge zu vergeben, ist die Aufgabe des Staates, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die den Unternehmen die Möglichkeit gibt, konkurrenzfähig zu sein, Gewinne zu erzielen und auch Investitionen zu tätigen. So, und nur so, können Arbeitsplätze gesichert werden, denn sichere Arbeitsplätze – das kann man nicht oft genug sagen – gibt es nur in gesunden Betrieben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Diese Aufgabe hat die Regierung in den letzten Jahren immer stärker vernachlässigt, im Gegenteil, sie hat die Ertragskraft der Wirtschaft dauernd geschwächt.

Auch im Budget 1979 wird der falsche Weg der Wirtschaftspolitik fortgesetzt, und es wäre – wie ich schon wiederholt betont habe – notwendig, andere Wege in der Wirtschaftspolitik einzuschlagen.

Es fehlt auch nicht an Vorschlägen und an Anregungen von unserer Seite, in welche Richtung und mit welchen Maßnahmen die Wirtschaftspolitik gesteuert werden soll. Die Österreichische Volkspartei hat eine Reihe von konkreten Konzepten für verschiedene Bereiche der Politik und nicht zuletzt auch für die Budgetpolitik vorgelegt.

Die Regierung hat bis heute keine Bereitschaft gezeigt, die Vorschläge der Österreichischen Volkspartei zu berücksichtigen. Auch bei dem Spitzengespräch, das vor einigen Wochen zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei auf Einladung des Herrn Bundeskanzlers stattfand, hat es keine konkreten Gespräche über diese Vorschläge gegeben. Dabei wären in den Konzepten der Österreichischen Volkspartei zur Budgetpolitik und zur Arbeitsplatzsicherung zahlreiche Maßnahmen enthalten, die einiges zur Lösung dieser Probleme beitragen könnten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind der Auffassung – das möchte ich auch sehr klar sagen –, daß unsere Konzepte den richtigen Weg anzeigen. Es wäre zielführender, bei den Budgetausgaben einzusparen, statt den Steuerdruck zu verstärken. Und es wäre besser, Leistung anzuerkennen, Leistung zu fördern, als sie abzuwürgen oder zu bestrafen. Das möchte ich besonders betonen.

Die Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren, kann nur durch eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und nicht durch strukturkonservierende Subventionen an defizitäre Betriebe gesichert werden.

Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Natürlich muß man alles versuchen, Arbeitsplätze zu halten. Öffentliche Subventionen zur Arbeitsplatzsicherung sind meines Erachtens aber nur dann sinnvoll, wenn der geförderte Betrieb durch öffentliche Unterstützung auch eine reelle Chance bekommt, in absehbarer Zeit wieder Gewinne zu erzielen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine Politik aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die kritiklos darauf ausgerichtet ist, mit öffentlichen Mitteln Arbeitsplätze auf jeden Fall zu halten, auch wenn es sich um Arbeitsplätze handelt, die nicht mehr sanierbar sind, muß über kurz oder lang danebengehen. Eine solche Arbeitsplatzsicherung kann auf Dauer nicht finanziert werden. Sie führt zu einer Steuerbelastung und gefährdet damit auch andere Arbeitsplätze, die bisher sicher gewesen sind. Sie bewirkt eine Konservierung der Wirtschaftsstruktur. Und sie bringt Produktivitätsverluste, sie bringt Wettbewerbsverzerrungen für die gesamte Wirtschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie dürfen nicht glauben, daß sich die Menschen in dauersubventionierten Betrieben mit politischen Erklärungen zufriedengeben. Diese Menschen wissen genau – sie sind im Betrieb, sie fühlen es und sie spüren es –, daß ihre Arbeitsplätze letztlich doch bedroht sind. Diese Konsequenz sollte auch einer sozialistischen Regierung zu denken geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

11502

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Ing. Sallinger

Die sozialistische Regierung hält sich zugute, daß wir in Österreich mit gegenwärtig 2,8 Millionen Arbeitern und Angestellten die höchste Beschäftigungszahl seit je haben. Sie hält sich auch zugute, daß durch eine Arbeitsplatzsicherung in der verstaatlichten Industrie die gesamte Vollbeschäftigung gesichert wäre. Tatsächlich aber sind in den letzten Jahren in der verstaatlichten Industrie zirka 4 000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Es darf nicht übersehen werden, daß die verstaatlichte Industrie insgesamt rund 100 000 bis 110 000 Menschen beschäftigt, die Betriebe der Privatwirtschaft hingegen rund 2 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Davon sind zirka 300 000 bis 350 000 in größeren Betrieben und zirka 1,65 bis 1,7 Millionen in den kleinen und in den mittleren Betrieben beschäftigt. Und trotz aller Schwierigkeiten konnte die Vollbeschäftigung bis jetzt gesichert werden, und ich darf hier aussprechen, daß ich als Vertreter der österreichischen Wirtschaft wirklich stolz darauf bin. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mir liegt als Vertreter der Wirtschaft jeder einzelne Arbeitsplatz genauso am Herzen wie den Arbeitnehmervertretern. Mir ist aber auch jeder einzelne Arbeitsplatz gleich wichtig, ob er nun von der verstaatlichten Industrie, von den größeren Privatbetrieben oder von den zahlreichen kleinen und mittleren Betrieben zur Verfügung gestellt wird.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat sich aber gezeigt, daß die Arbeitsplätze in den kleinen und in den mittleren Betrieben krisenfester sind. Ohne die Existenz und die Leistungen der mittelständischen Wirtschaft wird es kaum möglich sein, eine Vollbeschäftigung zu sichern. Dafür hat sich bei den vielen kleinen und mittleren Betrieben noch niemand bedankt. Man hat ihnen Versprechungen gemacht, die nicht gehalten worden sind, man hat ihnen verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, die nur zum Teil verwirklicht worden sind. Ich möchte aber heute allen, die Arbeitsplätze sichern, aber besonders den kleinen und den mittleren Betrieben von hier aus einen wirklich herzlichen Dank sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich begrüße selbstverständlich alle Bemühungen in Österreich, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Bundeskammer ist ständig bemüht, die Absatzchancen unserer Betriebe auch als Zulieferer für ausländische Firmen zu verbessern. Wir haben erreicht, daß viele österreichische Firmen an großen ausländischen Projekten mitarbeiten können, und zwar auch die kleinen und die mittleren Betriebe.

Meine Damen und Herren! Sie werden sich

erinnern, daß es vor einigen Jahren kaum möglich gewesen ist, daß diese kleinen und mittleren Betriebe im Ausland Arbeitsmöglichkeiten gefunden hätten; es war nur von Großbetrieben und vom Bau von Anlagen die Rede. Auch das haben wir goutiert, weil es notwendig ist. Aber jetzt - und das spüren wir besonders im Osten - gibt es wirklich viele Möglichkeiten, diese kleinen und mittleren Betriebe als Zulieferer, aber auch für Spezialerzeugnisse heranzuziehen. Ich selbst bin ja oft im Ausland gewesen, um konkrete Gespräche zu führen und habe dabei im Interesse der Firmen, im Interesse der Wirtschaft und damit auch im Interesse unseres Landes verschiedene Erfolge erzielt.

Es ist sicherlich anzuerkennen, daß sich die Regierung im Ausland bei namhaften Konzernen umschaut und daß sie dort sondiert, ob diese nicht in Österreich die eine oder die andere Produktionsstätte errichten können. Obwohl bei solchen Initiativen alle möglichen staatlichen Förderungen und Begünstigungen angeboten wurden, haben sie bisher noch keine konkreten Ergebnisse gebracht.

Alle diese Bemühungen um mehr Auslandsaufträge und Investitionen in Österreich können aber nicht eine Politik ersetzen, die die in- und ausländische Konkurrenzfähigkeit der heimischen Betriebe stärkt. Zahlungsbilanzdefizite sind nun einmal ein deutliches Anzeichen dafür, daß sich die Wettbewerbskraft der Wirtschaft gegenüber dem Ausland verschlechtert hat. Darüber können auch die prozentuell hohen Zuwachsraten bei den Exporten nicht hinwegtäuschen. Die Firmen können nur noch Exporte tätigen, die kaum mehr kostendeckend sind und machmal auch Verluste bringen. Daher muß man auch hervorheben, daß sich diese Firmen wirklich bemühen, den Weltmarkt zu halten, auch wenn sie Verluste haben. Die Ertragslage der Betriebe ist also trotz steigender Exporte immer schlechter geworden.

Die großartigen Exporterfolge zeigen aber auch, daß unsere Unternehmer tüchtig sind, daß sie Ideen haben. Sie zeigen, daß die berufliche Ausbildung der Jugend in Österreich wirklich hervorragend ist und daß wir wirklich gute Facharbeiter haben. Die Exporterfolge zeigen auch, daß unsere Unternehmer mit ihren Mitarbeitern nicht „danebenproduzieren“, wie dies oft gesagt worden ist. Und ich möchte deshalb auch sagen: Wenn in unserem Lande jemand danebenproduziert, dann ist es die Regierung in ihrer Wirtschaftspolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Thalhammer: Da lacht er selber!)*

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, eine Regierung, die grundlegende

Ing. Sallinger

Zusammenhänge der marktwirtschaftlichen Ordnung leugnet, zu einer wirtschaftsgerechten Politik zu bewegen. Eine Regierung, die für wirtschaftliche Fehlentwicklungen immer wieder das marktwirtschaftliche System und nicht ihre eigenen Fehler verantwortlich macht, wird diese Fehler nie korrigieren wollen oder auch nicht korrigieren können.

Wenn heute in Österreich ein Betrieb Beschäftigte kündigen muß, dann wird sofort behauptet, das seien Auswüchse des Kapitalismus. Wenn aber ein anderer Betrieb Marktchancen wahrnehmen kann, was wir begrüßen, dann ist das ein Erfolg der Regierung und wird als ein Erfolg der sozialistischen Wirtschaftspolitik gefeiert.

Wir wollen uns endlich einmal darauf einigen, meine Damen und Herren, daß wir in Österreich längst nicht mehr im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts leben, sondern daß für die Wirtschaftspolitik unseres Landes seit dem zweiten Weltkrieg das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bestimmend war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß, daß ich hier mit dem Herrn Finanzminister nicht einer Meinung bin *(Abg. Dr. Androsch: Macht ja nichts!)*, aber das macht ja sicherlich nichts, in der Wirtschaftspolitik gibt es das.

Die Soziale Marktwirtschaft hat wirkliche Erfolge gezeitigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Soziale Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, beinhaltet von vornherein den sozialen Ausgleich, eine breite Streuung des Eigentums, einen funktionierenden Wettbewerb und auch bessere Arbeitsbedingungen.

Natürlich gibt es in einer Marktwirtschaft auch Probleme, verschiedene Entwicklungen, verschiedene Auffassungen. Die Marktwirtschaft ist aber kein starres System, sie ist flexibel und kann solche Probleme durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch korrigieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Soziale Marktwirtschaft hat es in Österreich immerhin ermöglicht, für die gesamte Bevölkerung einen hohen Wohlstand und ein großes Maß an sozialer Sicherheit zu erreichen.

In unserem marktwirtschaftlichen System haben auch die Interessenvertretungen mitgewirkt. Die Sozialpartner haben immer über die konkrete Gestaltung der Wirtschafts- und der Sozialpolitik verhandelt. Und in diesen Verhandlungen, wann immer sie waren, habe ich nie gehört, daß diese Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich abgelehnt wird, sondern man hat sich bemüht, im Rahmen dieses Systems tragbare Lösungen zu finden. Und wenn Sie heute unser Wirtschafts- und Sozialsystem in Frage stellen, meine sehr geehrten Damen und

Herren, dann werten Sie Ihre eigenen damaligen Worte und die eigene Leistung ab.

Eines ist allerdings auch in der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich: Man kann nicht mehr verteilen, als wir alle zusammen erarbeiten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das Kunststück, mehr zu verteilen, als wir alle erarbeiten, bringt kein Wirtschaftssystem der Welt zustande. Diese grundlegende Einsicht will die sozialistische Regierung offenbar nicht zur Kenntnis nehmen. Die Sozialisten haben jahrelang probiert, mehr auszugeben, als erwirtschaftet werden kann, und das hat zu der überaus prekären Lage geführt, in der wir uns heute befinden.

Auch das Budget für 1979 bringt weiterhin ein hohes Defizit und ein Ansteigen der Staatsschulden. Sozialistische Politiker und nicht zuletzt der Herr Finanzminister weisen immer auf die angeblich positiven Auswirkungen einer hohen Staatsverschuldung hin. Dabei fällt aber unter den Tisch, daß mit diesen Schulden keine Geschenke gemacht werden können, sondern daß der Steuerzahler diese Schulden auf Heller und Pfennig bezahlen muß. Jeder erwerbstätige Österreicher wird 1979 bereits 10 800 S nur für den Staatsschuldendienst zu zahlen haben. Der gewaltig angestiegene Finanzbedarf des Staates ist nur noch durch eine massive und steigende Steuerbelastung der gesamten Bevölkerung finanzierbar, und ich glaube, das ist niemandem mehr zumutbar.

Deshalb fordern wir, wie ich schon öfter gesagt habe, mit Nachdruck eine grundlegende Änderung der Wirtschafts-, der Finanz- und auch der Steuerpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was die Wirtschaft am dringendsten braucht, ist vorerst ein Belastungsstopp; auch das haben wir von Seite der Wirtschaft schon oft gesagt. Die Regierung muß endlich einsehen, daß die Steuererhöhungen und neue Steuern als zusätzliche Finanzierungsquelle untauglich sind. Sie schädigen die Wirtschaft und bringen auch dem Finanzminister kaum etwas ein, wie das unglückselige Experiment der Lkw-Steuer ja bewiesen hat.

Die Bundesfinanzen können nur durch rigoreuse Einsparungen auf der Ausgabenseite saniert werden. Für kostspielige Soziale Experimente, die die Wirtschaft und das Budget belasten, ist in nächster Zeit, solange die Ertragskraft der Wirtschaft nicht verbessert werden kann, kein Spielraum vorhanden.

Auch hier möchte ich bitte nicht mißverstanden werden: Wir sind nicht gegen eine moderne Sozialpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)* Niemand kann ernstlich leugnen, daß die Wirtschaft wesentlich zu dem sozialen Fortschritt beigetragen hat. Soziale Verbesserungen können aber

11504

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Ing. Sallinger

nur dann gemacht werden, wenn die Wirtschaft es auch verkraften kann.

Die Wirtschaftspolitik muß sich wieder an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientieren können, und was wir brauchen, ist mehr wirtschaftliche Freiheit, mehr Markt und weniger staatliche Eingriffe. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nur so kann wieder ein besseres wirtschaftliches Klima erreicht werden.

Unsere Unternehmer müssen wieder längerfristig planen und auch investieren können; sie müssen die Chance haben, Erträge zu erzielen, und sie müssen auch darauf vertrauen können, daß sie nicht immer wieder mit unvorhergesehenen Belastungen und Wettbewerbsnachteilen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten konfrontiert werden.

Solche Wettbewerbsnachteile machen sich besonders in der Fremdenverkehrswirtschaft, auf die ich hinweisen möchte, und auch besonders bei den kleinen und mittleren Betrieben bemerkbar.

Ich habe den Eindruck, daß sich der Herr Handelsminister viel zu wenig gegen die Belastungen und Diskriminierungen der Wirtschaft wehrt. Er kümmert sich sicher viel um die Konsumentenpolitik und setzt hier auch ziemlich hohe Geldmittel ein. Ich habe nichts gegen Konsumentenpolitik, und auch die Wirtschaft tritt dafür ein. Aber der Handelsminister sollte sich zumindest mit gleichem Nachdruck, und meiner Meinung nach noch viel stärker, gegen die Diskriminierung der Wirtschaft wehren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Wirtschaftsklima in Österreich wird kaum nachhaltig verbessert werden können, wenn die kleinen und mittleren Betriebe von der Wirtschaftspolitik dauernd diskriminiert werden.

Die Österreichische Volkspartei hat daher den Entwurf eines Mittelstandsgesetzes ausgearbeitet und im Parlament eingebracht. Es ist ein Teil einer umfassenden Mittelstandspolitik der Österreichischen Volkspartei. Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, soll sichergestellt werden, daß die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in der Wirtschaftspolitik beachtet werden müssen. Private und öffentliche Unternehmen sollen gleich behandelt werden – das ist bis jetzt nicht der Fall gewesen. Die Gründung und die Übernahme von Betrieben ist ebenso wie die freiberufliche Tätigkeit zu erleichtern und zu fördern. *(Abg. Dr. Androsch: Aber! – Abg. Graf: Das muß Ihnen doch gefallen, Herr Finanzminister, was er da sagt! Ich hoffe, der Herr Kreisky hört zu!)* Ziel dieses Gesetzes ist es auch, einen leistungsgerechten Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

Besonders wichtig für die Entlastung der kleinen und der mittleren Betriebe ist die Vereinfachung der Verwaltung durch klare, übersichtliche und überschaubare Rechtsvorschriften sowie auch die Abgeltung des Verwaltungsaufwandes für die öffentliche Hand. Ich möchte hier gleich ein Beispiel bringen. Es gibt in vielen Bereichen der Wirtschaft solche Abgeltungen: wenn die Post für den ORF die Gebühren einkassiert, die Sozialversicherungsunternehmen untereinander, und ich glaube, daß auch unsere kleinen und mittleren Betriebe ein Recht darauf haben, besonders diese kleinen, für die viele Arbeit eine Abgeltung zu bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Mittelstandsgesetz sieht auch vor, daß die kleinen und mittleren Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stärkere Berücksichtigung finden. Es ist in der letzten Zeit sicher oft der Fall, daß große Bauten aufgeführt werden, wo die vielen Kleinen im einzelnen nicht mitkönnen. Hier könnte man ARGES bilden, damit diese Aufträge aufgeteilt werden und auch die kleinen und mittleren Betriebe an diesen Arbeiten teilhaben können.

Um die Auswirkungen mittelständischer und mittelstandspolitischer Maßnahmen und die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf die kleinen und mittleren Betriebe überprüfen zu können, sieht das Gesetz vor, daß der Handelsminister einmal im Jahr dem Parlament über die Lage der mittelständischen Wirtschaft Rechenschaft geben muß.

Es gibt auch in anderen Bereichen der Politik Berichte an das Parlament – ob das der Sozialbericht ist, ob das der Grüne Plan ist. Wir bejahen diese Berichte, wünschen aber, daß man auch über die mittelständische Wirtschaft hier im Parlament diskutiert.

Ich glaube, dieser wichtige Bereich der österreichischen Wirtschaft hat ein Recht darauf, von der Regierung nicht nur mit Versprechungen bedacht zu werden, sondern auch klar und deutlich zu erfahren, was für die kleinen und die mittleren Betriebe in der Wirtschaftspolitik konkret geschieht oder geschehen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Mittelstandsgesetz wurde von der Österreichischen Volkspartei sorgfältig vorbereitet und ist von der ganzen Partei getragen. Wir haben den Gesetzentwurf nicht zuletzt auch deshalb für notwendig erachtet, weil der Anteil der öffentlichen Mittel für Investitionen und Wirtschaftsförderung von Jahr zu Jahr geringer geworden ist, und auch im Bundesvoranschlag 1979 sind die Förderungsansätze, insbesondere Förderungen für Kleinbetriebe, gegenüber dem letzten Voranschlag nominell gleich geblieben, was real einen Rückgang bedeutet.

Ing. Sallinger

Für einige Kreditaktionen sind zwar die Budgetmittel erhöht worden – was ich durchaus anerkenne –, es darf aber nicht übersehen werden, daß die Förderungen für die mittelständische Wirtschaft und überhaupt für die Wirtschaft wirklich nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was den Betrieben durch zusätzliche Steuerbelastung, wie z. B. durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, durch die Lkw-Steuer und auch durch die Kreditsteuer weggenommen wurde.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, deshalb einladen, mit uns über dieses Mittelstandsgesetz zu reden. Sie können mit Ihrer Zustimmung zu diesem Gesetz zeigen, daß Sie nicht nur darüber sprechen, sondern daß Sie auch wirklich innerlich dafür sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich möchte es einmal noch sehr klar sagen: Wir streben keine strukturkonservierende Subventionspolitik an, sondern eine leistungsfördernde Wirtschaftspolitik. Wir wollen keine Steuergeschenke, sondern eine Steuerpolitik, die die Leistung begünstigt und nicht abwürgt. Wir sind der Auffassung, daß es nur durch eine sparsame Budgetpolitik möglich sein kann, die Belastungswelle zu stoppen und durch Entlastung der Wirtschaft die Wettbewerbskraft der Betriebe zu stärken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wenden uns gegen jede Verunsicherung der Wirtschaft. Wir streben ein Klima des Vertrauens an, in dem sich die Wirtschaft auch entfalten kann. Das letzte Budget der Regierung erfüllt alle diese Forderungen, die wir jetzt und auch in der letzten Zeit aufgestellt haben, eindeutig nicht und wird deshalb von der Österreichischen Volkspartei abgelehnt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Regierung wäre gut beraten, angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Probleme im kommenden Jahr unsere Alternativen und unsere Vorschläge ernst zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn wir heute über die Budgetgruppe Handel und Gewerbe diskutieren, so ist das natürlich nicht nur eine Debatte über die konkreten Zahlen des vorliegenden Budgetentwurfes für das Jahr 1979. Sie kann es gar nicht sein, denn diese Zahlen sind vor dem Hintergrund der Wirtschaftssituation unseres Landes zu sehen. Wir können sie nicht isoliert betrachten, sondern müssen sie eingebettet sehen in das gesamtwirtschaftliche Bild.

Damit wird speziell die Debatte über die Budgetgruppen Handel und Finanzen wie jedes Jahr gleichzeitig auch eine Debatte über die Wirtschaftspolitik der Regierung und über die wirtschaftliche Lage unseres Landes.

Vor welchem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund ist nun der Budgetentwurf für das kommende Jahr zu sehen? Dazu ist grundsätzlich festzuhalten: Oberstes Ziel der Politik dieser Bundesregierung war seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1970 die Sicherung der Arbeitsplätze und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dieses Ziel hat heute nach wie vor Vorrang vor allen anderen Zielen und wird es auch in Zukunft haben. Erreicht soll dieses Ziel durch eine Wirtschaftspolitik werden, welche die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch auf den internationalen Märkten sichert. Daß dies der Regierung Kreisky in den vergangenen acht Jahren in einem Umfang und mit einem so beachtlichen Erfolg gelungen ist, um den uns alle Industriestaaten der westlichen Welt beneiden, ist unbestreitbar und durch Fakten eindeutig belegt. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Wenn es schief geht, ist die Regierung nicht schuld! Aber für die Vollbeschäftigung ist sie verantwortlich!)*

Während die meisten Länder mit schon lange andauernden Beschäftigungsproblemen und Jugendarbeitslosigkeit kämpfen und mit allen dadurch verursachten gefährlichen negativen ökonomischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen fertig werden müssen, hat in Österreich heuer der Beschäftigungsstand mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 2 757 000 Arbeitnehmern eine neue Rekordmarke erreicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist auch angesichts der bedauerlichen Kündigungen der letzten Zeit in einigen Industrieunternehmen ein beachtenswerter Erfolg, der uns nicht in den Schoß gefallen ist und auf den wir mit Recht stolz sein können.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch einige Bemerkungen zu der unterschiedlichen Entwicklung der Beschäftigungszahlen in der Industrie und in der gewerblichen Wirtschaft machen. Es ist richtig, daß die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in den letzten fünf Jahren um rund 70 000 abgenommen hat. Das bedeutet aber keinesfalls zwangsläufig, daß sich die Situation im industriellen Bereich dramatisch verschlechtert hat.

Die Entwicklung der Arbeitskräftezahlen auf dem Sektor der Industrie kann vielmehr als ein Zeichen des erfolgten Strukturwandels gedeutet

11506

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Mühlbacher

werden. Die Modernisierung und die damit Hand in Hand gehende Ausnützung aller Rationalisierungsmöglichkeiten der heimischen Industrie hat - das ist richtig - Arbeitskräfte freigesetzt.

Arbeitsplätze wurden ebenso wie in anderen Industriestaaten wegrationalisiert. Mit diesem Problem sehen sich heute alle entwickelten Industrienationen konfrontiert. Die Ausschöpfung der Rationalisierungsreserven hat aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industriebetriebe gestärkt und damit auch die übrigen Arbeitsplätze in diesem Unternehmen für die Zukunft gesichert.

Entscheidend war in den letzten Jahren und wird es auch in Zukunft bleiben, daß für die Arbeitskräfte, die auf diese Weise ihren Arbeitsplatz verloren haben, in neuen Industriezweigen mit guten Zukunftschancen oder im Bereich des Gewerbes und des großen Sektors der Dienstleistungen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist in den letzten Jahren gelungen. Und niemand kann ernsthaft bestreiten, daß das im hohen Maße mit ein Verdienst der Politik der Regierung Kreisky ist. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Das glauben Sie doch selber nicht!)*

In den Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks, des Gewerbes, des Handels, des Fremdenverkehrs und im Service- und Dienstleistungsbereich sind heute um 200 000 Menschen mehr beschäftigt. Und das - ich habe hier im Hohen Hause schon darauf hingewiesen - ist nicht nur auf die Anmeldung der im Betrieb mittätigen Familienangehörigen allein zurückzuführen. *(Abg. Dr. Mussil: In großem Ausmaß!)* Eine Möglichkeit übrigens, Herr Abgeordneter Mussil, die auch erst diese Regierung über Vorschlag des Freien Wirtschaftsverbandes geschaffen hat und die vielen Selbständigen Vorteile bringt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und - auch darauf habe ich erst dieser Tage hingewiesen - es ist nicht nur die Zahl der selbständig Beschäftigten, die in den letzten Jahren beachtlich gestiegen ist, erstmals gibt es nach einem jahrzehntelangen Rückgang seit zwei Jahren auch bei den Selbständigen in der Gewerblichen Wirtschaft wieder eine Zunahme. Das ist ein eindeutiger Erfolg der Wirtschafts- und Förderungspolitik dieser Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)* Er widerlegt einmal mehr das Märchen von der angeblich wirtschaftsfeindlichen Politik der sozialistischen Regierung.

Diese Aufwärtsentwicklung und die Zunahme der Zahl der Selbständigen wird sich - das kann man schon heute mit berechtigtem Grunde voraussagen - in den nächsten Jahren weiter

fortsetzen. Denn diese Regierung wird ihre Unterstützung für junge, initiative Menschen, die sich eine Existenz als selbständiger Unternehmer aufbauen wollen, weiter verstärken und zusätzlich ausbauen.

In diesem Budgetentwurf sind bereits die Mittel für eine noch bessere Starthilfe für junge Unternehmer vorgesehen. Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr den Förderungsrahmen bei der Existenzgründungsaktion des Bundes von 500 000 S auf 2 Millionen Schilling aufstocken; sie wird allen jungen Unternehmern, die einen Betrieb gründen oder übernehmen, eine nicht rückzahlbare Prämie von 15 Prozent anstatt bisher 12 Prozent bar auf die Hand zahlen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wer gegen die Annahme dieses Budgetentwurfes stimmt, lehnt gleichzeitig auch diese Verbesserung der Förderung der jungen Unternehmer ab. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Widerspruch bei der ÖVP.)*

Es zeigt sich also, meine Damen und Herren, daß es für diese Bundesregierung nicht erst eines eigenen Mittelstandsgesetzes bedarf, um auf die Klein- und Mittelbetriebe in unserem Lande nicht zu vergessen. Diese Regierung war sich der Bedeutung der kleineren und mittleren Unternehmen seit ihrem Amtsantritt voll bewußt und hat ihr durch wirkungsvolle Förderung und Unterstützung in allen Bereichen Rechnung getragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die beste Politik für den gewerblichen Mittelstand wird übrigens nicht durch ein eigenes Mittelstandsgesetz garantiert, sondern nur durch eine Politik, die eine positive Entwicklung der gesamten Wirtschaft ermöglicht und die die Vollbeschäftigung sichert, denn eine prosperierende Wirtschaft und die Aufrechterhaltung einer hohen Kaufkraft der Bevölkerung bieten nach wie vor die besten Voraussetzungen, daß auch die kleineren und mittleren Betriebe blühen und gedeihen.

Was in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt bleiben soll: Die Bundesländer wurden eingeladen, sich dieser Förderungsaktion des Bundes für junge Unternehmer anzuschließen und so die Hilfe für die Jungunternehmer zu verdoppeln. Von den ÖVP-dominierten Ländern hat - soviel ich weiß - bisher noch kein einziges Bereitschaft dazu gezeigt, hier mitzuziehen. Es hat allen Anschein, daß es bei den Landesgewaltigen der ÖVP, wenn sie von Wirtschaftsförderung sprechen, einmal mehr nur bei Erklärungen bleibt, die den Wirtschaftstreibenden leider wenig bringen. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe der Abg. Staudinger und Dr. Mussil.)*

Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß

Mühlbacher

es der Regierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky gelungen ist, die Vollbeschäftigung in unserem Lande aufrechtzuerhalten, hat auch ganz wesentlich dazu beigetragen, daß der soziale Frieden in Österreich in den letzten Jahren gesichert werden konnte. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das gute soziale Klima war ohne Zweifel mit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die positive wirtschaftliche Entwicklung.

Wenn es seit Beginn der siebziger Jahre doch einige Situationen gab, in denen es zu Spannungen kam, so waren daran nicht sachliche wirtschaftliche Gründe schuld; sie wurden nur als Vorwand genommen. Es ist vielmehr der Schluß zulässig, daß ganz andere Motive dahinter standen.

Was waren die Konfliktsituationen und wer war beteiligt an den Aktionen, die sich ausschließlich gegen die sozialistische Bundesregierung richteten? Erinnern wir uns an die vom ÖVP-Bauernbund organisierte Traktorendemonstration. Erinnern wir uns an die vom ÖVP-Wirtschaftsbund organisierte Autofahrt auf der Wiener Ringstraße. Und erinnern wir uns, woher die Streikdrohungen und Protestaktionen der letzten Jahre kamen. Unwillkürlich muß man sich die Frage stellen: War es wirklich nur ein Zufall, daß die Streikdrohungen und Protestaktionen ausgerechnet von jenen Gewerkschaftsgruppen und Standesvertretungen kamen, die von der Österreichischen Volkspartei dominiert werden? Ich nenne nur die Beamten, Ärzte und nun die Richter. Der Verdacht, daß hier die Parteipolitik eine große Rolle spielt, ist naheliegend und nur schwer von der Hand zu weisen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich erinnere auch an die Lkw-Blockade an unseren Grenzen und andere Aktionen, wo ebenfalls der starke Eindruck bestand, daß die Drahtzieher und Hintermänner dieser Aktionen die verdeckte und vielfach auch offene Sympathie von Kreisen genossen, die der ÖVP nahestehen. *(Abg. Graf: Herr Abgeordneter Mühlbacher! Sie sollten zur Polizei gehen, wenn Sie Verdacht haben, dort könnten Sie das austoben! - Abg. Dr. Schwimmer: Der Innenminister findet aber nichts!)* Ich werde Ihnen dann zwischendurch etwas auch an Fakten beweisen, daß das nicht nur ein Verdacht ist. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sind Sie gegen das Streikrecht?)*

Meine Damen und Herren! Niemandem soll in unserem Land das demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung genommen werden und auch nicht das Recht, seine Meinung mit demokratischen Mitteln durchzusetzen versuchen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber ebenso muß es das Recht geben, aufzuzeigen, welche Interessen dahinter stehen und welche Zusammen-

hänge sich dahinter verbergen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)* Daß alle diese Aktionen eindeutig genau in eine parteipolitische Linie passen, ist für viele politisch verantwortungsbewußt denkende Staatsbürger nicht allein mit dem Zufall zu erklären.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang auch nochmals eine grundsätzliche Feststellung zu der in letzter Zeit so hochgespielten Frage der Marktwirtschaft treffen. Die Österreichische Volkspartei versucht hier, die Wirtschaft und die Selbständigen genauso zu verunsichern, wie sie mit ihremerede von der Pensionsgarantie mit der Angst der alternden Menschen in diesem Lande spekuliert.

Lassen Sie mich dazu folgendes mit aller Deutlichkeit sagen: Von der Sozialistischen Partei Österreichs wird eine Wirtschaftsordnung in der Form der zentral gelenkten Planwirtschaft östlicher Prägung kategorisch und mit aller Deutlichkeit abgelehnt. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Aber im Programm ist es!)* Das können Sie nicht nur an der Politik der sozialistischen Bundesregierung klar erkennen, sondern das können Sie auch im neuen Grundsatzprogramm der SPÖ nachlesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir erkennen und anerkennen die Vorzüge der Marktwirtschaft als Organisationsform der Wirtschaft. Sie ist in vielen Bereichen effektiv, kostengünstig und flexibel. Und wir wollen die Vorteile dieses Systems nützen. *(Abg. Dr. Mussil: Aber Sie können das Instrumentarium nicht beherrschen, das ist der Jammer!)* Aber genauso müssen wir erkennen, daß dieses System nicht in allen Bereichen funktioniert, daß es zwangsläufig zu Fehlentwicklungen führt und daß es auf keinen Fall sozial ist, auch wenn es heute als Soziale Marktwirtschaft vermarktet wird.

Würden Sie zu einer seriösen Diskussion über dieses Thema bereit sein, so müßten Sie zugeben, daß es das reine System der Marktwirtschaft in den entwickelten Industriestaaten heute überhaupt nicht gibt. Bei uns nicht und in keinem anderen Land der freien westlichen Welt. Wir Sozialisten sagen das offen und bekennen uns auch dazu, denn wir sind der Auffassung, daß nicht der theoretische Streit, ob unsere Wirtschaftsordnung mit diesem oder jenem Etikett versehen wird, wichtig ist; entscheidend ist für uns, daß die Wirtschaft im Dienste der Gesellschaft und im Dienste der Menschen steht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich dazu zwei typische Beispiele anführen. Bleiben wir bei dem Problem der Sicherung der Arbeitsplätze. Hier wird doch in

Mühlbacher

der praktischen Wirtschaftspolitik unentwegt interveniert, um Unternehmen zu erhalten, die nach den Regeln der Marktwirtschaft eigentlich vom Markt gewischt würden. Kann der Staat, wenn wichtige Bereiche der Wirtschaft in Schwierigkeiten kommen, einfach sagen, sollen sie sehen, wie sie zurechtkommen? Das kann er natürlich nicht. Man kann die Arbeitsplätze einfach nicht allein dem Markt überlassen. Das konnte man nicht in Fohnsdorf, als es mit dem Bergbau zu Ende ging, und das kann man nicht in anderen Wirtschaftsbereichen und in anderen Regionen.

Die Programme der Raumordnungspolitik und die auch von den ÖVP-dominierten Ländern beschlossenen Raumordnungsgesetze vollziehen sich zum Beispiel ganz eindeutig nicht nach den Regeln der Marktwirtschaft. Auch jene Politiker und Interessensvertreter, die ständig von der angeblichen Bedrohung der Marktwirtschaft sprechen, erwarten dann, wenn es einem Unternehmen oder einer ganzen Branche wirtschaftlich schlecht geht, mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung vom Staat Hilfe. Das heißt in der Regel: Geld.

Das gleiche geschieht mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit, wenn es um die Neuansiedlung von Betrieben geht. Es ist eine Tatsache, daß auch jene Firmen, deren positive Einstellung zu den Prinzipien der Marktwirtschaft außer jedem Zweifel steht, von Gemeinden, Land und Bund Begünstigungen und Unterstützungen verlangen und annehmen, ja daß sie in der Regel ihre Wahl des neuen Betriebsstandortes direkt davon abhängig machen.

Mit der gleichen Selbstverständlichkeit bemühen sich alle Politiker – ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit – darum, daß sich Betriebe in ihren Gemeinden und in ihrem Bundesland ansiedeln. Ein typisches Beispiel dafür war das Tauziehen um die neue Fabrik, die die Steyr-Werke und BMW nun gemeinsam in Steyr errichten. Das höchste und großzügigste Angebot kam damals bekanntlich vom Land Steiermark. In den Zeitungen konnte man von einer Lizitation zwischen den ÖVP-Bundesländern lesen.

Meine Damen und Herren! Ich will damit keineswegs sagen, daß ich diese Entwicklung als negativ betrachte, sondern ich will damit zum Ausdruck bringen, daß man die wirtschaftliche Realität zur Kenntnis nehmen sollte. Tatsache ist, daß sich unsere Volkswirtschaft – und nicht nur unsere, sondern auch die Volkswirtschaften in der ganzen Welt – zu einer kooperativen Form der Marktwirtschaft entwickelt hat. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, daß heute überall die Wirtschaft

auf den Staat und natürlich auch der Staat auf die Wirtschaft angewiesen ist. Es geht heute einfach nicht ohne konstruktive und sachliche Zusammenarbeit, wobei der Staat für die Rahmenbedingungen zu sorgen hat, sodaß sich die Wirtschaft entwickeln und entfalten kann.

Das bedeutet in der Praxis Förderung und Unterstützung der Wirtschaft, aber auch Vorsorge, daß die negativen Auswirkungen des marktwirtschaftlichen Systems, etwa die Tendenz zur Konzentration, soweit wie möglich ausgeschaltet werden. Und das bedeutet letztlich, das Wirtschaftsleben durch ein System der sozialen Sicherheit zu ergänzen.

Verehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung hat in den letzten acht Jahren mit ihrer Politik diesen Weg beschritten. Auf die Erfolge und das in dieser Zeit Erreichte können wir mit Recht stolz sein. (*Abg. Dr. Mussil: Sie sind aber bescheiden!*) Viele haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Bundesregierung hat dazu mit einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Politik beigetragen, die auch unpopuläre Maßnahmen (*Abg. Dr. Mussil: Vor allem gegen den Mittelstand!*) nicht scheute, wenn diese notwendig waren. Als Beispiel nenne ich hier nur das Maßnahmenpaket zur Sanierung unserer Leistungsbilanz, das seine Wirkung bekanntlich nicht verfehlt hat.

Einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Aufwärtsentwicklung hat natürlich auch die österreichische Wirtschaft geleistet, und zwar die großen Unternehmen gleichermaßen wie die vielen Klein- und Mittelbetriebe. Sie haben durch ihre unternehmerische Initiative, ihre Dynamik und ihr Vertrauen in die Zukunft, das in den umfangreichen Investitionen seinen Ausdruck findet, und nicht zuletzt auch durch ihr preisbewußtes Verhalten die positive Entwicklung unterstützt und mitgetragen.

Nicht zuletzt haben die Arbeitnehmer durch ihren Fleiß und ihr Können zu dem beachtlichen Aufschwung beigetragen, und ihre Interessenvertretung, die bei ihren Forderungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation Rücksicht genommen hat. Die Gewerkschaften haben sich für ihre verantwortungsvolle Haltung und ihre maßvolle Politik sogar den Vorwurf gefallen lassen müssen, der Regierung die Mauer zu machen. Ihnen allen gebührt für ihre Arbeit und für ihre Leistung unser Dank! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Herr Vizepräsident, bei der Danksagung vergessen Sie die Bundeskammer nicht!*) Sie dürften überhört haben, daß ich die Wirtschaft deutlich und ausführlich genannt habe. (*Abg. Graf: Das ist mir zu wenig, wenn Sie so tun, was ihr einspart in der Bundeskammer, wenn Sie bei der Danksagung die nicht*

Mühlbacher

erwähnen! Das gehört zu der Danksagung dazu, Herr Kollega!

Herr Präsident! Mit dem Einsparen seien Sie vorsichtig (*Abg. Graf: Wirklich?*), denn da beginnt bei mir wieder eine große Ausführung, und die möchte ich heute nicht bringen. (*Abg. Graf: Aber!*) Wir stehen vor Weihnachten, und ich möchte den Weihnachtsfrieden schon beibehalten. (*Abg. Graf: Also dann sagen Sie der Bundeskammer auch schön Dank, denn Sie sind ihr Vizepräsident! - Gegenruf bei der SPÖ. - Abg. Graf: Sie müssen das sagen, was er will; ich weiß!*) Herr Präsident, hören Sie mir jetzt zu!

Wenig beigetragen zur Bewältigung der wirtschaftlich schwierigen Zeit der letzten Jahre - das muß man leider sagen - hat die große Oppositionspartei. Sie hat vielmehr all die Jahre mit ihrer Politik der Schwarzmalerei und Panikmache einen gefährlichen und wenig verantwortungsbewußten Kurs gesteuert. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, in der Öffentlichkeit erklären, auch für eine Politik der Vollbeschäftigung einzutreten, und gleichzeitig die genau für diesen Zweck aufgenommenen Darlehen des Staates demagogisch als Schuldenmacherei heftig kritisieren, so müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, eine doppelbödige Politik zu betreiben. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Prader: Der versteht das nicht!*) Ausgerechnet Sie werden mich das lehren, Herr Prader. (*Abg. Dr. Prader: Das glaube ich, wenn man so daherredet!*) Bei Ihren Panzern rede ich Ihnen auch nicht drein, aber bei meinem Geschäft sollen Sie das auch nicht tun, denn davon verstehen Sie bestimmt nichts. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Anscheinend spekulieren Sie damit, daß die Milliardenbeträge in den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen des Bundeshaushaltes die Vorstellungskraft der meisten Staatsbürger übersteigen.

Die Wahrheit ist - der Finanzbericht 1979 des deutschen Finanzministeriums in Bonn ist dafür sicher eine seriöse und über jeden Verdacht der Manipulation erhabene Unterlage -, daß Österreich unter den westlichen europäischen Industriestaaten, was die Gesamtverschuldung, gemessen am Bruttonationalprodukt, betrifft, an vorletzter Stelle liegt und, berechnet pro Kopf der Bevölkerung, an drittvorletzter Stelle. Das gleiche Bild zeigt sich beim Zinsendienst und beim Budgetdefizit, gemessen an den Gesamtausgaben des Staates. Auch hier liegt Österreich jeweils im letzten Drittel der Rangliste der europäischen Nationen. Übrigens schneidet Österreich im Vergleich zu den zwei großen

außereuropäischen Wirtschaftsmächten USA und Japan wesentlich günstiger ab. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dr. Kausel vom Österreichischen Statistischen Zentralamt stellte dazu in einer umfangreichen Studie lakonisch fest - hören Sie sich das an -: „Die laute Kritik an den österreichischen Staatsfinanzen wirkt bei Heranziehung internationaler Vergleichsdaten einigermaßen befremdend.“ Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Generalsekretär! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nur so, nämlich durch einen internationalen Vergleich, ist ein objektives Urteil möglich. Meine Damen und Herren, ich appelliere hier wirklich an Ihr Verantwortungsbewußtsein. Die Zeit ist zu ernst, um aus Gründen der Parteitaktik mutwillig ein Klima der Unsicherheit zu erzeugen. (*Abg. Dr. Fischer: Das gelingt ihr aber nicht!*)

Besonders heftig wurde in den letzten Jahren auch die Währungspolitik der Bundesregierung kritisiert. Immer wieder wurde die Politik des harten Schillings angeprangert und wurden die schlimmsten Folgen für unsere Wirtschaft vorausgesagt. Was ist von diesen Prophezeiungen eingetroffen? - Gar nichts. Das Gegenteil von dem, was die Opposition vorausgesagt hat, ist geschehen.

Die Hartwährungspolitik war die Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung der Teuerung. Sie hat es erst ermöglicht, daß Österreich heute in Europa zu den Ländern mit der größten Preis- und Währungsstabilität gehört. Die Preisstabilität versetzt die Gewerkschaften in die Lage, sich bei Lohnverhandlungen mit geringeren Forderungen zu begnügen, als dies bei einer hohen Inflationsrate der Fall wäre, was sich zweifellos auf die Lohnkosten und damit auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirkt. (*Abg. Dr. Mussil: Weil in den Betrieben nicht mehr drin ist, das ist der Grund!*)

Die Preisstabilität begünstigt auch die positive Entwicklung eines für unser Land so überaus wichtigen Wirtschaftszweiges, nämlich des Fremdenverkehrs. Für dieses Jahr gibt es wieder eine günstige Bilanz. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil. - Abg. Dr. Fischer: Je weniger der Mussil in der ÖVP zu reden hat, desto mehr schreit er unseren drein!*)

Nach der schon für dieses Jahr wieder günstigen Bilanz, die auch im Sommerfremdenverkehr wieder Zuwächse sowohl bei den Nächtigungen als auch bei den Deviseneinnahmen brachte, zeichnet sich für das kommende Jahr auf Grund der Preisstabilität ein echter Wettbewerbsvorsprung gegenüber unseren

11510

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Mühlbacher

wichtigsten Konkurrenzländern ab. Die Experten sagen voraus, daß die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr im kommenden Jahr um 13 Prozent steigen werden und Österreich sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den anderen wichtigen touristischen Herkunftsländern Marktanteile zurückgewinnen wird.

Begründet wird diese optimistische Einschätzung von den Wirtschafts- und Touristikfachleuten mit der erfolgreichen Stabilitäts- und Währungspolitik der Bundesregierung. So kann wegen der starken relativen Verbilligung Österreichs insbesondere gegenüber dem Konkurrenzland Schweiz mit einer guten Sommersaison gerechnet werden. Die günstige Entwicklung an der Preisfront macht es möglich, daß Österreich im Jahre 1979 als Reiseland gegenüber der internationalen Konkurrenz um etwa 7 Prozent billiger sein wird. Die Preise im Fremdenverkehr werden sich im kommenden Jahr nur um etwa 3,5 Prozent erhöhen.

Ohne Zweifel hat sich auch der von der Bundesregierung seit 1972 beschrittene Weg der Förderung von Qualitätsverbesserungen im Fremdenverkehr bewährt. Dieser Tage konnte Handelsminister Dr. Staribacher die Prämie für das 25 000ste Komfortzimmer, das im Rahmen der von der Regierung geschaffenen Aktion „Komfortzimmer und Sanitäräume“ gefördert wird, übergeben.

Die Bundesregierung wird auch im kommenden Jahr die in den letzten Jahren gewaltig ausgebauten Förderung des Fremdenverkehrs fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ein beträchtlicher Teil der dafür vorgesehenen Mittel ist in der Budgetgruppe Handel des Bundesvoranschlags für das Jahr 1979 bereitgestellt. Insgesamt sind von den in dieser Budgetgruppe vorgesehenen Ausgaben in der Höhe von 1,6 Milliarden Schilling 70 Prozent für die Förderungskredite an die Wirtschaft reserviert. Das bedeutet gegenüber heuer, daß um 116 Millionen Schilling mehr zur Unterstützung der Wirtschaft allein im Ressortbudget des Handelsministers zur Verfügung stehen werden.

Meine Damen und Herren! Aber auch in jenem Bereich, von dem immer wieder behauptet wurde, daß für ihn die Politik des harten Schillings eine Gefahr darstelle, nämlich bei unserer Exportwirtschaft, zeigt die Entwicklung ein völlig anderes Bild.

Anläßlich der Debatte über die Novellierung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes vor wenigen Tagen hier in diesem Haus hat der Herr Abgeordnete Dr. Stix in seinem Beitrag gemeint, daß man in Österreich von einem Gewerbewunder sprechen kann, so erfolgreich und so positiv

war die Entwicklung im Bereich des Handwerks und des produzierenden Gewerbes in den letzten Jahren.

Es ist ebenfalls erst einige Tage her, da hat einer der führenden Experten und besten Kenner der Situation des österreichischen Außenhandels, Kontrollbank-Generaldirektor Dr. Haschek, in einem Gespräch mit Wirtschaftsjournalisten erklärt, angesichts der außerordentlich günstigen Entwicklung im laufenden Jahr könne geradezu von einem Exportwunder gesprochen werden; heuer habe die österreichische Exportwirtschaft Marktanteile wie bisher noch nie gewonnen.

Auch für das kommende Jahr beurteilt der angesehene Fachmann die österreichischen Exportchancen außerordentlich günstig. Die Erklärung für diese überhaupt positive Entwicklung sieht Dr. Haschek darin, daß die Leistungskraft der heimischen Unternehmen weit besser geworden ist, als allgemein angenommen wurde.

Dies zeigt sich auch an der drastischen Verringerung des Leistungsbilanzdefizits auf vermutlich weniger als 10 Milliarden Schilling im heurigen Jahr gegenüber rund dreimal soviel im Jahre 1977; eine Verbesserung, die selbst von Optimisten kaum erwartet worden war.

Über die Situation der österreichischen Exportwirtschaft werden wir noch diese Woche anläßlich der Beschlußfassung über den weiteren Ausbau der Exportförderung Gelegenheit haben zu reden.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftsförderung der Bundesregierung beschränkt sich aber nicht allein auf Finanzierungshilfen, Bürgschaftsübernahmen, Prämien für Investitionen und Zinsenzuschüsse. Auch in zahlreichen legislativen Maßnahmen findet die wirtschaftsgerechte Politik der Regierung Kreisky ihren Niederschlag. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die neue Gewerbeordnung in Erinnerung rufen, weil sie für die Klein- und Mittelbetriebe von so großer Bedeutung ist und weil sie ein Beispiel dafür ist, daß diese Regierung auch jene großen und grundlegenden Reformen durchzuführen imstande war, an denen frühere Regierungen kläglich scheiterten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein Beispiel dafür, daß sich diese Regierung stets und mit Nachdruck auch für die berechtigten Anliegen der Klein- und Mittelbetriebe eingesetzt hat, ist das Gesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen. Erstmals wurde damit ein gesetzlicher Schritt unternommen, die kleineren Betriebe vor dem Mißbrauch der Marktmacht der Konzerne und Großunternehmen und vor den Auswüchsen

Mühlbacher

des Wettbewerbs zu schützen. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Wenn nun dem Parlament ein Initiativantrag zur Ergänzung dieses Gesetzes durch ein Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis vorliegt, so möchte ich auf zweierlei hinweisen. (*Abg. Staudinger: Daß der Haberl dagegen ist!*)

Zum ersten: Daß schon einmal von den Abgeordneten der Regierungspartei ein Gesetzentwurf eingebracht worden war, in dem ein solches Verbot vorgesehen war. Wir haben aber nicht die Absicht, eine Diskussion darüber zu entfesseln, wer zuerst eine solche Maßnahme verlangt hat.

Zum zweiten: Wir sind selbstverständlich dazu bereit, über ein derartiges Verbot zu verhandeln. Nur sind wir der Ansicht, daß, um die Einhaltung eines solchen Verbots auch wirksam kontrollieren zu können, zusätzliche Maßnahmen, begleitende Maßnahmen notwendig sind, zum Beispiel eine Offenlegung der Lieferkonditionen. (*Abg. Staudinger: Das heißt also, Sie sind dann dafür unter diesen Bedingungen?*) Ich sagte es.

Genauso wie wir in diesen Fragen bereit sind, im Interesse der Sache und der Betroffenen nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen, sind wir jederzeit auch in allen anderen Fragen zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit, sofern wir den Willen zu sachlichen und konstruktiven Gesprächen vorfinden.

Ein Bereich, der über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe mitentscheidet, ist die Steuergesetzgebung. Der Grundsatz, von dem wir Sozialisten uns bei der Steuerpolitik leiten lassen, lautet: Das Steuersystem hat sich an dem Prinzip der Leistungsförderung und der Steuergerechtigkeit auszurichten; gleichzeitig soll es für den Steuerzahler möglichst überschaubar sein.

Nach den ersten beiden Grundsätzen sind wir mit den großen Reformen in den letzten Jahren ein gutes Stück weitergekommen. Ich verweise nur auf die Einführung der Mehrwertsteuer, die Änderung im Einkommensteuerrecht und die Abschaffung der Haushaltsbesteuerung.

Mit der geplanten grundlegenden Steuerreform folgt nun ein weiterer wichtiger Schritt, der vor allem eine Vereinfachung und Durchforstung der Steuergesetze und damit auch eine Arbeitsentlastung der Betriebe zum Ziel hat.

Hauptansatzpunkte für die Arbeit der mit den Vorarbeiten dieser Reform beauftragten Kommission aus Steuerexperten und Steuerzahlern werden unter anderem eine Vereinfachung bei der Getränkebesteuerung und bei der Lohnverrechnung sein.

Die Wohnungsbeihilfe in der Höhe von 30 S monatlich, auf die der Top-Manager ebenso Anspruch hat wie der Ausgleichszulagenempfänger, ist ein schon berühmt-berüchtigtes Beispiel dafür, wie reformbedürftig diese Vorschriften sind.

Die Forderung nach einer Vereinfachung gilt aber auch für jene Fälle, in denen die Bestimmungen nur deshalb so kompliziert geworden sind, weil der Gesetzgeber einer ständig wachsenden Zahl von Sonderwünschen und Ausnahmeregelungen Rechnung getragen hat.

Ein weiterer Bereich, der auch neu zu überdenken ist, sind die steuerlichen Investitionsbegünstigungen. Hier wird zu prüfen sein, ob die derzeitige Form der steuerlichen Förderung überhaupt noch sinnvoll und wirksam ist oder ob nicht eine neue Bemessungsgrundlage für die Ertragsbesteuerung geschaffen werden sollte.

Weiters wird zu überlegen sein, ob nicht im Sinne einer spürbaren Arbeitsentlastung der Betriebe und einer Befreiung der Steuerzahler vom Formulkrieg ein Ausbau der Steuerpauschalierung erfolgen sollte.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend möchte ich nochmals festhalten: Die Fakten und die objektive Beurteilung durch Wirtschaftsexperten des In- und Auslandes zeigen, daß sich die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren günstig entwickelt hat und daß sie auch in Zukunft gute Chancen vorfindet.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen dazu war die Wirtschafts- und Budgetpolitik der Bundesregierung. Es ist nicht zu verstehen, daß das Kapitel Handel des vorliegenden Budgetentwurfes, dessen Ausgaben zum weitaus überwiegenden Teil ausschließlich zur Förderung der Wirtschaft bestimmt sind, nicht die Zustimmung der Oppositionsparteien findet.

Wir sehen dieses Budget als einen weiteren wichtigen Beitrag, um Österreichs Wirtschaft weiterhin auf dem Weg des Erfolges zu führen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Mühlbacher hat soeben gemeint, obwohl ein großer Teil des Budgets des Handelsministers der Wirtschaftsförderung zugute komme und dies gesteigert worden sei, verstünde er nicht, warum dann die Opposition ablehnt.

Das ist mit wenigen Worten zu erklären. Es

Dr. Stix

geht ja nicht nur um die Auseinandersetzung in einigen wenigen Teilbereichen der Wirtschaftspolitik, sondern wir haben es hier mit einer Auseinandersetzung mit der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zu tun, auch mit jener wirtschaftspolitischen Tätigkeit des Herrn Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie, die sich nicht direkt und sichtbar in Zahlen in seinem Ressortbudget niederschlägt; das ist beispielsweise der gesamte Komplex der Energiepolitik.

Lassen Sie mich aber, bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, auf einige ganz wenige mir beachtlich erscheinende Feststellungen meiner Vorredner eingehen.

Zunächst vielleicht eine Frage an den Herrn Kollegen Mühlbacher. Er hat wieder die Konfrontation: Soziale Marktwirtschaft - pro und kontra strapaziert. Dabei hat er doch etwas Bemerkenswertes gesagt, was mich eben bewegt, daran eine Frage zu knüpfen. Er hat auf der einen Seite die Marktwirtschaft als prinzipielles System, Regelsystem, mit einigen Pluspunkten versehen und dann heftig gegen eine sich selber überlassene Marktwirtschaft polemisiert.

Nun rennt Herr Abgeordneter Mühlbacher mit dieser Polemik selbstverständlich offene Türen ein, denn niemand in diesem Haus will eine sich völlig selbst überlassene Marktwirtschaft. Das ist eine historische Etappe, die weiß Gott wie lang hinter uns liegt.

Was wir wollen, ist eine gestaltete Marktwirtschaft.

Herr Abgeordneter Mühlbacher hat in der Darstellung dessen, was er als die heutige Wirklichkeit empfindet, gesagt: Wir haben eine kooperative Marktwirtschaft entwickelt. Ich bin einverstanden. Wir Freiheitlichen akzeptieren diesen auch von uns gelegentlich verwendeten Begriff der kooperativen Marktwirtschaft.

Aber nun meine Frage an den Herrn Abgeordneten Mühlbacher: Warum will er dann nicht sagen, daß diese kooperative Marktwirtschaft eine Soziale Marktwirtschaft sein soll? Das ist doch unser Ziel. Ich verstehe nicht, warum er diesen letzten konsequenten Schritt, wenn er ihn seinen eigenen Ausführungen folgen läßt, nicht vollzieht.

Einen anderen Punkt, den Herr Abgeordneter Mühlbacher herausgegriffen hat, muß ich sehr kritisch beleuchten. Er hat sich nahezu gerühmt, daß es ein Erfolg der Politik dieser Bundesregierung sei, daß die Zahl der Selbständigen jetzt wieder im Zunehmen begriffen sei. Ich muß sagen: Nach einem sich total verdüsternden Himmel einen ganz, ganz schmalen Streifen am

Horizont als Wetterumschwung zu deuten, dazu gehört schon sehr viel Mut.

Ich darf ein paar Zahlen nennen: Die Zahl der Selbständigen in allen Bereichen zusammengenommen hat seit 1971 um über 120 000 Existenzen abgenommen, um über 120 000 Existenzen!

Die Entwicklung geht weiter. Die Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes besagen, daß sich bis zum Jahre 1991 die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft noch einmal halbieren wird und im Bereich der Selbständigen in der Nichtlandwirtschaft - also alles andere - von gegenwärtig knapp einer ¼ Million in die Größenordnung von 150 000 absinken wird. Also noch einmal ein gewaltiger Rückgang, beide Bereiche zusammengenommen, um fast ¼ Million Existenzen.

Angesichts dieser Entwicklung kann man doch nicht eine rein statistische, vorübergehende bescheidene zahlenmäßige Zunahme von Kammermitgliedschaften als große Wende proklamieren und als einen Erfolg der Regierungspolitik in bezug auf die Selbständigen deklarieren.

Es bleibt die traurige Wahrheit, daß sich, wenn man 1971 zur Basis nimmt und den Prognosezeitraum bis 1991 miteinschließt, dann in nur zwei Jahrzehnten die Zahl aller Selbständigen in Österreich halbiert haben wird. Ob das ein gewolltes Ergebnis einer angeblich guten Wirtschaftspolitik ist, möchte ich doch sehr, sehr in Frage stellen.

Diese Bedeutung der Wirtschaftspolitik und der Gesellschaftspolitik für den Bereich der selbständig Erwerbstätigen, in allen Bereichen, Freiberufler, Gewerbe, Industrie, aber auch Landwirtschaft, gibt mir nun die Gelegenheit, die Brücke zu meinem anderen Vorredner, Herrn Abgeordneten Sallinger, zu schlagen. Er hat namentlich, gemeinsam mit dem Abgeordneten Dr. Keimel, für die Österreichische Volkspartei den Gesetzentwurf für ein Mittelstandsgesetz eingebracht. Ich möchte namens der freiheitlichen Fraktion sagen, daß wir dieses prinzipiell unterstützen werden, liegt es doch auf der Linie, die auch wir Freiheitlichen seit Jahren eingenommen haben.

Ich darf daran erinnern, daß wir hier im Hause sogar einen Entschließungsantrag eingebracht hatten, der die Regierung auffordern sollte, ein Mittelstandskonzept vorzulegen. Aber Herr Bundesminister Dr. Staribacher, der bekanntlich gegen den Begriff „Mittelstand“ allergisch ist, hat dafür gesorgt, daß diese Entschließung damals keine Mehrheit hier im Plenum gefunden hat.

Dr. Stix

Wir Freiheitlichen hoffen aber, daß nun dieser Gesetzentwurf Sallinger-Keimel doch eine Diskussionsgrundlage ist, von der man einen Schritt in die Richtung weiterkommt, die wir Freiheitlichen uns auch wünschen, daß die Wirtschaftspolitik in Österreich eine mittelstandsbewußte Politik wird.

Dafür gibt es ja auch ganz aktuelle Anlässe. Hat es sich doch gezeigt, daß die enorme Anpassungsfähigkeit, die die österreichische Wirtschaft in den schwierigen Jahren seit 1974 und noch mehr 1975 bewiesen hat, eng mit der Struktur, die wir haben, mit jener Wirtschaftsstruktur, die von kleinen und mittleren Betrieben dominiert wird, in Verbindung steht. Diese haben einen enormen Einsatz geleistet, diese haben eine ganz erstaunliche Leistungsfähigkeit und eben auch jene Anpassungsfähigkeit bewiesen, die der österreichischen Wirtschaft insgesamt dann zugute gekommen ist.

Wir haben also allen Grund, in Österreich eine bewußte Mittelstandspolitik zu treiben, weil das gleichzeitig eine dynamische Stabilisierung der österreichischen Wirtschaftssituation in der Welt sicherstellen kann.

Damit kommen wir zur gesamten wirtschaftlichen Situation. Ich kann nicht so ohneweiters in das Loblied meines Vorredners einstimmen, der hinweist auf den relativ guten Zustand, den die österreichische Wirtschaft derzeit aufweist, und sagt: Wir müssen nur so weiter machen, dann wird das aufrechterhalten werden können. Die tatsächlichen Entwicklungen zeigen doch etwas anderes.

Während bisher Österreich von ärgeren Krisen auf dem Arbeitsmarkt verschont schien, zeigen doch jetzt spektakuläre Kündigungen und da und dort sich häufende Meldungen über die Freisetzung von Arbeitskräften, daß auch bei uns die Dinge nicht mehr so weiter laufen werden wie bisher. Stichwort Eumig, Stichwort Vöslauer!

Aber wir wissen doch auch, daß der gesamte Eisen-, Metall- und Stahlsektor vor ganz großen Beschäftigungsproblemen steht. Wir wissen doch, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie nicht losgelöst von jener Strukturkrise, die weltweit die Stahlindustrie schüttelt, betrachtet werden kann.

Erst heute kam in den Nachrichten die Meldung, daß in der französischen Stahlindustrie in den nächsten Jahren Pläne für die Freisetzung von vielen tausenden von Arbeitskräften bestehen. Und das alles sind auch in Österreich ernst zu nehmende Signale, weil sich nämlich jetzt die Frage stellt – und der kann man nicht ausweichen –: Wie entwickelt sich die Beschäftigungslage in den westlichen Industrie-

ländern insgesamt weiter? Haben wir es mit einem konjunkturellen Wellental zu tun, oder verbirgt sich dahinter eine größere Strukturkrise? Und wie sieht das in bezug auf die spezifisch österreichische Situation aus?

Es ist richtig, daß die österreichische Beschäftigungssituation in den letzten Jahren und bis heute deutlich besser war als die Entwicklung im gesamten OECD-Raum. Während im gesamten OECD-Raum allmählich die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen in Richtung der amerikanischen Situation tendiert, nämlich 4 Prozent aufwärts gegen 6 Prozent, teilweise 7 Prozent, die USA sind 1978 jetzt bei etwa 6,5 Prozent, also eine gewisse Tendenz zu einer vereinheitlichten, die ganzen westlichen Industrieländer umfassenden zunehmenden Arbeitslosigkeit, war Österreich tatsächlich bisher günstiger dran.

Die Arbeitslosenraten schwankten die ganzen Jahre um die 2 Prozent. Das kann man als einen Zustand der Vollbeschäftigung bezeichnen, den übrigens auch die Schweiz hat, die noch günstigere Zahlen aufweist. Beides freilich, das gilt verstärkt für die Schweiz, abgeschwächt auch für Österreich, verbunden mit dem Abbau von Gastarbeitern.

Aber die Arbeitsmarktprognose des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung sagt, daß auch für Österreich diese Zeit der günstigen Beschäftigungsquoten vorbei ist und wir nunmehr in Jahre geraten, in denen wir mit zunehmender Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.

So schrieb etwa Anfang des Jahres in einem Kommentar Felix Butschek wörtlich: „Zwar ist Österreich bisher (von der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten) kaum betroffen, doch läßt sich auch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ein grundlegender Wandel feststellen.“

Für das Jahr 1979 gehen die Prognosen schon in Richtung 2,5 Prozent. Wenn ich mir etwa den jüngsten OECD-Bericht vornehme, der derzeit leider nur in englisch vorliegt, dann schreibt auch dieser OECD-Bericht, daß für die nächsten Jahre wegen des zu erwartenden abgeschwächten Wachstums auch in Österreich die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die auf den Arbeitsmarkt neu strömenden Arbeitskräfte nicht mehr in vollem Ausmaß untergebracht werden können, das heißt, die Arbeitslosenrate wird auch in Österreich steigen. Wir werden auf diese Beurteilung noch zurückkommen, weil sie auch mit der Verschiebung vom sekundären zum tertiären Sektor zusammenhängt, das heißt, mit der starken Expansion im Dienstleistungssektor, der es bisher erlaubt hat, Arbeitskräfte in Österreich immer noch aufzunehmen.

Dr. Stix

Aber zurück zu der Frage: Haben wir es mit einem größeren Konjunkturreinbruch zu tun oder stehen wir vor der Situation, in eine längerdauernde Strukturkrise zu rutschen? Ich persönlich beurteile die Sache so, daß ein vorübergehender Einbruch der konjunkturellen Entwicklung, speziell die Zeit nach dem Erdölschock, in den Jahren 1974/75 zu einem Konjunkturreinbruch gebracht hat, der eine darunter lauernernde Strukturkrise erstmals sichtbar gemacht hat.

Während sich überall noch die Wirtschaftspolitik damit beschäftigt, diesen Konjunkturreinbruch zu überwinden, haben wir es in Wahrheit mit einer nunmehr an die Oberfläche gedruckenen Strukturkrise zu tun. Es ist erstaunlich, wie sich überall noch die Hoffnungen an Meldungen klammern, wie etwa: Weltkonjunktur blüht etwas auf. Es hat das Wirtschaftsforschungsinstitut in einer Studie aus der jüngsten Zeit darauf hingewiesen, daß das Wachstum in den europäischen Industrieländern wieder etwas kräftiger sein werde. Aber die Erwartungen pendeln um Werte von 2,5 Prozent bis 3 Prozent, also bei weitem nicht mehr das, was wir in den letzten Jahren vor der Rezession 1974/75 gewöhnt waren.

Und auch der jüngste amerikanische Konjunkturaufschwung zeigt bereits wieder gewisse Abschwächungserscheinungen, und es tritt auch konjunkturell auf, was ich vorhin schon hinsichtlich der Beschäftigungssituation sagte, wir erleben irgendwo ein synchrones Einpendeln der westlichen Industrieländer auf eine schwache Wachstumsphase, verbunden mit zunehmenden Beschäftigungsproblemen.

Noch einmal zurück zur österreichischen Situation. Warum ist die österreichische Situation so günstig? Zum einen, und das verdanken wir wiederum unserer mittelständisch klein- und mittelbetrieblich strukturierten Wirtschaft, war es der Dienstleistungssektor, der expandieren konnte und Arbeitskräfte aufgenommen hat.

Es schreiben hier die OECD-Prüfer ausdrücklich: „Continued expansion of employment in the tertiary sector is the main explanatory factor . . .“ Das heißt, die Aufnahmefähigkeit des Dienstleistungssektors ist der Hauptklärungsgrund, warum es Österreich anders als den anderen europäischen Ländern gelungen ist, diesen Beschäftigungsstand aufrechtzuerhalten.

Eine zweite erfreuliche Erklärungstatsache ist die günstige Entwicklung unserer Exporte. Es ist richtig, daß da eine außerordentliche Leistung von seiten unserer Wirtschaft erbracht wurde. Nur darf man sich bitte wiederum nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter diesem Erfolg, der fürs erste ins Auge sticht, nämlich die relativ starken Zuwachsraten auf dem Exportsektor,

nach wie vor ungelöste Probleme verbergen, die sich keineswegs entschärft haben, sondern weiter verschärfen.

Auch hier weist der OECD-Prüfungsbericht darauf hin, daß die Importe nicht nennenswert abgenommen haben. Es wird sogar der Erwartung Ausdruck verliehen, daß der in Österreich notwendige Nachfrageschub von privater Seite, der gebraucht wird in diesem, vor allem im nächsten Jahr, wiederum verhindert wird, daß die Importe absinken.

Bezüglich der Exporte bestätigen die OECD-Prüfer das, was aus Kreisen der österreichischen Wirtschaft die ganze Zeit schon gesagt wird, was übrigens auch Herr Abgeordneter Sallinger hier erwähnt hat, die OECD-Prüfer sagen ausdrücklich, daß diese Exporterfolge der österreichischen Wirtschaft mit einem rapiden Schrumpfen des cash flow erkauft worden sind, mit einer Verschlechterung ihrer Kosten-Ertrags-Situation seit 1973 und damit mit einer Situation, die sie einerseits ertragsmäßig von den Preisen her, die sie erzielen, und von den Kosten, die ihnen inländisch erwachsen, andererseits her auf die Dauer nicht durchstehen können. Daher sind die OECD-Prüfer in ihrem Bericht sehr skeptisch hinsichtlich der weiteren Entwicklung und getrauen sich nicht völlig klar abzuschätzen, ob diese vorübergehenden Exportgewinne – market gains – in Zukunft von der österreichischen Wirtschaft gehalten werden können. Das heißt: Im Moment schaut es gut aus, Herr Bundesminister, aber wir sind nicht aus dem Schneider!

Der Außenhandel hat eben Probleme, die nicht nur damit zu lösen sind, daß man die Exportgarantien ausbaut, daß man Exportkredite ausbaut – das alles ist notwendig, ist gut, ich stehe nicht an, die diesbezüglich erreichten Fortschritte anzuerkennen –, aber was letzten Endes wiegt, ist der gesamtwirtschaftliche Datenrahmen. Und der sieht eben für unseren Außenhandel nicht gut aus.

Man kann aber nicht allein über den Außenhandel sprechen, indem man nur über den Warenhandel spricht, sondern man muß in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu unserem indirekten Export sagen, zum Fremdenverkehr.

Ich persönlich, Herr Bundesminister, möchte hiemit das Wort „Fremdenverkehr“ zum letztenmal in den Mund genommen haben. Wir kennen seit Jahren die Diskussion um die richtige Bezeichnung für diesen so wichtigen Wirtschaftszweig. Es ist kein sehr public relations-wirksamer Name, wenn man die „Fremden“ da immer wieder hineinbringt in diesen Begriff. Es gibt da eine ziemlich übereinstimmende Meinung unter den Fachleuten und allen daran Beteiligten

Dr. Stix

ten, daß man hier eigentlich einen anderen Begriff verwenden sollte. Der Bundesminister hat seinerzeit eine derartige Absichtserklärung abgegeben. Dabei ist es aber geblieben.

Ich selbst möchte daher, um diese Diskussion wieder in Gang zu bringen, einen Vorschlag machen. Ich glaube, wir sollten auf ein altes Wort in unserer Sprache zurückgreifen, auf das Wort „Gästewirtschaft“. Wir könnten es im Bezug auf den sogenannten Fremdenverkehr ohneweiters in einer Mehrzahlform verwenden und in Zukunft statt von „Fremdenverkehr“ von „Gästewirtschaft“ sprechen. Es klingt das viel freundlicher und würde beitragen, jene österreichische Atmosphäre zu verbessern und in diesem Bereich sogar erst neu zu schaffen, die so ein wichtiges Kriterium für ein Blühen und Gedeihen unserer Gästewirtschaft ist.

Daher werde ich mir erlauben, Herr Bundesminister, fortan nicht von „Fremdenverkehr“, sondern von „Gästewirtschaft“ zu sprechen. Und sollten Sie mich dabei ertappen, Herr Bundesminister, daß auch ich in die alte Gewohnheit zurückverfalle und den von mir soeben kritisierten Begriff verwende, dann dürfen Sie mich erinnern; ich werde dann jedesmal einen Strafschilling auf Ihr Pult legen.

Die österreichische Gästewirtschaft ist eine unserer Säulen sowohl was die Zahlungsbilanz betrifft, als auch was die Beschäftigungssituation in Österreich betrifft. Diese Säule wankt nur deswegen nicht unter den Belastungen, die man auf sie getürmt hat, weil es sich um einen überwiegend von Familienbetrieben getragenen Wirtschaftszweig handelt und dort mit einem ganz ungeheuren Arbeits- und Zeiteinsatz um den wirtschaftlichen Erfolg einfach buchstäblich Tag und Nacht gekämpft wird. Nur diese ungeheure Leistungsbereitschaft in unserer Gästewirtschaft hat verhindert, daß die Einbrüche im Tourismus größer geworden sind, als sie tatsächlich zum Glück nur eingetreten sind.

Wir wissen seit Jahren, daß wir im Sommertourismus stagnieren. Wir haben nach wie vor Wachstumsaussichten für den Wintertourismus. Aber insgesamt zeigt sich deutlich, daß die österreichische Gästewirtschaft an einem Plafond angekommen ist und daß es sehr schwierig wird, ihre Position in Zukunft auszubauen. Es wird wahrscheinlich auch schwierig werden, sie abzusichern, so wie sie ist. Da kann man wieder nicht vorbeigehen an den außenwirtschaftlichen Gesamtdaten.

Ich möchte hier einmal an die Schweizer Situation anknüpfen. Bekanntlich ist der Schweizer Franken in einem ganz enormen Ausmaß, speziell gegenüber der D-Mark, aufgewertet worden. Das hat zur Folge gehabt, daß die

Schweizer Gästewirtschaft enorme Einbußen an Besuchern aus der Bundesrepublik, aus Westdeutschland erlitten hat. Um sich zu wehren, mußten in manchen Bereichen die Schweizer Hoteliers dazu übergehen, eigene, günstigere Franken-Wechselkurse für die D-Mark einzuführen, als es dem offiziellen Wechselkurs entsprach.

Mir ist bekannt, Herr Bundesminister, daß derartiges auch schon in einigen Bereichen der österreichischen Gästewirtschaft diskutiert wird. Aber das, bitte, möchte ich als ein Alarmzeichen betrachten. Denn wenn auch die österreichische Gästewirtschaft zu einer solchen Selbsthilfemaßnahme gezwungen würde, dann nur aus einer finanziellen Notsituation heraus. Es bedeutet das einen Mangel an volkswirtschaftlicher Solidarität für einen schwer kämpfenden Wirtschaftszweig!

Das zur Situation des österreichischen Außenhandels, des österreichischen Dienstleistungssektors, soweit er die Gästewirtschaft betrifft. Nun zurück zu der Hauptfrage, die mich heute hier beschäftigt: Haben wir es mehr mit einer Strukturkrise zu tun? Wenn ja: Wie muß die österreichische Wirtschaftspolitik in Zukunft ausschauen, um diese zu meistern?

Ich persönlich glaube nicht daran, daß wir eine vorübergehende Wirtschaftsabschwächung erleben. Es gibt viele Indizien dafür – und die Beweise wären in seitenlangen Aufstellungen ohne weiteres zu erbringen –, daß wir einfach eine Wachstumsphase von drei Jahrzehnten abgeschlossen haben mit folgendem Effekt: Auf der einen Seite immer mehr Bereiche, wo sich Sättigungstendenzen in der Nachfrage, Sättigungstendenzen auf den Märkten abzeichnen, auf der anderen Seite eine hervorragend produktiv ausgebaute Wirtschaft mit einer Leistungskapazität, die eben auf jene Wachstumserfordernisse und Wachstumsmöglichkeiten abgestellt ist, die wir nach 1945 hatten und die wir derzeit nicht mehr haben.

Auch die Bevölkerungsentwicklung ist ja ein ganz signifikanter Faktor in diesem Szenario. Eine wachsende Bevölkerung bedeutet zunächst einmal auf jeden Fall mehr Nachfrage. Das ist das, was den Wirtschaftsmotor im Gange hält. Umgekehrt bedeutet eine stagnierende – oder wie wir es jetzt in den westlichen Industrieländern einschließlich Österreich schon haben: eine rückläufige – Bevölkerungsentwicklung, daß primär Nachfrage ausfällt. Das gehört eben zu jener Tendenz der sich sättigenden Märkte, betrifft aber auch die Bauwirtschaft, betrifft etwa die Motorisierung, wenn wir uns überlegen, daß wir kurz vor der Vollmotorisierung stehen. Das alles sind nur Indizien für die These, daß wir es in Wahrheit mit einer Strukturkrise zu tun

Dr. Stix

haben. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn das aber richtig ist, was ich glaube, bedeutet es, daß die Wirtschaftspolitik völlig umdenken muß. Es bedeutet dann, daß wir nicht mit jenen Rezepten weitermachen können, die wir in der Vergangenheit so erfolgreich angewendet haben. Es ist auch nicht damit getan, daß man eines der bisher besonders gut funktionierenden Rezepte nun extensiv weiterspielt. Ich meine das Rezept: Einfach Investitionen ankurbeln, egal wie; dann wird die Wirtschaft wachsen, dann werden wir diese Probleme lösen.

Ich halte das für einen gefährlichen Irrtum, ich halte das für eine kardinale Fehleinschätzung der Situation. Es gibt genügend Autoren, etwa Gaspari - Millendorfer, die darauf hinweisen, daß man hier nur zu einem Durchdrehen der Räder kommen wird. Denn warum wird primär investiert? Doch nur, weil man damit etwas produzieren will, von dem man erwartet, daß es gekauft wird, daß es Nachfrage gibt. Wenn keine Verkaufserfolge erwartet werden, wenn keine Nachfrage oder keine Mehrnachfrage erwartet wird, dann wird auch nicht investiert werden, es sei denn, es werden notwendige Ersatzinvestitionen oder unter Kostendruckgesichtspunkten heraus Rationalisierungsinvestitionen gemacht. Aber genau letztere sind ja wieder jene, die dann unsere Probleme arbeitsmarktpolitisch nicht lösen, sondern verschärfen, das Ganze ist ein Teufelskreis.

Man findet den Ansatzpunkt für eine Lösung nur, wenn man erkennt, daß man das Investitionsklima insgesamt nur heben kann, wenn es irgendwo eine neue Nachfrage am wirtschaftlichen Horizont gibt. Darüber ist zu sprechen, darüber ist zu diskutieren.

Lassen Sie mich aber vorerst noch eine Nebenbemerkung zu Ihrer Investitionsförderung machen.

Herr Bundesminister, Sie betreiben derzeit eine recht gute Investitionsförderung. Aber genau diese ist wieder ein Beispiel für meine Behauptung, daß das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, verglichen mit jenem Gewicht, das der Gesamtdatenrahmen der Wirtschaft besitzt.

Wir haben in Österreich ein volkswirtschaftliches Investitionsvolumen von rund 220 Milliarden Schilling; es kommt hier nur auf die Größenordnung an, nicht auf die genauen Zahlen. Rund drei Viertel - auch nur die Größenordnung sei genannt - ist privatwirtschaftlich. Das heißt, wir haben in Österreich privatwirtschaftlich rund 150 Milliarden Schilling Investitionen jedes Jahr.

Ihr Förderungsvolumen, Herr Bundesminister, ist laut Angaben aus den Beilagen zum Bundesbudget 15 Milliarden. Damit kein Mißverständnis entsteht: Das sind nicht die Mittel, die Sie aufwenden, sondern das ist das Investitionsvolumen, das Sie mit Zinsstützungsmitteln und anderem fördern. Das heißt, trotz Ihres ausgebauten Investitionsförderungssystems werden in Wahrheit ganze 10 Prozent - ganze 10 Prozent! - der österreichischen Privatinvestitionen gefördert. Aber alle 90 Prozent leiden unter den Daten der gesamtwirtschaftlichen Konstellation, sprich hohes Zinsniveau, daher hohe Kreditkosten und so weiter, hohe Besteuerung, vor allem auch die Unmöglichkeit, in den Betrieben Eigenkapital zu bilden auf Grund des hier herrschenden Besteuerungssystems.

Das heißt, Sie fördern in einem bescheidenen Rahmen 10 Prozent, lassen aber 90 Prozent des Investitionsvolumens unter den gesamtwirtschaftlichen Faktoren leiden.

Das ist keine Kritik an Ihren konkreten Förderungsmaßnahmen, Herr Bundesminister, aber es zeigt, daß es viel wichtiger ist, insgesamt eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die die Investitionen herauslockt, als sich nur auf derartige einzel gezielte Maßnahmen zu verlassen.

Nun aber zurück zur Globalfrage: Wie kommen wir aus der Strukturkrise langfristig heraus? Wir kommen nur dann heraus, wenn es gelingt, eine neue Herausforderung zu finden für den gewaltigen Leistungsapparat, den unsere produzierende Wirtschaft heute darstellt. Es braucht neue Nachfrageherausforderungen, und diese sehe ich speziell in der Notwendigkeit, unsere gesamte Energie- und Rohstoffversorgung, wie sie in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist, komplett umzukrempeln, auf eine neue Basis zu stellen, das heißt, unsere Energieversorgung völlig umzustrukturieren.

Und hier ist so etwas wie ein historischer Glücksfall zu vermelden. Die Energiekrise, die wir aus ganz anderen Ursachen bekommen haben, eben aus der Knappheitssituation, vor allem der langfristigen Knappheitssituation des fossilen Hauptenergieträgers Öl heraus, aber auch auf Grund der Verknappung bestimmter, nicht erneuerungsfähiger Rohstoffe, mittelfristig und langfristig.

Und diese Energie- und Rohstoffkrise, die uns mit einer gewissen Sorge und Furcht, teilweise sogar mit einem gewissen Entsetzen erfüllt, diese Energiekrise, Herr Bundesminister, beinhaltet, wenn wir es jetzt von der Beschäftigungssituation der Wirtschaft und von dem Auslaufen bisher wirksam gewesener Wachstumsfaktoren

Dr. Stix

her betrachten, zugleich eine große Chance. Wir sollten alle gemeinsam erkennen, daß in der richtigen Inangriffnahme der Umstellung unserer Energieversorgung, daß in einer richtigen Inangriffnahme der Rohstoffversorgung der künftigen Wirtschaft eine ungeheure Chance liegt, unserer Wirtschaft jene Beschäftigungsmöglichkeiten mittelfristig und langfristig wiederzugeben, die ihr verlorengehen, weil andere Wachstumsfaktoren, andere Wachstumsselemente auslaufen oder weggefallen sind.

Daher appelliere ich an Sie, Herr Bundesminister. Es trifft sich bei Ihnen glücklich, daß in Ihrem Ressort Wirtschafts- und Energiepolitik beisammen sind. Ich appelliere an Sie: Erkennen auch Sie die Chance, lassen Sie sich nicht bannen von der Energiekrise als einem Schreckgespenst, sondern erkennen auch Sie die Chancen, die in dieser Energiekrise für eine Neubelebung unserer Wirtschaft liegen, die andernfalls mittelfristig wie längerfristig zweifellos aus ihrer Strukturkrise nicht herausfinden würde.

Wir haben alle Veranlassung, mit aller Kraft nunmehr nach dem bedeutungsvollen Datum des 5. November 1978 aus der Not eine Tugend zu machen, aus der Bewältigung der Energiekrise eine neue Vollbeschäftigung für unsere Wirtschaft herbeizuzaubern einfach dadurch, daß wir systematisch an die sowieso unvermeidliche komplette Umstrukturierung in unserem Energiesektor gehen.

Herr Bundesminister! Sie haben im Ausschuß das lustige Wort geprägt: „In Energiefragen bin ich ein Tausendfüßler.“ – Das haben Sie gesagt, Herr Bundesminister. Vorläufig, wenn ich nun an dieses Scherzwort von Ihnen anknüpfe, kommen Sie mir aber vor wie ein Tausendfüßler, der noch über alle seine Füße stolpert. Sie haben mit Ihren tausend Füßen auf dem Energiesektor noch nicht den richtigen Tritt gefunden, und ich möchte mir nur wünschen, daß die Erschütterungen, die dieses Jahr für die österreichische Energiepolitik gebracht hat, nunmehr dazu beitragen, daß man die unvermeidlichen Notwendigkeiten erkennt und mit den konkreten Maßnahmen rascher vorankommt.

Einer heutigen Meldung des „Kurier“ entnehme ich, daß in der Bevölkerung eine ungeheure Bereitschaft wäre, Energie zu sparen, aber die Menschen wissen nicht, wie sie es anfangen sollen. Wir wissen auf der anderen Seite, Herr Bundesminister, daß es ausgezeichnete Fachkonzepte gibt, aus Ihrem Ministerium, aus dem Wissenschaftsbereich. Es gibt Konzepte der Freiheitlichen Partei, es gibt Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei, aber das alles liegt herum und kommt nicht zum Tragen.

Es ist aber Ihre Aufgabe, Herr Bundesminister, diese Entwicklung ins Laufen zu bringen. Hier müssen Sie sich als durchschlagskräftig erweisen, was Sie bisher nicht getan haben.

Noch einmal: Energiesparen. Es ist dies ja nur eine der Alternativen, um zu einer neuen Energiepolitik zu gelangen, aber es ist jene Alternative, die als erste zu greifbaren Ergebnissen führen kann.

Auch hier möchte ich wieder den Zusammenhang herstellen mit der Beschäftigungspolitik, mit der Frage: Wie kann ich die Wirtschaft dazu bringen, sinnvoll zu investieren?

Es ist doch allein etwa die Absicht, die rund eine Million Wohngebäude in Österreich besser als bisher zu isolieren, mit einer nachträglichen Isolierung zu versehen, schon durchgerechnet worden. Und wenn man da ganz bescheidene finanzielle Ansätze zugrunde legt, dann steckt allein in der nachträglichen Isolierung aller in Österreich bestehenden Wohngebäude ein Auftragsvolumen von 50 Milliarden Schilling drinnen. Das ist doch ein Markt, das ist Nachfrage! Da gibt es Beschäftigung: für das Baugewerbe, für das Baunebengewerbe, für die Zulieferer, für diejenigen Bereiche und Firmen, die die benötigten Materialien herstellen. Das ist doch etwas. 50 Milliarden Schilling ist, wenn ich es richtig im Kopfe habe, in etwa die Größenordnung eines Jahresumsatzes des ganzen Bauhauptgewerbes. Aber das ist nur ein Beispiel von vielen.

Und hier, Herr Bundesminister, glaube ich nicht, daß es geht, indem man uns sagt: Wir fördern die Investitionen in dieser Richtung!, sondern ich glaube, der entscheidende Durchbruch kann nur gelingen, wenn man sagt: Wir finanzieren die Nachfrage auf diesem Gebiet!

Ein ganz banales Beispiel. Wenn ich heute die Hauseigentümer dazu bringen will, ihre Gebäude zu isolieren, um damit Energie zu sparen, was sich ja rentiert – Wärmeschutzamortisationszeiten pendeln zwischen zwei und vier Jahren –, dann taucht folgendes praktisches Problem auf: Der Hauseigentümer sieht das sogar ein. Er sagt: Ja, das wäre eine feine Sache! Er sieht sogar ein, wenn man es ihm vorrechnet, daß ihm letzten Endes gar keine Kosten entstehen, weil sich die Investition von selber bezahlt macht. Aber er sagt: Ich habe das Geld nicht.

Wenn Sie nun hier gezielt eingreifen würden – ein Vorschlag, den wir Freiheitlichen schon gemacht haben, den jüngst die EVA veröffentlicht hat –, wenn Sie hier eingreifen und sagen würden: Die private Nachfrage finanzieren wir, wir finanzieren dem Auftraggeber die Wärmeisolierung von Gebäuden mit gestützten, mit

Dr. Stix

verbürgten Krediten!, dann zieht das die Investitionen im Wirtschaftsbereich automatisch nach sich, und das ganze Werkel käme ins Laufen. Wenn Sie aber die Sache bei den Investitionen aufziehen, Herr Bundesminister, dann wird das Werkel nicht ins Laufen kommen, sondern das Ganze wird weiter so vor sich dahinstottern, und Sie werden weiter ein Tausendfüßler sein, der seine tausend Beinchen nicht im Gleichtakt bewegt, sondern über sie stolpert.

Daher unser freiheitlicher Vorschlag: Benützen Sie die Entwicklung alternativer Energiestrategien einschließlich des Energiesparens zu einer gigantischen Wirtschaftsbelebung! Finanzieren Sie und fördern Sie und stützen Sie die darauf abzielende Nachfrage, und Sie werden die Investitionen automatisch nach sich ziehen!

Ähnliches, was für den Energiesektor gilt, das gilt auch, wenn zunächst freilich abgeschwächt, für den Rohstoffsektor. Damit kommen wir auch zum Kapitel wirtschaftliche Landesverteidigung, Herr Bundesminister.

Ich will das kurz machen: Auch der Rohstoffsektor, auch der Aufbau eines Bevorratungswesens hat über den Sicherheitsaspekt, über den Versorgungsaspekt hinaus den Aspekt, einen Beitrag zu leisten zu einer Vollbeschäftigung der Wirtschaft.

Aus diesem Grund sind wir Freiheitlichen ehrlich betrübt, daß wir über die vielen Ansätze, die hinsichtlich Aufbau eines Bevorratungswesens in Österreich gemacht wurden, bisher nicht hinausgekommen sind. Was haben wir denn schon? – Wir haben also bisher die Erdölbevorratung und wir haben seit kurzem ein anderes Teilgebiet ebenfalls erfaßt: Wir haben eine gewisse Schrottbbevorratung. Das ist aber auch schon alles. Es ist nach wie vor trotz vieler Reden und trotz vieler Absichtserklärungen Ihrerseits, Herr Bundesminister, so, daß in Österreich das Bevorratungswesen darniederliegt.

Im Ausschuß haben Sie auf meine Frage nach den Arbeiten, nach dem neugebildeten Planungstab in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium geantwortet – es waren Ihre Worte –: „Der Planungstab arbeitet, Modelle werden entwickelt“.

Wir Freiheitlichen wären nun sehr neugierig, wie diese Modelle ausschauen. Wir wären aber noch viel mehr daran interessiert zu erleben, daß nicht nur Papierentwürfe produziert werden, sondern daß auch Taten gesetzt werden.

Herr Bundesminister! Zusammenfassend appelliere ich an Sie: Setzen Sie Taten auf dem Gebiet der Entwicklung alternativer Energiestrategien, setzen Sie endlich auch Taten

hinsichtlich des weiteren Aufbaues einer Bevorratung in Österreich und tragen Sie dadurch bei, der österreichischen Wirtschaft jene Strukturkrise zu ersparen, in die sie andernfalls trotz aller Maßnahmen im Sinne: Tropfen auf den heißen Stein, da und dort hineinschlittern würde!

Aus der Gesamtbeurteilung dessen, was die österreichische Wirtschaftspolitik versäumt hat, lehnen wir Freiheitlichen dieses Budgetkapitel ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mit einem gewissen Erstaunen die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mühlbacher gehört, der hier eine deutliche Erklärung gegen die Planwirtschaft und für die Marktwirtschaft abgegeben hat. Ich würde ihm empfehlen, bei seinem Parteivorsitzenden Dr. Kreisky nachzulesen. Der ist offensichtlich nicht seiner Meinung, denn er spricht von einer Renaissance der Planwirtschaft.

Herr Abgeordneter Mühlbacher, ich kann Ihnen die Stelle zeigen. *(Abg. Mühlbacher: Lesen Sie unser Parteiprogramm!)* Das habe ich ja! Herr Abgeordneter Mühlbacher, auf diese gute Idee haben Sie mich jetzt Gott sei Dank gebracht. Ich habe natürlich Ihr Parteiprogramm mitgenommen. Es ist, wie vieles in der letzten Zeit in der Sozialistischen Partei, sehr unklar und verschwommen formuliert *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, aber ich gebe Ihnen, Herr Abgeordneter Mühlbacher, die entscheidenden Passagen.

Zunächst – das ist die entscheidende Frage –: Die Alternative, vor die sich jede Wirtschaftspolitik gestellt sieht – ich zitiere jetzt Ihr Parteiprogramm –, heißt: freiheitvernichtende und regionenverödende Wirtschaftskrisen, oder eine demokratisch planende Gesellschaft. *(Abg. Mühlbacher: Na?)*

Ja, Planwirtschaft. Ja natürlich. Aber es geht ja noch weiter. Punkt 3.2: Für – auch wieder eine Passage drinnen – eine planende Wirtschaft. – Eine entscheidende Frage! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.)* Das heißt, Sie wollen durch die planende Gesellschaft bestimmen, daß die effiziente Bereitstellung von erwünschten Gütern und Leistungen kommt. – Ja verehrter Herr Abgeordneter Mühlbacher, ich empfehle Ihnen die Lektüre Ihres Parteiprogramms! *(Abg. Mühlbacher: Sie sollen im Ganzen lesen!)* Sie können hier nicht die Marktwirtschaft vertreten, und in Ihrem Parteiprogramm steht etwas anderes. Oder ist das eine neue Spaltung? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Taus

Es spricht der Zentralsekretär Ihrer Partei davon, daß systemimmanente Mängel in der Marktwirtschaft sind.

Der Herr Bundeskanzler geht durch die Lande und sagt düster: Wir haben eine große Wirtschaftskrise, und die Marktwirtschaft kann das alles nicht mehr schaffen und verlangt daher eine Renaissance der Planwirtschaft!

Ich glaube, Sie sind hier mit Ihrer Partei nicht in Übereinstimmung, Herr Abgeordneter Mühlbacher! Sie müssen das Ihren Kollegen vom Freien Wirtschaftsverband sagen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber lassen wir einmal diesen Punkt. Hier geht es ja um eine andere Frage auch. Ich habe mir die Budgetdiskussion sehr gewissenhaft angehört und darf vielleicht einen Eindruck von mir wiedergeben, den Sie, Herr Abgeordneter Mühlbacher, gerade verstärkt haben: Sie leugnen ja alle gar nicht, daß wir eine Budgetkrise haben. Alle Ihre Redner leugnen ja überhaupt nicht, daß wir in einer extrem schwierigen Lage der Staatsfinanzen sind – vor einem Jahr haben Sie das noch striktest abgeleugnet! –, Sie leugnen ja alle gar nicht, daß wir unser Budget sanieren müssen – was Sie auch noch vor einem Jahr strikt geleugnet haben –, Sie leugnen ja gar nicht mehr, daß unsere Staatsfinanzen krank sind, sondern Sie rechtfertigen diese Krankheit nur mehr. Ein fundamentaler Unterschied in der Argumentation! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun tatsächlich das Budget studieren: Wir sind tatsächlich heute in einer Situation, die sich vor neun Jahren auch ein harter Kritiker sozialistischer Politik nicht vorgestellt hätte. Wenn Sie mich vor ein paar Jahren gefragt hätten, hätte ich nicht geglaubt, daß Sie das Budget so verhauen können, wie Sie es verhaut haben. Ich glaube, es hat wenige gegeben, die sich vorstellen konnten, daß Sie eine Budgetpolitik machen, die in Österreich zu kranken Staatsfinanzen geführt hat. Das hat sich niemand vorstellen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber wir sind nun einmal mit dieser Tatsache konfrontiert, und wissen Sie, was das zentrale Problem dabei ist? – Daß es für den Staatshaushalt in dem Zustand, in dem er sich jetzt befindet, ziemlich gleichgültig ist – es sind nur Nuancen von Unterschieden –, ob die Konjunktur etwas besser oder etwas schlechter ist. Egal, ob sie besser oder schlechter ist, wir haben eine Sanierungsperiode der Staatsfinanzen in Österreich vor uns, und das ist das Faktum, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat der Zustand unserer Staatsfinanzen

eigentlich längst den Rahmen der üblichen und normalen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition verlassen. Es gehört zum Wechselspiel der Demokratie, daß die Budgetpolitik eine zentrale Frage ist und daß in der Regel Regierung und Opposition differierende Auffassungen über die einzuschlagende Budgetpolitik haben. Das halte ich für normal.

Aber diesen Zustand haben wir längst verlassen. Es geht nicht mehr um differierende Auffassungen über die Budgetpolitik, sondern es geht um das staatspolitische Problem, wie in diesem Land die Staatsfinanzen zu sanieren sind. Das ist keine Frage der einen oder der anderen Partei mehr, das ist heute eine Frage des gesamten politischen Systems in diesem Land geworden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben uns eine Krankheit der Staatsfinanzen eingewirtschaftet, die nun einen Bereich nach dem anderen zu infizieren droht. Schön langsam kommen die Bundesländer drauf – ich sage das so, genauso, wie ich es formuliert habe –, daß sie sich auch bei einer noch so sorgfältig konzipierten eigenen Finanzpolitik der Ansteckungsgefahr durch die Staatsfinanzen nicht entziehen können. Sie sind bestenfalls in der Lage, die Auswirkung auf ihre eigenen Finanzen einige Jahre hinauszuschieben. Aber sie können im Prinzip nicht mehr verhindern, daß die Krise des Staatsbudgets auf ihre Landesbudgets übergreift.

Und auch die Wirtschaft hat nun begriffen – das hat auch eine Zeit gedauert; ich will das gar nicht leugnen –, daß sie ebenfalls von kranken Staatsfinanzen infiziert wird, daß die Belastungsquote eine Funktion des Zustandes der Staatsfinanzen ist. Auch das hat eine Zeit gedauert, bis es sich herumgesprochen hat. Und der Staatsbürger begreift es auch langsam, aber sicher, weil die Krankheit dieser Staatsfinanzen ihm eine Belastungswelle sondergleichen beschert hat.

Das ist die Situation, in der wir uns heute in Österreich befinden.

Meine Damen und Herren, als ich dem Herrn Bundesminister für Finanzen vor etwa zwei Jahren angeboten habe, ein gemeinsames Sanierungskonzept der Staatsfinanzen zu erarbeiten, hat er damals sehr schnell diesen Vorschlag zurückgewiesen, gewissermaßen mit einer Handbewegung hat er ihn vom Tisch gewischt.

Herr Finanzminister, hätten Sie das damals nicht getan, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, erste kleine Sanierungsschritte zu unternehmen. Ich will es nicht überschätzen. Aber es hätte Möglichkeiten gegeben, weil die

Dr. Taus

Österreichische Volkspartei der Auffassung gewesen ist, daß man diesem Land eine Krise der Staatsfinanzen ersparen sollte, und das war der Grund unseres Vorschlages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So aber ist überhaupt nichts geschehen, im Gegenteil. Sie haben mit Ihrer Budgetpolitik dieses Land immer tiefer in eine Misere der öffentlichen Finanzen hineinmanövriert, und Sie wissen, Herr Finanzminister, ich stehe mit dieser Auffassung nicht allein. Auch in Ihrem politischen Lager ist diese Entwicklung deutlich gesehen worden; ich möchte nur zwei Quellen zitieren.

Eine Quelle ist die wirtschaftspolitische Zeitschrift der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, die im 3. Heft des Jahrganges 1977 unter einem mit „Editorial“ gezeichneten Aufsatz „Gleichgewicht im Staatshaushalt“ mit folgenden Sätzen geschlossen hat – ich zitiere den letzten Satz dieses Aufsatzes –:

„Das fehlende Gleichgewicht im Staatshaushalt bildet auf mittlere Sicht eine Gefährdung der Gesamtstabilität. Seine Wiederherstellung erscheint deshalb notwendig, wenn sie auch einigen politischen Mut erfordert.“

Das hat – ich nehme an – das Redaktionskollektiv – von „Wirtschaft und Gesellschaft“ – geschrieben, und man hat hier gemeint, die Wiederherstellung der Gesamtstabilität sei notwendig, das erfordere allerdings einigen politischen Mut.

Meine Damen und Herren! Die Regierung hat diesen politischen Mut nicht bewiesen, und die Österreicher werden dafür zu zahlen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur noch eine zweite Quelle zitieren, die vom 20. Oktober 1976 stammt. Da gibt es nämlich eine Resolution des ÖGB-Bundesvorstandes zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo es auf Seite 2 heißt:

„Die dadurch gestiegenen Budgetdefizite“ – hier ist die Meinung vertreten worden, daß sie im Interesse der Vollbeschäftigungspolitik gemacht wurden; eine Meinung, die ich nicht teilen kann, aber es ist so zitiert, ich möchte es der Genauigkeit halber sagen – „müssen nun im Zeitpunkt der verbesserten Konjunkturlage verringert werden.“

Sie haben sich auch an diese Empfehlung des Bundesvorstandes des ÖGB nicht gehalten. Ich weiß nicht, warum Sie sich nicht daran gehalten haben. Hat Ihrer Regierung oder Ihnen oder wem immer sonst in der letzten Zeit der Mut gefehlt, die Dinge anzugreifen? Haben Sie nicht die Kraft gehabt, solche Dinge durchzuziehen? Ich weiß schon, es ist nicht leicht, mit der Politik

der leichten Hand kann man natürlich viel leichter agieren. Nur das dicke Ende kommt bei einer solchen Politik immer nach, und das dicke Ende für die Österreicher ist nun für jeden schon deutlich in Sicht, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für das nächste Jahr werden die konjunkturpolitischen Aussichten ja gar nicht schlecht beurteilt. Wir haben auch im Jahr 1976 und 1977 durchaus – ich möchte fast sagen – normale Wachstumsraten gehabt, Herr Minister, Sie haben von mir nie gehört, daß ich irgend etwas miesgemacht habe, nie. *(Bundesminister Dr. Androsch: Aber jetzt!)* Nein, ich mache nicht mies, Herr Minister, ganz im Gegenteil! Unsere Staatsfinanzen kann doch kein Mensch mehr mies machen, die kann man doch nur mehr besser darstellen, als sie sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Konjunkturaussichten werden im allgemeinen gar nicht schlecht beurteilt. Allerdings wird sich an unserer budgetären Lage nur Unwesentliches ändern, und wir müssen nun sehr aufpassen, daß auch eine bessere Konjunktur, die Möglichkeiten, sie wachstumspolitisch zu nützen, nicht durch die Krise der Staatsfinanzen behindert wird. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

Aber mich wundert es eigentlich überhaupt nicht, daß wir in Österreich in diese Lage hineingeschlittert sind, denn der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei, der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky, zieht ja seit Jahren durch die Lande und spricht von einer „tiefgreifenden Krise des marktwirtschaftlichen Systems“. Sie können das in vielen Äußerungen nachlesen, immer wieder kommt das von neuem hervor, die Krise des marktwirtschaftlichen Systems, die seiner Meinung nach eine Renaissance der Planwirtschaft bringen wird.

Ich werde Ihnen all diese Stellen geben, Herr Abgeordneter Mühlbacher, damit Sie es nachlesen können. Es ist ja manchmal ganz gut, daß man weiß, was der Parteivorsitzende sagt – nicht immer, das gebe ich zu –, aber manchmal ist es vielleicht gut, das können Sie nachlesen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, was hier beim Herrn Dr. Kreisky mitspielt – das macht ja vieles so problematisch – und was sicherlich auch bei dem einen oder anderen in Ihrer Partei mitspielt: Es ist einfach die alte sozialistische Ablehnung eines marktwirtschaftlichen Systems. Wenn Sie sich das Parteiprogramm der Sozialistischen Partei durchlesen – auch das neue –, dann werden Sie sehen, daß dieses marktwirtschaftliche System abgelehnt wird. Das ist die alte sozialistische Linie. Das ist keine neue Linie, das haben sie nicht geändert.

Dr. Taus

In immer wieder neuen Erscheinungsformen kommt diese Kritik und Ablehnung des marktwirtschaftlichen Systems durch.

Es ist nur natürlich, daß der Bundeskanzler als Vorsitzender einer solchen Partei diese Bedenken gegen dieses System artikuliert und davon träumt – was auch ein uralter sozialistischer Traum ist –, daß dieses System doch endlich zusammenbrechen möge. Dann hat man nämlich bewiesen, wie falsch es ist, wie sinnlos es ist, und dann erst, Herr Abgeordneter Mühlbacher, kommt die sozialistische Gesellschaft. Vorher kann sie es ja gar nicht geben. (*Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.*) Entschuldigung, daß ich Ihnen das alles sage. Ich nehme aber an, Sie als sozialistischer Abgeordneter, wissen das. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Bundeskanzler nun hier durch die Lande zieht und vom Zusammenbruch und von der schweren Krise eines Systems redet, dann kann ihm doch eigentlich am Funktionieren eines solchen Systems nichts liegen. Er muß doch froh darüber sein, daß es Schwierigkeiten gibt, dann kommt man ja der sozialistischen Verheißung näher, daß dieses System eben nicht existieren kann.

Ich weiß schon, es gibt in Ihren Reihen noch andere Leute, die anders darüber denken. Am Anfang ihrer Regierung haben Sie schon geglaubt, diese Gesellschaft grundlegend durch eine Budgetpolitik ändern zu können. Nur Ihre Hoffnung ist – wie so oft – wieder einmal enttäuscht worden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich möchte den Herrn Finanzminister nun fragen, ob er diese Ansicht seines Parteivorsitzenden teilt. Ob er auch der Meinung ist, daß das marktwirtschaftliche System schwerste systemimmanente Mängel hat, daß es vom Zusammenbruch bedroht ist. Ich würde sehr gerne von Ihnen hören, ob Ihrer Auffassung nach das marktwirtschaftliche System keine Zukunftschancen, keine Entwicklungsmöglichkeiten hat.

Ich sage Ihnen meine Meinung: Jedes ökonomische System hat Mängel, jedes ökonomische System hat Schwierigkeiten, man muß es nur ununterbrochen verbessern. Aber eines, meine Damen und Herren, möchte ich im Namen der Österreichischen Volkspartei sagen: Es hat noch nie ein ökonomisches System gegeben, daß der Mehrzahl der Menschen so viel Wohlstand und so viel Freiheit gebracht hat wie die Marktwirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Radinger: 15 Millionen Arbeitslose!*)

Es ist eben eine entscheidende Frage, wenn der Parteivorsitzende einer großen Partei, die

dem Land eine Budgetkrise eingewirtschaftet hat, letztlich das System, in dem wir leben, miesmacht. Daher ist in Wahrheit der Bundeskanzler derjenige, der miesmacht, der entscheidend miesmacht, weil es eine sehr harte Kritik ist, wenn man den Menschen sagt: Liebe Freunde, an diesem System, in dem wir leben, ist nichts dran. Na, glauben Sie, es ist ein Anreiz für jemanden zu investieren, wenn er andauernd hören muß, daß er das in einem System tun soll, das angeblich zusammenbrechen wird? Glauben Sie, es ist angenehm für jemanden zu investieren, zu riskieren, wenn er hören muß, daß eine große Partei gegen dieses System auftritt, offen oder verdeckt.

Die Devise: Liebe Leute, investiert fleißig, wir gehen aber letztlich doch zugrunde, das ist nicht unbedingt ein Anreiz dafür, Neues zu riskieren und etwas Neues zu machen. Die Investitionsflaute, die wir haben, meine Damen und Herren, ist meines Erachtens – und das habe ich in vielen Gesprächen festgestellt – nicht zuletzt auf diese Haltung der Sozialistischen Partei zurückzuführen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf vielleicht den Herrn Finanzminister noch fragen, ob er diese Meinung teilt, ob er auch ein Gegner des marktwirtschaftlichen Systems ist. Mich würde das interessieren. Er soll es einmal hier in diesem Hohen Hause sagen. Sein Bundeskanzler ist offensichtlich einer und möglicherweise auch eine ganze Reihe anderer wichtiger Politiker; das läßt sich ja mit deren schriftlichen und mündlichen Äußerungen beweisen.

Sagen Sie uns, Herr Finanzminister: Sind Sie ein Gegner des marktwirtschaftlichen Systems? Mich würde es ja wundern, wenn Sie es wären, denn wenn die gesellschaftspolitischen Träume der Sozialisten, nämlich zu einer Planwirtschaft zu kommen, realisiert werden würden, na ja, Herr Finanzminister, dann brauchen Sie sich keine Existenzsorgen mehr zu machen, denn einen Steuerberater gibt es ja nur in einem freien wirtschaftlichen System. (*Abg. Mühlbacher: Die „rote Katze“!*) Die Planwirtschaft braucht ja keinen. (*Vizekanzler Dr. Androsch: Und ein Banker?*) Ich bin ja ein Vertreter des marktwirtschaftlichen Systems. Da gibt es auch Banken. Das heißt, Herr Minister, Sie müssen sich ja davor fürchten, daß die Ideen in Ihrer Partei durchgehen, denn dann sind Sie ja Ihren Beruf los! Dann sind Sie ja Ihren Beruf los, dann gibt es keinen Steuerberater mehr! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) In der Planwirtschaft braucht man keinen. Der Steuerberater ist ja ein Ausfluß dieses „furchtbaren“ marktwirtschaftlichen Systems, wo der Staat einen Teil des Produktionsertrages für seine Zwecke wegnimmt. Da müssen Sie sich wahrscheinlich vor Ihrer Partei

Dr. Taus

und vor den Ideologen Ihrer Partei viel mehr fürchten, daß Sie wegrationalisiert werden als Steuerberater, als vor irgend etwas anderem. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Kohlmaier: Die „Consultatio“ wird eine Sektion des Finanzministeriums!)*

Herr Finanzminister! In diesem Zusammenhang habe ich es auch für sehr vernünftig gefunden, daß Sie den Schutzengel gewechselt haben, daß Sie von Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky, wie man in den Zeitungen lesen konnte, zum Herrn Präsidenten Benya gewechselt haben. Ich halte diesen Schutzengelwechsel für durchaus vernünftig.

Ich sage Ihnen auch, warum. Der Bundeskanzler ist natürlich für Planwirtschaft, das ist ja nicht angenehm für Sie, aber ein Gewerkschaftsbundpräsident, wenn er für die Dauereinrichtung Gewerkschaft ist und für den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, müßte eigentlich, wenn er überlegt, für die Marktwirtschaft sein. Denn mit dem Aufhören der Marktwirtschaft hört der Einfluß der Gewerkschaft auf. Ohne Marktwirtschaft braucht man keine Gewerkschaft mehr. Es sei denn, man versteht die Gewerkschaft als nichts anderes, als ein Instrument zur Überwindung dieses Systems. Wenn dieses System überwunden ist, dann verschwinden auch Gewerkschaften; dann gibt es keine Gewerkschaft mehr. Dann kann sie nur mehr, wie das ja in manchen Systemen der Fall ist, Urlaubsreisen organisieren oder so ähnliches. Das haben die Älteren unter uns ja erlebt. Aber die wirtschaftspolitische Potenz verliert die Gewerkschaft.

Nun kann man ein so fanatischer Sozialist sein, daß man sagt, das ist ja der Sinn. Ich glaube das aber nicht, da gibt es viel mehr Realismus. Daher finde ich es von Ihrem Standpunkt aus viel vernünftiger, daß Sie sich jetzt auf den Gewerkschaftsbund stützen. Sie dürfen die Leute nur nicht vergrämen, denn viel mehr Schutzengel in der SPÖ haben Sie dann nicht mehr. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mühlbacher: Erkennen Sie denn nicht, daß Sie ganz daneben sind? - Abg. Dr. Prader: Das ist die Frage, wer daneben ist!)*

Herr Abgeordneter Mühlbacher! Ich nehme doch nicht an, daß ich Sie verunsichern kann. Fühlen Sie sich doch nicht betroffen. Aber, Herr Abgeordneter Mühlbacher, das hätte ich nie gedacht, daß ich Sie verunsichern kann. Ich will auch niemanden verunsichern. Seien Sie vorsichtig mit Zwischenrufen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zurückkommen zur Frage des Budgets und der Budgetdefizite.

Ich mag gar nicht mehr diese Zahlen alle

wiederholen, es ist ja fast schon bis zum Überdruß geschehen. *(Abg. Dr. Tull: Ihre Zahlen stimmen ja sowieso nicht!)* Meine Zahlen stimmen normalerweise, Herr Dr. Tull. Die Zahlen stimmen sicherlich. Wir können ja unsere Genauigkeit messen, Ihre Zahlen und meine Zahlen. Das können wir machen, Herr Abgeordneter Tull. *(Abg. Dr. Tull: Das werden wir auch!)* Ich stelle mich gerne der Prüfung meiner Zahlen durch Ihren Korrekturstift. Mit Leidenschaft tue ich das, Herr Abgeordneter Tull. Jawohl, sehr gut. Ich bin schon ungeheuer gespannt darauf, denn ich muß ehrlich gestehen, ich bin immer mit großem Vergnügen Ihren Ausführungen gefolgt, mit allergrößtem Vergnügen. *(Beifall bei der ÖVP. - Ruf bei der ÖVP: Vergnügen ist das keines, dem Tull zuzuhören!)*

Meine lieben Freunde! Die Österreichische Volkspartei ist immer eine höfliche Partei gewesen. Wir halten uns daran. *(Beifall bei der ÖVP. - Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wir folgen daher mit großem Vergnügen Ihren Ausführungen. *(Abg. Mühlbacher: Die Österreichische Volkspartei ist eine höfliche Partei? - Das haben wir in der letzten Nacht gesehen!)*

Herr Abgeordneter Mühlbacher! Ich habe Ihre Ausführungen gehört. Also ich muß ehrlich gestehen, die Zwischenrufe meiner Freunde im Zusammenhang mit Ihren Ausführungen habe ich für den Gipfel der Höflichkeit gehalten. Höflicher wäre das gar nicht mehr gegangen. *(Abg. Mühlbacher: Es war ja auch gar nicht anders möglich! Es ist ja nicht zu widerlegen, was ich gesagt habe!)* Oh weh. Sagen Sie, darf ich Ihnen noch einmal - ich weiß, Sie haben auch viele Funktionen, ich kritisiere das gar nicht - nur die Lektüre Ihres neuen Parteiprogrammes empfehlen, damit Sie wissen, wie die wirtschaftspolitische Linie Ihrer Partei aussieht, denn ich nehme an, was drinnen steht, stimmt mit dem, was Sie hier gesagt haben, nicht überein. Wenn Sie so nett sind, können Sie ja wieder herauskommen und erklären, wo der Widerspruch zwischen Ihnen und dem Programm ist oder ob Sie indessen Ihre Meinung geändert haben. Meinung ändern ist ja etwas, was in Ihrer Partei sehr schnell geht. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Privatstunden gebe ich Ihnen auch gerne. *(Abg. Mühlbacher: Ich gebe Ihnen gerne Privatstunden über die Auslegung des Parteiprogrammes!)* Jetzt haben Sie gerade ein neues Parteiprogramm und jetzt reden Sie schon mit mir über die Auslegung dieses Parteiprogramms? So weit sind Sie schon wieder, daß Sie es auslegen müssen? Das ist ja noch ganz neu. *(Abg. Dr. Tull: Sie verstehen es nicht, daher wollen wir es Ihnen erklären!)*

Dr. Taus

Sie wollen mir Ihr Parteiprogramm erklären? Also, nachdem Sie es das erstmal gelesen haben, erklären Sie es mir nachher. Ich habe den Eindruck, Sie haben es nicht gelesen, sonst hätten Sie nicht so reden können, wie Sie vorhin geredet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aber zu den Fakten zurückkommen, denn wir stehen immerhin vor der Tatsache, daß wir heuer oder für das Jahr 1979 ein 50 Milliarden-Defizit präliminiert haben. Wir stehen vor der Tatsache, daß Österreich zu den Staaten gehört, die mit Abstand den raschesten Verschuldungszuwachs in den letzten Jahren erreicht haben. Wenn ich mir die letzten Berichte des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen über die Budgetentwicklung ansehe, so ist das tatsächlich ein Alarmzeichen.

Denn da drinnen steht nicht mehr und nicht weniger, als daß wir bis zum Jahr 1982, wenn wir die Budgetpolitik nicht ändern, Defizite erreichen, die um die 70 Milliarden Schilling liegen. Prognosen haben immer Probleme, aber im wesentlichen stimmen die Dinge schon. Das heißt, wenn wir diese Budgetpolitik, die die sozialistische Regierung in diesem Land betreibt, fortsetzen, dann gerät dieses Land einfach in einen Schuldentaumel, aus dem es über kurz oder lang kein Zurück mehr gibt. Daher müssen wir die Sanierung der Staatsfinanzen einleiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich auch noch ein paar Punkte zu den Sanierungsversuchen sagen. Der Bundeskanzler hat ja des öfteren gesagt, es muß eine Budgetkommission eingesetzt werden. Also nach achteinhalb Jahren sozialistischer Regierung muß man eine Budgetkommission einsetzen, die ein mittelfristiges Konzept ausarbeitet. Wenn man das nach achteinhalb Jahren Regierung nicht hat, ist das an sich ja schon eine Bankrotterklärung sozialistischer Budgetpolitik. Aber das sei nur am Rande erwähnt, das weiß ja heute ohnedies jeder Österreicher.

Die entscheidende Frage für uns - und hier habe ich noch eine Frage an den Herrn Finanzminister - ist, es wäre einmal hoch an der Zeit, daß man einen Überblick bekommt, wie hoch die Schulden des Staates in Österreich tatsächlich sind. Ich kann mir diesen Überblick nicht verschaffen, weil mir ja einige Zahlen fehlen, ich bin daher auf Schätzungen angewiesen. Vielleicht kann der Herr Abgeordnete Dr. Tull mir hiernach eine Aufklärung geben. Als Angehöriger der Regierungspartei hat er hier vielleicht einen besseren Einblick, als ich es im Moment habe.

Lassen Sie mich hier etwas vorrechnen: Laut

Bundesrechnungsbeschluß ist die gesamte Bundesschuld mit den Verwaltungsschulden mit rund 230 Milliarden Schilling für 1957 ausgewiesen. Dazu sind noch folgende Beträge zu rechnen: Im Leasing-Bereich könnte es sein, daß es noch 5 bis 6 Milliarden Staatsschulden gibt. Ich bitte, Herr Finanzminister, mir zu erklären, ob das Volumen stimmt, ich weiß es nicht.

Beim Universitätszentrum gibt es offensichtlich zusätzliche Staatsschulden von 2 Milliarden Schilling. Beim Allgemeinen Krankenhaus dürften das etwa 10 Milliarden Schilling sein, bei den Autobahngesellschaften dürften das netto rund um die 40 Milliarden Schilling zusätzlich sein. Beim IAKW durch außerbudgetäre Sonderfinanzierungen sind das vielleicht um die 8 Milliarden Schilling. Wie schaut denn das Bestellobligo aus? Sie wissen, andere Staaten haben das Bestellobligo natürlich in der Staatsverschuldung mit ausgewiesen. Die Budgetrechte sind anders konstruiert. Also ich weiß nicht, wie hoch es ist. Angenommen, es beträgt 30 oder 35 Milliarden Schilling, ich weiß es nicht, Herr Minister, Sie müssen aber wissen, wie hoch das Bestellobligo ist.

Jetzt habe ich also vorsichtig gerechnet, rund 100 Milliarden Schilling zusätzlich. Da habe ich aber jetzt mögliche Verpflichtungen aus sonstigen Haftungen nicht drinnen. Ich nehme an, die werden nicht so hoch sein, ich vernachlässige sie einmal. Hoffentlich sind sie nicht so hoch. Das heißt, wenn ich jetzt zu diesen rund 230 Milliarden des Rechnungsabschlusses noch rund 100 Milliarden dazurechne, dann könnten das rund 330 Milliarden Schilling sein. Ich weiß nicht, ob diese Zahlen genau stimmen, ich habe sie ja nur geschätzt aus den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen.

Aber, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, was ich Ihnen sagen möchte: Sie können nicht immer nur mit der Finanzschuld der Republik operieren. Das ist nur ein Teil der Staatsschuld, das ist nur ein Teil der Schulden der Republik. Ich hätte gerne einmal die Auskunft, Herr Finanzminister, wie hoch Sie nun tatsächlich die Staatsschulden in Österreich ansetzen, nicht die Finanzschulden, die gesamten Schulden des Bundes, und wie Sie zum Beispiel das Bestellobligo sehen, wie Sie meinen, was bei den Autobahngesellschaften herauskommt, beim Allgemeinen Krankenhaus herauskommt, bei den Leasingverträgen herauskommt und, und, und.

Das heißt, meine Damen und Herren, nachdem sich schon viele Leute schrecken, wenn sie 230 Milliarden Staatsverschuldung hören, dann heißt das natürlich im Klartext gesprochen, daß wir möglicherweise Ende 1977 schon über 300 Milliarden Schilling gehabt haben, daß das

Dr. Taus

heuer natürlich weiter wächst, daß wir vielleicht zur Zeit schon 340 oder 350 Milliarden Schilling haben. Ich weiß es nicht, wie hoch die Staatsschulden tatsächlich sind. Es ist auch nicht ausgewiesen. Das ist ja auch der Grund, warum wir eine Budgetrechtsenquete haben wollten, das ist ja auch der Grund, warum wir meinen, daß der Staatsbürger ein Recht darauf hat, zu wissen, wie hoch die Schulden des Staates sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich, Herr Minister, nun zu einem Thema kommen, warum ich glaube, daß es Ihnen sehr schwer fallen wird, ein Budget zu sanieren. Ich bin der Überzeugung - und Ihre Taten haben das gezeigt -, daß diese sozialistische Regierung nicht willens und nicht bereit ist, sparsam zu wirtschaften. Es gibt zwar ununterbrochen Äußerungen des Bundeskanzlers, der einmal - ich habe mir das hier herausgeschrieben - in der Zeitschrift „Profil“ am 13. 7. 1976 erklärt hat: „Ein Minister, der nicht sparen kann, muß gehen. *(Abg. Dr. M o c k: Da tut er sich aber schwer mit dem Wegschicken!)* Und dann hat er der „AZ“ erklärt: „Es müßte ein echtes Sparklima entstehen, wobei man sich vom Prinzip des kleinweisen Sparens leiten lassen soll“.

Sehen Sie, ich bin durchaus der Meinung, daß man sich vom Prinzip des kleinweisen Sparens auch leiten lassen soll. Gespart kann überall werden, wenn man sparsam ist. Ich glaube nur, daß Sie sich nicht daran gehalten haben. Der Bundeskanzler sagte dann weiter am 5. 8. 1977 in der „Kronen-Zeitung“: „Ich kann nicht leugnen, daß da und dort mehr Sparsamkeit angebracht gewesen wäre. Aber jeder Minister muß wissen, daß ich darauf aus bin, daß gespart wird.“ Und der Bundeskanzler sagt dann noch sehr deutlich, daß er wie ein Haftelmacher aufpassen wird, daß keine unnötigen Ausgaben erfolgen.

Das sind die Äußerungen zum Sparen. Das klingt alles sehr schön, das ist alles sehr populär, sehr plastisch und könnte beim Staatsbürger den Eindruck entstehen lassen, hier ist eine sparsame Regierung am Werk, die dreht den Schilling des Staatsbürgers dreimal um, bevor sie ihn ausgibt. Die Regierung gibt ja keinen eigenen Schilling aus, die Regierung sie gibt ja die Schilling der Staatsbürger aus, die sich diese vorher verdient haben. Etwas anderes kann eine Regierung ja nicht tun.

Aber wie schaut die Realität aus? Sehen Sie, ich habe Ihnen hier oft gesagt, von dieser Stelle aus, ich bin natürlich der Auffassung, daß eine Regierung repräsentieren muß, ich bin natürlich der Auffassung, daß eine Regierung nicht mit dem Bettelstab herumgehen soll, sie repräsentiert ja das Land, und ich bin auch durchaus der

Auffassung, daß es natürlich Repräsentations-spesen gibt und geben soll. Es ist immer nur die Frage der Höhe.

Da ist auch wieder die Ankündigung auf der einen Seite und die Realität auf der anderen Seite. Ich halte mich hier immer an den Bundeskanzler, der hat ja zum Beispiel im 76er Jahr sein Spesenkonto gleich um das doppelte überzogen. Er hat 3,7 Millionen im Voranschlag gehabt und dann hat er etwa 6,5 Millionen Schilling ausgegeben. Das ist natürlich nicht unbedingt das kleinweise Sparen bei den Tausendern, auf die man aufpassen muß. Sie kennen all diese Dinge aus den Rechnungshofberichten. Ich sage ja hier überhaupt keine Geheimnisse.

Ich will ja nur eines, und das ist das entscheidende an dieser Regierung: Sie können nicht, meine Damen und Herren, Wasser predigen und Wein trinken *(Beifall bei der ÖVP)*, und das ist ja genau der Weg, den Sie gehen.

Ich nenne Ihnen nur noch einige wenige Beispiele, ich meine, die Fülle ist ja so groß, daß man gar nicht weiß, was man zuerst sagen soll, daß man dieser Regierung nicht glauben kann, daß Sie den Willen hat zu sparen.

Da hat zum Beispiel am 28. April 1970 der Bundeskanzler kurz nach seinem Amtsantritt erklärt: Diese Regierung wird keine Werbeaufträge erteilen, das heißt keine Plakate, keine Postwürfe, keine Annonce. Man hat sogar gesagt, der Wissenschaft wird dieses Geld, das man hier einspart, zur Verfügung gestellt. Von 1970 bis 1977 haben Sie, weitere Zahlen habe ich nicht, mehr als 465 Millionen Schilling für Eigenwerbung in Form von Plakaten, Annoncen, Postwürfen, Umfragen und dergleichen ausgegeben.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, erinnern Sie sich an alles, was Sie versprochen haben, wir werden Sie immer wieder daran erinnern, ja eine halbe Milliarde Schilling Eigenwerbung in zwei Legislaturperioden, meine Damen und Herren, das ist ein feschcher Betrag, wie man das auf wienerisch sagt. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Kohlmaier: Stimmt diese Zahl, Herr Tull?)*

Der Herr Abgeordnete Tull wird diese Zahl sofort korrigieren. Ich bin selbstverständlich bereit, mich zu stellen, wenn er bessere Einsichten hat, bin ich ihm nur dankbar, denn er hat ja sicherlich als Abgeordneter der Regierungspartei viel besseren Zugang zu den Details, als ich das habe, ich kann mich nur auf das stützen, was veröffentlicht wird. Ich will gar keine geheimen Quellen, ich brauche sie gar

Dr. Taus

nicht. Was veröffentlicht wird, ist vollends genug.

Aber ich gehe noch einen weiteren Schritt, ich gehe von diesem Beispiel ja nicht weg. Da wollte ein Minister, der Verteidigungsminister, besonders sparsam wirtschaften und wollte der Öffentlichkeit zeigen, daß er ja eigentlich nicht viele Repräsentationsspesen verbraucht. Er hat sie halt dann unter „Handelswaren“ und unter „Truppenverpflegung“ verbucht.

Das heißt, meine Damen und Herren, um das auch zu sagen, wenn eine Regierung, ein Regierungsmitglied so weit geht, daß es seine Repräsentationsspesen falsch verbucht, und es folgt überhaupt keine Reaktion darauf, ich werde Ihnen gleich erklären, warum keine Reaktion darauf erfolgt, dann entzieht sich das meinem Verständnis. Ja, was heißt denn das, was passiert denn mit einem kleinen Gewerbetreibenden, der so etwas macht? Das müssen Sie ja wissen, als Finanzsprecher Ihrer Partei, Herr Dr. Tull, was mit dem passiert. Vielleicht können Sie die Paragraphen zitieren, ich weiß sie nicht auswendig, was mit dem passiert, wenn er so verbucht, wenn er Repräsentationsspesen falsch verbucht, falsch ausweist. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Tull: Fragen Sie den Prader, wie es damals war! - Abg. Dr. Prader: Verleumder! - Abg. A. Schlager: Verleumder!)*

Da hätte ich mir sagen können, bitte, das war der Herr Minister Lütgendorf, das macht nichts. Der ist ja ohnedies über langes Drängen der Opposition in den nicht ganz verdienten Ruhestand geschickt worden, aber er soll dort bleiben.

Aber da schreibt der Rechnungshof weiter - und das ist etwas, was mich stutzig macht, meine Damen und Herren, ich zitiere wörtlich -: „Auch im Jahre 1977 wurde trotz Ministerwechsel in diesem Ressort dieselbe Praxis beibehalten.“ Und der Rechnungshof schreibt dazu: „Die zwischenzeitlich vorliegenden Abschlußzahlen für 1977 vermitteln den Eindruck einer Einsparung von rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Diesen Nachweis sparsamer Mittelbewirtschaftung konnte der Rechnungshof jedoch nicht voll bestätigt finden, da er mittlerweile bei einer Überprüfung der Gebarung 1977 entgegen der Zusage des Bundesministeriums wiederum Fälle einer anderweitigen Verbuchung von Repräsentationsausgaben festgestellt hat.“ Ich zitiere nur das, was im Rechnungshofbericht steht.

Meine Damen und Herren. Sie haben mit Ihrer Sparpolitik, überhaupt mit den Chancen, daß Sie eine Sparpolitik betreiben, kein Glück. Ich sage es Ihnen offen. Sie können nicht sparen, vielleicht wollen Sie auch nicht sparen. Ich weiß

es nicht. Aber Sie sparen nicht, und das ist das Entscheidende für die österreichische Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Herr Finanzminister, ein Beispiel noch, das sich mit Ihnen beschäftigt. Denn wenn ich wieder den jüngsten Rechnungshofbericht in die Hand nehme, steht hier natürlich ein ganz besonders subtiles Beispiel von Verschwendung, das nicht so primitiv wie die falsche Verbuchung von Repräsentationsausgaben ist. Ich weiß schon, da kann man über das eine oder andere diskutieren. Aber ich komme auf etwas anderes.

Ich komme auf einen Kredit, und zwar den DM-Kredit 77/3, Rechnungshofbericht Seite 206 über das Verwaltungsjahr 1977. Da steht folgendes: Da hat das Finanzministerium einen DM-Kredit, das heißt, die Republik Österreich, von 100 Millionen DM aufgenommen und sie hat die schlechteste Variante aufgenommen, laut Rechnungshof. Sie können das alles nachlesen, was hier steht, und das kostet für die ersten sieben Jahre der Laufzeit dieses Kredites gegenüber einem Schuldscheindarlehen, das der Herr Finanzminister für die Republik Österreich billiger hätte aufnehmen können - und nun staunen Sie -, 63,3 Millionen Schilling mehr, 63,3 Millionen Schilling! Das ist ein so großer Betrag, daß sich viele Menschen gar nicht vorstellen können, wie groß der ist. Mit Recht können Sie sich das nicht vorstellen. 63,3 Millionen Schilling haben die wenigsten einmal auf einem Haufen liegen gesehen. Mit einem einzigen Kredit 63,3 Millionen Schilling höhere Zinsenbelastung, höhere Steuergelder als es nötig gewesen wäre, wenn ein anderer Kredit aufgenommen worden wäre.

Und warum? Ganz einfach. Weil der Herr Finanzminister später tilgen beginnen wollte. Damit die Zinsenbelastung nicht so grauslich ausschaut im Budget. *(Abg. Dr. Mock: Nach der Wahl!)* Verschieben ein bisschen, bis nach der Wahl, hinter uns die Sintflut ist die Devisen. Schieben, weg. Dafür zahlt der österreichische Steuerzahler 63,3 Millionen Schilling mehr laut Rechnungshof.

Jetzt kann man darüber diskutieren, es gibt Einwendungen des Finanzministeriums. Jetzt kann man sagen, nein, so ist es nicht, vielleicht zahlt er nur 50 Millionen mehr, vielleicht zahlt er nur 55 Millionen mehr, vielleicht auch nur 49 Millionen mehr. Aber er zahlt mehr, und zwar einen gigantischen Millionenbetrag, der weit über die Lebensverdienstsumme eines durchschnittlichen Verdieners hinausgeht, der kann sich überhaupt nicht vorstellen, wie groß das ist. Das wird mit einem Federstrich nur aus optischen Gründen vom Finanzminister Ihrer Regierung gemacht, die von sich behauptet, daß

Dr. Taus

Sie die Arbeiter und die Angestellten in diesem Staat vertreten will, na, die werden sich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich mag im einzelnen hier nicht weiter eingehen. Ich möchte Ihnen etwas anderes sagen. Was eben auffällt, ist, meine Damen und Herren, und ich weiß, das ist nicht sozialistische Tradition, ist nicht die Tradition in Ihrer Partei, und ich stehe auch auf dem Standpunkt, man muß nicht in Sack und Asche gehen, ganz und gar nicht, wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft, hoffentlich noch sehr lang, und das soll besser werden.

Aber Sie haben das schon verlernt. Die Politik der leichten Hand. Wir Sozialisten sind an der Kasse gewissermaßen, wir geben aus, wir sind die Machthaber. Und sehen Sie, das ist der Grund, warum ich der Überzeugung bin, daß Sie ein solches Budget nie mehr sanieren können, nicht Sie! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber lassen Sie mich noch ein paar Punkte im einzelnen hier anführen. Na ja, vielleicht noch eine Zahl, die ganz spannend ist. Da können Sie auch korrigieren, Herr Abgeordneter Tull. Ich glaube, wir zahlen heute täglich nahezu 100 Millionen Schilling für die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld und davon sind 20 bis 25 Millionen Tilgungs- und Zinszahlungen, die ins Ausland gehen. Ich hätte die Bitte, wenn Sie das überprüfen, ob ich vielleicht die richtige Zahl habe, denn ich bin ja nur in der Lage, mir das selber auszurechnen, beziehungsweise mit einigen meiner Kollegen, die das tun. Stimmt es, daß wir schon 100 Millionen am Tag zahlen oder stimmt es nicht? Das können Sie sehr leicht widerlegen. Sie können sich auch der Hilfe des Herrn Finanzministers bedienen, der einen großen Apparat dafür zur Verfügung hat. Sie alle können das errechnen, was wir ganz wenige allein rechnen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich hier noch ein paar Punkte herausheben, weil es mir auch um eine andere Frage geht. Wir hören jetzt jeden Tag oder jede Woche - ich will nicht übertreiben -, daß irgendein Unternehmen in Schwierigkeiten ist. Jeder, der sich in der Wirtschaft ein bißchen auskennt, weiß, daß das schon lange in der Luft gelegen ist und daß all Ihre Versprechungen, die Sie gemacht haben, was Sie alles sichern werden und sichern können, nicht viel wert gewesen sind.

Ein Großteil der österreichischen Industrie ist in den roten Zahlen. Jetzt lassen Sie mich einmal nach Ihrer Industriepolitik fragen. Sie haben sie ja mit ganz großartigen Ankündigungen begonnen. Ich kann mich erinnern, was in den Jahren 1970/71 alles an Aktivitäten versprochen wurde.

Ich möchte da gleich den Herrn Handelsminister fragen: Was ist denn eigentlich aus den Branchenkommissionen geworden? Welche fruchtbare Tätigkeit haben sie denn bisher entfaltet? Ich hätte gern einmal einen Bericht darüber, was sie industriepolitisch alles fertiggebracht haben, außer vielleicht Statistiken zusammenzustellen. Was sollen die Branchenkommissionen, was tun sie, was haben sie gemacht? Was haben sie gekostet, was haben wir hineingesteckt, was haben wir aus diesen Branchenkommissionen herausbekommen?

Dann gibt es noch eine zweite Kommission. Dafür sind beide Herren nur in ihrer Eigenschaft als Regierungsmitglieder mit verantwortlich und zuständig. Das ist die Industriekommission im Bundeskanzleramt. Ich hatte einmal die Ehre, zu dieser Industriekommission eingeladen zu werden. Es ging damals um das „Austro-Porsche“-Projekt. *(Abg. Dr. Mock: Eines der vielen „realisierten“ Projekte!)* Es waren sehr viele Menschen dort, vielleicht 30 oder 40; ich weiß nicht, wie viele, ich habe sie nicht gezählt. Der Kaffee war ausgezeichnet. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich trinke sehr gerne Kaffee. Dann hat es eine Plauderstunde gegeben, eine nicht vorbereitete Plauderstunde. Das war die Industriekommission!

Ich will an die beiden Herren die Frage richten - ich weiß, das ist nicht ihr Ressort, aber es ist industriepolitisch wichtig -: Was geschieht in der Industriekommission? - Bitte, ich war nur einmal dort. Vielleicht leisten sie die ganze Zeit über härteste und beste Arbeit und haben nur, als ich dort war, eine Plauderstunde gemacht. Das weiß ich nicht. Was wurde denn bisher in der Industriekommission schon fertiggebracht? Was hat die Industriekommission bisher geleistet? Ich weiß: Eine Plauderstunde hat es einmal dort gegeben. Was hat sie geleistet? Können Sie mir sagen, was die Industriekommission geleistet hat, meine Herren? Das würde mich sehr interessieren. Es würde auch viele Unternehmer und Arbeitnehmer, also alle in der Industrie interessieren, was all diese Kommissionen getan haben und warum die Unternehmungen jetzt in dieser schwierigen Situation sind?

Lassen Sie mich hier noch ein paar Punkte sagen. Da ist die fundamentale Frage der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung. Wir haben - der Finanzminister leugnet es ja gar nicht, er sagt selber in seiner Budgetrede, wir müßten das Defizit verkleinern - ein gewaltiges Budgetdefizit. Das Resultat davon ist, daß wir die Steuern sehr, sehr stark erhöhen mußten. Wir sind nun unter jenen Staaten mit den höchsten Staatsquoten der westlichen Welt. Das ist also ein Punkt. Das sind ja Kosten bei den Unternehmungen und nichts anderes. Das scheint in der Kalkulation als Kosten auf.

Dr. Taus

Das zweite ist, daß wir einen sehr scharfen Kurs, nämlich eine Hochzinspolitik betrieben haben. Das ist auch verständlich gewesen, denn wenn man das Budget nicht in Ordnung bringen und nicht in Ordnung halten kann, dann muß man versuchen, über eine Hochzinspolitik auf der einen Seite und vielleicht eine kräftige Belastungspolitik auf der anderen Seite Stabilität zu halten. All das, meine Damen und Herren, scheint aber in den Kalkulationen der Firmen als Kosten auf. Es ist ja nicht so, das es irgendwo verschwindet.

Bleiben wir beim Zinsniveau. Wir sind im Hartwährungsblock drinnen. Ich bin nie ein Gegner der Hartwährungspolitik gewesen. Es stellt sich nur die Frage: Wie hart kann sie unter den gegebenen Verhältnissen sein? Ich schätze, im Durchschnitt ist das Zinsniveau bei uns um etwa 3,5 bis 4 Prozent höher als in der Schweiz oder in Deutschland. In der Schweiz und in Deutschland bekommen die ersten Firmen um 5 oder 5,75 Prozent Kredite, bei uns aber vielleicht etwa um 9 oder 8,75 Prozent. Die Durchschnittsfirma wird in der Schweiz und in Deutschland um die 6 Prozent zahlen. Bei uns sind es noch immer nicht weniger als 10 oder 9,5 Prozent. Daher rechne ich einmal mit 4 Prozent. Sie können es auch mit 3,5 Prozent rechnen.

Jetzt kann ich mir überlegen: Was bedeutet das mehr an Belastung für diese Firmen? Sie müssen das ja verdienen, sie müssen das ja zurückerhalten. Das ist jetzt, wie man es rechnet, verschieden, aber es sind etwa 20 bis 30 Milliarden Schilling mehr im Jahr, die auf dem Produktionsapparat draufliegen. Das ist ein gewaltiger Betrag! Es ist daher kein Wunder, wenn sie alle zum Taumeln anfangen, meine Damen und Herren. Aber das ist ja Ihre Politik!

Der Herr Finanzminister hat erst kürzlich in New York, wenn er hier richtig zitiert ist – wenn er in Österreich nicht richtig zitiert wurde, wird er es sicherlich nachher gleich korrigieren –, die Stahlbad-Theorie vertreten. Er hat „Stahlbad“ gesagt, wenn ich das richtig gelesen habe. Die Quelle, die ich hatte, war eine österreichische Zeitung, und daher ist es denkbar, daß der Herr Finanzminister das anders gesagt hat. Es kann ja passieren in der Übertragung von New York nach Wien, daß das anders durchgekommen ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie als Sozialistische Partei der österreichischen Wirtschaft ein Stahlbad verordnen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn es Fußmarode gibt. Das ist doch die entscheidende Frage, um die es hier geht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt darf ich Ihnen noch etwas sagen, weil auch Sie, wenn ich das richtig im Kopf habe, Herr Abgeordneter Mühlbacher, vom Export-

wunder gesprochen haben. Generaldirektor Dr. Haschek, den ich gut kenne und sehr schätze, hat gesagt: Wir sind froh, wenn mehr exportiert wird, weil wir das brauchen. Aber fragen Sie doch einmal die Leute in den Firmen, gehen Sie doch zum Management der Vereinigten Edeltahlwerke und fragen Sie, wie es mit ihren Exporten aussieht. Wenn sich das in den letzten drei Jahren, als ich nicht mehr unmittelbar dort beschäftigt gewesen bin, nicht geändert hat, dann müssen sie noch immer 80 Prozent ihrer Produktion exportieren. Das heißt, sie können nur einen ganz geringen Teil ihrer Produkte auf dem Inlandsmarkt absetzen. Sie müssen 80 Prozent exportieren.

Fragen Sie doch einmal, was das Stahlbad, das der Herr Finanzminister der VEW verordnet hat, gekostet hat. Fragen Sie die Leute dort! Fragen Sie sie! – Dafür müssen diese sich beschimpfen lassen, daß sie Managementfehler gemacht hätten. Ich möchte wissen, wo Managementfehler gemacht worden sind: vielleicht auch in den Firmen – das gebe ich durchaus zu –, aber sicher in der Regierung. Sicher in der Regierung! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Die Verstaatlichte hält nach meinem Wissen um diese Industriegruppe Ihr Stahlbad nicht aus. Lassen Sie mich hier eines sagen: Österreich hält es nicht aus, wenn Ihr Stahlbad dazu führt, daß die verstaatlichte Industrie krank ist. Das hält das Land nicht aus, dazu sind wir zu klein.

Herr Minister, überprüfen Sie doch einmal die Wirtschaftspolitik Ihrer Regierung! Sie sind ja die Nummer eins in der Wirtschaftspolitik. Oder sind Sie es nicht mehr, seit der Bundeskanzler Sie in der Budgetpolitik abgelöst hat? Das weiß ich nicht, und damit möchte ich auch nicht auseinandersetzen. Aber mich interessiert eines: Wie lange, glauben Sie, hält die österreichische Industrie, ob privat oder verstaatlicht, Ihre Politik noch aus? Natürlich gibt es ein paar, die sich durchgetrampelt haben. Trotz Ihrer Politik stehen sie gut da, trotz Ihrer Politik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben es uns nicht nur in der Kritik leichtgemacht, sondern wir haben etwas gemacht, was Sie als Oppositionspartei nie getan haben, nämlich ein Budgetkonzept entworfen. Wir haben der Öffentlichkeit unsere Vorstellungen gesagt. *(Abg. Dr. Tull: Von dem sollten Sie lieber nicht reden!)* Von dem rede ich sehr viel. Wir werden noch viel mehr davon reden, als Ihnen lieb ist. Sie haben so etwas nie fertiggebracht. Es waren erstklassige Experten, die das gemacht haben; eine Gruppe, die auch bei Ihnen sehr geschätzt ist. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Blabla!)*

11528

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dr. Taus

Lassen Sie mich dazu sagen: Wir sind nie so überheblich gewesen, zu glauben, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Aber wir wissen eines, meine Damen und Herren, nämlich daß in diesem Land wieder gespart werden muß. Auf der Ausgabenseite muß in diesem Land wieder gespart werden. Sie werden das nie fertigbringen. Nie werden Sie das fertigbringen! Das kann eben nur die Österreichische Volkspartei. Das möchte ich hier festhalten. *(Beifall bei der ÖVP. – Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Dr. Tull: Herr Dr. Taus bringen Sie konkrete Anträge! Konkretisieren Sie das!)*

Wir sind bei diesem Budgetkonzept davon ausgegangen, daß wir auf der Ausgabenseite sparen müssen. Da stehen keine sehr populären Maßnahmen drinnen. Wir wissen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir in der nächsten Legislaturperiode nichts zu verschenken haben werden. Auch das möchte ich hier deponieren. Da wird nichts zu verschenken sein. Im sozialen Bereich wird man Ungerechtigkeiten korrigieren müssen. Dafür werden wir eintreten. Aber große Geschenke wird es nicht geben.

Wir haben deutlich in 14 Punkten aufgezählt, welche Richtung wir gehen wollen. *(Abg. Dr. Tull: Die falsche Richtung!)* Da kann man noch neue Punkte dazugeben, da kann der eine oder andere geändert werden. Wir sind nicht so überheblich, zu glauben, daß wir alles wissen und alles können. Aber eines wissen wir, nämlich daß wir solid wirtschaften können. Das haben wir 25 Jahre in diesem Land bewiesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir nicht 25 Jahre solid gewirtschaftet hätten, dann hätten Sie in den neuen Jahren, in denen Sie regiert haben, nicht so viel ausgeben können. Das mußte ja von irgendwo herkommen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir sind daher der Auffassung, daß es einen Kurswechsel in diesem Land geben muß.

Wir sind der Auffassung, daß die bewährten Prinzipien der Sparsamkeit, des Fleißes, der Leistungsbereitschaft der Österreicher wieder stärker zum Tragen kommen müssen.

Dieses Budget ist nicht nur unserer Auffassung nach der Beweis dafür, daß diese Regierung zur Sanierung nicht mehr in der Lage ist. Wir können daher diesem Budget als Österreichische Volkspartei unsere Zustimmung nicht geben. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der professionelle Miesmacher in diesem Haus, der Bundesparteiobmann Dr. Taus, hat nunmehr in einer erschreckend leichtfertigen Art und Weise Probleme erörtert, die wahrlich verdienen würden, sehr sachlich und objektiv behandelt zu werden.

Worum es Ihnen gegangen ist, Herr Dr. Taus – ich habe im Grund genommen von Ihnen eigentlich auch nichts anderes erwartet –, ist, sich in düsteren Prophezeiungen zu ergeben mit dem Ziel, Herr Dr. Taus, eine allgemeine Verunsicherung, eine Panikmache, Angst und Schrecken in der Bevölkerung auszulösen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was Sie hier machen, möchte ich schlicht und einfach unter dem Titel gesetzt wissen, Sie betreiben in einer unverantwortlichen Art und Weise ein sehr zwielichtiges Geschäft mit der Angst der Menschen.

Sie versuchen wieder einmal, Herr Dr. Taus, in der Gift- und Sudelküche der Österreichischen Volkspartei eine politische Suppe zu kochen in der Annahme, daß vielleicht doch etwas von diesen Verdrehungen, von diesen Verteufelungen, von diesen Unwahrheiten in der Öffentlichkeit hängen bleiben würde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber die Österreicherinnen und Österreicher können wahrlich unbesorgt sein. Taus war, ist und bleibt ein falscher Prophet. Seinen heutigen Prophezeiungen kann man ebenso viel oder, konkreter gesagt, ebenso wenig Wahrheitsgehalt unterstellen wie jenen Weissagungen, in die er sich im Laufe der letzten Jahre ergangen hat.

Ich habe hier nur einige Zitate, nur einige Feststellungen, die Herr Dr. Taus in seiner plaudernden Art gemacht hat. Man kann nur eines sagen: Seine Ausführungen, die er heute hier zum besten gegeben hat, können eigentlich nur mit einer Antwort klargestellt beziehungsweise erledigt werden: Geh, Peperl, plausch net! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn wenn man da so nachsieht, was dieser Dr. Taus im Laufe der letzten Jahre alles vorausgesagt hat, und was nicht eingetroffen ist, so muß ich sagen: Das ist geradezu überwältigend.

So sagte beispielsweise Herr Dr. Taus ... *(Zwischenruf bei der ÖVP: Staribacher!)* Ja, nur mit dem Unterschied, daß das, was Dr. Staribacher sagt, Hand und Kopf hat, daß das etwas ist, im Gegensatz zu dem, was Herr Dr. Taus hier immer wieder versucht zu produzieren und von sich zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Tull

Herr Dr. Taus hat es vorgezogen, wegzugehen. Ich habe ihm gesagt, ich werde ihm einiges von dem in Erinnerung rufen, was er bereits hier oder aber in Rundfunksendungen, in Diskussionsveranstaltungen, Fernsehen und so weiter, von sich gegeben hat. Ich wollte das mit dem konfrontieren, was sich dann in der Wirklichkeit abgespielt hat, wie die Entwicklung in Wirklichkeit verlaufen ist.

Was sagte beispielsweise Herr Dr. Taus am 19. 9. 1975:

Wir können sogar mit einer Gewißheit sagen, daß es so sein wird, das heißt, daß wir in der Talfahrt weitergehen müßten.

Nun, ich glaube, die Meinung, die ich habe, ist bestätigt durch die Fakten, und die Fakten, Herr Kollege Kraft, sprechen wohl eine andere, eine sehr überzeugende Sprache.

Die Fakten lauten nämlich: 1975 ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent, 1976 ein solches von 5,2 Prozent, 1977 von 3,5 Prozent, 1978 von 2 Prozent, und die Prognose für 1979 lautet 3 Prozent.

Da erdreisten Sie sich, meine Damen und Herren, von einer Talfahrt, von einem Bankrott, von einer Pleite zu sprechen?

Na, die Österreicherinnen und Österreicher sind hier wohl einer anderen Meinung. Denn sie erleben es ja täglich in der Praxis. Sie können sich doch täglich an den Früchten dieser Politik erfreuen, und sie können sich immer wieder davon überzeugen, wie richtig diese Politik, die die Sozialistische Partei gemacht hat, für die Österreicherinnen und Österreicher gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Oder, Herr Dr. Taus, erinnern Sie sich noch, daß Sie beispielsweise im Jahre 1975 in einer TV-Diskussion mit Bundeskanzler Dr. Kreisky gesagt haben, daß Sie im Budget für das nächste Jahr überhaupt keinen Spielraum mehr zum Ankurbeln haben, wenn es ganz dringend notwendig sein sollte. Ja er sprach davon, daß es keine Möglichkeiten mehr gab, die Wirtschaft anzukurbeln.

Wie sah die Tatsache aus, Herr Dr. Mussil? Sie als Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, als maßgebender Funktionär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, müssen sich doch erinnern, daß diese Regierung 3 Milliarden Schilling freigegeben hat zum Ankurbeln der österreichischen Wirtschaft, um eine größere Arbeitslosigkeit zu verhindern und damit den Österreicherinnen und Österreichern Not und Elend zu ersparen, von dem die anderen Länder - 15 Millionen Arbeitslose gibt es heute noch in der westlichen Welt - leider nicht verschont

geblieben sind, sondern die sie mit aller Brutalität über sich ergehen lassen mußten.

Oder, Herr Dr. Taus, erinnern Sie sich noch? Gibt es 1976 einen Aufschwung?, das waren Ihre Worte. Wird sich die Inflation beschleunigen? - Wie sah es in Wirklichkeit aus?

Die Inflationsrate ist doch zurückgegangen, und zwar von 8,4 Prozent auf 7,3 Prozent im Jahre 1976, und wir liegen doch heute - und das werden Sie doch wohl bestätigen, Herr Dr. Mussil - bei einem Kaufkraftschwund von knapp über 3 Prozent.

Oder, Herr Dr. Taus, erinnern Sie sich noch - und da erwarten Sie, daß man Ihnen heute glauben kann -, was Sie am 11. 11. 1975 gesagt haben? Sie haben gesagt: Nach dem 5. Oktober gibt es keine Vollbeschäftigungspolitik mehr in Österreich.

Und die Fakten? Wie sah es in Wirklichkeit aus?

1975 2,6 Millionen, 1976 2,6 Millionen, 1977 2,7 Millionen, und wir haben im Oktober dieses Jahres einen absoluten Höchststand erreicht.

Da wagt es Herr Dr. Taus, hier herauszugehen und neuerlich eine Schwarzmalerei zu betreiben, von einer Weltuntergangsstimmung zu sprechen in der Erwartung, daß man ihm dies als bare Münze abnehmen soll? Ja kann man denn so einem Menschen glauben, der sich so oft in Prophezeiungen ergangen hat, die sich dann im Grunde genommen als absolute Fehleinschätzung erwiesen haben? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Erinnern Sie sich, Herr Dr. Mussil - Sie als Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer werden sich doch sicherlich noch sehr gut entsinnen -, daß Ihr Parteifreund Dr. Taus im Jahre 1976 erklärt hat, die Belastungswelle der Regierung heize Inflation an und gefährde Arbeitsplätze.

Wollen Sie das heute, rückblickend, nachdem man gesehen hat, was in den letzten Jahren diese sozialistische Regierung in ihrem Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze gegen die Inflation an Erfolgen zu verzeichnen gehabt hat, in Abrede stellen?

Bekennen Sie sich zu dem, was Taus damals gesagt hat, oder müssen Sie heute rückblickend feststellen, daß sich Ihr Josef Taus damals wie so oft wieder geirrt hat und daß er auch heute wieder etwas gesagt hat, was zweifelsohne nicht eintreffen wird, weil es einfach unrichtig ist. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Wiederholen Sie das noch einmal! Ich habe leider nicht aufgepaßt! - Heiterkeit.)*

Herr Dr. Taus hat am 6. Oktober 1977 hier im Nationalrat - Kollege Schlager, es ist Ihnen

11530

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dr. Tull

natürlich nicht sehr angenehm, wenn ich Ihnen all das, diesen Spiegel der Wahrheit vor Augen halte – gesagt: Wir werden diese Politik lange Jahre hindurch zu büßen haben. Sie wird uns möglicherweise eine Beschleunigung der Inflation bringen. So werden wir auf die Dauer Arbeitsplätze in diesem Land nicht sichern können.

Wir büßen etwas? Was büßen wir? Gehen Sie doch in diesen Tagen in die Geschäfte! Erkundigen Sie sich, wie es dort zugeht! Erkundigen Sie sich nach den Umsätzen des Weihnachtsgeschäftes! Da werden Sie sehen, daß die Leute nichts zu büßen und nichts zu bereuen haben, daß es den Menschen in diesem Lande heute besser geht denn je zuvor. Das ist die Frucht, das ist der Erfolg der sozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man das hier sieht, wenn man die Behauptungen des Dr. Taus mit den Tatsachen konfrontiert, dann kann man nur sagen: Einem solchen Politiker kann man wahrlich nicht trauen, einem solchen Politiker kann man einfach nicht glauben.

Eines weiß ich bestimmt, Herr Kollege Kraft: Die Österreicherinnen und die Österreicher sind viel zu klug, viel zu besonnen, viel zu erfahren, um zu wissen, daß sie sich von solchen Panikmachereien nicht ins Bockshorn jagen lassen müssen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: Abwarten!)*

Sie wissen ganz genau, was schwerer wiegt: die schwarzmalerschen Darstellungen eines Taus oder die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung. *(Abg. Kraft: Sie wissen, daß Sie am Ende sind!)*

Herr Dr. Taus wollte wissen, wie hoch die Staatsschulden sind. Er hat unter anderem behauptet, das Leasing- und Verwaltungsschulden auch Staatsschulden seien.

Nun ich möchte in diesem Zusammenhang doch sagen: Ein Banker, auch ein politischer Karrierebanker, sollte doch wissen, auch wenn er nie in den Finanz- und Budgetausschuß kommt, auch wenn er nie in den Rechnungshofausschuß kommt, um sich dort einmal an Hand der Unterlagen über die Tatsachen zu informieren, daß Leasing- und Verwaltungsschulden einfach keine Schulden im üblichen Sinne des Wortes sind. *(Abg. Sandmeier: Was sind sie denn?)*

Sie können ohneweiters einmal in den Rechnungshofausschuß kommen, wir werden uns dort in Gegenwart des Herrn Präsidenten des Rechnungshofes über diese äußerst komplexe Materie unterhalten, und Sie werden dann

feststellen, daß das nicht das ist, was Sie gemeinlich als Schulden hinstellen, um die Österreicher zu verunsichern, um in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß diese Regierung am Ende ihres Lateins sei. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn Sie noch lange reden, sind zum Schluß die Verwaltungsschulden noch Forderungen!)*

Ich will nicht behaupten, meine Damen und Herren, daß Herr Dr. Taus hier bewußt irreführt hat. Das will ich nicht behaupten, Herr Generalsekretär! Ich will großzügigerweise, Herr Generalsekretär, dem Herrn Dr. Taus eines unterstellen, nämlich, daß er sich schlicht und einfach wieder einmal geirrt hat.

Allerdings muß man dazu ergänzend sagen: Einem Mann, der sich in den letzten Jahren so oft und so entscheidend geirrt hat, der so großen Fehleinschätzungen unterlegen ist wie *(Abg. Dr. Mussil: Wie der Kanzler, meinen Sie!)* ein Dr. Taus, dem kann man einfach nicht die Regierungsverantwortung in diesem Staate überantworten. Das werden die Österreicherinnen und Österreicher zweifelsohne schon lange erkannt haben, und deswegen werden sie zweifellos bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit, bei der kommenden Nationalratswahl, Ihnen, meine Damen und Herren, die nichts anderes machen als nein zu sagen, als hemmungslos zu lizitieren, die sich leichtfertig hierher stellen, um ein hysterisches Geschrei zu entfesseln, die permanent an der Klagemauer stehen und so tun, als ob Österreich des größte Armenhaus der Welt wäre, die einzig richtige Antwort erteilen. Davon sind wir überzeugt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine Budgetdebatte ist, meine Damen und Herren, eine große Stunde der Opposition: Das ist die große Chance der Opposition, vor allem einer großen Oppositionspartei, sich mit der Regierungspolitik, mit der Regierungstätigkeit kritisch, konstruktiv und sächlich auseinanderzusetzen und Alternativen aufzuzeigen, Alternativen zu bieten.

Sie, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei, haben diese Chance nicht wahrgenommen. Im Gegenteil: Das, was Sie sich gestern geleistet haben, nämlich sich selbst die Möglichkeit durch eine läppische dringliche Anfrage zu entziehen, die im Grunde genommen nichts anderes gewesen ist als ein blamabler Rohrkrepierer, beweist, daß Sie im Grunde genommen völlig hilf- und ratlos sind, daß Sie ohne Konzept sind, daß die Konfusion in Ihrem Klub eine totale geworden ist. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ist es nicht gelungen, die Richtigkeit des Regierungskurses

Dr. Tull

unserer Politik zu widerlegen. Ganz im Gegenteil: Wir waren offensiv. Wir haben überzeugend dargelegt, welche großartigen Leistungen diese sozialistische Bundesregierung, die sozialistische Mehrheit dieses Hauses vollbracht hat.

Wir haben bewiesen, daß unser Weg, der österreichische Weg, zielführend, richtig gewesen ist, daß dieser Weg – und das konnten Sie nicht widerlegen – zu mehr wirtschaftlichem Wohlstand, zu mehr sozialer Wohlfahrt und zu mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit geführt hat.

Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei (*Abg. Kraft: Phrasendrescher! – Abg. Dr. Fischer: Das ist bald ein Ordnungsruf!*), mißlang der Versuch, Ihr mit großem Paukenschlag – Herr Kollege Kraft, Sie waren ja auch bei jenen, die den Paukenschlag gerührt haben – so spektakulär angekündigtes Wirtschafts- und Budgetkonzept als Alternative zu unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik hinzustellen beziehungsweise anzupreisen.

Ihr Wirtschaftskonzept, von dem auch Ihr Obmann heute hier geplaudert hat, befand sich einige Wochen auf dem Prüfstand. Es hat wegen seiner Oberflächlichkeit, wegen seiner Einfältigkeit einer genauen Prüfung einfach nicht standhalten können.

Ich glaube, behaupten zu können – der Verlauf der Budgetdebatte gibt mir recht –, daß sich Ihr marktschreierisch angepriesenes Konzept schlicht und einfach als politische Scharlatanerie, als Schall und Rauch und als eine lächerliche Schaumschlägerei erwiesen hat. (*Abg. Dr. Mussil: Seien Sie vorsichtig!*)

In dieser Stunde der Wahrheit hätte die Österreichische Volkspartei eigentlich aufzeigen können, was Ihr Konzept, was das Finanz- und Budgetkonzept eigentlich ist. Sie hätten konkrete Anträge auch heute stellen können. Es geht nicht an, nur global so zu reden, wie das Dr. Taus getan hat: Ungefähr so viel Schilling, ungefähr so viel Prozent, ich kann es nicht genau feststellen, ich habe keine Möglichkeit! – Aber es wird einfach leichtfertig gesprochen.

Sie hätten jetzt Gelegenheit gehabt, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, hier konkrete Anträge zu stellen. (*Abg. Steinbauer: Haben wir ja gemacht!*) Was wollen Sie? Anträge haben Sie gestellt? Ich muß Ihnen sagen, dem ist nicht so.

Ich will nicht ein meiner Partei nahestehendes Organ hier zitieren, sondern eine Enunziation der Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs. Und die haben Ihnen folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Wie alljährlich beschäftigt sich das Parlament auch am Ende des heurigen Jahres intensiv mit dem Bundesvoranschlag für das kommende Finanzjahr. Eine der merkwürdigsten Vorbereitungen im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates ist soeben zu Ende gegangen.“ – Und jetzt hören Sie gut her, meine Herren der Österreichischen Volkspartei – „Der einzige Abänderungsantrag zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsplan stammt nämlich von der Regierungspartei, während es die Oppositionspartei nicht einmal mehr der Mühe wert fand, Entschließungsanträge zu einzelnen Budgetkapiteln einzubringen.“

So verlief die Debatte im Finanz- und Budgetausschuß. Nichts haben Sie gemacht, keinen einzigen konkreten Antrag haben Sie gestellt. Sie wollen zwar 1 Prozent des Personalstandes reduzieren, aber sagen Sie doch jetzt endlich, wo abgebaut werden soll: bei den Bundesbahnen? – Sagen Sie das den Eisenbahnern, daß wir zu viele Eisenbahner haben. Wollen Sie etwa bei den Lehrern etwas einsparen? – Sagen Sie es doch Ihren Mitgliedern des Christlichen Lehrervereines, daß es zu viele Lehrer gibt, daß wir Lehrer abbauen müssen. – Oder wollen Sie bei den Polizisten, bei den Gendarmen einsparen, um dann bei der nächsten Gelegenheit hierher zu kommen und scheinheilig Klage zu führen, daß die Sicherheit in Österreich ernstlich bedroht sei? (*Abg. Steinbauer: „Scheinheilig“ könnte Ordnungsruf sein! Seien Sie vorsichtig!*) Das ist doch eine Doppelzüngigkeit. Das ist doch eine Vorgangsweise, die man schlicht und einfach nur als Doppelbödigkeit bezeichnen kann.

Herr Kollege Steinbauer, vielleicht haben die ÖVP-Taktiker in der Kärntner Straße eines klar erkannt – vielleicht sogar zähnefletschend erkannt, diese Erkenntnis war für Sie nicht angenehm –: daß Ihr großangelegter Versuch, Herr Kollege Steinbauer, Ihr Versuch einer gezielten Täuschung der Öffentlichkeit von den Österreichern als plummes Wahlmanöver zeitgerecht durchschaut wurde, oder es beginnt in Ihren Kreisen endlich einmal zu dämmern, Sie beginnen endlich einmal einzusehen, daß Ihr Konzept im Grunde genommen ein völlig untaugliches wirtschaftspolitisches Instrument wäre, gleich welche Ursache dieses Verhalten hat, eines ist sicher, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: Sie haben mit Ihrem sogenannten Konzept, das im Grunde genommen keine Offenbarung ist, eine totale Pleite erlebt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben heute Gelegenheit, uns bei der Behandlung des Kapitels Finanzen grundsätzlich über verschiedene Finanz- und Steuerfragen zu unterhalten. Ich glaube, das Budget 1979

11532

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dr. Tull

entspricht dem Gebot, daß ein Voranschlag weder von einem ungesunden Optimismus noch einem ungerechtfertigten Pessimismus getragen sein darf. Die Ziele der Budgets 1977 und 1978, generell restriktiv und selektiv expansiv zu wirken, sind erreicht worden. (*Abg. Dr. Mussil: Sehr schön gesagt war das jetzt!*) Die Aussichten für 1979, Herr Dr. Mussil – und das hat auch Ihr Chef, Herr Dr. Taus, heute bestätigt –, die Aussichten für 1979 müssen als absolut günstig bezeichnet werden, sodaß ein vorsichtiger Optimismus durchaus gerechtfertigt erscheint. Ich kann mir ersparen, hier einzelne diesbezügliche Indikatoren als Beweis ins Treffen zu führen.

Die allmähliche Konjunkturerholung macht es möglich, das Budget 1979 restriktiv anzulegen. Die verbesserte Wirtschaftslage, die Sie nicht in Abrede stellen können – Sie können sich noch so bemühen; die Wirtschaft hat sich dank der Maßnahmen, die wir allein getroffen, durchgesetzt und daher auch allein zu verantworten haben –, sollte uns veranlassen, durch ein mittelfristiges Rahmenkonzept sicherzustellen, daß die den Bewegungsspielraum des Budgets einschränkenden Tendenzen ehestens abgebaut werden.

Das erklärte Ziel unserer Budgetpolitik und unserer künftigen Finanzpolitik wird darin liegen, das Defizit systematisch auf ein tragbares und angemessenes Ausmaß zurückzuführen und dafür vorzusorgen, daß wir wiederum einen entsprechenden Finanzierungsspielraum bekommen.

Sie haben bei dieser Budgetberatung – und auch heute haben Sie es wieder sehr massiv getan – viel von Belastung, von Belastungspolitik gesprochen und haben in diesem Zusammenhang auch die Grenzen der Steuerbelastung ins Treffen geführt. Ich glaube, wir sollten hier keine Beckmesserei betreiben, aber über eines sollte man sich im klaren sein: daß Veränderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen eine ebenso rasche Reaktion sowohl der Wirtschafts- als auch der Steuerpolitik erfordern. Das Tempo, mit dem sich Umfang und Methoden staatlicher Einnahmebeschaffungen wandeln, wird in der Tat von der Dynamik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat in den letzten Tagen – und wird das sicherlich heute noch mit einer einzigartigen Hartnäckigkeit fortsetzen – permanent davon gesprochen, daß der Steuerdruck immer stärker werde; wie eine tibetanische Gebetsmühle! (*Ruf bei der ÖVP: Na net!*) Na net!, sagen Sie. Das behaupten Sie, daß der Steuerdruck immer stärker wird!

Tatsache ist jedoch, meine Damen und Herren, daß die Steuerquote im Laufe der sechziger Jahre, insbesondere in der Zeit, in der Sie die Alleinverantwortung getragen haben, gestiegen ist, während sie seit 1970 leicht sinkt. Tatsache ist im Gegensatz zu Ihren Behauptungen, Herr Sandmeier und meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß der Anteil des Bundes an den öffentlichen Abgaben gemessen am Bruttonationalprodukt im Jahre 1978 mit 18,9 Prozent annähernd gleich hoch ist wie zu Beginn der siebziger Jahre. Und Tatsache ist im Gegensatz zu Ihren Behauptungen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß der Anteil der Abgaben, also der Steuern, Beiträge und Gebühren, die vom Bund zu verantworten sind, im Jahre 1970 14,9 Prozent betragen hat und heuer 15 Prozent ausmacht. Das ist eine Steigerung von 0,1 Prozent, und da haben Sie die Dreistigkeit und den Mut und reden von einem ständig wachsenden Steuerdruck.

So sieht die Wahrheit aus, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie von der Österreichischen Volkspartei behaupten laufend fälschlicherweise, daß durch die Lohnsteuerprogression inflationsbedingte Lohnerhöhungen brutal weggesteuert, ja geradezu konfisziert werden.

Tatsache ist, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, im Gegensatz zu Ihren unwahren Behauptungen, daß 1978 nahezu alle Einkommensstufen für gleiche Realeinkommen wie im Jahre 1970 relativ weniger Steuern bezahlen müssen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: Das müssen Sie draußen sagen: Da brauchen Sie einen Polizeischutz!*)

Tatsache ist, im Gegensatz zu Ihren plumpen, dem Stimmenfang dienenden Behauptungen, daß global gesehen die Lohnsteuer in Österreich nicht einmal 11 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme ausmacht, während sie in Deutschland immerhin 16 Prozent beträgt. Das ist die Wahrheit, meine Herren der Österreichischen Volkspartei. Wir werden dafür sorgen, daß diese Wahrheit zum Durchbruch kommt. Wir werden unermüdlich die Menschen in diesem Lande aufklären und ihnen die Zusammenhänge aufzeigen, wir werden sie vor Ihren falschen Behauptungen zu bewahren und zu beschützen wissen! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Die Österreichische Volkspartei behauptet, daß das Budgetdefizit – um dessen Abbau wir redlich bemüht sind, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei – durch das

Dr. Tull

Leistungsbilanzdefizit verursacht wird. Tatsache ist, meine Damen und Herren – im Gegensatz zu Ihren etwas übertriebenen, ausschließlich der Demagogie dienenden Feststellungen –, daß der Kausalzusammenhang genau ein umgekehrter ist. (*Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.*)

Sie stellen die Dinge einfach auf den Kopf. Es ist ja gleichgültig, was die Wahrheit ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Eduard Moser.*) Wichtig ist einfach: Sie behaupten das, was Ihnen vermeintlich dient, was Ihnen in Ihrem politischen Tageskampf offenbar Munition gegen uns zu liefern in der Lage ist. Das behaupten Sie, ob es wahr ist oder nicht, ist Ihnen völlig gleichgültig. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Eduard Moser.*) So ernst nehmen Sie es, Herr Dr. Moser, einer der prononciertesten Katholiken in diesem Hause, mit der Wahrheit. Denken Sie einmal nach, wie Sie das mit Ihrem christlichen Gewissen vereinbaren können! (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Tatsache ist, daß die hohe Beschäftigung zu hohen, zu höheren Importen geführt hat und daß der Kaufkraftentzug, der durch die Leistungsbilanz entsteht, eben durch ein entsprechendes Budgetdefizit neutralisiert werden muß.

Weil heute so viel von diesem Budgetdefizit, vom Abgang gesprochen worden ist, möchte ich doch auf eines verweisen – und das wird aus einem Abänderungsantrag, den ich nun hier einzubringen habe, klar zu ersehen sein –, nämlich, daß der Nettoabgang des Jahres 1979 rund 31,1 Milliarden Schilling beträgt, während der Nettoabgang des Jahres 1978 voraussichtlich 34,1 Milliarden Schilling ausgemacht hat. Also immerhin eine Verringerung um fast 3 Milliarden Schilling.

Ist das eine schlechte Finanzpolitik? Ist das eine schlechte Budgetgebarung?

Der Antrag, den ich einzubringen habe, lautet:

Antrag

der Abgeordneten Dr. Tull und Genossen betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 (1020 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Im Artikel I Abs. 1 der im Titel bezeichneten Regierungsvorlage sind die angegebenen Schlußsummen durch die nachfolgenden Schlußsummen zu ersetzen:

Ausgaben mit Tilgung von Finanzschulden 288 799,068 Millionen Schilling, ohne 270 235,942 Millionen Schilling;

Einnahmen mit Tilgung von Finanzschulden 239 062,174 Millionen Schilling, ohne 239 062,174 Millionen Schilling;

(Gesamtgebarungs-)Abgang mit Tilgung von Finanzschulden 49 736,894 Millionen Schilling.

Nettoabgang ohne Tilgung von Finanzschulden 31 173,768 Millionen Schilling.

Diese Abänderung ist erforderlich geworden durch die vom Finanz- und Budgetausschuß beziehungsweise Nationalrat beschlossenen Abänderungen zur Beratungsgruppe XI (Finanzen).

Zum Unterschied von der Regierungspartei, die sich zu einer Wirtschaftspolitik der Ausgewogenheit zwischen der Stabilität des Geldwertes, der Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus, eines entsprechend angemessenen Wirtschaftswachstums bekennt, betreibt die Österreichische Volkspartei – und das haben Sie in den letzten Tagen in diesen Budgetberatungen wohl sehr überzeugend dargelegt und vorgetragen – eine hemmungslose Lizitationspolitik, eine permanente Verteufelungskampagne und eine einfältige Vernebelung der Bevölkerung durch Verdrehungen und Jonglieren mit Zahlen. (*Abg. Dr. Eduard Moser: Lesen Sie doch Ihre Rede vom Februar vor, Herr Dr. Tull!*)

Nun möchte ich in diesem Zusammenhang zu einer Rede Ihres großen Wirtschaftsexperten Keimel kommen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ihr großer Wirtschaftsexperte Keimel, der in den letzten Wochen so viel von sich hören ließ, hat am 7. November hier eine großangelegte Rede gehalten. Das war bei der ersten Lesung des Budgets. Auf Seite 10449 des Stenographischen Protokolles heißt es:

„Von 1970 bis 1979, in Ihrer Regierungszeit, wird die Staatsverschuldung“ – und Herr Dr. Taus, da sehen Sie wieder einmal, wie leichtfertig man in Ihrer Fraktion, in Ihrem Klub mit Zahlen herumspringt und jongliert; man dreht die Dinge einfach so, wie man sie braucht; man zieht die Zahlen einfach wie ein Zauberer aus dem Hut, nur um in der Öffentlichkeit einen möglichst schlechten Eindruck über diese Regierung, über unsere Politik erzeugen zu können – „um über 430 Prozent gestiegen sein. 1979 beträgt der Schuldendienst 26 Prozent, über ein Viertel der gesamten Nettoeinnahmen des Bundes gegenüber 4,6 Prozent 1969, als die ÖVP-Regierung Ihnen geordnete Finanzen, ein geordnetes Budget übergeben hat.“

Da kann man nur eines sagen: Einfallslöser und unrichtiger geht es wirklich nicht. Denn 1979, Herr Dr. Keimel – und das sollten Sie als

Dr. Tull

der Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei doch besser wissen -, beträgt der Schuldendienst 26 Prozent vom Nettoaufkommen der öffentlichen Abgaben und nicht von den Nettoeinnahmen des Bundes. Und das ist ein großer Unterschied. Aber Sie stellen es so dar, wie es vermeintlicherweise Ihren Parteiinteressen, Ihrer Parteipropaganda nützlich ist.

Analog dazu betrug der Schuldendienst im Jahre 1969, also als Sie eine so großartige Finanzpolitik gemacht haben und als Sie uns ein angeblich so geordnetes Budget übergeben haben, nicht 4,6 Prozent, sondern 15,3 Prozent vom Nettoaufkommen an öffentlichen Abgaben.

So macht man es, meine Damen und Herren: Man stellt einfach eine Behauptung in den Raum, in der Annahme, die Bürger dieses Landes haben doch ohnehin keine Ahnung von diesen Dingen; Hauptsache, es wird etwas behauptet, möglichst düster dargestellt, möglichst viel verteufelt; es wird schon etwas hängen bleiben.

Oder: Was sagt Dr. Keimel weiter?

„Diese verfehlte Budget- und Wirtschaftspolitik zieht natürlich zwangsläufig alle anderen Probleme nach. Um nur die wesentlichsten zu nennen:

Das Nettodefizit verringert sich nicht, auch nicht im Jahre 1979, und damit ist eine Budgetsanierung nicht möglich.“

Jetzt, in diesem Augenblick, haben Sie sich von der Unrichtigkeit dieser Behauptung überzeugen können. Das Nettodefizit hat sich wohlweislich verringert (*Abg. Dr. Eduard Moser: Keine Rede davon!*), der Anteil des Nettodefizites, gemessen am Bruttonationalprodukt in der Zeit von 1975 bis 1979, verringerte sich von 4,5 Prozent auf 3,4 Prozent. (*Abg. Dr. Eduard Moser: Sie nehmen Prozente! Nehmen Sie Bruttozahlen!*)

Oder: Was sagt Dr. Keimel weiter? - Da kann man nur eines sagen: Oberflächlicher, alberner geht es doch wirklich nicht mehr. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Er behauptete:

„Vom gesamten Einnahmewachstum des Jahres 1979, Herr Minister“ - er hat sich hier an Androsch direkt gewendet -, „geht fast die Hälfte für den Finanzschuldendienst auf.“

Das ist doch nicht richtig, Herr Dr. Keimel! Schauen Sie sich doch die Zahlen des Budgets an. Nehmen Sie doch die Zahlen aus dem Budget und nicht aus dem Ägyptischen Traumbuch. Sagen Sie doch das, was wahr ist, und nicht das, was Sie haben wollen, was Ihrer Parteipropaganda dienlich ist. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Der Einnahmewachstum 1979 gegenüber dem geschätzten Ergebnis des Jahres 1978 beträgt 15,8 Milliarden Schilling, gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 aber 11,7 Milliarden Schilling. Die Steigerung des Finanzschuldendienstes beträgt somit 4,8 Milliarden Schilling. Und da der Zuwachs 15,8 Milliarden Schilling ausgemacht hat, ist es einfach nach Adam Riese wahrlich nicht die Hälfte, wenn dieser Zuwachs 4,8 Milliarden Schilling ausmacht. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Sie als Wirtschaftsexperte - ich glaube, Sie sind doch auch ein Wirtschaftsberater - sollten doch besser rechnen können. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Übrigens, Herr Dr. Keimel - wenn Sie Ihre Kunden so beraten -, möchte ich Ihnen eines sagen: Ich möchte mich von Ihnen wahrlich in wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Fragen nicht beraten lassen! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Oder: Herr Dr. Keimel behauptet in seiner Rede - er wandte sich wieder an den Finanzminister -: „Herr Minister! Wir haben in Österreich ein Pro-Kopf-Einkommen von knapp 90 000 S im Jahr, damit liegen wir unter 17 Staaten an elfter Stelle und beim Pro-Kopf-Verbrauch unter 14 Staaten an zehnter Stelle.“

„Im engen Zusammenhang dieser wirtschaftspolitischen Bemühungen „mußte das Wirtschaftswachstum zwangsläufig auf der Strecke bleiben.“ Das behauptet Keimel. „Mit den erwarteten 1,5 Prozent für 1978 liegt Österreich als Schlußlicht weit unter dem OECD-Durchschnitt . . .“ So behauptet. Behaupten kann man alles, wenn man nicht den Wahrheitsbeweis antreten muß.

Aber ich will Ihnen die Wahrheit vorhalten, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt nicht knapp 90 000 S, sondern betrug 1977 138 000 S, und das ist wahrlich ein großer Unterschied. (*Beifall bei der SPÖ.*)

1970 lagen wir am 14. Platz. Was die Wachstumsrate betrifft, so gibt es heute noch andere Staaten mit geringeren Wirtschaftswachstumsraten, ich verweise nur auf Dänemark oder die Schweiz mit 1,4 . . . (*Abg. Anton Schlager: Uganda!*) Nein, nicht Uganda. Ich glaube, die Schweizer werden sich bedanken, wenn Sie das sagen, ohne mich ausreden zu lassen, ohne das zur Kenntnis nehmen zu wollen, wofür es geht, daß ich hier die Schweiz gemeint habe. Die werden sich wahrlich bei Ihnen bedanken.

Das ist die Wahrheit. Und da fragt man sich:

Dr. Tull

Kann man einem solchen Wirtschaftsexperten eigentlich glauben? Ist die Glaubwürdigkeit dieses Herrn Dr. Keimel durch diese Gegenüberstellung seiner Behauptungen mit den Tatsachen nicht auf das schwerste erschüttert worden? (*Abg. Kraft: Wer nimmt denn Sie schon ernst!*)

Oder: Herr Dr. Keimel: „Aber – und hier die ganz große Kritik“ – und jetzt beginnt die ganz große Kritik des Herrn Dr. Keimel am Budget – „an dieser Budget- und Steuerpolitik“ des Herrn Dr. Androsch: „Durch diese hohe Steuer- und Abgabenbelastung – 1979 mit über 41 Prozent einsame Spitze – ist das, was wir in der Volkswirtschaft eine sogenannte fiskalische Wachstumsbremse nennen, über die Steuer- und über die Budgetpolitik eingebaut.“ Das behauptet Keimel.

Es ist doch ein unverzeihlicher Leichtsinns von einem Wirtschaftsexperten, sich so aufs Glatteis zu begeben, wo er doch damit rechnen mußte, daß wir ihn bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit mit den Fakten konfrontieren und ihn widerlegen werden, ihn ad absurdum führen werden.

Denn die öffentlichen Abgaben, Herr Dr. Keimel, betragen im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt 1969, als Ihr Korymbus Finanzminister gewesen ist, 14,81 Prozent und 1977 unter Androsch nicht mehr, sondern weniger, nämlich 14,61 Prozent. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie machen es sich sehr leicht, Sie rechnen mit der Schnellebigkeit der Zeit, heute behauptet, die Menschen in Angst und Schrecken versetzt, bis wir das vielleicht widerlegen, vergeht einige Zeit, um dann einfach zur Tagesordnung überzugehen und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre. Das tun Sie doch nicht seit heute, seit gestern, seit vorgestern. Denken Sie doch nach, was Sie alles beispielsweise, weil wir nämlich im kommenden Jahr Nationalratswahlen haben, was Sie alles vor den letzten Nationalratswahlen den Menschen prophezeit haben. Da haben Sie so schöne Unterlagen erstellt für Ihre Agitatoren, die Sie ins Land geschickt haben, um dort die Werbetrommel für Sie zu rühren, und da steht beispielsweise zu lesen: „Die SPÖ-Regierung hat abgewirtschaftet. Wenn es so weitergeht, wird das nächste Budget nicht mehr finanzierbar sein.“

Seither haben wir immerhin einige Budgets erstellt, meine Damen und Herren, und die waren alle finanzierbar. Wir haben gute Budgets erstellt, und auf Grund dieser guten Budgets konnte eine gute Wirtschaftspolitik in diesem Lande gemacht werden, durch die wir letzten

Endes alle, alle zusammen profitiert haben, von der wir alle entsprechende Früchte einbringen konnten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie haben damals weiter gesagt: „Wenn es so weitergeht, macht der Sozialismus gerade die Armen noch ärmer.“ Ausgerechnet Sie haben es für notwendig befunden, so etwas zu behaupten.

Heute muß man Sie mit der Tatsache konfrontieren, daß damals, als Sie das behauptet haben, die Durchschnittspension 2 093 S betrug, während sie 1979 ab dem kommenden Jänner 3 293 S ausmachen wird. Das ist eine reale Steigerung um 50 Prozent.

Sie haben damals gesagt: „Jetzt müssen sogar die Pensionisten um ihre Pension zittern.“ In Wirklichkeit ist Jahr für Jahr die Pension erhöht worden.

Und schließlich haben Sie noch behauptet: „Selbst die Witwenpension soll abgeschafft werden.“ Die Witwenpension ist nicht abgeschafft worden, sondern sie ist entsprechend erhöht worden und wird im Jahre 1979 über 2 800 S betragen.

Das ist eben Ihre Methode, das ist Ihre Taktik. Behaupten und glauben, daß die Menschen Ihnen das alles als bare Münze abnehmen werden.

Sie schimpfen, Sie raunzen, Sie begnügen sich, Herr Kollege Graf, mit einer sehr geistlosen Ankündigungspolitik (*Abg. Graf: Herr Tull, das einzige, das geistlos ist, ist Ihre Politik!*), während wir Sozialisten arbeiten für dieses Land, unentwegt bemüht sind, um eben eine entsprechende gute Politik für alle Menschen zu machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Letzten Endes werden wir nunmehr, meine Damen und Herren, noch in der Steuerpolitik entsprechende Maßnahmen ins Auge fassen, weil wir der Meinung sind, daß gerade auf dem Gebiet der Steuerpolitik zweifelsohne noch so manches zu tun sein wird. (*Abg. Melter: Geistlose Ankündigungspolitik!*) Wir werden dafür sorgen – Herr Kollege Mühlbacher hat bereits darauf hingewiesen –, daß ein neues Steuersystem geschaffen wird, das transparenter, mit weniger Ausnahmeregelungen versehen ist. Wir werden dafür sorgen, daß eine vertretbare soziale Steuersymmetrie wieder hergestellt wird, weil wir der Meinung sind, daß die Steuerlast derzeit bedenklich verschoben ist.

Wir werden dafür eintreten, daß das Steuersystem so gestaltet wird, daß die wachsenden Staatsausgaben erfüllt werden können und daß ein modernes Instrumentarium geschaffen wird, um eine effiziente, investitionsfördernde und strukturpolitische Maßnahme in die Wege leiten zu können.

Dr. Tull

Wir werden dafür sorgen, meine Damen und Herren, daß das Steuerrecht übersichtlicher, einfacher, klarer, verständlicher wird.

Wir wollen aber auch dafür sorgen, daß die Lücken bei der Gewinnbesteuerung der Unternehmer - und solche gibt es doch auch - geschlossen werden, und letzten Endes wird man auch noch zu prüfen haben, inwieweit nicht bessere Möglichkeiten da sind, um die Investitionstätigkeit in Österreich noch mehr zu fördern, als dies in den letzten Jahren schon geschehen ist.

Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren, daß wir diese Aufgaben - sowohl eine große Steuerrechtsreform als auch die Verabschiedung eines neuen Haushaltsrechtes - in Angriff nehmen und lösen werden. Wir laden Sie ein, mitzuwirken, besonders bei einem neuen Haushaltsrecht, das überfällig ist, das flexibler gestaltet werden muß, um effizienter eingesetzt werden zu können. Wir sind bereit, hier Gespräche mit Ihnen zu führen, schicken jedoch eines voraus: Mit eingefrorenen Posthorntönen der Österreichischen Volkspartei werden wir hier nicht weiterkommen.

Worum es geht, ist, daß diese Finanz- und Budgetpolitik weiter fortgesetzt wird, weil wir der Meinung sind, daß sie richtig gewesen ist, weil wir der Meinung sind, daß sie zielführend gewesen ist.

Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, haben in dieser Budgetdebatte eine große Chance gehabt.

Sie hätten Alternativen bieten können, nicht ein so abgewirtschaftetes, ein so unbrauchbares Konzept vorzulegen, wie Sie es getan haben. Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Sie sind gewogen und zu leicht befunden worden. Und deswegen geben wir Sozialisten diesem Kapitel gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Der soeben verlesene Antrag der Abgeordneten Tull und Genossen ist genügend unterstützt und steht ebenfalls zur Debatte.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm. *(Abg. Graf: Herr Tull, hoffentlich hat es Ihnen gefallen, was Sie gesagt haben? - Abg. Dr. Tull: Hoffentlich merken Sie es sich! - Abg. Graf: Es war unvergeßlich, was Sie gesagt haben! - Abg. Dr. Tull: Wenn Sie es sich merken würden und gemeinsam mit uns in die Tat umsetzen, wäre es gut! - Abg. Graf: Das wäre entsetzlich, wenn jemand das in die Tat umsetzte, was Sie gesagt haben! - Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Tull hat die Ausführungen des Bundesparteiobermanns der Österreichischen Volkspartei, Dr. Taus, als Schwarzweißmalerei bezeichnet und sie mit dem landläufigen Satz: „Geh, Peperl, plausch net“ charakterisiert. Gestatten Sie, Herr Dr. Tull, daß ich Ihnen auch einen landläufigen Satz widme, der da lautet: „Geh, Stefan, übertreib net!“ *(Heiterkeit!)*

Sie sind jetzt eine Dreiviertelstunde heraußen gegessen ... *(Ruf bei der ÖVP: Geistig gegessen!)* Verzeihen Sie, geistig sind Sie gegessen, physisch sind Sie gestanden. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie sind jetzt eine Dreiviertelstunde heraußen gestanden und haben natürlich so viel rosarote Farbe verpinselt wie selten ein sozialistischer Redner zum Budget 1979. Natürlich, das ist ja Ihre Aufgabe.

Vielleicht könnten wir uns für den weiteren Verlauf der Budgetdebatte auf eine mathematische Formel einigen, die da lautet: $\frac{a+b}{2}$.

(Abg. Graf: Ist gleich freierheitlich!) Nein, durchaus nicht, aber $\frac{a+b}{2}$, Herr Abgeordneter Graf, kann vielleicht die Mitte sein, die den richtigen Weg charakterisiert. *(Abg. Graf: Sie bezeichnen sich als diese, daher stimmt meine Gleichung!)* Danke für die Blumen. *(Abg. Graf: Bitte!)*

Wer die sozialistische Finanz- und Budgetpolitik kritisiert, wer der Meinung ist, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze nicht in dem Maß gegeben ist, wie die Sozialistische Partei es darstellt, wer die Auffassung vertritt, daß die Schuldenpolitik der sozialistischen Alleinregierung eine exorbitante ist, der läuft Gefahr, von den Sozialisten der Panikmacherei, der Sensationshascherei, der Schwarzweißmalerei und der Unseriosität geziehen zu werden. Das eben tat der Abgeordnete Tull.

Niemand, Herr Abgeordneter Dr. Tull, hat behauptet, daß Österreich ein Armenhaus, geschweige denn, das größte Armenhaus der Welt sei. *(Abg. Dr. Tull: Die ÖVP macht das laufend!)* Daß aber am Hause Österreich derzeit leider auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Situation manches problematisch ist, läßt sich auch von einer sozialistischen Mehrheit nicht wegdisputieren.

Herr Dr. Tull! Sie sprachen von einer verbesserten Wirtschaftslage und meinten, dies sei das alleinige Verdienst der sozialistischen Bundesregierung. Verzeihen Sie, das bezeichne ich als arrogant und überheblich, denn daß wir bis jetzt in dieser schwierigen Situation einigermaßen erfolgreich zu Rande gekommen sind, ist bestimmt nicht das Verdienst der Regierung

Peter

allein, sondern das Verdienst aller, die am Wirtschaftsprozeß beteiligt sind. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich möchte den Nachweis führen, daß Sie genau das Gegenstück von dem sind, was Sie dem Dr. Taus zum Vorwurf gemacht haben, nämlich daß er extreme Schwarzweißmalerei betreibt. Ich glaube, daß die Probleme ernst genug sind, um sich mit ihnen auf der Grundlage der Sachlichkeit auseinanderzusetzen. Ich knüpfe bei einer Meinung an, die der Herr Bundeskanzler, in der „Sozialistischen Korrespondenz“ veröffentlicht hat, wenn er sagte, wir stehen einer Weltwirtschaftskrise gegenüber. Wie groß sie ist, darüber wollen wir nicht diskutieren. Gehen wir also von dieser Kreisky-Auffassung aus.

Österreich ist leider davon betroffen und auf Grund dieses Umstandes muß man die Frage des Krisenmanagements prüfen. Die sozialistische Lesart lautet, das Krisenmanagement der sozialistischen Alleinregierung sei ein ausgezeichnetes.

Wir Freiheitlichen hegen Zweifel. Wir vertreten die Auffassung, daß diesem Krisenmanagement der sozialistischen Alleinregierung schwere Mängel anhaften, daß vor allem in der sozialistischen Alleinregierung heute nicht mehr so koordiniert wird, wie es notwendig wäre. Hier ergibt sich eine Parallelität zur Endphase der ÖVP-Alleinregierung aus der Zeit 1966 bis 1970. Damals mangelte es dieser an Koordination, heute mangelt es der sozialistischen Alleinregierung an Koordination.

Wir Freiheitlichen betreiben weder eine Sensationshascherei noch ein Krankjammern der Wirtschaft. Darum aber, Herr Vizekanzler, verwahren wir uns gegen einen Vorwurf, den Sie gegenüber jenen erhoben haben, die sich mit den Problemen der Arbeitsplätze auseinandersetzen, welche die Auffassung vertreten, daß leider nicht alles so gesichert ist, wie es die sozialistische Alleinregierung darlegt.

Ich entnehme der „AZ“ die Androsch-Meinung, daß Sensationshascherei mit Kündigungen betrieben würde und daß dies gefährlich sei. Herr Vizekanzler! Wenn man auf die betrübliche Tatsache von Kündigungen verweist und sich damit auseinandersetzt, dann hat das mit Sensationshascherei und mit Panikmache aber schon ganz und gar nichts zu tun. Wer die Wahrheit sagt, soll nicht verteufelt werden. Die Wahrheit liegt zwischen unabdingbarer Kritik einerseits und Schönfärberei andererseits. Lassen Sie uns diese sachliche Mitte finden, um die Fragen zu prüfen und Antworten darauf zu finden, wie der weitere Weg Österreichs so fortgesetzt werden kann, daß wir nicht von

weiteren Erschütterungen heimgesucht werden. Daß es, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, in den letzten Wochen schwere Schocks gegeben hat, wird niemand von Ihnen in Abrede stellen können. Vom Beginn bis zum Ende dieser Budgetdebatte ist ja etwas passiert, meines Erachtens ist in einem kurzen Zeitraum von wenigen Wochen zu viel passiert. (*Zustimmung bei der FPÖ.*) Es gibt den Eumig-Schock, es gibt den Steyr-Schock, es gibt den Bauknecht-Schock, es gibt den Hutter & Schrantz-Schock, es gibt den Edelstahl-Schock, es gibt den Rella-Schock, es gibt den Puch-Schock und es gibt den Vöslauer-Schock.

Dies, meine Damen und Herren, ist alles innerhalb dieser Budgetdebatte passiert. Ich vertrete daher die Ansicht, daß sich die Lage vom Zeitpunkt der Budgetrede des Herrn Finanzministers bis heute – ich möchte nicht sagen grundlegend, aber doch sehr wesentlich – geändert hat und daß diese bedauerliche Entwicklung eine bisher unabdingbar aufrecht erhaltene Behauptung der sozialistischen Alleinregierung in Frage gestellt hat, nämlich die Auffassung der Sozialisten, wie sicher die Arbeitsplätze wären. Wie problematisch das sein kann, hat uns diese Entwicklung vor Augen geführt.

Die Schlagzeilen der Zeitungen zum Gegenstand sind nicht beruhigender geworden. Die Dezember-Zeitungen bringen Überschriften wie: „Düstere Aussichten für VEW-Mitarbeiter“, „Kündigungen und weitere Betriebsschließungen“, „Fristerstreckung für das Walzwerk Judenburg“. Gelingt es nicht, die Probleme dort zu bewältigen, dann sind von 1 900 Arbeitsplätzen 1 000 Arbeitsplätze in Judenburg gefährdet.

Die Massenkündigungen bei Bauknecht sind ein weiteres Dilemma und als alarmierend betrachte ich die Situation in einigen Bezirken des Bundeslandes Niederösterreich. Dort sind derzeit nach jüngsten Ausweisen 6 600 Arbeitsplätze gefährdet. Einige niederösterreichische Bezirke weisen eine beängstigende Arbeitslosenrate im Vergleich zur übrigen gesamtösterreichischen Arbeitslosenrate aus: Gmünd – Grenzbereich – 3,5 Prozent, Melk über 3 Prozent, Gloggnitz 3,3 Prozent, Waidhofen an der Thaya 4,2 Prozent und Zwettl 3,7 Prozent. Hier zeigen sich alarmierende Ansätze, mit denen sich die verantwortliche Bundesregierung und die verantwortliche Landesregierung eingehender auseinandersetzen hätten müssen, als das nach meinen Erfahrungen und nach meinem Wissen bis zur Stunde geschehen ist.

Wenn der Generalredner der Sozialistischen Partei, Dr. Tull, zum Kapitel Finanzen Stellung nimmt und sich mit der Frage, ob die in

11538

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Peter

Österreich gegen die Arbeitslosigkeit errichteten Dämme halten oder nicht, überhaupt nicht auseinandersetzt, dann liegt in diesem Zusammenhang eine gewisse Leichtfertigkeit vor.

Ich gehe von der Überlegung aus, daß alle Verantwortlichen bemüht und bestrebt waren und sind, diese Dämme so sicher wie nur möglich zu machen, doch steht die Frage im Raum: Halten die gegen die Arbeitslosigkeit errichteten Dämme, oder sind sie an verschiedenen Stellen gefährdet?

Ich glaube, daß Gefährdungen dieser Dämme vorliegen und daß gerade darob eine sehr eingehende Diskussion über diese Frage geführt werden muß, geführt werden muß auf der Grundlage jener mathematischen Formel $\frac{a+b}{2}$ zwischen Oppositionsparteien einerseits und Regierungspartei andererseits. Die Lage ist ernst genug, daß man derartige Entwicklungen nicht mehr so vom Tisch wischen kann, wie es der Abgeordnete Dr. Tull in seiner Rede getan hat.

Es ist vom Beginn bis zum Ende der Budgetdebatte bezüglich der Kündigungen außerordentlich viel passiert, und es wäre in diesem Zusammenhang auch ein Wort des Finanzministers in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister notwendig. Natürlich sind die Extrempositionen der beiden anderen Parteien unübersehbar. Ich möchte das an zwei Meinungen aufzeigen: anhand der Meinung des Herrn Sozialministers einerseits und anhand der Meinung des Wirtschaftssprechers der Österreichischen Volkspartei andererseits, und ich glaube, daß die Wahrheit zwischen beiden Meinungen genau in der Mitte liegen dürfte.

Herr Dr. Keimel hat als Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei die Auffassung vertreten, daß nach der Arbeitsmarktsituation, nach der wirtschaftlichen Lage und nach der Ertragssituation der betroffenen Firmen längst hätten mehr als 1 000 Betriebe zusperrern müssen; sie taten es nicht, um die Arbeitsplätze – mit größten Schwierigkeiten – aufrechtzuerhalten.

Dieser extremen Meinung des Wirtschaftssprechers der Österreichischen Volkspartei steht die ebenso extreme Meinung des Sozialministers gegenüber, wenn er in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 4. Dezember dieses Jahres sagte, es seien keine größeren Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Das glaubt doch der Herr Sozialminister Dr. Weißenberg selbst nicht! Das ist jene Schwarzweißmalerei oder Rot-schwarzmalerei, die wir Freiheitlichen nicht mitmachen.

Herr Bundesminister! Sie stehen am Ende einer Gesetzgebungsperiode und Sie stehen aber auch am Ende einer achtjährigen sozialisti-

schen Finanz- und Budgetpolitik. Darf ich fragen, wie gerade das Budget bezüglich jener Betriebe entlastet wurde, die dem Staat gehören, die vom Staat geführt werden müssen.

Hier hat sich zweifelsohne in letzter Zeit der eine oder andere erfreuliche Ansatz ergeben, zum Beispiel durch Ausgliederung der Salinen und des Bundesverlages aus dem Budget. Wir Freiheitlichen machen Ihnen darob keinen Vorwurf, sondern wir vertreten die Ansicht, daß diese Entwicklungen richtig sind. Sie sind uns aber zu spärlich und haben in den acht Jahren der sozialistischen Machtausübung jene elementaren Betriebe des Staates, sprich Mammutfirmen, nicht mit einbezogen, die unbedingt mit einbezogen hätten werden müssen.

Was ist mit der Monsterfirma Österreichische Post? Was ist mit der Monsterfirma Österreichische Bundesbahnen? Konnten Sie an diese Thematik nicht herangehen, Herr Finanzminister, weil die Schwierigkeiten so groß waren, oder sind in Ihren Überlegungen diese Betriebe hinsichtlich ihrer Verselbständigung und eigenen Wirtschaftsführung nicht enthalten?

Vom Rechnungshof bis zu den zuständigen Fachleuten wird uns immer wieder in Erinnerung gerufen: Ob ein derartiger Betrieb defizitär oder aktiv ist – er gehört verselbständigt, damit er durch seine Verselbständigung auch die volle Verantwortung durch sein Management wahrzunehmen vermag! Diese Betriebe gehören aus dem Budget ausgegliedert. Sie sind aber bis heute im Budget noch enthalten.

Hier liegen nach meiner Ansicht Versäumnisse der sozialistischen Alleinregierung vor, die bestimmt im letzten Jahr dieser Gesetzgebungsperiode nicht mehr bewältigt werden können.

Der Ruf der Verantwortlichen in der verstaatlichten Industrie nach der Hilfe des Staates wird immer lauter. Das heißt, die verstaatlichte Industrie ist nunmehr in einer äußerst bedrängten Situation und macht dem Eigentümer Staat den Vorwurf, daß er sich um ihre Anliegen in den zurückliegenden Jahren nicht ausreichend genug gekümmert hat.

Generaldirektor Dr. Grünwald hat ja im Dezember dieses Jahres nachdrücklich unterstrichen, daß bisher die durch die internationale Krise entstandenen Probleme durch die verstaatlichten Unternehmungen aus eigener Kraft gelöst werden konnten. Jetzt reicht die eigene Kraft nicht mehr aus. Es steht der bis zur Stunde noch nicht entkräftete Vorwurf im Raum, daß sich der Staat, also die verantwortliche Bundesregierung um Schicksal und Zukunft dieser Unternehmungen nicht ausreichend genug kümmern würde.

Peter

Aber die Bundesregierung hat in den letzten Jahren auch zuwenig in die verstaatlichten Betriebe selbst hineingeschaut. Eine in den VÖEST durchgeführte demoskopische Untersuchung hat überaus Interessantes zutage gefördert, sehr viel Positives, aber auch eklatant Negatives, das man nicht übersehen darf:

Der VÖESTler schätzt das hohe Maß an Arbeitsplatzsicherung. Der VÖESTler schätzt den guten Lohn. Er schätzt weiter seine Aufstiegsmöglichkeiten und seine selbständige Arbeitsfähigkeit. Der VÖESTler ist davon überzeugt, einen guten Kontakt zum Vorgesetzten zu haben. Der VÖESTler ist stolz auf ein gutes Betriebsklima, und er ist dankbar, daß Vorgesetzte und Management seine Leistung anerkennen.

Aber der VÖESTler hat auch Sorgen mit Strukturen, der VÖESTler hat Sorgen mit der politischen Situation.

Negativ, und zwar ausgeprägt negativ haben die VÖESTler den großen Verwaltungsaufwand und die um sich greifende Verbürokratisierung des eigenen Managements ausgewiesen. Sie bestätigen nur das, was wir Freiheitlichen seit Jahren den Unternehmensleitungen in den verstaatlichten Unternehmungen zum Vorwurf machen.

Der VÖESTler beklagt die Freunderlwirtschaft und bezieht sich hier in erster Linie auf die Freunderlwirtschaft, die von den Machthabern ausgeübt wird. Der VÖESTler glaubt, daß im Betrieb ein Schmarotzertum vorhanden ist, das der VÖEST-Familie schadet. Und der VÖESTler beklagt eine weit ausgebreitete, ausufernde und wuchernde Parteibuchwirtschaft.

Hier, Herr Vizekanzler, hat die Bundesregierung entweder versagt oder die Probleme bis zur Stunde ignoriert. Wir Freiheitlichen beklagen das im Interesse dieses Betriebes und nicht zuletzt auch im Interesse der Leistungsfähigkeit des Unternehmens.

Zurück zum Bundesfinanzgesetz 1979. Die Sanierung wurde wieder vertagt. Der Herr Bundesminister für Finanzen ist meines Erachtens genauso zu Werke gegangen wie bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1978.

Für 1978 hat der Finanzminister ein Defizit von 40 Milliarden präliminiert. Wir wissen heute, daß das Defizit für 1978 50 Milliarden Schilling betragen wird. Der Herr Finanzminister läßt uns in dem Glauben, daß das Defizit für 1979 50 Milliarden betragen wird, ich aber glaube in dem Punkt dem Herrn Finanzminister nicht und bin davon überzeugt, daß auch im

Jahre 1979 eine wesentliche Steigerung des vom Herrn Bundesminister für Finanzen präliminierten Defizites erfolgen wird.

Und nun zu einer Frage, die meines Erachtens gravierend ist.

Wenn sich ein Finanzminister bei der Bemessung des Defizits um 10 Milliarden Schilling irrt, dann muß es dafür Gründe gegeben haben. Hat sich der Herr Finanzminister 1978 nicht geirrt, hat er gewußt, wie die Dinge verlaufen werden und hat er es nicht gesagt, dann kritisiere ich das vom Standpunkt der freiheitlichen Opposition aus erst recht. Oder: Der Herr Finanzminister hat sich geirrt, er wußte es nicht. Dann muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, bei einer Differenz des Defizits von 10 Milliarden, daß er uns ein schlechtes Budget vorgelegt hat. Mit dem Instrumentarium, das heute einem Finanzminister zur Verfügung steht, müßte man das Defizit präziser präliminieren können, als es bisher geschehen ist.

Ich behaupte nicht, daß die Staatsverschuldung von heute schon dramatische Formen angenommen hätte. Aber die Staatsverschuldung ist ernst genug.

Ich behaupte auch nicht, daß ein Defizit pro Jahr von 50 bis 60 Milliarden Schilling in der vollen Wucht dramatisch wäre. Aber es ist nicht in Abrede zu stellen, Herr Bundesminister für Finanzen, daß sich daraus dramatische Entwicklungen ergeben könnten. Und von einem bin ich überzeugt: daß das Budget 1980, das der nächste Finanzminister nach den Nationalratswahlen 1979 vorlegen wird, schon dramatische Züge annehmen wird und daß der Staatsbürger und Steuerzahler erst zu diesem Zeitpunkt das volle Ausmaß dessen erfahren wird, was ihm eine acht- beziehungsweise neunjährige sozialistische Finanz- und Budgetpolitik beschert hat.

Wir Freiheitlichen halten unsere Kritik aufrecht: Der Staatshaushalt ist zerrüttet. Die Sanierung des zerrütteten Staatshaushaltes wird bis nach den Nationalratswahlen 1979 zurückgestellt. Die Rechnung für die verfehlte sozialistische Finanz- und Budgetpolitik muß nach den Nationalratswahlen 1979 auf Schilling und Groschen der österreichische Steuerzahler berappen.

Aus diesen Gründen lehnen wir Freiheitlichen das Budget 1979 ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der verfrühten Büttendrede des Abgeordneten Dr. Tull, der wieder einmal die Regierung

11540

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Sandmeier

und die Lage in diesem Lande in den rosigen Farben geschildert hat, glaube ich, ist es notwendig, daß wir wieder auf das normale Maß der Dinge zurückkehren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es sind heute dem Abgeordneten Tull so viele Fehler unterlaufen, daß die Zeit nicht ausreichen würde, wenn ich darauf einginge. Ich will nur zwei Dinge berichtigen. Man kann verschiedener Meinung sein, ob wir stark besteuert werden oder weniger stark besteuert werden, ob es weh tut oder nicht weh tut. Aber bezüglich der Bundesschulden würde ich dem Obmann des Finanz- und Budgetausschusses doch anraten, sich den Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1977 vorzunehmen und ihn ein bißchen zu studieren.

Auf Seite XXVII – das sind römische Ziffern, damit ich es ihm gleich sage, wo er nachschauen muß – stehen ganz eindeutig unter den Bundesschulden auch die Verwaltungsschulden. Und hier heißt es bei den allgemeinen Bemerkungen:

„Der am 3. August 1978 druckreif fertiggestellte Bundesrechnungsabschluß wurde dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme übermittelt. Die vom Bundesminister für Finanzen mit Schreiben vom 8. September 1978 erstatteten Äußerungen hat der Rechnungshof berücksichtigt oder unter Anfügung von Gegenbemerkungen wiedergegeben.“

Ich sage das deshalb, weil auch der Bundesminister für Finanzen einverstanden ist, daß unter die Bundesschulden auch die Verwaltungsschulden eingegliedert werden müssen. Somit gibt es Ende des Jahres 1977 Bundesschulden im Gesamtstand von 230 Milliarden Schilling. Das also dem Herrn Abgeordneten Dr. Tull ins Stammbuch.

Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Tull meinte, wir leben hier in einem Steuerparadies, dann möchte ich nur einige Steuern anführen, die diese Aussage widerlegen. Ich weiß nicht, ob der Dr. Tull ein Auto hat, aber welcher Autobesitzer denkt schon daran, wenn er an die Tankstelle fährt und tankt, daß der Finanzminister mehr als die Hälfte des von ihm bezahlten Benzinpreises in Form von Steuern kassiert.

Oder welcher Raucher ist sich beim Genuß einer Zigarette der Tatsache bewußt, daß ein erheblicher Teil der Tabaksteuer an den Fiskus abgeführt wird?

Und wenn er meint, daß wir lohnsteuermäßig gar nicht so schlecht liegen im Verhältnis zu den ausländischen Staaten, dann möchte ich ihm in Erinnerung rufen, daß die Lohnsteuer trotz der Mini-Steuersenkung am 1. 1. 1979 seit 1975 kräftig gestiegen ist. Sie hat dem Finanzminister

im Jahre 1975 Einnahmen in der Höhe von 26,8 Milliarden Schilling gebracht und 1979 53,4 Milliarden. Also wenn das ein Steuerparadies ist, dann weiß ich nicht, wie ein Paradies überhaupt aussieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Lohnsteuereinnahmen haben sich von 1975 an verdoppelt und sind somit zweieinhalbmal so rasch gestiegen wie die Löhne und die Gehälter selbst.

Ich wollte nur einige Dinge aufzeigen, um wieder alles ein bißchen ins richtige Lot zu bringen.

Wenn man die Budgetdebatte rückwirkend betrachtet, dann zeigt sich ganz deutlich, daß die Abgeordneten der Sozialistischen Partei, der Regierungspartei, dieses Budget über den grünen Klee gelobt haben. Wenn für dieses Budget die Regierungsmitglieder, die gleichzeitig Abgeordnete sind, stimmen, dann verstehe ich das einigermaßen. Es ist ja das Budget der Bundesregierung. Aber daß die sozialistische Fraktion kritiklos dieses Budget annimmt, ja noch Lobeshymnen auf dieses Budget anstimmt trotz des Riesendefizits, wodurch der Schuldenstand neuerlich um 31 Milliarden Schilling im nächsten Jahr anwächst – ich glaube, das ist ein Beweis dafür, daß die Abgeordneten der Sozialistischen Partei perfekte Handlanger der Regierung geworden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu diesem desolaten Zustand des Budgets ist es sicherlich nicht von heute auf morgen gekommen. Es ist eine Kette von Fehlleistungen vorausgegangen. Für jeden einigermaßen gesunden Haushalt gilt als Grundvoraussetzung, daß Einnahmen und Ausgaben, abgesehen von teilweise unvermeidbaren Abweichungen, zueinander in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Dieses ausgewogene Verhältnis muß die Regel, die zeitweise Abweichung die Ausnahme sein.

In Österreichs Staatshaushalt ist es jetzt genau umgekehrt. Für ihn sind die Abweichungen, nämlich das wachsende Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben längst zur Regel, die finanzielle Ausgewogenheit aber zur Ausnahme, ja zu einem offenbar unerreichbaren Traumziel geworden.

Man hat in verschiedenen Anläufen versucht, das Budget zu verbessern, man hat allerdings immer die verkehrte Politik eingeschlagen. Man hat immer geglaubt, es wäre möglich, über die Einnahmenseite das Budget zu korrigieren. Und da war der Finanzminister offensichtlich der Meinung des Paul Getty, der einmal gemeint hat: Probleme lassen sich immer am besten mit anderer Leute Geld lösen. Aber auch dies hat bei uns hier in Österreich keine Früchte gebracht.

Denn trotz der zunehmend steuerlichen

Sandmeier

Belastung, trotz der immer wieder neu beschlossenen Steuern hat sich am Budget nichts, fast gar nichts geändert, zum Teil gibt es nur steigende Defizite. Es ist heute ganz offensichtlich, daß der Weg, der bisher gegangen wurde mit den enormen Steuererhöhungen, zu keiner Sanierung des Budgets geführt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Gegenteil: Seit 1975 ist die Entwicklung auf dem Budgetgebiet der Regierung völlig außer Kontrolle geraten. Die Rekorddefizite überbieten einander, der Schuldenberg türmt sich immer drohender auf. Mit dem in früheren Jahren so andauernd praktizierten Löcherstopfen läßt sich der Riesenabstand zwischen rapid ansteigenden Ausgaben und stagnierenden Einnahmen längst nicht mehr schließen.

Der Wunsch, der Budgetpolitik mehr Spielraum zu verschaffen, bleibt weiter unerfüllt. Und die Schlußfolgerung daraus kann nur eine sein: Sollten nicht einschneidende budgetpolitische Maßnahmen getroffen werden, dann werden die Defizite der Jahre 1975 bis 1978, die noch vor wenigen Jahren in dieser Höhe außerhalb des Überlegungsbereiches der Wirtschaftspolitik und des Vorstellungsvermögens der Staatsbürger gelegen sind, zu einem Dauerzustand werden.

Die Maßnahmen zur Sanierung können aber nicht auf der Einnahmeseite erfolgen, hier ist der Plafond bereits erreicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die öffentliche Hand kassiert heute bereits 41 Prozent des Bruttonationalprodukts. In der Zeit der sozialistischen Alleinregierung ist das Steueraufkommen immerhin um das Dreifache gestiegen. Und da kommt ein Abgeordneter Dr. Tull heraus und sagt, das, was hier von der Oppositionspartei vorgebracht wird, was hier an Kritik angebracht wird, sei alles nur Miesmacherei. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß der Herr Dr. Tull das alles so aushält, wenn ihm jemand auf die Zehen steigt, vielleicht beißt er die Zähne zusammen und sagt: Der große Bruno wird's schon so haben wollen! *(Abg. Dr. Mock: Der ist nicht mehr so groß!)* Jedenfalls ist die Belastung, die hier auf die Österreicher zugekommen ist, kaum mehr verkraftbar. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da möchte ich an die Abgeordneten der Regierungspartei eine Frage richten - Sie kommen ja auch ab und zu in Betriebe -: Haben Sie denn noch nie gehört, daß die Kollegen in den Betrieben sagen: Wozu sollen wir denn mehr arbeiten? Der Finanzminister nimmt uns doch alles wieder weg, daß wir zusätzlich arbeiten, das hat doch keinen Sinn. Sehen Sie, meine Damen und Herren, diese Einstellung ist sehr gefährlich, das ist ein Weg, den Sie eingeleitet haben, der nicht zu einer Leistungs-

steigerung, sondern nur zu einer Leistungsverminderung führt. *(Abg. Mondl: So sprechen Ihre Propagandisten in den Betrieben!)*

Herr Abgeordneter, Sie brauchen gar nicht hier herauszurufen, das wäre unsere Propaganda. Der einzelne in den Betrieben spürt doch das viel mehr, als Sie glauben *(Beifall bei der ÖVP)*, die lassen sich nicht so auf die Zehen steigen wie die Abgeordneten der Sozialistischen Partei. *(Abg. Kern: Eine Weile kann man die Leute zum Besten halten, aber nicht so lang!)*

Mit dieser - bereits konfiskatorischen - Steuerpolitik und Abgabepolitik kann man zu Leistungen einfach nicht anspornen. Sie haben bisher geglaubt, daß die Mehrsteuern zu einem Ergebnis führen werden. Ich würde dem Abgeordneten Dr. Tull raten, doch einmal das Budgetkonzept der ÖVP zu studieren. Aus all dem, was er heute hier vorgebracht hat über dieses Alternativkonzept der ÖVP, muß ich berechtigt annehmen, daß er nicht einmal die erste Seite gelesen hat *(Beifall bei der ÖVP)*, denn sonst kann ein Mensch, dem ich nicht unterstelle, daß er sich nicht auskennt, doch nicht so einen - verzeihen Sie - Unsinn reden *(Ruf bei der ÖVP: Der Tull schon!)* und hier bei dem Budgetkonzept meinen, das ist Schall und Rauch, das ist alles nur bloßes Papier. Er hat es nicht gelesen, ich halte es ihm zugute, wenn er vielleicht keine Zeit gehabt hat, aber dann darf er darüber kein Urteil abgeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt nun einmal nur mehr den einen Weg, das Budget zu sanieren und das kann nur der über die Ausgabenseite sein. Denn den anderen Weg haben Sie ja schon probiert und sind daran gescheitert. Sie sind hergegangen, haben die Einnahmen in Form von Steuererhöhungen erhöht, es hat nichts genutzt, das Defizit ist geblieben, ja ist gestiegen. Sie haben damit aber eines erreicht: Einen enormen Schuldenberg, den kaum mehr jemand abtragen kann, wenn nicht neue Wege in der Finanzpolitik gegangen werden.

Und da haben wir eben den Versuch gemacht - natürlich kann man über alles noch diskutieren, was in dem Alternativkonzept drinnen steht -, sich doch einmal einen Weg zurechtzulegen, wie man aus diesem Schlamassel herauskommt. Man hat immer mehr das Gefühl, daß die gegenwärtige Politik einzig nur mehr darauf ausgerichtet ist, das rettende Ufer 1979 zu erreichen.

Der Herr Bundeskanzler war offensichtlich nicht überzeugt, daß er mit seiner derzeitigen Mannschaft dieses Ufer wirklich erreichen kann. Er hat deshalb mehrmals verlauten lassen, daß er im April seine Regierung umbilden wolle. Die

Sandmeier

letzte Version heißt: Nein, ich bilde sie nicht um. Er hat sich aber wieder eine Türe offen gelassen, indem er erklärte: Kein Bundeskanzler kann definitiv sagen, ob er nicht doch bis zum Ende der Legislaturperiode eine Änderung in der Zusammensetzung seines Kabinetts vornimmt. Darum hat er gemeint, er könnte vielleicht doch noch eine Umbildung machen, denn er sagte damals, die Wähler sollten ja wissen, wen sie im nächsten Jahr wählen. *(Abg. Staudinger: Er weiß nicht, was er tun will, aber das tut er bestimmt!)*

Offensichtlich sind ein paar Minister und Staatssekretäre dabei, die der Bundeskanzler halt schon ganz gerne in Pension geschickt hätte. Wir haben diese Minister und Staatssekretäre gefragt, was sie denn dazu sagen. Diese Minister und Staatssekretäre sagen aber: Wir wollen bleiben, wir gehen auch nicht, wir wollen dem Herrn Bundeskanzler zuliebe keinen Sündenbock abgeben. Und was geschieht nun? – Aus der Ankündigung des Kanzlers, im Frühjahr seine Regierung umbilden zu wollen, geht ein völlig zerzauster Bruno Kreisky hervor, hat wieder einmal Federn lassen müssen, wie schon so oft als „Generalbevollmächtigter“.

Offensichtlich weiß – wie der Herr Abgeordnete Staudinger schon jetzt gesagt hat – der Bundeskanzler nicht mehr, was er eigentlich will, vor allem kann er sich nicht mehr durchsetzen. Und diesen Eindruck haben nicht nur wir und die Menschen draußen, auch das Ausland sieht diese Dinge so. Der „Zürcher Tagesanzeiger“ hat kürzlich diese Situation trefflich mit der Überschrift „In Österreich gähnt die Ratlosigkeit“ gekennzeichnet. Eine andere ausländische Zeitung, nämlich die Zürcher „Weltwoche“ hat kürzlich den derzeitigen Zustand der Sozialistischen Partei Österreichs geschildert, und zwar im folgenden Wortlaut:

„Es steht also nicht zum Besten um die SPÖ. Sie erscheint kraftlos, durch die lange Periode der uneingeschränkten Macht ausgelaugt, um nicht zu sagen korrumpiert. Vorbei die Zeit der beeindruckenden Parteidisziplin, der zumindest nach außen zur Schau getragenen Geschlossenheit. Uneins und verunsichert wie nie zuvor seit der Regierungsübernahme im Frühjahr 1970, stolpern die Sozialdemokraten in ein Jahr des permanenten Wahlkampfes. . . .“

Wohlgemerkt: Das ist keine Analyse der Opposition, sondern eine Analyse, wie ausländische Journalisten die Situation hier in Österreich sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beim Bundeskanzler merken wir immer mehr diese Handlungsunfähigkeit. Seine Regierung versagt nicht nur dort und da, bei dieser oder jener Frage, sie versagt vor ihrer Aufgabe,

politische Ziele für die Bürger zu formulieren, den Bürgern zu sagen, welche Opfer sie für welche Zwecke bringen sollen.

Der Bürger hat heute das Gefühl, zum Großteil nur für die wirtschafts- und finanzpolitischen Fehler der Regierung arbeiten zu müssen. Man sagt zwar von der Regierung immer wieder, daß sie sehr fleißig sei, daß sie viele Gesetze mache. Ich möchte aber sagen, die Regierung verwechselt hier die Zahl der Gesetze mit der Qualität ihrer Politik.

Prioritäten werden durch Betriebsamkeit ersetzt. Statt politisch zu führen, wird die Öffentlichkeit verwirrt.

Was der Bundeskanzler heute sagt, wird morgen aus seinen eigenen Reihen attackiert und ist übermorgen nichts mehr wert. Er redet, fordert, verweigert, kündigt an und dementiert. Politische Phantasie entwickelt der Bundeskanzler vorwiegend bei der Suche nach Sündenböcken für seine gescheiterte Politik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hier gibt es genug Beispiele. Denken Sie an das Ortstafelgesetz, gescheitert. Wer ist der Sündenbock? Sima mußte gehen.

Denken Sie an die Wiener Wahl. Wer ist schuld? Nur die Wiener ÖVP, niemals der Herr Bundeskanzler mit seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik und seiner sonstigen Politik.

Denken Sie an Zwentendorf, wer ist schuld? Nicht der Herr Bundeskanzler, die Bevölkerung ist schuld. Sie werden schon sehen, was sie noch davon haben, weil sie mit Nein gestimmt haben.

Und das letzte Beispiel. Der Herr Bundesminister für Finanzen, Vizekanzler, ist ins Kreuzfeuer geraten. Ja eben auch, weil der Bundeskanzler viel von seinem Glanz verloren hat, jetzt sagt er sich: Schicken wir den Androsch fort. Aus der verfehlten Finanzpolitik möchte der Bundeskanzler wie Phönix aus der Asche steigen, der Androsch ist ja schuld. Und das, meine Damen und Herren, finde ich als einen sehr schäbigen Zug, ich darf das offen hier sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nicht daß ich den Finanzminister in Schutz nehmen möchte, aber es war doch nicht so, daß er ganz alleine alle Taschen immer geöffnet hat, weil er es über Nacht geträumt hätte. Der Bundeskanzler war es letztlich, der verlangt hat, daß dies und jenes zu machen ist. Nun hat er den Finanzminister vorgeschickt, der hat ein Schild bekommen und hat die Pfeile immer aufgefangen, und jetzt geht der Bundeskanzler aus dem Hintergrund her und sagt: Es ist schlecht ausgegangen, das was ich gemeint habe, der Weg, den ich ihm angeschafft habe, hat nicht zum Ziel geführt, also muß er weg, und Kreisky

Sandmeier

bleibt im Hintergrund und will wieder in vollem Glanze dastehen.

Und das ist es, was wir – menschlich gesehen – an der Haltung des Bundeskanzlers sehr bedauern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun, meine Damen und Herren, es gäbe noch einiges sehr Interessantes, besonders wenn ich zurückdenke an die Rede des Abgeordneten Dr. Tull. Aber ich glaube, daß die Zeit, die wir uns freiwillig gesetzt haben, zu Ende ist. Ich möchte daher zum Schluß kommen.

Wie sehr wir als Oppositionspartei unsere Aufgabe ernst nehmen, sehen Sie an der Kritik, die wir vorbringen, wenn wir glauben, daß die Regierung etwas falsch gemacht hat, schlecht gemacht hat zum Schaden der Österreicher. Wir bemühen uns, die Kontrolle so zu machen, wie es einer Oppositionspartei, die es ernst nimmt, geziemt. Und wir erstellen Alternativkonzepte, um der Bevölkerung zu sagen, wie wir uns die Lösung der Probleme vorstellen.

Und weil unsere Budgetsituation so trist ist, haben wir es riskiert. Für eine Opposition ist das sicherlich keine einfache Sache, auch ein budgetpolitisches Konzept zu erstellen. Natürlich gibt es einiges darin zu diskutieren.

Aber wir haben so ein Konzept und sagen bereits heute der österreichischen Bevölkerung, wie wir uns die Sanierung des Budgets vorstellen. Es haben hervorragende Experten mitgearbeitet, sicherlich waren es nicht 1 400, wie angeblich beim sozialistischen Programm, aber auf die Quantität, glaube ich, kommt es nicht an, sondern auf die Qualität. (*Abg. Dr. Veselsky: Die haben Sie leider nicht gehabt! – Abg. Staudinger: Wo sind denn jetzt Ihre 1 400 Experten?*) Die sind alle in der Versenkung verschwunden, da gibt es keine mehr. Da sitzt einer, der Dr. Veselsky, einer der 1 400 Experten, aber er war am Abstieg, er ist einmal da droben gesessen.

Der Weg war nicht richtig, die Politik ist gescheitert, und auch Veselsky mußte gehen, auch er ist ein Beispiel, weil er einmal dem Bundeskanzler die Wahrheit gesagt hat in wirtschaftspolitischen Dingen. Auch er mußte gehen. Nur hat er kein solches Standvermögen gehabt wie der derzeitige Finanzminister. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter, die Zeit ist um. (*Abg. Dr. Mock: Keine geschäftsordnungsmäßige Begrenzung! Die Redezeitbeschränkung ist nur eine Empfehlung! – Abg. Staudinger: Wer hat dem Dr. Tull die Stunde geläutet? – Abg. Thalhammer: Wie lange hat Taus gesprochen?*) Bitte, meine Herren, ich mache

doch nur aufmerksam, daß es eine freiwillige Vereinbarung gibt. Ich kann Sie nicht hindern, wenn Sie weiterreden.

Abgeordneter **Sandmeier** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Darf ich Ihnen sagen, daß ich jetzt genau auf die Minute zwanzig Minuten rede und wenn ich ein bißchen eingegangen bin auf den Abgeordneten Dr. Tull, dann lasse ich mir das hier nicht verbieten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Jetzt sind es zwanzig Minuten auf die Minute genau. Schauen Sie bitte selbst nach, wie die Abgeordneten der Sozialistischen Partei ihre Zeiten überziehen.

Nach unserer Meinung bleibt nichts anderes übrig, als von der Ausgabenseite her das Budget zu sanieren. Das allerdings, meine Damen und Herren, würde eine Änderung der Grundhaltung der Regierung voraussetzen, das würde bedeuten, daß die Regierung umschalten muß von der Politik der Verschwendung auf eine Politik der Sparsamkeit. (*Beifall bei der ÖVP.*) Diese Grundhaltung der Sparsamkeit haben Sie offensichtlich nicht!

Wir werden uns bemühen, diese Sparsamkeit, die Regierungen, an denen die Österreichische Volkspartei beteiligt war, immer gehabt haben, wieder in diesem Lande einzuführen. Weil dieses Budget diese Grundhaltung der Sparsamkeit vermissen läßt und weil sie nur die Fortsetzung des budget- und finanzpolitischen Mißkurses ist, lehnen wir auch dieses Budget ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Mondl.

Abgeordneter **Mondl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, die Redezeit des Herrn Abgeordneten Sandmeier einigermaßen hereinzubringen, damit also wieder die Angelegenheit in ein richtiges Lot kommt, und ich bitte, darüber weniger Aufregung zu üben. (*Abg. Dr. Schwimmer: Wer regt sich denn auf?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man eine Vereinbarung trifft – das war ja nicht unser Angehen allein –, dann sollte man fairerweise eine Vereinbarung halten, Herr Dr. Schwimmer, und sich nicht im stillen Kämmerlein ernsthaft zusammensetzen, etwas zu besprechen, und dann hier sich lustig machen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Ist es nicht lächerlich, wegen einer Minute Überziehung zwei Minuten hier zu reden!*)

Ja, so wird es eben länger werden, daran sind Sie schuld, wenn Sie das für so wichtig betrachten, da eine Polemik anzuschließen, so können Sie sich mit mir eine Dreiviertelstunde darüber unterhalten.

Mondl

Faktum, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, daß wir eine Vereinbarung haben und daß es gut und zweckmäßig wäre, wenn sich die Damen und Herren des Hohen Hauses auch von der Oppositionspartei zu dieser Vereinbarung bekennen würden. *(Abg. A. Schlager: Kollege Mondl! Du hältst dich an die 15 Minuten, die besseren Redner dürfen länger reden!)*

Ich werde mich daher jetzt um 15 Minuten länger da am Rednerpult aufhalten, aus dem einfachen Grund, weil Sie anscheinend die Absicht haben, mich da in meiner Rede durch Zwischenrufe zu behindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit acht Jahren trommelt die Österreichische Volkspartei die staatliche und die wirtschaftliche Katastrophenstimmung in die österreichische Bevölkerung hinein, in Vorwahlzeiten - es war im Jahre 1971 und im Jahre 1975 - hat dieses Trommeln ein besonderes Fortissimo erreicht. Das war wirklich so bei den vorletzten und bei den letzten Wahlen.

Wenn man so überlegt, ja warum geschieht denn das, dann kommt mir nur ein Gedanke, anscheinend soll das Beschwören dieser Abgrundszenarie und dieser Katastrophentrommel nur eines machen: Es soll die früher so bewährte Formel von der Roten Katze, die heute nicht mehr möglich ist, sozusagen ersetzen.

Wenn ich mich so zurückerinnere, hat die ÖVP-Regierung während ihrer Mehrheitszeit, während ihrer Alleinregierung in Wahlvorzeiten weder eine Bilanz über die administrative Arbeit vorgelegt noch Wirtschaftsbilanzen über ihre Politik erstellt. Ihre Propaganda lautete damals ganz einfach und schlicht: Wenn die Sozialisten die Mehrheit bekommen, dann werden - ich kann Ihnen die diesbezüglichen Plakate, wenn Sie wollen, noch bringen - die Kirchentüren geschlossen, die Häuser enteignet und die Geschäfte und Betriebe verstaatlicht. *(Abg. Ing. Gassner: Wo ist das Plakat?!)* Der Herr Landesrat Hilgarth hat sich in Atzelsdorf sogar zu der Behauptung verstiegen: Dann werden die Tschechen von Norden nach Stadlau und die Ungarn bis nach Schwechat marschieren. - So hirnrissig war damals Ihre Propaganda! Als so hirnrissig fasse ich - bitte verzeihen Sie mir diesen Ausdruck - das krasse Katastrophenmalen der österreichischen Wirtschaftspolitik in dieser Zeit auf. Das nehmen Sie doch bitte auch einmal zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)*

Diese Verlängerung dieser Propaganda, meine sehr geehrten Damen und Herren - und anders kann man das nicht sagen -, ihre achtjährige Irreführung auf diesem Gebiet zeigen, daß Sie noch nicht eingesehen haben,

daß sich niemand in der österreichischen Bevölkerung findet, der tatsächlich glaubt, daß das alles stimmt, was Sie hier behaupten.

Wir wollen ja nicht sagen, daß alles bestens ist. Das haben wir nie gesagt. *(Abg. Staudinger: Ei, ei! - Ruf bei der ÖVP: Da schau her!)* Wir haben nur gesagt, daß bei uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, weit bessere Wirtschafts- und Sozialverhältnisse herrschen als in anderen vergleichbaren Ländern. Das ist unser Argument gewesen. Dies läßt sich mit vielen Beispielen, Herr Abgeordneter Staudinger, untermauern.

Es wurde heute schon darüber gesprochen. Aber nachdem Sie, ähnlich wie eine tibetische Gebetsmühle, immer wieder das gleiche sagen, muß man auch immer wieder die gleichen Antworten geben. Diese Irreführung mit der Steuerquote des Bundes von 41 Prozent glaubt Ihnen doch niemand, denn jeder weiß, daß der Anteil am Bruttonationalprodukt nicht 41 Prozent beträgt, sondern daß sich diese Steuerquote aus Einkünften von Bund, Ländern und Gemeinden, aus Kammerumlagen und Versicherungsbeiträgen zusammensetzt. Es wurde Ihnen heute ja schon einmal mitgeteilt, daß die bereinigten Einnahmen des Bundes in Wirklichkeit nur bei etwa 14 Prozent liegen. Das ist ein Faktum.

Herr Sandmeier ist schon weg. Er muß sich erholen von den Strapazen seiner langen Rede. Das ist irgendwie verständlich. Wir haben Ihnen doch schon einmal hier aufgezeigt, daß diese Einnahmen vom Jahre 1970 an bis zum Jahre 1977 - von 14,84, 14,51, 14,34, 14,10 bis 14,61 - eine fallende Tendenz aufweisen. Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis.

Wenn Sie Vergleiche anstellen, dann operieren Sie doch nicht immer mit Millionen und Milliarden. Stellen Sie reale Vergleiche an. Ein realer Vergleich kann doch nur das Bruttonationalprodukt sein. Sie machen sich doch lächerlich. Es sitzen Wirtschaftsprofessoren und weiß Gott was alles in diesem Hohen Haus und verzapfen einen derartigen Unsinn. Da müssen doch die Leute glauben, daß die all das, was sie an der Universität lehren, hier an diesem Rednerpult wieder vergessen. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Ich maße mir nicht an, Wirtschaftsexperte zu sein. Ich bin auch kein Molkereidirektor, aber so viel verstehe ich: Das ist ein Unsinn, was Sie hier reden, glauben Sie mir das. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Zittmayr: Sie werden doch nicht Ihre eigene Rede meinen?!)*

Wir können uns unterhalten, es muß ja nicht gerade über die Käseerzeugung sein. Wir können uns auch ein bisserl über das Budget

Mondl

unterhalten. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Wenn wir uns die bereinigten Einnahmen des Bundes ansehen, dann kommt folgender Entwicklungsvergleich heraus: Die Einnahmen des Bundes sind im Vergleich mit dem Bruttonationalprodukt nicht gestiegen, sondern eher noch gesunken. Wenn man den öffentlichen Sektor mit 100 betrachtet, dann hat der Bund im Jahre 1970 47,2 und im Jahre 1978 45,8 gehabt. Das ist ebenfalls eine Realität, die Sie zur Kenntnis nehmen sollten. Zum gleichen Ergebnis kommt man, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man die Gesamtbruttoausgaben der öffentlichen Haushalte Österreichs einer genauen Betrachtung unterzieht. *(Abg. Dr. Blenk: Das ist eine Doppelstrategie!)*

Eine Folgerung daraus ist, daß das dauernde Gerede über die so drückende Steuerbelastung ebenfalls nicht stimmt. Wenn wir die Studie betrachten, die Herr Professor Seidel geschrieben hat, so können wir daraus entnehmen: „Die öffentlichen Abgaben, die wichtigste Einnahmensquelle des Bundes, wurde im Laufe der Zeit immer weniger ergiebig.“

Weiters heißt es darin: „Die periodischen Steuersenkungen haben nicht nur die Inflationseffekte wettgemacht, sondern bewirkten außerdem, daß die Belastung eines gegebenen Realeinkommens mit Lohnsteuer allmählich zurückging.“

Sie ist also nicht so drückend, daß die Arbeiter in den Betrieben angeblich überlegen, nichts mehr zu arbeiten, weil das gar keinen Sinn mehr habe, weil sie sowieso nichts mehr verdienen würden. Da frage ich mich, woher die hohen Sparkonten kommen, da frage ich mich, wieso sich alle Autos kaufen können, da frage ich mich, woher die hohen Auslandsurlaubsquoten herkommen und so weiter und so fort. Das leisten sich die Leute alles mit guten österreichischen Schillingen, die sie angeblich in Österreich Ihrer Ansicht nach nicht verdienen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Es war kein Applaus aus den eigenen Reihen! Starker Applaus in den eigenen Reihen!)*

Es ist mir gar nicht so wichtig, ob ich Applaus bekomme oder nicht. Es ist mir wichtiger, aufzuzeigen, daß das, was Sie hier gesprochen haben, nicht der Realität entspricht. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Zittmayr: Weil es nicht einmal die eigenen Leute glauben! - Rufe bei der ÖVP: Na endlich!)* Ich danke dafür, daß Sie so lebhaft für einen Applaus für mich eintreten. Vielleicht können Sie das noch ein paar Mal machen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Wir können uns auch über Ausmaß und Phorstärke von Applausen unterhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dasselbe Bild ergibt sich, wenn man die sogenannten katastrophalen Staatsschulden näher untersucht, und zwar vor allem im internationalen Vergleich. Ich habe da ein Broschürchen, das sich „Finanznachrichten“ nennt. Darf ich Ihnen daraus auch ein bißchen etwas vorlesen? - Da steht: „Unverständliche Widersprüche.“ Also nicht nur wir meinen das, sondern auch anderswo kommt man zu dieser Ansicht. Es heißt weiter:

„Ein im Ausland lebender Österreicher, der sich ein Bild von der wirtschaftlichen Lage seines Heimatlandes machen will, stößt dabei auf beträchtliche Schwierigkeiten. Nicht, daß es hierfür keine Unterlagen gäbe. Eher das Gegenteil ist der Fall. Es gibt zu viele und leider einander widersprechende Aussagen. Laut Darstellung der einen Seite stolpert das Land von Budgetkrise zu Budgetkrise. Der Export steht vor dem Zusammenbruch. Die Unternehmen können sich nicht zu langfristigen Investitionen entscheiden. Zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten sowie eine bedenkliche Ertragslage begraben jegliche Betriebsinitiative. Politische Immobilität schiebt die Lösung dieser gravierenden Probleme immer weiter hinaus.“

Auf der anderen Seite präsentierten österreichische und vergleichende internationale Wirtschaftsstatistiken Zahlen, die eine beängstigende Problematik beim besten Willen nicht erkennen lassen.“ *(Abg. Dr. Blenk: Sie sagen es!)*

„Nachdem Österreichs Wirtschaft“ - so heißt es weiter -, „gemessen am realen BNP pro Einwohner schon vor 1970 weit schneller gewachsen ist als jene aller übrigen Industrieländer der gesamten Welt mit Ausnahme Japans, hat sich dieser gewaltige Aufholprozeß seit 1970 sogar noch beschleunigt. Zwischen 1970 und 1977 erreichte das Wachstum des österreichischen BNP neuerlich ein ganzes Drittel (plus 32 Prozent). Bundesrepublik Deutschland plus 19 Prozent, die EWG plus 20 und OECD-Europa insgesamt plus 21 Prozent blieben hinter Österreich weit zurück und verlieren ökonomisch immer mehr an Boden.“

„Noch eindrucksvoller als in der Gesamtwirtschaft zeigt sich die überlegene Dynamik Österreichs in der Industrieproduktion. Während das Wachstum der deutschen Industrie von 1970 bis 1977 nur mit 15 Prozent hinter dem der EWG und OECD-Europas (je 19 Prozent) merklich zurückblieb, wuchs Österreichs Industrie im gleichen Zeitraum doppelt so rasch (plus 31 Prozent).“ Das ist ein Ergebnis der katastrophalen Wirtschaftspolitik unserer österreichischen Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mondl

Und weiter lautet es hier in den „Finanznachrichten“:

„Schon vor 1970 hatte Österreich eine der höchsten Investitionsquoten der Welt (mit Ausnahme Japans). Seither wurde der Vorsprung Österreichs noch bedeutend größer. Von 1970 bis 1977 ist das Investitionsvolumen in Österreich mehr als 40 Prozent gewachsen, in Deutschland nur um magere 4 Prozent, in der EWG um 6 Prozent und in OECD-Europa insgesamt auch nur um bescheidene 10 Prozent.“

„Während Österreichs Industrie zum Beispiel im Vorjahr (1977) real immerhin ein gutes Fünftel (plus 22 Prozent) mehr investierte als im ausgezeichneten Konjunkturjahr 1970, investierte die deutsche Industrie um ein Fünftel weniger (minus 21 Prozent).“

„Gemessen in einheitlicher Währung (US-Dollar) hat das Bruttonationalprodukt Österreichs je Einwohner das Durchschnittseinkommen in der EWG 1976 erstmalig in der Wirtschaftsgeschichte knapp überschritten.“

Hinsichtlich der Inflationsrate wird hier festgestellt, daß sie sich in weniger als zwei Jahren von 7,3 Prozent auf 3,8 Prozent halbiert hat.

„Per Saldo konnte in den letzten Jahren (von 1975 bis 1977) der Marktanteil Österreichs im gesamten OECD-Raum von 1,29 Prozent auf 1,37 Prozent oder um 6 Prozent gesteigert werden. Im europäischen OECD-Raum stieg er von 1,69 Prozent auf 1,84 Prozent, das heißt um 9 Prozent. In Deutschland wuchs er sogar um 25 Prozent (von 2,8 Prozent auf 3,5 Prozent).“

Zu der lauten Kritik an den österreichischen Staatsfinanzen, die heute besonders zu Beginn dieser Diskussion so sehr beschworen wurde und hier im Mittelpunkt der Diskussion stand, heißt es hier:

„Auch die laute Kritik an den österreichischen Staatsfinanzen wirkt bei Heranziehung internationaler Vergleichsdaten einigermaßen befremdend.“

Wenn man sich dann die Tabellen auf der nächsten Seite ansieht, dann sieht man hinsichtlich der so „katastrophalen“ Staatsverschuldung, die die Ursache dafür ist, daß Österreich wieder einmal so knapp am Rande des Abgrundes steht und Bankrott macht, folgendes:

Österreich steht hinsichtlich der Gesamtverschuldung Ende 1977 in Prozenten des Bruttonationalproduktes zu Marktpreisen an der vorletzten Stelle, beim Zinsendienst in Prozenten der Ausgaben an der fünftvorletzten Stelle, bei der

Gesamtverschuldung Ende 1977 in DM je Kopf der Bevölkerung an der drittvorletzten Stelle und in bezug auf die Budgetdefizite 1978 beziehungsweise 1978/79 der laufenden Staatshaushalte in Prozenten der Gesamtausgaben an der drittvorletzten Stelle. – Und das in einer Liste von Staaten, die sehr respektable Namen haben.

Sehen Sie, so schaut es in Wirklichkeit aus. So ist die Realität, und so bitte muß man Ihre Argumentation gegenüber dieser Realität eben messen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich weiß nicht, ist dieses Papier hier das Papier der Österreichischen Volkspartei, oder ist es nur das Papier des Herrn Abgeordneten Taus. Wir wissen das noch nicht ganz. Aber es hat jedenfalls den Titel „Budgetpolitisches Konzept der Österreichischen Volkspartei“.

Da wird auf Seite 35 dargestellt, wie man zu Stabilisierungsmaßnahmen kommen könnte, beziehungsweise was man alles zur Budgetsänierung unternehmen könnte.

Unter anderem heißt es da auch: Verminderung des Personalstandes des Bundes bis 1984 um durchschnittlich 1 Prozent.

Um diese Frage haben sich auch andere Leute schon bemüht, unter anderen Voraussetzungen zu einem Erfolg zu kommen. Wir haben damals keine Urlaubserweiterung gehabt. Wir haben damals keine sozialpolitischen Maßnahmen mit solchen gigantischen Zeiten gehabt, wie es heute beim Karenzurlaub für weibliche Bedienstete der Fall ist.

Wir hatten damals keine Arbeitszeitverkürzungen von zuerst 45 auf 43 Stunden und von 43 auf 40 Stunden gehabt.

Das sind alles Maßnahmen, Kollege Suppan, die dazu führen, daß ich mehr Personal brauche, wenn die Leute rund um die Uhr weniger Dienst machen. Du mußt doch wissen, daß man nicht ganz einfach bei Kontrollgängen ein paar Stunden überhaupt nicht unterwegs sein kann.

Sie haben sich so ereifert wegen der Jugendarbeitslosigkeit. Auch auf diesem Gebiet ist viel unternommen worden. Wie sieht die Realität aus, wenn man sie in Beziehung setzt zu Ihrem Papier, in dem Sie schreiben, daß Sie beim Personalstand bis zum Jahr 1984 1 Prozent pro Jahr einsparen wollen. Da schaut die Realität sehr kümmerlich aus.

Wo wollen Sie die Ersatzkräfte für diese gerade von mir genannten Arbeitszeitverkürzungen hernehmen?

Wo wollen Sie die Zeit hernehmen für die Pflegefreistellung beim Pflegeurlaub?

Mondl

Wo wollen Sie Personal hernehmen für das erhöhte Sicherheitsbedürfnis, das Sie da immer auch hier im Hohen Haus geäußert haben, wonach sich die österreichische Bevölkerung in Wien und in ganz Österreich so schrecklich fürchtet? Und Sie verlangen, daß daher die Exekutive erweitert werden muß. Es ist sogar eine Antiterrorgruppe aufgestellt worden, sie allein hat 130 Planstellen benötigt.

Es mußten auch 507 neue Plätze geschaffen werden, um vor allem jedem arbeitswilligen Jugendlichen die Möglichkeit einzuräumen, arbeiten zu können.

So haben wir bei aller Sparsamkeit - es sind viele Posten eingespart worden - im Stellenplan 1979 auch Schwerpunkte auf dem Sicherheitssektor, im Unterrichtswesen, im Hochschulbereich und in der Landesverteidigung gesetzt, die Ihre Zustimmung gefunden haben. Und Sie schreiben, was Sie tun wollen, falls Sie im nächsten Jahr die Mehrheit bekommen. Sie brauchen keine Angst zu haben, Sie brauchen das sowieso nie zu verwirklichen. Denn wenn Sie die Hoffnung gehabt hätten, daß Sie die Wahl wirklich gewinnen werden, dann hätten Sie das alles nicht hineingeschrieben, weil Sie ganz genau wissen, daß das gar nicht realisierbar ist.

So schaut die Realität aus, so sind die Fakten, und bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie mit Ihren Argumenten bei der österreichischen Bevölkerung auf gar keinen Fall ankommen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Themen, die in der Debatte erörtert wurden, Stellung nehmen, wobei ich die fehlenden Federn des Herrn Generalbevollmächtigten, von denen mein Kollege Sandmeier sprach, ausklammern möchte.

Mein Vorredner hat zum x-tenmal wieder die Behauptung aufgestellt, daß der Steuerdruck, der auf der österreichischen Bevölkerung lastet, im Lauf der Jahre nicht zunimmt.

Herr Kollege Mondl, ich würde Ihnen also folgendes empfehlen: Wenn Sie diesen Arbeitsbehelf, der unzweifelhaft vom Bundesministerium für Finanzen stammt, zur Hand nehmen und die Seite 331 aufschlagen, so finden Sie unten eine Tabelle, in der die Prozentsätze des Bruttonationalproduktes angeführt sind, die von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden.

Dort finden Sie, daß der Prozentsatz im Jahr

1970 35,8 betrug und im Jahr 1979 41 betragen wird.

Da kann man doch beim besten Willen jetzt nicht hergehen und die Behauptung aufstellen, daß die Abgabenbelastung der österreichischen Bevölkerung nicht zunimmt. Denn es ist ja für den einzelnen Staatsbürger gleichgültig, wem er die Abgaben zu erbringen hat: Bund, Land, Gemeinde, Kammern, Sozialversicherung, sondern es ist für ihn nur interessant, wie hoch die Abgaben sind, die er zu leisten hat.

Es ist ein Taschenspielertrick, wenn Sie die zweifellos ebenfalls richtige Behauptung aufstellen, daß die Erträge des Bundes nicht höher geworden sind, und daraus ableiten wollen, daß die Abgabenbelastung im ganzen im Laufe der Jahre dieselbe geblieben ist. Es ist ja das Debakel der sozialistischen Finanzpolitik, daß der Bund nicht mehr einnimmt, obwohl die Abgabenbelastung der Bevölkerung ständig wächst.

Wir wollen uns doch einmal vor Augen halten, daß hier etwas nicht stimmen kann und daß es notwendig ist, Abhilfe zu schaffen. Das wird keineswegs geschehen können, indem man die Tatsache an sich bestreitet oder versucht, sie mit billigen Redensarten wegzubekommen, sondern nur dann, wenn man sich die Tatsache bewußt macht, wenn man sie auch gegenüber der Bevölkerung eingesteht und nach Mitteln und Wegen sucht, Abhilfe zu schaffen.

Aber nun zu etwas anderem. Herr Kollege Dr. Tull, der augenblicklich leider nicht hier ist, hat wieder einmal seine übliche Freude- und Jubelrede auf das Budget gehalten, die darin gipfelte, daß er das Budget in „Bidschö“ umfunktionierte, was wohl eine Steigerungstufe darstellen soll. *(Heiterkeit.)*

Das hat ihn aber nicht gehindert, gleichzeitig einen Antrag betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 einzubringen. Ja, es steht „für das Jahr 1969“ im Antrag. *(Zwischenruf.)* Bitte, ich kann nichts dafür, ich lese das vor, was ich da habe: „Antrag der Abgeordneten Tull und Genossen betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969“, also ein bisserl zurück. *(Neuerliche Heiterkeit.)*

Aber deswegen habe ich das gar nicht erwähnt, sondern aus einem anderen Grunde: Man sieht aus diesem Antrag, daß der Finanz- und Budgetausschuß mit seiner Mehrheit nicht einmal die richtige Schlußsumme beschlossen hat, obwohl im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht wurde. Man hat darauf vergessen, daß die Schlußsumme nicht mehr stimmt.

Da muß ich schon sagen: Es ist irgendwie symbolisch für den Wert des Ganzen und die

11548

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dr. Broesigke

„Sorgfalt“ der Behandlung, wenn jetzt in diesem Antrag der Abgeordneten Tull und Genossen das „Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969“ in seiner Endziffer in zweiter Lesung geändert werden soll.

Wir hätten uns sehr ausführlich darüber unterhalten sollen, welche „Sorgfalt“ der Arbeit waltet, wie „genau“ die Ziffern gerechnet sind, wenn man zum Schluß hierherkommen muß, um die Endziffer zu berichtigen.

Und nun ein weiteres. Herr Kollege Mühlbacher hat unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß verschiedene Auseinandersetzungen von Berufsgruppen, die um ihre Rechte kämpfen, in Wirklichkeit parteipolitisch gelenkt seien.

Ich greife nur ein Beispiel heraus: die Richterschaft. Also wenn die Richterschaft mit ihren dienstrechtlichen und Besoldungsverhältnissen nicht zufrieden ist, dann meint der Herr Abgeordnete Mühlbacher, daß das aus parteipolitischer Bosheit geschieht, denn anders kann man ja seine Worte nicht verstehen.

Meine Damen und Herren! Eine derartige Unterstellung betrachte ich einfach als ungehörig. Man kann sehr verschiedener Meinung sein, wenn eine Berufsgruppe kommt und sagt: Ich will das oder jenes geändert haben, ich will mehr bezahlt haben.

Der Herr Staatssekretär hat in wiederholten Diskussionen auch seine Meinung dazu gesagt, und es war eine sehr negative und von meiner Auffassung abweichende Meinung, aber zu unterstellen, daß diese ganze Aktion parteipolitisch gelenkt sei, ist dem Herrn Mühlbacher vorbehalten geblieben.

Zum zweiten hat er wieder einmal die Sache mit der Sozialen Marktwirtschaft gebracht, und zwar in x-ter verbesserter Auflage, wenn man das als „verbessert“ ansehen will.

Ich weiß schon, daß solche Diskussionen über die Terminologie manchmal als überflüssig erscheinen mögen, aber es muß doch irgend etwas dahinterstecken, meine Damen und Herren, wenn man immer wieder gegen diesen Begriff der Sozialen Marktwirtschaft Sturm läuft und versucht, ihn als negativ hinzustellen, wobei das Gedankengebäude, auf dem das aufgebaut wird, nicht immer logisch zusammenpaßt.

Daher, glaube ich, muß man immer wieder auf derartige Behauptungen eine Antwort geben und aufzeigen, daß es sich nur um Schlagworte handelt, die aus billigen Propagandagründen in die Diskussion eingebracht werden.

Meine Damen und Herren! Niemand ist heute

hier in Österreich oder irgendwo in Europa ein Anhänger der Marktwirtschaft ohne jede staatliche Einflußnahme. Das war ein Wirtschaftsbe-griff einer längst vergangenen Zeit.

Aber eines ist klar: daß alle Staaten diesseits des Eisernen Vorhangs nach dem System der Marktwirtschaft arbeiten und daß die Soziale Marktwirtschaft, so wie sie in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert worden ist, die Grundlage des wirtschaftlichen Aufstiegs Europas, des Wirtschaftswunders, wie man gesagt hat, gewesen ist. Die Soziale Marktwirtschaft bedeutet ja ... (Abg. *Thalhammer*: *Wie kann man die konzipieren?*) Konzipiert haben sie zum Beispiel Röpke, Müller-Armack und so weiter, und verwirklicht hat sie der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland Erhard, mit dessen Namen der dortige wirtschaftliche Aufschwung verbunden ist.

In Österreich ist damals eine ähnliche Richtung eingeschlagen worden. Herr Kollege *Thalhammer*! Das sind wirtschaftsgeschichtliche Tatsachen, die Sie überall nachlesen können und die niemand bestreiten kann. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. - Abg. Thalhammer: Behauptungen, keine Tatsachen!*) Das sind wohl Tatsachen, die man ersterweise nicht abstreiten kann.

Das, was man aber heute, zuerst schüchtern und jetzt ziemlich vehement, aus Ihren Reihen heraus abzustreiten beginnt, ist das Wort, die Begriffszusammenstellung. Es paßt Ihnen nicht, daß vor dem Wort „Marktwirtschaft“ das Wort „sozial“ steht. Darum geht es Ihnen, und das möchten Sie am liebsten verteufeln (*Abg. Thalhammer: Weil sie nicht sozial ist!*), denn daß Staatseingriffe in das Wirtschaftsgeschehen erfolgen sollen, ist ja ohnehin ein Gedankengut dieser ganzen volkswirtschaftlichen Schule.

Daß man über das Mehr oder Weniger dieser Staatseingriffe streiten kann, ist also ganz klar. Da gibt es ja auch unter den Anhängern dieses Systems verschiedene Meinungen (*Abg. Thalhammer: Genau!*), was aber nichts daran ändert, daß das Ganze unter dem Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ einzustufen ist, ein Begriff, der Ihnen offenbar nach seinem Klang und nach seiner Formulierung nicht in den Kram paßt. Aber deswegen, weil Ihnen etwas nicht in den Kram paßt, werden wir ja nicht alles umtaufen. (*Abg. Pansi: Können Sie den Unterschied sagen zwischen freier Wirtschaft, Marktwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft? Das hat noch niemand formuliert!*)

Herr Kollege *Pansi*! Wenn Sie mich wenigstens reden lassen, sage ich Ihnen das sofort. Die Theorie von Adam Smith, dessen berühmtes

Dr. Broesigke

Buch vor wenigen Jahren ja eine 200-Jahr-Feier hatte, beinhaltet, daß sich im Wirtschaftsleben alles von selber ergibt, daß also die unsichtbaren Hände – wie er formuliert hat – des Wirtschaftsgeschehens alles von selber bestens regulieren. Das ist die Marktwirtschaft für sich allein.

Und heute, im 20. Jahrhundert, gibt es niemand mehr, der an diese These glaubt, sondern jeder weiß, daß es eben nicht von selber geht, sondern daß Staatseingriffe notwendig sind. Und das hat man in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die „Soziale Marktwirtschaft“ genannt. Man hätte auch eine andere Benennung nehmen können. *(Abg. Pansi: Sehen Sie!)*

Aber wenn Sie sich jetzt an der Benennung stoßen, heute, nach vielen Jahren, nach Jahrzehnten, so zeigen Sie damit, daß es Ihnen nicht um die Sache, sondern daß es Ihnen in erster Linie einmal darum geht, die Benennung zu verteufeln, die Ihnen nicht paßt. *(Abg. Thahammer: Um die Auswirkungen geht es!)*

Ich komme schon dazu, ich wollte gerade sagen, Herr Kollege Thahammer, jetzt kommt das zweite dazu: Sie reden von den Auswirkungen, Sie wollen also nicht nur die Benennung, sondern Sie wollen auch die Sache mitverteufeln. Mit einem Wort, es schwebt eben doch schemenhaft im Hintergrund entweder die Zentralverwaltungswirtschaft auf der einen Seite oder etwas, was es ja auch gibt als Begriff und was in den dreißiger Jahren als Theorie entwickelt wurde, was gerade Ihnen sehr geläufig sein mußte, das ist die sozialistische Marktwirtschaft. Die gibt es ja auch. *(Abg. Pansi: Kollege Broesigke! Wer schreit denn ununterbrochen nach der Hilfe des Staates? Die Wirtschaft! Schauen Sie sich die Programme an!)*

Herr Kollege Pansi! Ich rede ja nur davon, daß Sie eine Propaganda und einen ständigen Angriff führen gegen den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft beinhaltet ja, daß der Staat eingreift, die beinhaltet ja, daß alle Nachteile, die sich ergeben würden, wenn man alles Wirtschaftsgeschehen sich selber überließe, ausgeglichen werden. Das ist ja die soziale Komponente an dem Ganzen, um das kommen Sie nicht herum.

Wenn Sie also so vehement dagegen ankämpfen, so ist natürlich der Verdacht nahe, daß nicht das „sozial“, sondern daß der Begriff „Marktwirtschaft“ Sie stört oder daß Sie eine völlig andere Systematik haben wollen, so wie etwa die von Lange in den dreißiger Jahren konzipierte sozialistische Marktwirtschaft, die ungefähr dem entspricht, was es im heutigen Jugoslawien gibt, das heißt, selbständige Wirtschaftseinheiten, die auf dem Markt den

Austausch der Güter vornehmen, aber bei einer Vergesellschaftung des Eigentums. Das ist die Problematik, die hier zugrunde liegt, und die können Sie nicht durch den Angriff gegen einen Begriff aus der Welt schaffen.

Nun wurde heute sehr viel von der Steuerreform gesprochen. Ich muß mich hier ganz kurz fassen, weil ich durch die Zwischenrufe viel Zeit verloren habe, das spielt aber keine Rolle, ich werde mich trotzdem an die 20 Minuten halten: Der Herr Kollege Mühlbacher hat sehr ausführlich über die Steuerreform gesprochen; er hat manche Grundsätze herausgestellt, die durchaus zu unterschreiben sind, also daß die Steuergesetzgebung nicht leistungsfeindlich sein darf – was allerdings Ihrer Steuergesetzgebung nicht als Charakteristikum bisher anhaftete –, daß sie gerecht sein muß, wird jeder unterschreiben. Wie schwer es ist, das zu verwirklichen, weiß jeder. Abgeordneter Mühlbacher hat von großen Steuerreformen gesprochen.

Da muß man der historischen Wahrheit entsprechend doch eines festhalten: Sie haben nur in einem Bereich wirklich eine Steuerreform durchgeführt, das war die Umstellung des Umsatzsteuersystems, und wir haben Sie auch hiebei unterstützt, obwohl das manchmal gar nicht so populär gewesen ist, wie uns bewußt ist. Aber sonst war von Steuerreform keine Rede. Deswegen, weil man die Haushaltsbesteuerung, die viele Jahre bekämpft wurde, abschafft, ein paar tarifliche Änderungen durchführt und Absetzbeträge einführt, deswegen ist noch keine Steuerreform entstanden.

Eine echte Steuerreform hätte erfordert, daß man sich von dem juristischen Einkommensbegriff, der so viel Schwierigkeiten hervorgerufen hat in den vergangenen Jahren, abwendet und das System der Ertragssteuern neu konzipiert. Das ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen, und was Sie sich unter Steuerreform vorstellen, das sieht man schon aus der Meinung des Kollegen Tull, daß es darauf ankommt, irgendwo nach Lücken bei der Gewinnbesteuerung auszuspähen. Nicht nur bei der Gewinnbesteuerung, in allen Bereichen gibt es im Steuerrecht, und zwar in jedem Steuergesetz, Lücken. Aber das ist ja nicht die Frage der Reform. Das ist nur die Frage der Verbesserung oder unter Umständen auch Verschlechterung, wie beim 2. Abgabenänderungsgesetz, bestehender Vorschriften.

Daß auf diesem Gebiet etwas geschehen muß, daran liegt kein Zweifel; denn daß die Steuerbelastung der Bevölkerung und auch der Unmut gegen die Besteuerung zunimmt, das kann nicht mehr bestritten werden. Daß die Einnahmen des Bundes deswegen nicht größer sind, das zeigen die Tabellen, die auch unbestritten sind.

Dr. Broesigke

Es ergibt sich also für den Bundeshaushalt jene Schere, die verursacht, daß das hohe Defizit nicht eine vorübergehende Angelegenheit ist, sondern daß es, wie wir schon zu einem Zeitpunkt behauptet haben, wo es auf der einen Seite dieses Hauses noch sehr vehement bestritten wurde, strukturell geworden ist und daß die Größenordnung von 50 Milliarden jedes Jahr gleich bleibt.

Nun wäre sicherlich die Gelegenheit gewesen, in diesem Jahre ein Sanierungsbudget vorzulegen. Es ist das nicht geschehen. Schon in der Generaldebatte wurde festgestellt – und es ist unbestritten geblieben –, daß dieses Budget in seiner Struktur keine Sanierung bringt, sondern daß es bestenfalls keine Verschlechterung gegenüber dem vorangegangenen Jahr darstellt. Und darin erblicken wir die Niederlage des Bundesministers für Finanzen bei diesem Budget, daß es ihm nicht gelungen ist, sich durchzusetzen, oder daß er sich vielleicht gar nicht durchsetzen wollte, daß er jedenfalls keine Änderung herbeigeführt hat oder zumindest keinen Schritt vorwärts zur Verringerung des Budgetdefizits und zum Abbau der Schulden. Dies ist für uns der entscheidende Ablehnungsgrund. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu Worte kommt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Kapitel Finanzen steht auch der Familienlastenausgleich zur Behandlung. Ich glaube, wir sind uns einig, daß zwischen Familie und Staat eine unlösbare Wechselbeziehung besteht, und sie zu vernachlässigen gereicht beiden zum Schaden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das hat vor kurzem Herr Bundespräsident Dr. Kirchschräger gesagt. Ich kann ihn nicht interpretieren, aber ich habe die Meinung, er hat hier eine sehr deutliche Blickrichtung auf die Regierung gehabt und auf den Herrn Finanzminister *(Beifall bei der ÖVP)*, denn diesbezüglich macht die Regierung große Fehler.

Herr Minister, kürzlich ist wieder durch die Presse eine große Erfolgsmeldung gegangen: 30 S Erhöhung der Familienbeihilfe. Ich darf hier wohl die Tatsache feststellen, daß im Budget diese 30 S nicht enthalten waren. Sie haben zwar im Budget die Belastungen für die Familien vorgesehen durch den Abbau der Preisstützungen auf dem Lebensmittelsektor, durch die höheren Tarife, aber Sie haben eine Erhöhung der Beihilfe glatt vergessen. Erst als die ÖVP eine dringliche Anfrage an Sie gerichtet hat, haben Sie sich bequemt, hier eine Änderung herbeizuführen, und haben also der Familie 30 S zuerkannt. Die Familie erhält also

ein bißchen Brot, und die Regierung will sich die Butter auf ihr Brot streichen.

Mit den Worten geben sich heute verschiedene Teile der SPÖ sehr familien- und kinderfreundlich.

Es hat erst kürzlich die sozialistische Organisation der Österreichischen Kinderfreunde an die Presse, an den Katholischen Familienverband eine Aussendung gemacht: „Es müssen jedoch die Leistungen, die verantwortungsbewußte Eltern auf dem Gebiet der Erziehung erbringen, auch mehr gesellschaftliche Anerkennung und stärkere ideelle Förderung erhalten. Vor allem müssen die Leistungen nichtberufstätiger Mütter, die sich ausschließlich der Erziehung ihrer Kinder widmen, erkannt und entsprechend gewürdigt werden.“ – So die Kinderfreunde. Als ich das gelesen habe, habe ich mir gedacht, Gott sei Dank beginnen jetzt einzelne Organisationen der SPÖ, vom „ÖVP-Programm für die Zukunft“ abzuschreiben *(Beifall bei der ÖVP)*, denn da steht genau das gleiche drinnen.

Es ist aber auf der anderen Seite eine Tatsache, daß die Taten der Regierung ausbleiben, daß die familienfeindliche Einstellung von ihr nicht überwunden wird oder werden konnte. Wie haben Sie, Herr Minister Androsch, vor einiger Zeit gesagt, als wir im Parlament Beihilfenerhöhungen beantragt haben? – Die seien nicht zweckmäßig. Die Familien kaufen dafür nur Sprechpuppen. *(Bundesminister Dr. Androsch: Wo bitte?)* Und was hat der Herr Minister Sinowatz gesagt, als der Vorschlag abgelehnt wurde, statt des kostenlosen Schulbuches der Familie Geld zu geben, damit sie die Bücher selber kaufen kann? – Die Väter könnten dieses Geld auch versaufen.

1954 ist in der „Arbeiter-Zeitung“ vehement gegen die Familienbeihilfe geschrieben worden. Nach ihren Worten ist diese eine Prämierung einer großen Kinderzahl, die gewissenlosesten Eltern, die wertlosesten Familien werden dadurch begünstigt. Ich weiß nicht, ob der Herr Chefredakteur Oscar Pollak irgendwann eine bäuerliche Familie besuchen konnte, wo zehn und mehr Kinder sind, und ob er dann auch noch den Eindruck gehabt hätte, daß das die gewissenlosesten Eltern und die wertlosesten Familien sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber dieser Geist ist noch nicht überwunden in der SPÖ.

Die „Salzburger Nachrichten“ haben am 21. November 1978 eine Notiz gebracht von einer sozialistischen Funktionärinnentagung in Wien, wo erklärt wurde, daß das Wertmuster der bürgerlich-patriarchalischen Familie den anderen gesellschaftlichen Schichten aufgeprägt wurde und daß das Familienmuster der ÖVP

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

einfach falsch ist, das davon ausginge, daß die Frauen zu Hause blieben und allein für die Kindererziehung verantwortlich seien. Das wäre unrealistisch, und die Sozialisten müssen diese falsche, nostalgische Vorstellung bekämpfen. Das ist doch genau die gleiche Haltung wie vor zwanzig Jahren. Hier hat sich also nichts geändert.

Und dieser Geist ist auch verantwortlich für die Benachteiligung der größeren Familie. Mit dem Schlagwort: „Alle Kinder sind uns gleich viel wert“, benachteiligt man die Mehrkinderfamilie. Für den Familienerhalter multipliziert sich die Eigenleistung pro Kind mit der Kinderzahl. Dieser Geist, glaube ich, ist verantwortlich, daß Sie, Herr Finanzminister, Familiengeld horten konnten und in weiterer Folge Familiengeld für Ihre Schuldenwirtschaft verwendet haben.

Wenn die Sozialisten überall so gespart und so gewirtschaftet hätten wie beim Familienlastenausgleichsfonds, dann würden wir heute im Geld schwimmen, dann hätten wir überhaupt keine Sorgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1977 verwandelte sich der veranschlagte Abgang des Familienlastenausgleichsfonds von 532 Millionen in einen Überschuß von 942 Millionen. Dazu kommen noch die Zinsen von 453 Millionen Schilling des Reservefonds. Es wurden also in diesem Jahr der Familie 1 395 Millionen Schilling vorenthalten. Herr Finanzminister, Sie müssen endlich zugeben, daß in Ihrer Amtszeit 11 350 Millionen Schilling der Familie vorenthalten wurden, daß Sie dieses Geld auf die Postsparkasse getragen haben. Erst diese Politik gab die Voraussetzung dafür, 3 Milliarden Schilling Familiengeld umzuwidmen, damit Ihre Leistungen für die Pensionsversicherung verringert werden konnten. Die Löcher bleiben trotz dieser Budgetsanierung immer gleich groß, ja sie weiten sich aus.

Diese Hortung ist auch die Ursache, Herr Minister, daß Sie mit diesem Familiengeld Mißbrauch treiben. Wenn es reichlich vorhanden ist, dann ist die Ursache doch in der sinkenden Geburtenzahl zu suchen.

Herr Minister und vor allem die Damen der Sozialistischen Partei, können Sie sich noch erinnern, was Sie im Oktober 1967 beantragt haben? Ein ganz genauer, detaillierter Antrag, eine Mütterzulage für Mütter mit Kindern bis zu drei Jahren. Wenn wir jetzt nach elf Jahren das urgieren und sagen, die Verwirklichung ist doch einmal notwendig infolge der sinkenden Geburtenzahlen, dann werden wir hingestellt als Leute, die lizitieren. Sie haben das damals verlangt. Sie haben damals auch die gestaffelte Familienbeihilfe verlangt, sehr geehrte Abgeordneten von der Sozialistischen Partei, und Sie

haben damals verlangt, daß ein Viertel im Reservefonds von den Jahresausgaben doch genug sei. Ein Viertel!

Wie heißt es denn jetzt im Bundesrechnungsabschluß? – Die Mittel lagen aber um 4,6 Milliarden Schilling über der im Gesetz geforderten Betragsgrenze von der Hälfte, also weit über die Hälfte hinaus, und Sie haben damals gemeint, ein Viertel wäre genug. Jetzt sagt der Herr Finanzminister, das muß man tun für die schlechten Zeiten. So lange werden Sie nicht mehr regieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1967 haben Sie diesen Antrag gestellt. Und im Jahr nachher gab es 28 Millionen Zuschußerfordernis für den Familienlastenausgleich.

Der Finanzminister der ÖVP mußte 28 Millionen Schilling hineinzahlen, weil wir den Familien mehr zur Verfügung gestellt haben. In Ihrer Zeit gab es 11 350 Millionen Schilling Überschuß.

Diese Forderungen von damals wurden aber nicht erfüllt.

Jetzt wollen Sie die Beihilfenerhöhung um 30 S gleich dreimal verkaufen: Einmal als Abgeltung für die Inflation, zum zweiten als Abgeltung für die neuerlich steigenden Lebensmittelpreise – und wenn das der Fall ist, dann ist das neuerdings eine Umwidmung: Familiengeld zur Entlastung des Budgets –, und zum dritten, Herr Minister, wollen Sie das dann noch verkaufen als Abgeltung für die eingefrorenen Steuerabsetzbeträge für die Kinder, denn diese Steuerabsetzbeträge sind ab dem zweiten Kind seit 1973 mit 4 200 S gleich hoch.

Jetzt frage ich, ob es noch einen sozialen Betrag in Österreich gibt, der seit sieben Jahren nicht erhöht wurde. – Nur noch die Wohnungsbeihilfe mit 30 S kenne ich. Alles andere wurde mehrmals erhöht. Aber nicht dieser Betrag für die Familie und für die Kinder.

Ich glaube, die sozialistischen Gewerkschafter müßten eigentlich schamrot werden *(Abg. Dr. Mock: Das haben sie verlernt!)*, wenn sie diese Zahlen und diese Verhältnisse kennen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Familie wird also mit 30 S abgespeist, es gibt keine Rücksicht auf kinderreiche Familien, obwohl die Untersuchung der Arbeiterkammer Salzburg – das Gesicht der Armut, heißt diese Untersuchung – ja deutlich zeigt und aufweist, daß die größeren Familien zu den Armen in unserem Lande gehören. Die Arbeiterkammer schreibt in ihrer Untersuchung:

Die geringen Einkommen an sich würden fast immer für ein zufriedenstellendes Dasein rei-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

chen, wenn sie nicht auf eine große Personenzahl verteilt werden müßten. Das hervorstechendste Phänomen der Armut ist die Verbindung von niedrigem Einkommen mit einer großen, oft sehr großen Familie. In kinderreichen Familien hat die Mutter weniger Gelegenheit zur Berufstätigkeit.

Aber die Gewerkschaft und die Sozialistische Partei haben diesen Erfordernissen nicht Rechnung getragen. Die geringfügige Anhebung des Alleinverdienerabsetzbetrages von 2 400 S auf 3 200 S ist, glaube ich, kein Ersatz dafür, denn die Arbeit der Familienmutter ist dann statt bisher 6,70 S im Tag 8,80 S im Tag wert. Und da gehen dann die „Kinderfreunde“ her und machen große Sprüche, wie man sagt.

Wo bleibt also die Anerkennung des Arbeitsplatzes im Haushalt, in der Familie? – Gerade heute ergeben sich ja dafür neue Gesichtspunkte. Professor Millendorfer schreibt:

„Die Familie bleibt der Ort des Lebens, in dem die Güter und Dienstleistungen des Lebens zur Gestaltung eines erfüllten Menschseins am besten verwendet werden. Wir müssen uns nur fragen: Wie können wir es in dieser Zeit verwirklichen?“ Die Familie kann es besser und billiger.

Ein Beispiel: Kinderheim der Stadt Wien; Kosten 12 000 S im Jahr; mindestens, da die Erhebung schon einige Jahre zurückliegt. Und die Familienbeihilfe ist 950 S. Das gleiche gilt für die Krankenpflege, das gleiche gilt für die Altenbetreuung. Es ist doch eine Tatsache, daß unser Schulsystem und unser Sozialsystem sofort zusammenbrechen würden, würden wir den sozialistischen Ideen folgen und die Familie nicht mehr diese Aufgaben, die sie wahrnimmt, weiterhin erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei müssen wir weitgehend einen Zusammenbruch der menschlichen Werte feststellen, der mitmenschlichen Beziehungen, der Lebensqualität. Es ist doch eine Tragik, wie ich kürzlich erfahren habe, daß in der Stadt Wien im letzten Jahr auf 9 400 Eheschließungen 4 500 Ehescheidungen gekommen sind. Wieviel Leid, wieviel Not, wieviel Unsicherheit sind in dieser Zahl enthalten!

Aber im sozialistischen Bereich wird also, nach Ihrer Idee, die Familienmutter benachteiligt.

Ein typisches Beispiel dafür ist ja das Pensionsrecht: Ein Ehepaar, wo beide berufstätig waren und in Pension gehen, beide haben eine Pension. Sagen wir der Mann 5 000 S und die Frau 5 000 S; zusammen 10 000 S. Dort, wo die Mutter zu Hause eine echte Leistung für die Volkswirtschaft erbracht hat, hat sie keine

Pension; es hat nur der Mann eine: 5 000 S. Wenn der Mann stirbt, dann hat die eine Frau 3 000 S Pension und die andere, die keine Kinder oder vielleicht nur ein Kind aufgezogen hat, 8 000 S Pension. Das ist keine soziale Gerechtigkeit!

Es ist mir unverständlich, daß durch die 33. ASVG-Novelle die Familien neuerlich benachteiligt werden. Ich glaube, hier sehen wir, wie stark diese marxistischen Ideen sind: Alles für die Lebensgefährtin und sehr wenig für die Mutter und für die Hausfrau. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das ist aber eine Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft.

Dann wird Mißbrauch betrieben, Herr Minister, bei den Schulbüchern. Hier sollen 100 Millionen Schilling eingespart werden gegenüber dem heurigen Ansatz, bei der Schulfahrtbeihilfe weitere 30 Millionen Schilling und bei der Schülerfreifahrt 195 Millionen Schilling. In Ordnung!

Man sieht daraus entweder den Mißbrauch, der in den letzten Jahren mit diesem Geld betrieben wurde, wenn man jetzt auf einmal über 300 Millionen Schilling einsparen kann, oder – ich konnte das im Ausschuß nicht erfahren, was die Regierung plant, um das einzusparen – man plant jetzt, auf die Ideen der ÖVP zurückzugreifen und hier etwas Vernünftiges zu tun.

Durch die sozialistische Regierung wurde die Familie materiell geschädigt und durch die Marxisten wurde und wird das Ansehen der Familie untergraben. Die Familie ist für sie unrealistisch, und Sie wollen gegen diese „falschen, nostalgischen Vorstellungen“ ankämpfen. *(Zwischenruf der Abg. Elfriede Karl.)* Ja, bitte: So war das kürzlich, Frau Staatssekretär! Vielleicht waren Sie dort bei dieser Frauenveranstaltung der sozialistischen Frauen in Wien, von der die „Salzburger Nachrichten“ berichtet haben. Vielleicht waren Sie dort. Ich weiß es nicht. Auf alle Fälle müssen wir feststellen, Frau Staatssekretär, daß Sie Ihre Aufgaben als Staatssekretär für die Familien nicht erfüllt haben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für die ÖVP ist die Familie unersetzlich. Im Alternativprogramm der ÖVP für die Familie heißt es: Die Familie ist besser als jede andere Institution geeignet, den elementarsten Bedürfnissen in jedem Lebensalter umfassend gerecht zu werden.

Familienpolitik bedeutet für die ÖVP, den Familien zu helfen, ihre ureigenste Aufgabe wieder selbst erfüllen zu können; bedeutet, der Frau die Wahlmöglichkeit zu sichern, ob sie berufstätig sein will oder ob sie ihre Aufgabe als Frau und Mutter erfüllen will; und bedeutet, daß

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

es notwendig ist, das Ansehen der Familie und der Mutter wieder anzuheben, es ihnen zurückzugeben, weil die Marxisten dieses Ansehen heruntergerissen haben; und Familienpolitik bedeutet, daß es notwendig ist, die materielle Benachteiligung der Familie, besonders der großen Familie, zu mildern.

Herr Finanzminister! Der Familienlastenausgleichsfonds wurde geschaffen, um den Familien die Kinderlasten abzugelten und nicht um die finanziellen Löcher einer sozialistischen Regierung zu stopfen (*Zustimmung bei der ÖVP*), einer sozialistischen Regierung, die nicht wirtschaften kann. Die meisten Familien können gut und sparsam wirtschaften, wenn man sie läßt und wenn man ihnen hilft.

Die sozialistische Regierung hat in der Familienpolitik versagt. Der Zahltag, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht mehr fern. Ich glaube: Es ist gut für die österreichischen Familien, daß dieser Zahltag kommt und daß die sozialistische Regierung den Denkkzettel verpaßt bekommt für ihr Versagen in der Familienpolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hirscher.

Abgeordneter **Hirscher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute vormittag hat der Bundesparteiobmann der ÖVP, Abgeordneter Taus, hier von der Krise der Staatsfinanzen, der viel zu hohen Verschuldung und dem Bankrott gesprochen.

Es ist richtig, daß diese Bundesregierung in einer Zeit (*Abg. Anton Schlager: Bankrott hat er nicht gesagt!*) – hat er gesagt, ich habe es mir aufgeschrieben – der größten wirtschaftlichen Rezession seit den dreißiger Jahren eine Deficit-spending-Politik gemacht hat. Das bestreiten wir gar nicht. Ich darf aber feststellen, daß wir dafür in diesem Lande Österreich, in unserer Heimat, eine Vollbeschäftigung von 2,8 Millionen Beschäftigten haben, die sich in ganz Europa und weltweit nicht finden läßt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Egal zu welchem Bezugspunkt man auch Vergleiche anstellt, Österreich gehört unter den westlichen Industriestaaten zu den am geringsten verschuldeten Ländern. Auch das soll hier gesagt werden, und ich darf Ihnen einige Beispiele dafür anführen.

Italien hat Staatsschulden in Prozenten der Budgetausgaben von 1977 von 220,5 Prozent. Horchen Sie nur zu, Herr Abgeordneter Kern, das ist auch für Sie ganz interessant. (*Abg. Kern: Wie viele Schulden haben wir überhaupt?*) Die USA haben 164,3 Prozent, Großbri-

tannien 144,6 Prozent, Belgien 137,3 Prozent, Japan 114,3 Prozent, Schweiz, die reiche Schweiz 106 Prozent, BRD 76,9 Prozent, Schweden 76,9 Prozent, die Niederlande 71,1 Prozent und Österreich 69,5 Prozent. Hier ist die Tabelle (*zeigt sie*). Herr Abgeordneter Kern, und die stimmt. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Kern.*)

Der Bundesvoranschlag 1979 sieht Ausgaben in Höhe von 288,1 Milliarden und laufende Einnahmen von 238,8 Milliarden Schilling vor. Das Nettodefizit, also der Abgang nach Abzug der Finanzschuldtilgungen, beträgt 30,8 Milliarden Schilling. Dies entspricht 3,4 Prozent des Bruttonationalproduktes.

Von den Bruttosteueereinnahmen von 223,8 Milliarden Schilling werden 86,2 Milliarden, rund 40 Prozent, an Länder, Gemeinden und Fonds überwiesen. Die Bevölkerung dieses Landes glaubt immer, die Steuereinnahmen, die dieser Finanzminister hat, bleiben dem Finanzminister. Ich habe Ihnen jetzt vorgelesen, welche Anteile an die Gemeinden und an die Länder überwiesen werden, auch das soll hier gesagt sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! 1979 ist letztes Jahr eines zu Ende gehenden Jahrzehntes und zugleich erstes Jahr vor einem neuen Jahrzehnt. Der Bundesvoranschlag 1979 ist gleichzeitig der neunte dieser Bundesregierung.

Es ist im Rahmen einer Budgetrede die Möglichkeit gegeben, Rückblick und Vorschau zu halten sowie auch Vergleiche anzustellen. Ich möchte gerne einige Vergleiche zur Einkommens- und Familienpolitik dieser Bundesregierung in diesem Jahrzehnt gegenüber der sechziger Jahre anstellen.

Diese Bundesregierung hat in den vergangenen acht Jahren drei große Lohn- und Einkommensteuerreformen vorgenommen.

Diese führten zu einer Änderung und damit zur Minderung der Steuertarife.

Weiters erfolgte der Übergang von der Haushaltsbesteuerung, von der gerade vorhin der Abgeordnete Broesigke gesprochen hat, zur Individualbesteuerung. Ich glaube auch hier, daß wir eine der größten Taten, die unter keinem der vorhergehenden Finanzminister trotz größter Forderungen vorgenommen wurde, zustande gebracht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Änderungen und damit Eigenständigkeit der Sparförderung wurden vorgenommen. Ich meine damit die Bausparverträge, die aus den Steuerabsetzmöglichkeiten herausgenommen wurden und separat honoriert werden. Auch das war eine große Sache.

11554

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Hirscher

Die Investitionsförderung erfolgte durch vorzeitige Afa. Herr Abgeordneter Mussil, Sie von der Wirtschaft werden das sehr gerne bestätigen, und zwar eine Afa von 50 Prozent in den Jahren 1976 und 1977. Wir haben die Pferde zur Tränke geführt, und sie haben auch gesoffen, Herr Abgeordneter Mussil, ich glaube, das können wir gemeinsam feststellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die österreichische Wirtschaft hat dies genützt und gerne angenommen. Die jahrzehntelange Forderung vor allem der Jugend, die Abschaffung der Steuergruppe A, wurde 1975 durch diese Bundesregierung erfüllt.

Und weil man immer davon spricht, daß Österreich eine solch hohe Steuerquote hat, darf ich auch hier behaupten, das stimmt nicht, daß Österreich eines der Länder mit der höchsten Steuerlast ist, denn wir liegen im Mittelfeld. Ich habe auch hier eine Tabelle *(zeigt sie)*, und Österreich liegt eindeutig in der Mitte mit 36,3 Prozent.

Die neuerliche Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer mit 1. Jänner 1979 bringt vielen Arbeitnehmern wohl nicht allzu viel, aber ich glaube, wir sollten uns gemeinsam freuen, daß die Arbeitnehmer Österreichs hier eine steuerliche Erleichterung erfahren. Monatlich 117 S für Ledige und 183 S für Verheiratete. Diese neuerliche Maßnahme bedeutet für den Finanzminister Mindereinnahmen im Jahre 1979 in der Höhe von 4,5 Milliarden Schilling.

2,8 Millionen Arbeitnehmer in Österreich, ein Phänomen für die ganze Welt, haben diesen Maßnahmen trotz der größten Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren und dieser Politik vollstes Vertrauen bisher geschenkt und werden das sicher auch in Zukunft tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Leistungen, diese Finanz- und Budgetpolitik finden auch in der ausländischen Presse ihren Niederschlag. So schreibt zum Beispiel die „Frankfurter Allgemeine“: „Die kleine Donau-republik hat in den vergangenen Jahren einen ungeheuren wirtschaftlichen Sprung nach vorne getan. Durch eine richtige Steuer- und Wirtschaftspolitik ist der Arbeitsmarkt voll ausgelastet. Vor allen Dingen die Jugendarbeitslosigkeit ist in Österreich nahezu unbekannt. Auch ohne Streiks gelang es, den Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen stark zu steigern. Österreichs Ansehen in der Welt hat in diesem Jahrzehnt stark zugenommen.“

Zu einer solch positiven Zensur eines ausländischen Presseorgans hat sicherlich die Finanz- und Wirtschaftspolitik des jüngsten und des am längsten amtierenden Finanzministers der Ersten und Zweiten Republik, und nicht nur der Ersten und Zweiten Republik, sondern von allen

OECD-Staaten, die es auf der Welt gibt, beigetragen. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Ich werde dann noch etwas dazu sagen, Herr Generalsekretär. Sie werden gleich daraufkommen, was ich hier gemeint habe.

All diese Leistungen auf dem Sektor der Lohn- und Einkommensteuer der siebziger Jahre wurden von einem Finanzminister erbracht.

Und nun, Herr Generalsekretär Mussil, passen Sie gut auf, Sie waren ja Zeuge des vorhergehenden Jahrzehntes. Ein Vergleich mit den sechziger Jahren. *(Abg. Dr. Mussil: Das waren die goldenen sechziger Jahre!)* Sie werden ja sicher wissen, daß wir allein in den sechziger Jahren fünf ÖVP-Finanzminister gehabt haben, die aus den verschiedensten Gründen abgelöst worden und vor allem niemals an die Leistungen dieses Finanzministers herangekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich kann sie ja namentlich aufzählen, wenn Sie es haben wollen. Darunter war auch der nachmalige Bundeskanzler Klaus, Heiligensetzer, Schmitz, Koren und und und. Der erste war am längsten, das war der Kamitz, der noch hereingereicht hat. Nur damit Sie nicht glauben, ich tu da Schmach führen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)*

Herr Schwimmer! Sie müssen zur Sozialversicherung reden, denn von Steuern verstehen Sie sehr wenig. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich habe das große Glück, immer nach dem Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Leitner zu sprechen. Er hat immer denselben Beginn, die Familienpolitik dieser Regierung sei familienfeindlich; ich will gar nicht näher darauf eingehen, denn ich werde auch zur Familienpolitik einiges sagen.

Ich will Sie nur bitten und ich werde auch hier Vergleiche anstellen, auch wieder 1966 mit 1970, denn nur so kann man vergleichen. Wer am Trog ist, hat zu bestimmen und hat auch die Verantwortung dafür zu tragen. In diesem Sinne darf ich auch zur Familienpolitik Stellung nehmen.

Die Familienpolitik ist und bleibt unser Anliegen. Das sage ich jetzt als Sozialist und Sozialdemokrat. Das Wort „Marxist“, Herr Kollege Leitner, das Sie ständig gebrauchen, trifft, glaube ich, auf uns alle mitsammen nicht zu. Sie brauchen nur meine Salzburger Kollegen danach zu fragen, welches Verhältnis wir zueinander haben! *(Ruf bei der ÖVP: Ist das etwas Schlechtes? – Abg. Dr. Schwimmer: Sie distanzieren sich davon? – Weitere Zwischenrufe.)* Ja, dieses Wort ist Ihnen sehr geläufig, das ist Ihnen sehr geläufig, das ist gut für die Angst- und Panikmache. Aber das wird Ihnen nicht gelingen, Herr Kollege Leitner! *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Ein Verhältnis zu wem?)*

Hirscher

Das ist ja etwas Unmoralisches! – Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.) Herr Kollege Schwimmer, Ihr Platz ist da hinten! *(Abg. Dr. Schwimmer: Bekennen Sie sich zu den marxistischen Wurzeln Ihrer Partei?)*

Als Salzburger bin ich stolz *(Ruf bei der ÖVP: Er hat ein Verhältnis als Salzburger!)*, daß es gerade eine Salzburgerin ist, die als Staatssekretärin für die Familienpolitik seit 1971 in diesem Lande zuständig ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die Leistungen können sich sehen lassen, und ich darf ihr von dieser Stelle aus für die gezielten familienpolitischen Maßnahmen im Sinne der österreichischen Familien in all den Jahren den herzlichsten Dank aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ. – Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Kollege Leitner! Mit 1. Jänner 1979 werden die Familienbeihilfen neuerlich angehoben *(Abg. Dr. Schwimmer: Um wieviel?)*, und zwar um 30 S pro Kind – ich habe dem Kollegen Leitner schon zugehört – und um 80 S für die behinderten Kinder. *(Abg. Dr. Schwimmer: Wieviel Prozent sind das?)* Herr Kollege Schwimmer! Wir müssen eines rechnen: Er hat von Preisstützungen gesprochen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)* Jawohl, das werden wir machen, das ist richtig, und ich darf feststellen, daß wir im Landwirtschaftsausschuß – und da sind Sie eben auch wieder nicht drinnen *(Abg. Dr. Schwimmer: Wieviel Prozent sind das, 30 S?)* – über die Preisstützungen verhandelt haben. Das ist doch nicht so!

Sie gehen heute her und fragen: Wieviel ist das? – Das ist Ihre Politik, Herr Kollege Schwimmer! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer. – Abg. Dr. Leitner: Die 30 S waren im Budget nicht enthalten! Erst auf Grund einer dringlichen Anfrage der ÖVP sind sie hineingekommen!)* Aber sie sind in diesem Budget enthalten, Herr Kollege Leitner! Sie sind doch enthalten! Sie wissen doch genau, daß diese 30 S enthalten sind! *(Abg. Dr. Leitner: Weiß ich! Da haben wir zuerst eine dringliche Anfrage gebraucht!)*

Jetzt müssen Sie aufpassen: Seit 1970, Herr Kollege Leitner, ist dies – ohne Umlegung des Steuerabsetzbetrages für die Kinder – die neunte Erhöhung der Familienbeihilfe um insgesamt 280 S. Im Vergleich dazu wurden zwischen 1960 und 1969 die Familienbeihilfen nur sechsmal um insgesamt 85 S erhöht und in Ihrer Zeit nur zweimal um 20 S, das sind 40 S. Diese Vergleiche muß man ziehen! *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja gut, Inflation, ist in Ordnung, aber in 280 S zu 40 S ist die Inflation sicherlich mit 57 Prozent leicht enthalten. *(Abg. Dr. Leitner: Herr Abgeordneter Hirscher!)* Bitte, Herr Leitner. *(Abg. Dr. Leitner: ... nur deshalb hat der Finanzminister ein Geld! In*

unseren vier Jahren gab es Überschüsse von 800 Millionen! – Abg. Dr. Fischer: Hirscher, tu weiter!) Herr Kollege Leitner, auch das stimmt nicht! Als wir die Regierung übernommen haben, war ein papierer Zettel drinnen, ein Schuldschein über 3 Milliarden und nicht Geld! So ist das! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Leitner.)*

1,1 Millionen Anspruchsberechtigte werden für 2,2 Millionen Kinder 23,5 Milliarden an Familienbeihilfe erhalten, und das ist das Erfreuliche, und das werden die Familien Österreichs sicherlich zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ebenso erfreulich ist vor allem die Tatsache, daß durch die Umstellung von Kinderabsetzbeitrag auf Familienbeihilfe etwa 300 000 einkommensschwache Familien in den Genuß der Auszahlung gelangten, darunter 110 000 Bauernfamilien, Herr Kollege Leitner, die Sie zu vertreten haben! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Leitner: ... Forderungen!)* Seien Sie glücklich darüber, daß diese Regierung Ihre Forderungen auch erfüllt und von selbst erfüllt! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)*

Hohes Haus! Unter der Verpflichtung, die im Mutter-Kind-Paß vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen durchführen zu lassen, wurde die Geburtenbeihilfe von 2 000 S – wieder aus Ihrer Zeit, Herr Kollege Leitner – auf 16 000 S angehoben. Seit dieser Maßnahme ist die Säuglingssterblichkeit auf die Hälfte zurückgegangen. Auch das ist erfreulich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Insgesamt werden 1979 für rund 86 000 Neugeborene – so schätzt man diese Ziffer – 1,3 Milliarden an Geburtenbeihilfe ausbezahlt. Ein voller Erfolg durch die Frau Minister Leodolter und die Familienpolitik dieser Bundesregierung! *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)* Die hat den Mutter-Kind-Paß eingeführt, jawohl! *(Abg. Steiner: ... die Geburtenzahl!)* Das ist regional verschieden, Kollege Steiner! Das wissen wir beide ganz genau, wo die kinderreichsten Familien wohnen: bei uns zu Hause, in unserem Bezirk. *(Zwischenruf des Abg. Kammerhofer. – Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Gegen großen oppositionellen Widerstand wurden 1971 die freien Schulfahrten eingeführt. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Sie bilden heute einen wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit, sie sichern Tausende von Arbeitsplätzen – ich meine jetzt die Taxifahrer mit den Schulbussen, Herr Kollege Graf –, sind wirtschaftlich nicht mehr wegzudenken, Herr Kollege Graf, Wirtschaftsvertreter *(Zwischenruf des Abg.*

11556

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Hirscher

Graf), und werden von etwa 900 000 Kindern in Anspruch genommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Der Kostenpunkt 1979 kommt auf 1,5 Milliarden Schilling.

Und wo sind heute in den Programmen der Opposition solche familienpolitischen Leistungen zu finden? – Wir Sozialisten werden diese Familienpolitik fortsetzen.

Die unentgeltlichen Schulbücher kommen rund 1,4 Millionen Schülern zugute. Hiefür sind im Budget 1979 880 Millionen bereitgestellt.

Eine zusätzliche Leistung aus dem Familienlastenausgleichsfonds ist die Finanzierung der Unterhaltsvorschüsse. Auch hier sind 200 Millionen im Budget vorgesehen und sind bisher Tausenden von Müttern die sichere Gewähr, zu den Unterhaltsbeiträgen für ihre Kinder zu kommen.

Weitere Leistungen, wie Karenzurlaubsgeld, Heiratsbeihilfe, Mutter-Kind-Paß, wurden durch diese Bundesregierung eingeführt und kommen den österreichischen Familien zugute. *(Abg. Graf: Der Reisepaß auch? Ich bin nicht mehr sicher!)*

Die Ausgaben für die Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds sind von 7,1 Milliarden auf 29 Milliarden 1979 gestiegen und haben sich somit vervierfacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Finanz-, Wirtschafts- und Familienpolitik dieser Bundesregierung hat Österreich zu einem angesehenen Land in der ganzen Welt gemacht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie hat der österreichischen Bevölkerung einen nie gekannten Wohlstand gebracht. Wir Sozialisten werden diese Politik noch lange fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. A. Schlager: Es gehört ihm wirklich eine Gratulation ausgesprochen!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat hier sehr viel Emotionen entwickelt. Ich darf aber trotzdem behaupten: Viel Lärm um nichts.

Ich weiß zwar, daß er fachlich als Beamter der Finanzverwaltung sicherlich mehr zu sagen hätte, aber ich glaube, hier war er mit der Zahlenspielerei etwas überfordert. Nichtsdestotrotz: Warum soll er es besser machen als der sozialistische Vorredner, der Abgeordnete Dr. Tull, der ja auch immer wieder mit Emotionen hier heraußen steht und letztlich nichts sagt? Und wenn er etwas sagt, dann kommt er heraus – ich weiß nicht, ob Sie vorhin

da waren, Herr Dr. Fischer: daß Ihnen und Ihren Herren so etwas einmal passiert! – und reicht mit großem Getöse einen Antrag betreffend Änderung des Bundesfinanzgesetzes 1969 ein.

Zu dieser sozialistischen Regierung muß man wirklich sagen: Die haben in acht Jahren nichts gelernt, und wenn man ihnen noch einmal zehn Jahre Zeit geben würde, dann würde es wahrscheinlich auch nichts nützen. *(Abg. Mühlbacher: Sie hängen sich an einen Tippfehler an, Herr Josseck! Was soll denn das?)* Aber bitte, Herr Kollege Mühlbacher, offensichtlich können Sie nicht einmal lesen: Das sind hier acht Zeilen, und Sie haben es ja auch mit unterschrieben wie viele Ihrer Kollegen! *(Abg. Mühlbacher: Das ist für Sie ein Grund!)* Wenn sich der Dr. Tull hier heraußen etwas bescheidener bewegen würde, dann würde ihm das niemand übelnehmen. Aber wenn man auf den Tisch haut, dann darf man sich, bitte, auch solche Kleinigkeiten nicht erlauben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jahr für Jahr steht man anlässlich des letzten Tages der Budgetdebatte hier heraußen am Rednerpult, und selbstverständlich ist jeweils eine Unzahl von berechtigten Vorwürfen an die Adresse des Herrn Finanzministers gerichtet. Und gerade deshalb, weil hoffentlich acht Jahre sozialistischer Alleinregierung vorbei sind, erlauben Sie mir auch einen kleinen Rückblick auf diese acht Jahre zu einem speziellen Thema, im besonderen zur Frage der Steuerpolitik und der Besteuerung.

Wenn die Sozialisten – und ich glaube, nicht ganz unabsichtlich – ihre Politik ständig unter dem Motto betrieben haben, den „Reichen“ – unter Anführungszeichen – das Geld zu nehmen, um damit die Stimmen der Ärmeren zu bekommen, unter dem Vorwand, einen vor dem anderen zu schützen, dann war das ungefähr die Devise, unter der Sie Ihre Finanz- und Steuerpolitik betrieben haben. Es war nämlich acht Jahre lang doch sehr einseitig, was von dieser sozialistischen Alleinregierung, im besonderen vom Finanzminister mit Unterstützung seiner Fraktion, betrieben wurde.

Es wird groß angekündigt, die Sozialisten treten an zu Reformen. Ich frage: Was waren echte Reformen? Es wurde heute hier zweimal erwähnt, auch von unserem Sprecher Dr. Broesigke: Die einzige echte Reform war die Mehrwertsteuer, bei der wir ja mitgegangen sind.

Aber was ist nicht alles an zumindest kleinen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung nicht geschehen, was möglich gewesen wäre! Wenn ich mich mit diesen Fragen

Dipl.-Vw. Josseck

beschäftige, so tue ich dies aus Berufsgründen. Ich hoffe aber, daß mir deswegen niemand Unvereinbarkeit vorwirft, wenn ich zu Steuerfragen spreche.

Uns Freiheitlichen ist es jedenfalls eine Genugtuung, daß in diesen acht Jahren wir die einzigen sind beziehungsweise waren, die in dieser abgelaufenen Zeit eine echte Steuerreform in diesem Hause vorgelegt haben, die nur bedauerlicherweise nicht einmal diskutiert wurde, nämlich die Frage der Bereinigung der Progression - ein anerkanntes Modell im gesamten deutschen Sprachraum, aber man hat es nicht der Mühe Wert gefunden, darüber zu reden.

Ich sagte schon, die Sozialisten hätten acht Jahre Zeit gehabt, nicht nur die Kompliziertheit der Gesetze zu bereinigen, eine Vereinfachung herbeizuführen, sondern auch eine Verständlichmachung gerade der Steuergesetzgebung. Es ist halt etwas spät, Herr Finanzminister, wenn Sie ein Jahr vor Ihrem Ende oder vielleicht 14 Tage vor Ihrem Fast-Ende, erklärt haben, Sie werden nun darangehen, einige Verbesserungen und Reformen durchzuführen.

Ich weiß sehr wohl, daß die Punkte, die ich nun aufzählen werde, nicht sehr einfach durchzubringen sind, weil doch zu vieles dranhängt. Es reicht hinein in den Bereich der Sozialversicherung, vor allem in den großen Bereich der dominierenden Gewerkschaften, mit denen es auch von Ihrer Seite nicht sehr leicht ist zu sprechen und zu verhandeln.

Aber ich frage mich: Wie lange müssen hier an dieses Rednerpult noch Redner herausgehen - auch von Ihrer Seite ist es ja schon geschehen -, um auf die Kompliziertheit der Lohnsteuerberechnung hinzuweisen? Es gäbe doch eine ganze Menge zu novellieren. Die bisherigen Änderungen im Lohnsteuerbereich, den ich besonders herausnehmen will, brachten doch immer wieder nur Ausnahmen von Ausnahmen.

Dazu gehört sicher auch die eine oder andere unpopuläre Frage, aber solange man nicht bereit ist, dieses Problem grundsätzlich anzugehen, wird es immer so bleiben, daß jeder, der am Monatsende seinen Lohnstreifen bekommt, sich kaum darin auskennt. Ich bin auch überzeugt, daß hier im Hause, wo man doch annehmen müßte, daß sich die Leute mit der Materie beschäftigen und auskennen, die Hälfte der Personen ihren Lohnzettel oder ihren Lohnstreifen nicht lesen und beurteilen können.

Das bedeutet, daß die Steuergesetzgebung undurchschaubar, unklar ist, und damit wird sie einfach für den kleinen Mann unheimlich.

Und wenn man Ihnen, Herr Finanzminister,

immer wieder Ungerechtigkeit in den Steuergesetzen vorwirft, mehr Transparenz verlangt: Mehr Transparenz würde sicher auch mehr Gerechtigkeit der breiten Masse der Bevölkerung vergewissern.

Ich sagte schon, Dutzende von verschiedenen Kollektivverträgen sind natürlich einengend bei der Berechnung der Lohnsteuer, und es gibt abweichende Berechnungsgrundlagen, die oft zu Grotesken führen, um nun zwei Beispiele anzuführen.

Es ist einfach für den kleinen Gewerbetreibenden auf die Dauer unmöglich, diese Unmenge von Verwaltung, komplizierter Verwaltung, durchzuführen. Ein Kfz-Mechaniker zum Beispiel muß bei der Berechnung der Schmutzzulage davon ausgehen, daß diese lohnsteuerfrei ist, aber dafür sozialversicherungspflichtig, im anderen Bereich, im keramischen Gewerbe zum Beispiel, ist die Schmutzzulage lohnsteuerpflichtig, die Sozialversicherungsbeiträge nur von der halben Bemessungsgrundlage zu berechnen.

Also Sie sehen allein daraus, daß das volkswirtschaftlich durchaus nicht gerechtfertigt ist, weil der kleine Betrieb einfach im Papierkram und im Gesetzesdschungel zu ersticken droht.

Ich glaube auch, daß die Unzahl von Steuererklärungen, die auszufüllen sind, einer radikalen Bereinigung bedarf. Sie selbst haben es ja auch erwähnt. Herr Minister, ich bin neugierig, ob es dazu noch kommen wird.

Es wird notwendig sein, auch eine Kosten-Nutzen-Rechnung anzustellen, gerade in der Finanzverwaltung. Denn die Klagen hierüber sind nicht unberechtigt, wenn es auch Klippen zu überwinden gibt, aber eine so starke Regierung, wie sie vorgibt zu sein, müßte das doch auch durchsetzen können.

Die Einhebung der Kraftfahrzeugsteuer - etwas so Unwirtschaftliches, etwas so Kompliziertes in der Verwaltung! Das verteuert doch letztlich die ganze Apparatur. - Herr Minister, Sie zucken die Achseln, aber da heißt es halt, mit den anderen zu reden. Man wird halt auch mit den Trafikanten reden müssen. Eine so starke, übermächtige sozialistische Regierung, die alles gut macht und alles besser kann, muß doch auch zumindest einmal die Gesprächsgrundlage mit den Leuten schaffen.

Oder, Herr Minister, die Kontrollen nach dem Branntweingesetz. Es ist geradezu grotesk, wenn Finanzbeamte weite Reisen mit dem Auto machen müssen, Kilometergeld bekommen, Taggeld bekommen, und pro Liter gebranntem Schnaps werden dann 3 S abgeführt. Ja das ist

11558

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dipl.-Vw. Josseck

doch einfach unverständlich! Hier sind die Verwaltungskosten viel zu hoch im Vergleich zu dem Erfolg.

Von der unglückseligen Lkw-Steuer möchte ich gar nicht reden. Es gibt genügend Beispiele, die man anführen könnte, wo die Rückvergütung bedeutend höher ist als die Abgabe selbst, aber die Leute ersticken im Papierkram.

Oder, ein weiterer Fall hinsichtlich Vereinfachung der Steuergesetzgebung: die Entrichtung der Umsatzsteuer bei Importeuren. Es ist doch nicht einzusehen, daß zuerst Steuerbeträge eingehoben werden, und im selben Atemzug werden sie wieder rückvergütet. Es müßte doch auch hier ein vereinfachtes System geben.

Daß dazu auch noch immer wieder unverständliche bedauerliche soziale Härten kommen, muß auch erwähnt sein. Wir Freiheitlichen haben seinerzeit auch schon bei der Einführung der Luxussteuer darauf hingewiesen, und ich möchte es heute wieder betonen: Es ist unverständlich, daß man für Invalidenfahrzeuge nach wie vor 30 Prozent Luxussteuer zu bezahlen hat. Das ist einfach auf die Dauer unverständlich. (*Abg. Dr. Androsch: Rückvergütung!*) Ich habe ein ganz ein konkretes Beispiel vor mir.

Oder, es ist auch nicht verständlich, wenn auch gesetzlich völlig klar – stellt aber auch eine große soziale Härte dar –, wenn ein arbeitsunfähiger, gelähmter Jugendlicher, der aus einem Titel heraus eine Leibrente bekommt, die natürlich nach dem Bewertungsgesetz zu kapitalisieren ist, dadurch in den Bereich der Vermögenssteuer hineinfällt. Und der junge Mensch, der arbeitsunfähig, gelähmt ist, im Rollwagen fährt, muß dafür, daß er eine Leibrente aus einem Titel bekommt, eine Vermögenssteuer bezahlen. Würde er der Allgemeinheit zur Last fallen, wäre das nicht der Fall. Ist das bei dieser kapitalisierten Leibrente, die der arme Mensch bekommt, gerecht? Ist das sozial? Entspricht sicher dem Gesetzestext und dem Gesetzeswortlaut. Aber Sie, die Sie angetreten sind, Reformen zu bringen, eine soziale Regierung zu sein, darf so etwas doch nicht auf die Dauer unberührt lassen.

Auch hinsichtlich der Automation, Herr Bundesminister, gibt es Schwierigkeiten, die vielleicht ein spezielles Thema sind und die Leute, die damit zu tun haben, betreffen; ich meine hier zum Beispiel die neuen Steuererklärungsformulare, die auf Grund der Computerisierung – wenn ich dieses furchtbare Wort sagen darf – zu erstellen sind.

Wenn ich auf das Thema der Sonderausgaben eingehe. Jetzt hat der Steuerberater die Sonderausgaben, so wie sie anfallen, einzusetzen. Bis

dato war in der Steuererklärung die Höchstgrenze einzusetzen. Das ist nun im Computer programmiert und ist daher nicht mehr anzusetzen.

Der Steuerpflichtige bekommt seine Steuererklärung und denkt sich, ich habe einen guten Steuerberater, das kann ich jetzt alles absetzen, und ist dann baß erstaunt, wenn dann der Computer auswirft, minus soundsoviel, nur noch die Höchstbeträge. Dann kommt der Pflichtige und sagt zum Steuerberater: Hören Sie, haben Sie das nicht gewußt? Sie sind ein schlechter Steuerberater. Man sieht also, daß nichts so fein gesponnen ist, was nicht auf der anderen Seite auch wieder Anlaß zur Beunruhigung bringt. Warum muß das im Computer gespeichert sein? Ich glaube, es wäre durchaus auch von dem Erklärenden oder vom Einzugebenden bei der Veranlagung zu machen. Aber das sind alles Verwaltungsschwierigkeiten.

Einen Verwaltungswirrwarr gibt es zum Beispiel auch in der Frage der GesmbH. Früher waren sie bei den Betriebsfinanzämtern, dann hat man gesagt, eine GesmbH, so eine Riesenfirma, die gehört zentral veranlagt. Für Wien wirkt sich dieses Problem nicht so aus, aber in den Bundesländern ist es ein echtes Problem. Alles, was GesmbH ist, gehört in die Landeshauptstadt. Das bedeutet, daß ein Steuerpflichtiger zum Teil zwei Stunden nur für eine Strecke unterwegs ist zum Finanzamt, um mit seinem Referenten zu reden. Das war seinerzeit gerechtfertigt, als zum Beispiel Oberösterreich 250 GesmbH hatte, aber heute liegen bei jedem Finanzamt mehr als 300 solcher Gesellschaften auf. Es wäre also höchste Zeit, daß man diese wieder den Betriebsfinanzämtern zuführt; eine wesentliche Vereinfachung und nach Rücksprache auch mit den Finanzbehörden bei den einzelnen Finanzämtern kein Problem.

Für Wien selbst ein ganz besonderes Problem ist die Frage der Zuständigkeit der Finanzämter beim Jahresausgleich. Es hat die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht in einigen Beispielen darauf hingewiesen, daß natürlich vom einfachen Lohnsteuerpflichtigen, der dann einen Jahresausgleich beantragt, nicht so ohne weiteres durchschaubar ist, zu welchem Finanzamt er gehen muß, noch dazu, wenn er übersiedelt ist, er geht zu dem ihm nächstliegenden. Bei der Einlaufstelle kriegt er von einem Lehrbuben einen Stempel drauf und glaubt, nun sei alles gut gelaufen. In Wirklichkeit – das ist eine Fallfrist – ist die Frist versäumt, weil er nicht beim zuständigen Finanzamt war.

Ich glaube, Herr Finanzminister, es wäre eine sehr gute Tat, wenn man grundsätzlich hergehen würde, wenn irrtümlicherweise einmal bei einem anderen Finanzamt etwas abgegeben

Dipl.-Vw. Josseck

wird ... (Abg. Dr. Androsch: Das kommt in der nächsten Novelle!) Bitte, Herr Minister, wenn Sie noch einmal Finanzminister werden, oder wann? (Abg. Dr. Androsch: In der nächsten Novelle!) Gut. Sollte Ihnen das gelingen, in diesem Fall werden wir Sie unterstützen, weil ich betrachte das als sehr wesentlich. Wenn Sie Finanzminister sind, bitte, wenn Sie dann erwähnen würden, daß diese Anregung von mir gekommen ist. - Danke. (Abg. Dr. Fischer: Wenn Sie noch da sind!) Ich habe es gehört, Herr Dr. Fischer. Aber ich werde dafür sorgen, seien Sie überzeugt davon.

Es bleibt also Tatsache, daß sich für den Steuerpflichtigen die Dinge so darstellen, daß in dem Augenblick, da der Staat sich durch verworrene - das kann man oft sagen - Gesetze und mit Hilfe der Steuern zum Teil unmoralisch aufführt, sich der Steuerzahler von sich aus stärker legitimiert fühlt, sich ebenfalls unmoralisch aufzuführen.

Sie haben gesagt, Herr Minister, Sie werden im Steuerdickicht jeden unterstützen; ich habe einige solcher Beispiele aufgeführt. Ich gehe konform mit Ihnen, wenn Sie sagen: menschengerechte Formulare. Ich weiß nicht, vielleicht war das noch eine Aussage von vor vierzehn Tagen, wo Sie schon am Schleudersitz gesessen sind, um Ihren Sessel noch zu retten. Vielleicht hat das dazu beigetragen. Aber es wäre ja schon lange Zeit dazu gewesen, zumindest acht Jahre, doch endlich menschengerechtere Formulare zu schaffen.

Von der Systemänderung bei der Lohn-Einkommensteuer habe ich schon gesprochen.

Vereinfachung der Getränkesteuerberechnung, eine alte Forderung, Herr Finanzminister, es betrifft auch Ihre Wähler. Es ist einfach untragbar für den kleinen Gastgewerbebetrieb, wenn er sich mit dieser schwierigen Problematik Monat für Monat herumschlagen muß. Welcher Zeitaufwand dabei aufgeht, kann nur der bemessen, der sich das wirklich einmal an Ort und Stelle angesehen hat.

Herr Bundesfinanzminister, Ihnen ist die Zeit offensichtlich doch etwas davongelaufen. Sie haben sich aber reichlich bemüht, in dieser Zeit sehr viel sozialistische Gesellschaftspolitik zu betreiben, wenn das auch bestritten wird, aber so ist es doch. - Dr. Fischer sitzt in der ersten Reihe und lächelt satt wie ein Säugling, daß Ihnen das gelungen ist. (Heiterkeit.) Aber durch das Anziehen der Steuerschraube ist zweifellos auch eines eingetreten ... (Abg. Dr. Fischer: Wissen Sie, warum ich gelacht habe? - Weil Sie zuerst gesagt haben, wir machen überhaupt keine Reformen, und jetzt sagen Sie, wir machen so viel sozialistische Gesellschaftspolitik!)

Das ist ja ein wesentlicher Unterschied. Das müßten Sie doch wissen, den Unterschied zwischen Reform und sozialistischer Gesellschaftspolitik müßten Sie doch kennen. Aber diese Kompliziertheit, Undurchschaubarkeit und Schwierigkeit der Steuergesetzgebung hat zweifellos dazu beigetragen, daß eine große Anzahl von kleinen und mittleren Gewerbebetrieben in Österreich in echte Schwierigkeiten geraten sind; man hat ihnen dadurch die Investitionsfreude genommen.

Wenn die Arbeitsplatzfrage von den Sozialisten immer wieder so groß hier herausgestrichen wird, dann erlauben Sie mir, zum zehnten Mal von diesem Rednerpult aus zu sagen: Mehr als 86 Prozent der Arbeitsplätze werden in Österreich von den Klein- und Mittelbetrieben, die in privater Hand sind, gesichert. Ich finde, das ist sehr entscheidend. Aber wenn Sie versuchen, immer mehr und mehr herauszupressen, sind Sie an dem Moment angelangt, wo nichts mehr drin ist für Sie.

Wenn dieser Staat in seiner überschwenglichen Geschenkpolitik Anfang der siebziger Jahre zu großzügig war, so fehlt Ihnen einfach heute hinten und vorne das Geld, oder man sagt auch: es wird Ihnen die Decke zu kurz oder das Hemd zu eng. Auf alle Fälle mußten Sie doch zu Maßnahmen greifen und Staatsschulden machen. Da muß ich halt den Dr. Tull wieder zitieren, so leid es mir tut, ich sollte Sie gar nicht so oft beim Namen nennen, weil Sie sich vielleicht sonst überschätzen. (Abg. Graf: Das kann er nicht!) Das kommt ja bei Ihnen kaum vor. Aber, Herr Dr. Tull, Sie verstehen es richtig meisterlich, immer wieder da herauf mit Zahlen zu jonglieren; oben auf der Galerie ist man maßlos beeindruckt und sagt: der Mensch muß gescheit sein. Aber statt daß Sie hergehen und einfach Fakten aufzählen und sagen, wieviel haben wir Staatsschulden, 1975 waren es noch 100 Milliarden, wir Sozialisten haben uns gesteigert, weil wir so gut sind, immer an der Spitze, wir sind heute wieder an der Spitze (Zwischenruf des Abg. Mondl) - Mondl, sag das dem Armeekommandanten -, wir sind jetzt, wenn man 1979 mit einbezieht bei 232 Milliarden Staatsverschuldung, 232 Milliarden! (Abg. Graf: Herr Tull, Sie müssen dem Josseck applaudieren, der glaubt, Sie sind gescheit! So ein Kompliment! - Abg. Dr. Tull: Erkennt mich besser als Sie! - Abg. Graf: Ich bin ihm nicht neidig! - Abg. Dr. Fischer: Sie werden ihn kennenlernen! - Abg. Graf: Das ist eine Drohung!)

Ich glaube, Herr Dr. Tull, das sind Zahlen, die die Bevölkerung interessieren, und auch hier - um mich noch einmal zu wiederholen - muß man die Frage stellen: Was kostet aber das dem

11560

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dipl.-Vw. Josseck

österreichischen Steuerzahler? Was kostet diese Staatsverschuldung Ende 1979 von 232 Milliarden dem österreichischen Steuerzahler? Aus dem Jahre 1978 kann man ja nun schon konkrete Ziffern errechnen. Im Jahre 1978 wurden an Zinsen und Tilgung 31 Milliarden jährlich aus Steuermitteln aufgebracht. Das sagt dem einzelnen ja gar nichts. Was sind 31 Milliarden? Das ist eine Ziffer, durch nichts teilbar (*Abg. Graf: Der Rechenkünstler Josseck!*), aber wenn man es umrechnet auf einen Tagessatz, auf einen Stundensatz, auf einen Minutensatz, ja man kann ja noch weiter herunterrechnen: Pro Sekunde, Herr Finanzminister, bringt der österreichische Steuerzahler 1 000 S auf. Dieweil Sie hier sitzen und nur schauen, flattern schon wieder Tausende von Schilling an Steuermitteln in die Rückzahlung der Staatsverschuldung hinein.

Das müssen Sie sich halt sagen lassen, da gibt es kein Herumreden, Zetteln in die Höhe halten und die Heilige Schrift anrufen, wie es Tull macht, so geht das nicht.

Um zum Ende zu kommen: Herr Minister! Die Staatsfinanzen sind krank, man könnte vielleicht wohl, wenn man Ihnen wohlwollend gesinnt ist, dazu sagen: Die Hauptsache, der Finanzminister ist gesund. Aber ich muß Ihnen sagen, uns Freiheitlichen ist das zu wenig, und wir sagen daher nein zu diesem Budget. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gassner.

Abgeordneter Ing. **Gassner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wirtschafts- und Budgetpolitik der letzten acht Jahre, für die die SPÖ-Bundesregierung die Alleinverantwortung trägt, kann man kurz folgendermaßen charakterisieren:

Erstens: Sie hat ein gutes Erbe übernommen,

zweitens: Sie hat in den ersten vier Jahren munter drauflos gewirtschaftet, und

drittens: Als es in den letzten Jahren galt, die Probleme zu lösen, mußte sie feststellen, daß sie nichts mehr hat, um diese Probleme lösen zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Hirscher hat gemeint, daß die Statistiken oder die Zahlen, die von Oppositionsabgeordneten gebracht wurden, nicht stimmen, und gemeint, andere Zahlen wären richtig. Wenn er Vergleiche gebracht hat, dann, meine Damen und Herren, glaube ich, kann man nur eines feststellen: Mit der besten Statistik kann man keinen Menschen helfen. Es nützt die beste Statistik nichts, wenn immer mehr Menschen von der falschen Wirtschafts-

und Budgetpolitik der Bundesregierung negativ betroffen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Leider spüren immer mehr Menschen diese falsche Wirtschafts- und Budgetpolitik.

Herr Abgeordneter Mondl hat gemeint, wenn die Mandatare und Abgeordneten der ÖVP und aller Oppositionsparteien hier am Rednerpult ihre Sorge um die Arbeitsplätze ausgesprochen haben, dann wäre das hirnrissig. Herr Abgeordneter Mondl, ich überlasse das der Beurteilung der Öffentlichkeit, was die zu Ihrer Aussage meint.

Ich glaube, Herr Abgeordneter Mondl, daß es nicht hirnrissig ist, sondern daß es das Recht, ja die Pflicht der Abgeordneten der Opposition ist, auf die Probleme hinzuweisen, und daß es das Recht und die Pflicht ist, eine falsche Wirtschafts- und Budgetpolitik hier am Rednerpult auch aufzuzeigen. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mondl: Sie haben nicht aufgezeigt, sondern Sie tun dramatisieren! Das ist der Unterschied! - Abg. Graf: Herr Mondl! Heute sind Sie wieder unfreundlich!*)

„Das einzige, was die . . . Regierung kann: Im Ausland Schulden machen! . . . Eine düstere Bilanz für alle Österreicher. Denn wie wollen“ und wie sollen „wir solche Summen jemals zurückzahlen. Und wie soll es in den nächsten Jahren weitergehen? Wieder mit Schulden? Die zwangsläufig weitere Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen nach sich ziehen?

Wir sagen Schluß damit. Denn die Staatsverschuldung macht unseren Schilling kaputt. Seine Deckung ist geringer geworden und seine Kaufkraft sank . . .“

Das, meine Damen und Herren, stammt nicht von mir. Es ist aber auch meine Meinung, Herr Abgeordneter Mondl und meine Damen und Herren von der SPÖ. Dieses Zitat stammt einem Inserat des Jahres 1970 der SPÖ. Am Beginn des Jahres 1970 wurde das Inserat in den österreichischen Zeitungen aufgegeben. Dort hieß es nämlich noch: „Das einzige, was die ÖVP-Regierung kann: Im Ausland Schulden machen!“ Und ich setze fort: „12,4 Milliarden Schilling in vier Jahren.“

Und wir halten heute, meine Damen und Herren, bei 72 Milliarden Schilling. Und das ist Ihre falsche Budget- und Wirtschaftspolitik gewesen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und weiter hieß es im Jahr 1970: „. . . seine Kaufkraft sank seit 1966 um 14 Prozent. Das merken Sie tagaus tagein an Ihrer Brieftasche.“

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Dieses Ihr Inserat aus dem Beginn des Jahres 1970 stellt Ihrer Regierungspolitik das Zeugnis

Ing. Gassner

aus, das heißt, Ihr Inserat aus dem Jahr 1970 sagt ganz klar, daß Sie bisher eine falsche Politik gemacht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Hirscher hat zum Kollegen Abgeordneten Leitner gemeint, daß heute viel mehr im familienpolitischen Bereich von der SPÖ-Regierung gemacht wird. Dazu darf ich feststellen, daß so wie in vielen anderen Bereichen auch in der Familienpolitik das Vertrauen der Menschen in die Zukunft erschüttert wurde.

Meine Damen und Herren! Am 1. Jänner werden um 30 S die Familienbeihilfen erhöht. Sie verkaufen diese 30 S dreimal. Erstens einmal als Teuerungsabgeltung, zweitens als Abgeltung für den Abbau der Strukturmaßnahmen und drittens als Realeinkommenssteigerung.

Ich frage mich halt: Wie oft werden Sie diese 30 S, die kaum 3 Prozent ausmachen, noch verkaufen?

Und deshalb, meine Damen und Herren, ist das Vertrauen in diese Familienpolitik der Bundesregierung verschwunden. Deshalb kritisiert die Opposition diese Regierung, weil man ganz einfach mit 3 Prozent, mit 30 S Erhöhung, nicht dreimal der Bevölkerung weismachen kann, daß man für sie eine großzügige Familienpolitik macht. Hier sind Sie unglaublich, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber noch viel gefährlicher ist es, wenn Sie auch das Vertrauen der Bevölkerung, das Vertrauen der Arbeitnehmer, der Betriebe und der Unternehmen in die Zukunft erschüttern. Das ist ein gefährlicher Weg. Sie erzeugen durch Ihre Wirtschaftspolitik, durch Ihre Steuerpolitik in der Bevölkerung Unlust. Die Unternehmer sind nicht mehr bereit, aus einer unsicheren Situation heraus ein Risiko einzugehen. Die Arbeitnehmer, die Betriebsinhaber sind nicht bereit, vermehrtes Risiko zu tragen und sind auch nicht motiviert.

Das ist das heutige Problem.

Sie sagen natürlich immer wieder: „Wir werden neue Maßnahmen setzen.“ Heute weiß ja kein Betrieb, kein Unternehmer, kein Steuerzahler in Österreich, was ihn morgen von einer sozialistischen Bundesregierung erwartet.

Umgekehrt wäre es notwendig, daß wir heute all unsere Kräfte mobilisieren, daß wir unsere geistigen und technischen Kapazitäten ausnützen, um wieder konkurrenzfähig zu werden, um österreichische Produkte auf dem internationalen Markt wieder verkaufen zu können, um gegenüber dem steigenden Importdruck mit österreichischen Produkten in eine echte Konkurrenz treten zu können.

Das heißt, meine Damen und Herren, es wäre notwendig, einen Ansporn zu setzen, mehr zu motivieren, den einzelnen genauso wie die Betriebe und die Unternehmungen.

Was geschieht aber? Die Bundesregierung schröpft die Unternehmen. Sie belastet die Unternehmen und den einzelnen. Sie entzieht den Unternehmen Kapital und stellt dann fest, daß zu wenig investiert wird.

Ja, meine Damen und Herren, wie sollen die Unternehmen mehr investieren, wenn diese Bundesregierung dauernd dafür sorgt, daß sie weniger eigenes Geld dafür zur Verfügung haben?

Und die Bundesregierung selbst geht mit schlechtem Beispiel voran. Sie geht verschwenderisch mit dem Steuerschilling um, den sie uns allen vorher abgenommen hat.

Ich möchte dazu nur ein Beispiel bringen, es wurde heute bereits genannt, die Schulbuchaktion. Ich selbst war zehn Jahre lang, von 1965 bis 1975, Schulstadtrat der Stadt Mödling. Wir haben seit dem Jahr 1954 die Schulbücher kostenlos den Pflichtschülern zur Verfügung gestellt, also bereits ab dem Jahr 1954. Ich habe mir in meiner Zeit als Stadtrat wiederholt auch die Schülerladen angesehen. Ich habe mir die Bücher angesehen. Wir hatten immer, meine Damen und Herren, ordnungsgemäße Schulbücher kostenlos diesen Pflichtschülern bereits seit dem Jahr 1954 zur Verfügung gestellt.

Ich habe mir heuer im September auch von den Schulen, auch von den Pflichtschulen sagen lassen, wie viel Geld wir heute dafür in Mödling in den einzelnen Schulen aufwenden. Ich habe mir die alten Vergleichszahlen hergenommen und habe auch unter Berücksichtigung der Inflationsrate, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren der SPÖ, festgestellt, daß wir in der Zeit bis 1975 in der Stadt Mödling für die kostenlose Zurverfügungstellung der Schulbücher, vor der Schulbuchaktion der SPÖ-Regierung, nur 20 bis maximal 25 Prozent an Kosten hatten und trotzdem ordnungsgemäße, saubere Schulbücher den Pflichtschülern zur Verfügung gestellt haben.

Das, was Sie betreiben, ist Verschwendungspolitik. Und auch deshalb wäre ein Kurswechsel unbedingt notwendig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es wäre an der Zeit, würde die Bundesregierung sorgsamer mit den Steuergeldern umgehen, würde dieser Umverteilung zugunsten der Bundesregierung vom Eigentum oder vom Ertrag der Unternehmen und der Arbeitnehmer endlich Einhalt geboten werden.

Es ist aber auch notwendig, meine Damen und

Ing. Gassner

Herren, daß wir nicht irgendwelche wirtschaftliche Maßnahmen setzen, denn es ist nicht egal, auf Grund welcher politischer Prestigeüberlegungen, auf Grund welcher sonstiger politischer Überlegungen Förderungsmaßnahmen gesetzt werden.

Ich glaube ganz einfach, daß es notwendig ist, jedes einzelne Projekt zu untersuchen und verantwortungsbewußt zu entscheiden, wo diese Bundesregierung im Sinne der sozialen Marktwirtschaft Förderungsmaßnahmen setzt. Es wäre notwendig, statt einer Streupolitik eine gezielte Politik durchzuführen.

Wenn ich dazu zum Beispiel den ehemaligen Herrn Staatssekretär Veselsky zitieren darf, der selbst am 6. 8. 1977 in einem Artikel der „Zukunft“ gemeint hat: „Die Strukturpolitik unterscheidet sich vom Interventionismus dadurch, daß Eingriffe in einzelwirtschaftliche Abläufe niemals Selbstzweck oder Ausdruck einer Ad-hocerie sein dürfen.“

Meine Damen und Herren! Wie handelt denn diese Bundesregierung? Ich glaube, daß sogar vielleicht deshalb der Herr Staatssekretär Veselsky aus der Bundesregierung ausscheiden mußte, weil in dieser Frage der Finanzminister und, ich weiß nicht, vielleicht auch der Herr Handelsminister anderer Meinung waren.

Wir haben von der ÖVP unsere Konzepte erarbeitet. Ich möchte Ihnen aus dem Konzept der ÖVP zur Sicherung der Arbeitsplätze nur zwei grundsätzliche Aussagen zur Kenntnis bringen. Es heißt: „Die Maßnahmen sollen dort gezielt eingesetzt werden, wo es Arbeitsmarktprobleme gibt. Auch bei größerer Arbeitslosigkeit gibt es immer wieder Berufe, Industriezweige und Altersgruppen, die nicht von der Arbeitslosigkeit bedroht sind. Gezielte Maßnahmen sind daher billiger als globale.“

Es heißt weiter: „Die Vorschläge versuchen, neue Prioritäten zu setzen: Hin zur verstärkten Verwendung von know how, Energiesparen, Anerkennung der internationalen Arbeitsteilung. Arbeitsplatzsicherung ist nur durch breitgestreute Anreize möglich und nicht durch einige wenige Großprojekte.“

Aber, meine Damen und Herren, das sagt nicht nur die ÖVP. Es sagt zum Beispiel in der „Solidarität“ der Wirtschaftsexperte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Schmidt genau dasselbe: „Dieses geringe Wachstum hat erhebliche Strukturprobleme aufgedeckt. . .“, meint er. Es wäre also notwendig, daß Maßnahmen gesetzt werden, um in den nächsten zwei Jahren nicht in neuerliche Schwierigkeiten zu kommen. Die Schwierigkeiten bei der Lösung von Strukturproblemen würden nur mit der Dauer

des Aufschiebens zunehmen. Das sagt Kollege Schmidt vom ÖGB.

Oder was sagt der Herr Präsident des Österreichischen Arbeiterkammertages?: „Notwendig seien weiterhin intensive strukturpolitische Bemühungen im Bereich der privaten und der verstaatlichten Industrie . . .“

Aber, meine Damen und Herren, was macht die SPÖ-Regierung? Sie setzt keine gezielten Strukturmaßnahmen. Vielleicht in Einzelfällen wie Aichfeld-Murboden, jawohl, das anerkennen wir. Aber was geschieht sonst? Sonst wird nur geredet, und auch deshalb ist ein Kurswechsel unbedingt notwendig. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir sind der Ansicht, daß eine verantwortungsbewußte Strukturpolitik gemacht werden muß, weil wir nur damit etwas weiterkommen.

Ich habe mir die letzten Monatsberichte angesehen. In diesen Monatsberichten steht zwar drinnen – man kann es nachlesen –, daß der Export leicht steigend ist. Aber im letzten Monatsbericht steht auch eindeutig nachzulesen, daß die Exportpreise in den ersten zehn Monaten des Jahres 1978 um 0,3 Prozent gesunken sind. Und das, meine Damen und Herren, bei steigenden Produktionskosten im Inland. Was bedeutet denn das: daß die österreichischen Produkte zumindest zu geringerem Gewinn – das erleben wir ja in allen Bereichen und lesen es in allen Berichten –, wenn nicht zu Defiziten verkauft werden müssen. Und das ist bedenklich, weil wir uns ganz einfach nicht dauernd defizitäre Erzeugnisse leisten können, weil wir damit nicht konkurrenzfähig sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das bedeutet, wir machen zwar wachsende Exporte, aber zu immer schlechteren Preisen. In diesen Wirtschaftsberichten ist auch folgendes nachzulesen: daß der Marktanteil von Österreich an den Exporten der Industrienationen in den OPEC-Bereich beziehungsweise in den Nicht-OPEC-Bereich der Entwicklungsländer ständig sinkt.

Was bedeutet denn das: daß wir in einem Bereich, der ständig an Kapazität zunimmt, immer schlechter placiert sind, immer weniger exportieren können. Und das, meine Damen und Herren, ist für eine vernünftige Entwicklung äußerst gefährlich.

Im OPEC-Bereich ist der Anteil Österreichs an dem Exportanteil der Industrieländer im Jahr 1977 gegenüber 1976 um ein Viertel, um 25 Prozent, gesunken. Im ersten Halbjahr 1978 um weitere 5 Prozent. Das ist doch eine gefährliche Entwicklung.

Der Herr Bundeskanzler fährt ins Ausland, wie zum Beispiel nach Libyen, dann kommt er

Ing. Gassner

nach Hause und sagt, ja, ich habe große Gespräche geführt, wir werden nach Österreich Aufträge bekommen. Nichts als Reden, Erklärungen und keine zielführenden Handlungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Zahlen gegenüber den Entwicklungsländern außerhalb der OPEC-Länder zeigen genau dasselbe Bild. Auch hier ist der Anteil von 1976 auf 1977, wie in den Monatsberichten, Herr Minister, nachzulesen ist, um 5,5 Prozent gesunken und im ersten Halbjahr 1978 um weitere 7,2 Prozent.

Das, meine Damen und Herren, ist eine gefährliche Entwicklung. Und deshalb verlangen wir, daß die Bundesregierung gezielte Maßnahmen setzt, daß die Bundesregierung diese Entwicklung beobachtet, weltweit beobachtet, wie es auch Czettel, Präsident des Arbeiterkammertages, gesagt hat, um gezielte Strukturmaßnahmen zu setzen, um die österreichische Wirtschaft anzukurbeln und damit die österreichische Wirtschaft weltweit wieder konkurrenzfähig machen zu können.

Wir brauchen eine verantwortungsbewußte, gezielte Förderung der Wirtschaft. Nur damit können wir die Arbeitsplätze in Österreich sichern. Nur damit können wir wieder weltweit konkurrenzfähig sein. Wir brauchen eine Politik, die dem einzelnen in den Betrieben wieder eine Chance gibt, eine Politik, die leistungsgerecht und wettbewerbsfreundlich ist, und eine Politik, die auch dazu führt, daß durch eine Änderung der Wirtschaftspolitik die österreichischen Produkte im In- und Ausland wieder konkurrenzfähig werden. Das, meine Damen und Herren, ist der einzige Weg, der die Arbeitsplätze in Österreich und damit das Einkommen der Arbeitnehmer und damit aller Österreicher sichert. Und deshalb ist ein Kurswechsel notwendig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln heute das neunte Budget einer SPÖ-Alleinregierung in Österreich und das letzte Budget dieser Legislaturperiode. Ich glaube, es ist richtig, Bilanz zu ziehen, was in diesen acht Jahren der sozialistischen Alleinregierung in Österreich geschehen ist. Ich möchte das besonders auf dem Sektor des Ressorts Handel, Gewerbe und Industrie des Herrn Handelsministers Dr. Staribacher machen, denn der Herr Minister wartet ja schon seit langem, daß sich ein Sprecher mit dem Kapitel Handel befaßt.

Ich möchte die Dinge nur kurz aufzählen, die

auf dem Handelssektor im allgemeinen und auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte im besonderen in den vergangenen acht Jahren geschehen sind.

Wenn wir die allgemeine Entwicklung der Handelsbilanz ansehen, dann muß ich sagen, Herr Minister, daß seit dem Jahre 1970 eine ganz massive Verschlechterung eingetreten ist in der Richtung, daß das Handelsbilanzdefizit eine sehr starke Steigerung, eine Vervierfachung, erfahren hat. 1970 betrug der Wert österreichischer Einfuhren 92,3 Milliarden und der Wert der Ausfuhren 74,3 Milliarden, das Handelsbilanzdefizit betrug daher 18 Milliarden Schilling, diese 18 Milliarden Schilling wurden durch die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr völlig abgedeckt. Es war also überhaupt kein Defizit in der Leistungsbilanz.

1977 betrug der Wert der gesamten Einfuhren 234 Milliarden Schilling, der Wert der Gesamtausfuhren 161 Milliarden Schilling, das Außenhandelsbilanzdefizit betrug daher 73 Milliarden Schilling. Das ist gegenüber 1970 eine Vervierfachung, die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr haben dieses Außenhandelsbilanzdefizit bei weitem nicht mehr abgedeckt, denn da war eine Nettoeinnahme von rund 25 Milliarden Schilling.

Kurz ausgedrückt: Die Gesamteinfuhren sind um das Zweieinhalbfache gestiegen, die Gesamtausfuhren sind um das 2,2fache gestiegen, das Außenhandelsbilanzdefizit ist um das 4fache gestiegen. Die Deckung der Einfuhren durch die Ausfuhren betrug 1970 80,5 Prozent und 1977 68,9 Prozent. Es ist also eine wesentliche Verschlechterung in den Jahren der SPÖ-Regierung eingetreten. Warum ist sie eingetreten? – Sie haben, Herr Minister, die Einfuhren, und zwar auch im Sinne Ihres Wirtschaftsprogramms aus 1968, sehr erleichtert, Zollsenkungen vorgenommen, Einfuhrerleichterungen verfügt und damit natürlich eine Explosion der Einfuhren verursacht. Sie haben einseitige Zugeständnisse gemacht. Sie haben den Export zum Teil dadurch erschwert, daß eine sehr starke Kostensteigerung eingetreten ist, und es ist auch in den letzten Jahren zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit unserer österreichischen Unternehmungen gekommen.

Sie haben aber auch – das darf ich noch sagen – bei den Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften und im Rahmen des Internationalen Zoll- und Handelsabkommens GATT sehr viel dadurch verursacht, daß verschiedene Dinge übersehen wurden, daß Sie sie zu spät begonnen haben, daß also von Ihrer Seite in dieser Richtung nicht entsprechend rechtzeitig eingegriffen wurde. Diesen Vorwurf, Herr

11564

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Minister, können wir Ihnen nicht ersparen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich komme, Herr Minister, zu den einzelnen Dingen noch ganz konkret. Besonders möchte ich darauf hinweisen, daß Sie durch eine großzügige Handhabung der Ostliberalisierung verschiedenen Bereichen unserer Volkswirtschaft beachtliche Schäden zugefügt haben. Auch diesen Vorwurf kann ich Ihnen leider nicht ersparen. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der zweite Punkt, den ich anführen möchte, ist die massive Verschlechterung der Agraraußenhandelsbilanz. Herr Minister, auch hiezu nur einige Zahlen: Die landwirtschaftlichen Einfuhren betragen 1970 9,57 Milliarden Schilling, die Ausfuhren 3,62 Milliarden Schilling. Das heißt, das Agraraußenhandelsbilanzdefizit 1970 machte 5,95 Milliarden Schilling aus. 1977 betragen die Einfuhren an Agrarprodukten 20,5 Milliarden Schilling, die Ausfuhren 6,6 Milliarden Schilling. Das bedeutet ein Agraraußenhandelsbilanzdefizit von 13,9 Milliarden Schilling. Das ist eine ganz gewaltige Verschlechterung!

Ganz kurz: Die Agrareinfuhren sind um das 2,1fache gestiegen, die Agrarausfuhren nur um das 1,8fache und das Agraraußenhandelsdefizit um das 2,3fache. So schaut das Ergebnis Ihrer achtjährigen Politik auf dem Sektor der Agraraußenhandelsbilanz aus.

Was können wir dazu feststellen? - Die Marktordnungsprodukte, also Getreide, Vieh und Milchprodukte, sind in der Einfuhr zurückgegangen. Jene Produkte, für die Sie als Handelsminister zuständig sind, also die Verarbeitungsprodukte, und für die Sie entsprechende Regelungen hätten treffen müssen, sind in der Einfuhr ganz beachtlich gestiegen. Es ist das Ergebnis ihrer Politik, daß es zu dieser Verschlechterung in der Agraraußenhandelsbilanz gekommen ist. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Auch dazu noch ein paar Zahlen: Die Verarbeitungsprodukte, also zum Beispiel Zuckerwaren, haben gegenüber 1970 eine Steigerung von 108 Prozent erfahren. Die Einfuhren von Obst- und Gemüsekonserven sind um 183 Prozent gestiegen, die Schokoladeneinfuhren um 265 Prozent, die Einfuhren von Nahrungsmitteln, Teig- und Backwaren um 236 Prozent. Die Einfuhr von Käse, der liberalisiert ist, ist um 211 Prozent gestiegen, von Bier um 293 Prozent. Das sind Zahlen, die einfach die negative Entwicklung der Agrarbilanz aufzeigen. Da können Sie jetzt nicht sagen, das sei alles unvermeidbar gewesen, denn Sie haben es versäumt, rechtzeitig einzugreifen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Handelsminister, sind zuständig für

die landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte. Sie können sich nicht darauf ausreden, daß hier der Landwirtschaftsminister oder der Außenminister oder sonst jemand zuständig wäre. Sie sind der Integrationsminister. Sie sind der zuständige Mann, der rechtzeitig vorsorgen hätte müssen, daß sich diese Dinge nicht so negativ entwickeln. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich rede nicht nur vom Standpunkt der Landwirtschaft, sondern auch vom Standpunkt der Verarbeitungsindustrie aus. Die Verarbeitungsindustrie hat sehr viele Beschäftigte verloren. Es sind Marktanteile verlorengegangen, weil die österreichischen Verarbeitungsbetriebe mit der Entwicklung, mit der Konkurrenz vom Ausland her nicht mehr mitgekommen sind. Mit dieser Politik, Herr Minister, haben Sie Arbeitsplätze in Österreich gefährdet, und das war keine gute Politik für Österreich! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Besonders kritisch ist die Verschlechterung in der Agrarhandelsbilanz gegenüber der EWG. Hier hat sich eine starke Verschlechterung ergeben. Das Defizit im Agrarhandel mit der EWG ist von 0,89 Milliarden Schilling im Jahr 1970 auf 5,22 Milliarden Schilling im Jahr 1977 gestiegen. Um das 5,8fache hat sich also der Agrarhandel mit der EWG verschlechtert. Herr Handelsminister, hier muß ich Sie kritisieren, so leid es mir tut. Ich möchte Sie nicht in Ihrer Arbeitsleistung kritisieren, denn Sie waren bestimmt sehr fleißig und sehr emsig, aber der Fleiß und die Emsigkeit sind eben nicht entscheidend. Entscheidend ist, was herauskommt. Wenn etwas Negatives herauskommt, müssen Sie sich trotz allen Fleißes einen Vorwurf gefallen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sind als Integrationsminister für die Integrationspolitik zuständig sowie für alle multinationalen, multilateralen und bilateralen Handelsverträge. Warum haben Sie seit dem Abschluß des Globalabkommens Österreichs mit der EG im Jahre 1972 niemals versucht, selber in Brüssel vorstellig zu werden und für Österreich einzutreten? Warum haben Sie sich nicht mit Nachdruck für die österreichischen Interessen eingesetzt? Warum haben Sie nicht innerhalb der Regierung für die im Parteienübereinkommen vom Jahre 1972 vereinbarten Maßnahmen entsprechenden Einsatz gezeigt? Damals, also 1972, hat uns nämlich die Regierung versprochen, damit sie die Zustimmung zu diesem Verfassungsgesetz bekommt, die Erstattungsregelungen und Abschöpfungsregelungen der EG und der anderen Länder zu prüfen und zu trachten, daß der österreichische Handel nicht benachteiligt wird. Das haben Sie versprochen. Heute müssen Sie sich den Vorwurf gefallen

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

lassen, daß in dieser Richtung nichts geschehen ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

In diesem Parteienübereinkommen hat es geheißten – ich zitiere –: „Hiebei sollen die in den EWG-Staaten gültigen und in Österreich und in vergleichbaren Staaten angewandten und geplanten Regelungen geprüft werden.“

Mittlerweile hat die EG – das darf ich dazusagen – ihr Abschöpfungs- und Erstattungssystem weiter verbessert, und alle EFTA-Staaten, insbesondere die neutralen Staaten Schweiz und Schweden, haben ein EG-konformes Erstattungssystem eingeführt. In Österreich fehlt ein solches EG-konformes Erstattungssystem noch immer. Das ist Ihre Schuld, Herr Minister, und die der gesamten SPÖ-Regierung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Man kann zusammenfassend feststellen, daß man mit dieser sozialistischen Regierung nichts vereinbaren kann. 1972 gab es große Worte, was man alles an flankierenden Maßnahmen machen werde, und zwar auch auf dem Währungssektor, aber nichts ist geschehen. Sie haben sich in dieser Richtung überhaupt nicht für die landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte und so weiter verwendet. Sie haben diese Versprechungen und diese Zusagen nicht eingehalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Auswirkungen dieses Fehlers sind für die österreichische Landwirtschaft und für die gesamte Volkswirtschaft katastrophal. Das starke Ansteigen der Einfuhren von Verarbeitungsprodukten, wie etwa Zuckerwaren, Schokolade, Diätnahrungsmittel, Kindernährmittel, Teig- und Backwaren, konnte in Österreich mangels eines Erstattungssystems nicht durch entsprechende Ausfuhren ausgeglichen beziehungsweise kompensiert werden.

Die österreichische Verarbeitungsindustrie ist gar nicht in der Lage, ohne Erstattungssystem gegen diese massiven Einfuhren ausländischer Verarbeitungsprodukte entsprechend zu bestehen.

Der österreichische Export stagniert, weil die österreichischen Verarbeitungsbetriebe nicht wettbewerbsfähig sind. Sie erhalten keine Erstattung für den Export, aber auch nicht für den Inlandsabsatz, um mit der ausländischen Konkurrenz mitzukommen.

Österreich hat von sich aus vorbildlich gearbeitet und hat das fixe Teilelement der Ausgleichsabgabe abgebaut, mußte daher Markteinbrüche hinnehmen, konnte aber wegen der fehlenden Erstattung keinen Markt in der Gemeinschaft aufbauen.

Die österreichischen Exporteure werden aber auch auf den Drittlandsmärkten, Herr Minister,

von den Lieferanten aus den EG-Staaten wegen fehlender Erstattung laufend verdrängt. Es wird für unsere Exporteure immer schwieriger, sich dort durchsetzen zu können.

Damit kann die österreichische Landwirtschaft weniger Produkte an die Verarbeitungsindustrie liefern. Die Verarbeitungsindustrie kann weniger verarbeiten und kann daher weniger Arbeitskräfte beschäftigen und weniger exportieren.

Herr Minister! Dadurch gefährden Sie Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Verarbeitungsindustrie. Daher meine Bitte: Ändern Sie doch möglichst rasch Ihre Politik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächster Vorwurf: Sie haben dem österreichischen Obst- und Gemüsebau und der Konservenindustrie durch die Ostliberalisierung einen schweren Schlag versetzt. Sie haben den ÖVP-Antrag auf Schaffung eines Abschöpfungs- und Erstattungssystems für Obst- und Gemüsekonserven im Jahre 1974 nicht akzeptiert und das sogenannte Vidierungsverfahren angewendet, das jedoch völlig unzureichend ist.

Dadurch wurde der Konservenindustrie in Österreich, aber auch den österreichischen Bauern ein schwerer Schaden zugefügt, weil einfach vom Osten herein Obst- und Gemüsekonserven ohne entsprechende Abschöpfung über die Grenze kommen und damit besonders der Grenzraum – Burgenland, Steiermark, Niederösterreich – durch diese Handhabung der Ostliberalisierung sehr geschädigt ist.

Der Herr Bundeskanzler Kreisky redet immer von der Grenzlandförderung. Mit dieser Maßnahme der Ostliberalisierung und mit der Nichtannahme eines Abschöpfungs- und Erstattungssystems haben Sie diesen Grenzraum ganz schwer geschädigt.

Das muß ich sagen, und ich möchte von Ihrer Seite doch etwas mehr Verständnis für diese Menschen im Grenzraum sehen. Es soll nicht nur davon gesprochen werden, sondern Sie sollen für diesen Grenzraum auch wesentlich mehr tun.

Wir von der Österreichischen Volkspartei werden einen diesbezüglichen Initiativantrag einbringen, damit diese krasse Benachteiligung dieser Regionen beseitigt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächster Vorwurf, Herr Minister – ich muß leider sehr viele Vorwürfe bringen; es gibt von meiner Seite nicht sehr viel Lob, das tut mir sehr leid, obwohl ich es wesentlich lieber täte –: Sie haben auch als für das GATT zuständiger Minister das Ölsaatenprojekt international schlecht vorbereitet und mit den Amerikanern erst dann verhandelt und erst dann gesprochen,

11566

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

als bereits eine Regierungsvorlage einstimmig über das Pflanzenölabgabegesetz im Ministerrat beschlossen war.

Damit haben Sie das für die österreichische Volkswirtschaft so wichtige Vorhaben verhindert und die Getreide- und Milchproblematik noch zusätzlich wesentlich verschärft.

Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen, aber der Vorwurf, Herr Minister, bleibt auf Ihnen sitzen, daß Sie das Ölsaatenprojekt durch Ihr Nichtverhandeln und durch Ihre schlechte Vorbereitung gefährdet haben. Das stimmt. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Heindl: Das ist ein Blödsinn! Das ist gar nicht wahr!)* Herr Abgeordneter Dr. Heindl, ich kann Ihnen nur sagen: Es ist leider so. Ich möchte das Thema hier nicht in voller Breite auswalzen, aber eines ist klar: daß dadurch Österreich wesentlich geschädigt worden ist. Man hat überhaupt zu spät vom Herrn Minister aus bei den zuständigen Organisationen den Neutralitätsstandpunkt klargestellt, man hat die Situation des kleinen Landes zwischen Ost und West nicht entsprechend vorgebracht. Man hat vom Minister aus nichts getan, um die Sonderstellung Österreichs in den internationalen Organisationen entsprechend vorzubringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich komme gleich zum nächsten Kapitel, Herr Dr. Heindl. Hören Sie sich das nur an. Als zuständiger Minister für das Käsemindestpreisabkommen zwischen Österreich und der EWG sind Sie nicht - das muß man Ihnen auch vorwerfen - für zügige Verhandlungen mit der EG eingetreten. Die GATT-Kündigung der gebundenen Käsezölle - 5,60 S beziehungsweise 7,60 S pro Kilogramm - haben Sie erst 1976 durchgeführt, obwohl dies bereits 1973 vom Österreichischen Molkerei- und Käsereiverband gefordert worden war.

Drei Jahre haben Sie gebraucht, bis Sie die Kündigung ausgesprochen haben. Und dann haben Sie die Kündigungsverhandlungen so lax geführt, daß es erst Ende 1977 zum Abschluß des Käsemindestpreisabkommens hier im Parlament gekommen ist. Wir haben es voriges Jahr im Dezember hier behandelt.

Obwohl seit dem Juli 1978 neue Käsepreise in Österreich in Kraft sind, wurden die Mindestpreise gegenüber der EG noch immer nicht angepaßt.

Nun, mit 1. Jänner 1979, steht schon die zweite Käsepreiserhöhung seit dem Wirksamwerden des Käsemindestpreisabkommens bevor. Durch den Stützungsabbau, den auch Sie in der Regierung mitbeschlossen haben, wird das österreichische Preisniveau weiter hinaufgetrieben. Innerhalb von einem halben Jahr steigt der Käsepreis in Österreich um 6 S oder noch

darüber, sodaß eine Neuverhandlung des Käsemindestpreisabkommens dringend notwendig ist.

Es besteht nämlich die Gefahr, daß durch unser unzulängliches System im Gegensatz zur EG-Abschöpfungs- und Erstattungsregelung für Käse die österreichische Käseproduktion preislich nicht mehr mit der ausländischen Konkurrenz mitkommt. Wenn wir in die EWG liefern, müssen wir 22 S pro Kilo Käse Abschöpfung bezahlen, wenn die EWG hereinliefert, 5,60 S. Das ist eine Ungleichheit, die wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz allgemein möchte ich feststellen ... *(Ruf bei der ÖVP: Kollege Heindl, was sagst du dazu? - Abg. Dr. Heindl: Ich könnte viele sagen, aber das wäre dem Kollegen Zittmayr sehr peinlich! Ich habe ihm das schon einmal gesagt!)* Herr Doktor, uns wäre lieber, ich bräuchte das nicht hier sagen. Mir wäre es viel lieber, wenn ich sagen könnte, der Herr Minister hat alles erreicht, was er angestrebt hat, und er hat viel getan. Das wäre mir viel lieber, weil ich nichts davon habe, wenn wir dem Minister einen Vorwurf machen und dabei die österreichische Wirtschaft und die österreichische Landwirtschaft darunter leiden. Da haben wir alle miteinander nichts gemacht. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Pansi: Sie kennen die Hintergründe, aber sie verschweigen sie!)* Herr Abgeordneter Pansi, lesen Sie sich Ihr eigenes Wirtschaftsprogramm durch, wo noch drinnen steht ... *(Zwischenruf des Abg. Pansi.)*

Damals sagten Sie noch in Ihrem eigenen Wirtschaftsprogramm, daß die Grenzen aufgemacht werden müßten, damit alles hereinkommen kann, und diese Grundsätze haben Sie heute noch. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Heindl.)*

Lenken Sie nicht ab, Herr Dr. Heindl! *(Abg. Dr. Heindl: Ich lenke nicht ab!)*

Ich möchte zum Schluß kommen. Ganz allgemein haben Sie als Handelsminister in den vergangenen acht Jahren, Herr Dr. Staribacher, verabsäumt ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Heindl. - Abg. Graf: Tun Sie uns nicht interpretieren, Herr Dr. Heindl! Interpretieren Sie den Mussil nicht, sonst werden wir mit Ihnen eine Diskussion entwickeln! - Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte feststellen, daß es der Herr Handelsminister in den acht Jahren verabsäumt hat, die schwierige Lage unseres kleinen neutralen Österreich bei den Verhandlungen im GATT, bei der EWG in Brüssel und bei den Gesprächen mit den USA entsprechend herauszustellen und

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Regelungen anzustreben, wie sie in der Schweiz oder in Schweden selbstverständlich sind. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Haiden.)*

Herr Minister Haiden! Wenn Sie die Schweizer und die schwedischen Regelungen nach Österreich hereinbringen und diese in Österreich einführen und anwenden, dann können Sie für sich in Anspruch nehmen, für die Landwirtschaft wirklich etwas geleistet zu haben. Aber leider ist das nicht der Fall! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat eine Reihe von Vorschlägen erstattet. Herr Minister! Sie wissen ganz genau, daß von unserer Seite immer wieder auf diese Entwicklungen und auf diese Probleme hingewiesen wurde. Von 1972 an haben Sie immer wieder versucht, uns zu vertrösten. Sie haben bestehende Regelungen, wie das Zuckerförderungsgesetz praktisch nicht realisiert, sondern getrachtet, das auf die Zuckerindustrie und auf die Konsumenten umzulegen, um vom Staat her nichts leisten zu müssen. Sie haben also auch bestehende Regelungen nicht entsprechend angewendet.

Wir haben in Österreich kein Erstattungs-system, das uns auf die Dauer konkurrenzfähig mit den EG-Staaten und den übrigen Staaten macht. Aber auch auf den Drittlandmärkten sind wir gegenüber den EG-Staaten nicht konkurrenzfähig. Das ist leider nicht geschehen.

Doch Sie reden sich immer wieder darauf aus, daß sich die Sozialpartner nicht darauf einigen konnten. Sie müssen als Minister gewisse Dinge auch dann durchdrücken, wenn sich nicht alle einigen, es aber im Interesse der österreichischen Wirtschaft notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sind aber auch nicht bereit, unsere Vorschläge, die wir zum Beispiel zur Sanierung der Handelsbilanz im Bereich der gesamten Volkswirtschaft, aber auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft und der Lebensmittelindustrie gemacht haben, entsprechend aufzugreifen. Sie sind immer zu groß, um mit uns entsprechende gemeinsame Regelungen zu suchen und zu finden. Das ist ein Nachteil, den wir alle leider verspüren müssen.

Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Durchführung der Staatsaufgaben sind nach wie vor – das kann man feststellen – Fremdworte für diese SPÖ-Regierung.

Österreich kann sich auf die Dauer eine solche Regierung nicht leisten! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Köck.

Abgeordneter **Köck** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es hätte nicht der diesjährigen Budgetdebatte bedurft, um zu bestätigen, daß vieles in der Politik aus mehr oder weniger verständlichen Gründen umstritten ist.

Kaum umstritten aber, meine Damen und Herren, ist die Notwendigkeit einer ausreichenden und gesicherten Energieversorgung als Grundlage einer florierenden Wirtschaft und damit als Grundlage eines optimalen Wohlstandes eines Volkes.

Dieser Erkenntnis, meine Damen und Herren, hat die Regierung, die sozialistische Bundesregierung, in all den Jahren seit 1970, seitdem sie in Österreich die alleinige Verantwortung trägt, in verantwortungsbewußter und vorausschauender Weise Rechnung getragen und eine Politik betrieben, die jedenfalls bis zum heutigen Zeitpunkt eine gesicherte und ausreichende Energieversorgung gewährleistet hat und diese sicherlich auch in Zukunft gewährleisten wird.

Österreich ist, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wie auch viele andere Industrieländer ein Land, welches auf Grund seiner geologischen und geographischen Struktur nicht annähernd in der Lage ist, seinen Energiebedarf aus eigenen Energiequellen zu decken, ja im Gegenteil, der weitaus größte Teil der benötigten Energie muß aus dem Ausland nach Österreich importiert werden.

Damit sind wir auch schon, meine Damen und Herren, beim Hauptproblem: bei der Frage der optimalen Sicherheit der Energieversorgung. Wir alle können uns noch sehr gut an die Zeit 1973/74 beziehungsweise an die Jahreswende 1973/74 erinnern, als die sogenannte Energiekrise zum Vorschein gekommen ist.

Diese Energiekrise war nicht nur für Österreich, sondern für die gesamte westliche Industrieländerwelt, aber auch für den Osten ein warnendes Signal, gleichzeitig jedoch die Bestätigung der bisherigen Politik der sozialistischen Bundesregierung, vor allem in der Richtung, daß es dieser Regierung ebenso wie der gesamten Energiewirtschaft überhaupt immer klar war, daß man sich in bezug auf die Verschiedenartigkeit der einzelnen Energieträger und -arten, aber auch in bezug auf jene Länder, aus denen wir Energie nach Österreich importieren, nach Möglichkeit auf mehrere Beine stellen muß.

Dies war ja auch, meine Damen und Herren, schließlich und endlich der Grund dafür, daß man sich schon in der ÖVP-Alleinregierungszeit auch für eine weitere Energiequelle interessierte und schon damals, in der ÖVP-Alleinregierungszeit, der friedlichen Nutzung der Kern-

Köck

energie in Österreich das Wort redete beziehungsweise mit aller Kraft daranging, in Österreich auch Kernkraftwerke zu errichten.

Das ging so weit, meine Damen und Herren, daß in dieser Zeit sogar führende Herren der Österreichischen Volkspartei, der Regierung, vor allem Minister Koren und Minister Weiß, die Meinung vertreten haben, daß man ab dieser Zeit in Österreich sogar auf den weiteren Ausbau der Wasserkraftwerke und im besonderen zum Beispiel der Donaukraftwerke verzichten könnte.

Als Betriebsrat der Österreichischen Donaukraftwerke habe ich noch in bester Erinnerung, daß es damals für uns, für die Elektrizitätswirtschaft, aber auch für uns Betriebsräte und für die Gewerkschaft, sehr schwierig war, diese Herren davon zu überzeugen, daß wir auch in Zukunft die Wasserkraft in Österreich benötigen und daß wir vor allen Dingen nach der Fertigstellung des damaligen Kraftwerkes Wallsee-Mitterkirchen auch die nächste Baustufe Ottensheim errichten müßten.

In der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, wissen wir, daß nicht nur Ottensheim benötigt wurde, sondern mittlerweile auch Altenwörth, Abwinden-Asten fertiggestellt wurden und daß wir nun auch bereits das nächste Donaukraftwerk, nämlich Melk, in Bau nehmen.

Meine Damen und Herren! Das ist also die Politik der Österreichischen Volkspartei gewesen. Und weil es halt damals noch opportun war, der Kernkraft das Wort zu reden, und weil es damals noch als fortschrittlich gegolten hat, für den Bau von Kernkraftwerken in Österreich einzutreten, wurden noch in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung die ersten Schritte für diese Entwicklung gesetzt.

Bereits im Jahr 1968 wurde die Kernkraftwerksplanungsgesellschaft gegründet und im Jahr 1970 die Ges.m.b.H. Tullnerfeld mit dem Zweck der Errichtung des ersten Kernkraftwerkes in Österreich.

Meine Damen und Herren! Unvergeßlich ist uns noch allen miteinander der Einsatz der Landeshauptleute, die als Vorsitzende ihrer Landesgesellschaften gewirkt haben, leider Gottes auch heute noch wirken und alles unternommen haben, daß man an den Bau von Kernkraftwerken gegangen ist.

Unvergeßlich im besonderen ist uns vor allen Dingen der Einsatz des Herrn Landeshauptmannes von Niederösterreich, Maurer, der alle Hebel in Bewegung gesetzt und sich mit aller Vehemenz für den Bau von Kernkraftwerken eingesetzt hat, vor allen Dingen dafür eingesetzt hat, daß dieses erste Kernkraftwerk Zwentendorf

in seinem Bundesland, wie schon erwähnt, in Zwentendorf, errichtet werde.

Meine Damen und Herren! Wir wissen auch noch ganz genau, daß er jede Gelegenheit benützt hat, damals nach außenhin zu demonstrieren und auszusagen, daß der Standort dieses ersten Kernkraftwerkes in Zwentendorf sein persönlicher Erfolg und der seiner niederösterreichischen Volkspartei war.

Wir kennen darüber hinaus, meine Damen und Herren, die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Spitzenmanagern und den Generaldirektoren der einzelnen Landesgesellschaften und der Verbundgesellschaft, weil nämlich die Verbundgesellschaft damals noch eine abwartende Haltung eingenommen hat, aber die Herren von den Landesgesellschaften mit dem ersten Kernkraftwerk nicht mehr zuwarten wollten.

All diese Herren, meine Damen und Herren, ließen dieses in der Zwischenzeit fertiggestellte Kernkraftwerk Zwentendorf wie einen heißen Erdapfel fallen. Warum, meine Damen und Herren? Diese Frage stellt sich uns heute.

Wir erfuhren in der Zwischenzeit, daß es nichts anderes war als die Tatsache, daß da und dort in Österreich, aber auch in anderen Ländern sich Antikernkraftwerksbewegungen gegründet haben, die demonstrierten. Wir wissen, daß in Schweden in der Zwischenzeit Reichstagswahlen stattgefunden haben und bei diesen Reichstagswahlen die Auseinandersetzung pro und kontra Kernenergie eine ganz ganz große Rolle gespielt hat und daß damals in Schweden die Sozialdemokraten erstmals nach 40 Jahren auf Grund des Wahlergebnisses abgewählt wurden. Wie man meinte, weil sich die Sozialdemokratie aus wirtschaftlichen Gründen für die Kernenergie in Schweden eingesetzt hat.

Es ist also, meine Damen und Herren, offensichtlich zweckmäßiger und opportuner geworden, nunmehr gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft und den Bau von Kernkraftwerken zu sein, und nach dem Motto: „Was kümmern uns verschleuderte acht Milliarden Schilling an Volksvermögen, wenn nur die Chancen, die nächsten Nationalratswahlen zu gewinnen, ein bisserl steigen?“, haben Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, dieses einst so geliebte Kind Zwentendorf weggelegt, weggelegt nach echter ÖVP-Art, haben Sie erreicht, meine Damen und Herren, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich passé ist.

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß Sie das Ergebnis dieser Volksabstimmung nicht befriedigt hat, denn in tiefstem Inneren wollten Sie ja zumindest ebenso wie wir

Köck

Sozialdemokraten, wie wir Sozialisten, daß dieses Kernkraftwerk Zwentendorf in Betrieb genommen wird und daß diese Volksabstimmung vor allen Dingen mit einem Ja und wenn möglich mit einem knappen Ja ausgeht. Aus zweierlei Gründen, meine Damen und Herren. Erstens einmal, weil Sie auch wirtschaftlich denken, weil Sie genau wissen, daß man dieses Kernkraftwerk in Wirklichkeit benötigt hätte, und weil Sie ganz schlicht und einfach auch nicht haben wollten, daß dieser wirtschaftspolitische Wahnsinn Wirklichkeit wird, nämlich ein Kernkraftwerk zu errichten mit einem Kostenaufwand von 8 Milliarden Schilling und es dann nicht in Betrieb zu nehmen.

Zweitens, meine Damen und Herren – und das waren schon wieder egoistischere Gründe –, weil Sie, so wie Sie es jahrelang getan haben in der Zwischenzeit, noch weiter hemmunglos und fleissig auf dem Klavier der Verängstigung und der Verunsicherung der österreichischen Menschen weiterspielen wollten, bis zur kommenden Nationalratswahl. Und nichts hätte diese Ihre Enttäuschung, meine Damen und Herren, besser wiedergeben können als das jämmerliche Bild, welches der Herr Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei mit seinen Freunden am Abend der Volksabstimmung vor dem Fernsehschirm abgegeben hat. Das waren nicht die Gesichter von Gewinnern oder von Siegern, das waren in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, und in Wahrheit die Gesichter der großen Verlierer.

Aber damit keine Unklarheit aufkommt, meine Damen und Herren, wir Sozialisten haben der österreichischen Bevölkerung erstmals die Möglichkeit gegeben, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen, in einer so wichtigen Frage direkt und selbst abzustimmen und zu entscheiden. Wir werden das Ergebnis dieser Volksabstimmung, meine Damen und Herren, respektieren, respektieren, daß Ihnen, vor allen Dingen einigen Herren von der ÖVP, das Hören und Sehen vergehen wird (*Abg. Fachleutner: Was soll das heißen?*), Herr Fachleutner.

Und Ihre Herren Landeshauptleute als Vorsitzende Ihrer Landesgesellschaften werden den gigantischen Schaden, den Sie durch ihr schizophrenes Verhalten im Zusammenhang mit dieser Volksabstimmung ihren Unternehmungen und damit ihren Landesbürgern zugefügt haben, nicht mehr verheimlichen und nicht mehr verdecken können. Wie zum Beispiel der Herr Landeshauptmann Ratzenböck, um nur ein Beispiel anzuführen, meine Damen und Herren, zugeben muß, daß allein der Verlust der Oberösterreichischen Kraftwerke-AG, allein der Verlust dieser Landesgesellschaft infolge der

Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf eine Summe von etwa 3,5 Milliarden Schilling, gerechnet auf 20 Jahre, ausmachen wird.

Meine Damen und Herren, es ist keine Frage, daß die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf für die E-Wirtschaft unmittelbar und für die gesamte Wirtschaft mittelbar ungeheure negative Auswirkungen haben wird. Denken wir nur daran, daß wir mehr als bisher Primärenergien für die Gewinnung von elektrischem Strom in Österreich einführen müssen, und denken wir daran, welche Belastungen dadurch für unsere Handelsbilanz in Zukunft auftreten werden, Auswirkungen, meine Damen und Herren, die wir in der Endkonsequenz nur durch eine direkte oder indirekte Belastung der österreichischen Bevölkerung in den Griff bekommen werden können.

Aber damit auch hier keine Unklarheit besteht, meine Damen und Herren. (*Abg. Kraft: Wenn Kreisky es nicht verpolitisiert hätte!*) Ja, das weiß ich schon, das ist mir auch klar, was Sie da so hart getroffen hat, ja, ja, Sie müssen nur unterscheiden, daß es Sachfragen gibt und politische Fragen. Und Ihre Herren Landeshauptleute als Vorsitzende ihrer Landesgesellschaften, Herr Kraft, hätten, wenn Sie mich fragen, klar und deutlich zu ihrem Wort und zu ihrer bisherigen Haltung in der Frage Kernenergie stehen müssen, wenn sie ihrem Land und ihren Unternehmungen keinen Schaden zufügen wollten. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: Wenn Kreisky geschwiegen hätte, wäre es anders ausgegangen!*)

Ich kann mir schon vorstellen. Meine Damen und Herren, und damit auch hier keine Unklarheit besteht. (*Abg. Kraft: Verpolitisiert hat es der Herr Bundeskanzler, das ist keine Frage!*) Wir werden durch entsprechende Transparenz dafür sorgen. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Kraft.*) Soll ich näher darauf eingehen, Herr Kraft? – Ich habe schon einiges angeführt, wer in Wirklichkeit die Urheber der Kernkraft sind, wer in Wirklichkeit in Österreich diejenigen waren, die dafür eingetreten sind mit aller Kraft und Vehemenz, daß die Kernkraftwerke in Österreich gebaut werden, und die dann dieses Kernkraftwerk Zwentendorf, wie ich schon gesagt habe, wie einen heißen Erdapfel fallen gelassen haben, weil es offensichtlich nicht mehr opportun war, zu diesem ihrem Werk zu stehen, während wir Sozialisten, während die sozialistische Bundesregierung aus rein sachlichen und wirtschaftlichen Gründen zu diesem gemeinsam begonnenen Werk gestanden sind. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: Wenn er geschwiegen hätte!*)

Wir werden jedenfalls durch eine entsprechende Transparenz dafür sorgen, daß die

11570

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Köck

Menschen wissen, bei wem sie sich eines schönen Tages dafür bedanken werden können. *(Abg. Kraft: Beim Herrn Bundeskanzler!)* Bei der Österreichischen Volkspartei und vor allen Dingen bei Ihren Herren Landeshauptleuten, die nach wie vor, Herr Kraft, nach wie vor, leider Gottes, muß ich sagen, als Vorsitzende ihrer Aufsichtsräte, ihrer Unternehmungen, ihrer Landesgesellschaften fungieren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es ist ja geradezu unwahrscheinlich, meine Damen und Herren, mit welcher Kältschnäuzigkeit diese Herren diese Entwicklung zur Kenntnis nehmen, und keinen Gedanken daran verschwenden oder darüber verschwenden, endlich ihren Hut zu nehmen und ihre Position als Aufsichtsratsvorsitzende an fähigere und an verantwortungsbewußtere Menschen frei zu geben, Herr Kraft. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Kraft: Wollen Sie die Volksabstimmung nicht zur Kenntnis nehmen?)*

Aber nicht genug damit, meine Damen und Herren, diese Herren interessiert überhaupt nicht, daß infolge ihres Verhaltens an die 250 unschuldige Arbeiter und Angestellte der GKT und der KKWP praktisch und buchstäblich in der Luft hängen und nicht wissen, wie es mit ihnen, aber auch mit ihren Familien in der nächsten Zeit weitergehen wird.

Es darf doch keine Frage sein, meine Damen und Herren - und ich erwarte mir endlich einmal eine Reaktion von diesen Herren, die das ja alles verschuldet haben -, daß diese betroffenen Dienstnehmer innerhalb der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, besonders aber auch bei den Landesgesellschaften untergebracht werden können.

Ganz abgesehen davon, meine Damen und Herren, muß von der österreichischen Elektrizitätswirtschaft und wiederum im besonderen von den Landesgesellschaften gefordert werden, daß sie alle Möglichkeiten untersuchen, inwieweit es nicht richtig und sinnvoll wäre, in der unmittelbaren Nähe dieses Kernkraftwerkes Zwentendorf ein kalorische Kraftwerk zu errichten. Es gibt da verschiedene Möglichkeiten.

Wir wissen zum Beispiel, daß die NEWAG in Niederösterreich im Raume Melk die Absicht hat, ein kalorische Kraftwerk zu errichten. Das könnte man zum Beispiel in die Nähe des Kernkraftwerkes Zwentendorf geben.

Oder auch, meine Damen und Herren, und diese Aufforderung richte ich im besonderen an die Elektrizitätswirtschaft insgesamt, man könnte auch ein gemeinschaftskalorische Kraftwerk bauen und damit zweierlei erreichen: Erstens einmal, daß man viele Investitionen für die Infrastruktur von Zwentendorf, aber auch für

technische Einrichtungen für ein solches kalorische Kraftwerk verwenden könnte, und vor allen Dingen auch, daß man einen Großteil der Dienstnehmer der KKWP und der GKT, die freigesetzt worden sind, praktisch für den Bau und den Betrieb eines solchen kalorischen Kraftwerkes einsetzen könnte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren, ich habe schon gesagt, die mittelbaren und die unmittelbaren Folgen der Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf und der dadurch entstehenden Energielücke werden langsam, aber dafür umso sicherer zum Tragen kommen.

Es wird ein gewaltiges Umdenken ... *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Bitte? *(Abg. Staudinger: Warum sagen Sie das nicht dem Bundeskanzler Kreisky? Die Regierung hätte ja entscheiden können ohne Volksabstimmung!)* Herr Staudinger! Sie müssen das Ihren Herren Landeshauptleuten sagen *(Widerspruch bei der ÖVP)*, Ihren Herren Landeshauptleuten, die nur aus rein parteitaktischen Gründen alle sachlichen und wirtschaftlichen Überlegungen links liegen gelassen haben, um zu diesem Ergebnis zu kommen. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Schuld ist der Generalbevollmächtigte!)* Das ist die Wirklichkeit! *(Abg. Anton Schlager: Herr Kollege Köck! Der Ratzenböck hat das nicht als Prestigeerklärung gesagt!)* Wir wissen ganz genau die Haltung des Herrn Ratzenböck. Sie war ja genauso wie die Haltung aller anderen Landeshauptleute in dieser Frage, nämlich katastrophal. *(Abg. Kraft, auf die Regierungsbank zeigend: Dort sind die Schuldigen! Sie brauchen sich nur umzudrehen!)*

Meine Damen und Herren! Es wird ein gewaltiges Umdenken bei den Energiekonsumenten Platz greifen müssen *(Abg. Staudinger: Denken sollen Sie, nicht umdenken! Denken genügt!)*, das ist gar keine Frage. Die Notwendigkeit der Erschließung neuer Energiequellen - als Folge Ihres Verhaltens - wird aber ganz zweifellos so wie die sicherlich möglichen und notwendigen Einschränkungen und Sparmaßnahmen bedeutende Kostensteigerungen nach sich ziehen. *(Abg. Anton Schlager: Wieso „Wir“, Herr Kollege Köck? Bei der ÖVP hat niemand aufgerufen, mit nein zu stimmen! - Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Bitte? *(Abg. Anton Schlager: Bei uns hat niemand gesagt, es soll jemand mit nein stimmen! Dem Bundeskanzler seine Tochter hat es gesagt!)*

Aber Herr Kollege! Sie wissen doch ganz genau - und die Menschen in Österreich wissen es ganz genau -, wie das Verhalten Ihrer Herren Landeshauptleute in dieser Frage war. Hätten sich diese Leute eingesetzt für ein Ja bei der

Köck

Volksabstimmung, dann hätte es ohne Zweifel auch ein Ja gegeben. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Dann hätte es auch ein Ja gegeben. Da hilft Ihr ganzes Schreien nicht. Beruhigen Sie sich. Bleiben Sie ruhig. (*Abg. Dr. Mussil: Ich bleibe völlig ruhig! Völlig ruhig, Herr Abgeordneter! Sie dürfen nur die Dinge nicht verzerrt darstellen!*) Lassen Sie mich fertigreden, sonst überziehe ich ja die Zeit zu sehr. Das möchte ich auch wieder nicht. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es wird also zweifellos notwendig sein, diesen Umdenkungsprozeß zu forcieren. Aber es ist gar keine Frage, daß dieser Umdenkungsprozeß nicht von heute auf morgen eintreten wird (*Abg. Dr. Mussil: Die Regierung braucht lange! Dann ist sie schon weg!*), sondern viele, viele Jahre benötigen wird.

Meine Damen und Herren! Man braucht kein Wachstumsfetischist zu sein, um zu erkennen, daß kontrollierter technischer Fortschritt, daß gesicherte und ausreichende Energieversorgung für eine gesunde Volkswirtschaft unerlässlich sind. Wenn wir nicht zu einem technischen und wirtschaftlichen und damit auch zu einem sozialen Entwicklungsland werden wollen, müssen wir, so wie in den letzten Jahren, eine realistische und eine nüchterne Energiepolitik betreiben (*Abg. Dr. Mussil: Überhaupt eine! Jetzt haben Sie ja gar keine!*) und dürfen uns nicht, meine Damen und Herren, auf energieutopische Träumereien, wie dies von manchen Kreisen betrieben wird, einlassen. (*Abg. Dr. König: Wie soll die ausschauen? Wie soll denn die ausschauen? Nicht Wunschvorstellungen!*)

Weil diese sozialistische Bundesregierung, meine Damen und Herren, eine solche Politik, eine für uns so wichtige Politik betrieben hat, können wir als Sozialisten selbstverständlich auch von der energiepolitischen Warte her gesehen diesem Budgetkapitel unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Pelikan. (*Abg. Anton Schlager: Pelikan, auf die Köck-Rede brauchst du nicht eingehen!*)

Abgeordneter Dr. **Pelikan** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Abgeordneten Köck nur sagen – was er wahrscheinlich ohnehin weiß –, daß wir doch am Dienstag im Handlungsausschuß einen Antrag behandelt haben, der das Verbot der Benützung von Kernenergie in Österreich beinhaltet, und daß wir diesem Antrag zugestimmt haben. Dieser Antrag ist morgen auf der Tagesordnung des Hohen Hauses. Es wird genug Gelegenheit sein, anlässlich dieses Antrages auch auf Ihre Argumente einzugehen.

Ich möchte mich aber mit dem Kapitel Finanzen und mit der Budget- und Finanzpolitik in Abwesenheit des Herrn Ministers beschäftigen, wobei mich bei dieser Debatte wundert, daß sich keiner der sozialistischen Debattenredner mehr findet, um dem Finanzminister Sperrfeuer zu geben. Offenbar ist Ihnen die Munition ausgegangen, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es ist natürlich schwierig, sachlichen Argumenten etwas entgegenzusetzen, sachlichen Argumenten, wie sie von uns, von meinen Kollegen der Österreichischen Volkspartei, vorgebracht wurden.

Ich möchte einige Fakten wiederholen:

1969 hatten wir 60 Milliarden Schilling Staatsschuld, 1979 werden es nach Ihrer eigenen Schätzung 232 Milliarden Schilling sein. 1969 war das Defizit 7,1 Milliarden Schilling, 1979 wird es 55 Milliarden Schilling betragen. 1969 betrug das Lohnsteueraufkommen 11,3 Milliarden Schilling, 1978 wird es 50,9 Milliarden Schilling betragen.

Das sind Fakten, meine Damen und Herren, die Sie nicht wegdiskutieren können. Und das ist das Ergebnis sozialistischer Finanz- und Steuerpolitik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich räume ein, daß das Amt eines Finanzministers ein schwieriges ist. Ich glaube, es war der seinerzeitige deutsche Finanzminister Ettl, der einmal gesagt hat: Budgetpolitik ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen. – Der Finanzminister der Republik Österreich, der derzeitige sozialistische Finanzminister, ist nicht einmal in der Lage, die Belastungen gleichmäßig zu verteilen! Denn er trifft gerade die Kleinen, die Bezieher geringer Einkommen, er trifft den kleineren Unternehmer, den mittleren Unternehmer mit seiner ständigen konfiskatorischen Besteuerung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was das Budget selbst anlangt, so hat der Finanzminister selbst von einer notwendigen Sanierung gesprochen. Er gibt also zu, daß etwas falsch ist. Er selbst gibt zu, daß das Budget krank ist. Doch mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz, mit der Investitionssteuer, mit der Lkw-Steuer, mit der Gebührengesetznovelle wird er das Budget nicht sanieren können. Damit wird lediglich eines erreicht, meine Damen und Herren, nämlich eine horrende Erhöhung der Steuerbelastungsquote selbst.

In dieser Hinsicht nämlich ist Österreich tatsächlich auf die Überholspur gekommen. Der Anteil der Steuern und Abgaben am Bruttonationalprodukt ist in Österreich wesentlich höher als seinem Entwicklungsstand entspricht. Die OECD teilt die Länder hinsichtlich ihres einnahmenseitigen Steuer- und Abgabenanteils am Bruttonationalprodukt in vier Gruppen. Die

Dr. Pelikan

Spitzengruppe bilden dabei Schweden, Dänemark, Norwegen und die Niederlande. Diese Länder liegen bekanntlich auch in der Einkommenshierarchie mit an der Spitze. In der zweiten Gruppe mit hoher Abgabenquote befindet sich Österreich, durchwegs neben Staaten, die über ein höheres Pro-Kopf-Einkommen verfügen als Österreich. Unter anderem die Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Frankreich.

1978 überschreitet dieser Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttonationalprodukt erstmals die 40-Prozent-Marke. 1970 war diese Quote 36 Prozent, und heuer überschreitet sie erstmals die 40-Prozent-Marke. 41,9 Prozent, meine Damen und Herren, genau. Das ist das einzige Verdienst dieses sozialistischen Finanzministers nach acht Jahren Tätigkeit! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Keine Rede von einer so notwendigen Pflege der Steuerquellen. Im Gegenteil: Konfiskatorisch wird alles weggesteuert, was die Wirtschaft zum Investieren brauchen würde. Und das System selbst ist durch die vielen Novellierungen, durch die vielen neuen Gesetze und die neuen Steuern noch undurchschaubarer geworden. Die Fachleute sprechen sogar von einem „verlogenen Steuersystem“: Belastungen sind versteckt enthalten, sodaß man sie zuerst gar nicht sieht, sondern erst später, wenn der Jahresausgleich kommt etwa, und so fort.

Ich habe mich sehr gewundert, daß sich der Herr Zentralsekretär Blecha, der sich ja immer mehr zu einem „Kräutl auf allen Suppen“ entwickelt, am 4. Dezember in der „Kronen-Zeitung“ geäußert hat.

„Blecha: Mehr Licht in den Steuerdschungel!“ – Ich zitiere: – „Eine radikale Reform zur Vereinfachung des komplizierten Steuersystems kündigte SP-Zentralsekretär Blecha im Falle eines Wahlsieges für die nächste Legislaturperiode an ...“

Ich frage nur: Waren acht Jahre nicht genug? Warum brauchen Sie jetzt noch einmal einen Wahlsieg, um die Steuern zu vereinfachen? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist mir eine etwas zweifelhafte Ehre widerfahren insofern, als ich jetzt ständig das Organ des sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes zugeschickt bekomme, und ich habe eigentlich mit Interesse einen Artikel des Vizepräsidenten Mühlbacher gelesen. (*Abg. Graf: „Mit Interesse“? Da hört sich alles auf!*) Mit Interesse insofern, als hier im Organ des sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes steht: „Für einfachere Steuergesetze“. Es heißt da unter anderem: „Wer schreibt, der bleibt“, heißt ein altes Kaufmannswort. Ein Sprichwort, das auch heute noch Gültigkeit hat, soweit es um

Kalkulation, Fakturierung und Mahnwesen geht. Gleichzeitig ist aber nicht zu übersehen, daß vielen Selbständigen der Papierkram über den Kopf wächst. Der Ruf nach einfacheren Steuergesetzen ist nicht mehr zu überhören.“

Das sind Dinge, die man durchaus unterschreiben kann. Ich frage nur: Wie sieht es mit der Verwirklichung aus? Offenbar hat sich der Herr Mühlbacher seinem Finanzminister gegenüber nicht durchsetzen können.

Meine Damen und Herren! Nicht nur die Steuerbelastung, sondern die Arbeitsbelastung überhaupt mit dem Papierkram, wie es hier heißt, ist gerade für den kleineren Unternehmer drückend geworden. Er ist praktisch ein Gratisfinanzamt für den Fiskus. Allein das Inkasso und die Abgabe der Lohnsteuer in der Höhe von über 50 Milliarden Schilling, der Mehrwertsteuer von insgesamt 80 Milliarden Schilling, all das geht durch die Hände des Unternehmers, muß für den Fiskus einbehalten und an ihn abgeführt werden, und der Unternehmer haftet noch dafür. Das ist eine arbeitsmäßige Belastung, die kleinere Unternehmen fast nicht mehr bewältigen können, noch dazu, wenn das System und die Gesetze immer komplizierter werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Daher ist eine Durchforstung des Steuersystems dringend zu fordern. Etwa als Beispiel die Lohnsummensteuer, eine Grotteske in der heutigen Zeit, in der wir uns alle doch die Sicherung der Arbeitsplätze auf die Fahnen geheftet haben, und die Lohnsummensteuer ist doch eine reine Arbeitsplatzsteuer, die es jetzt neben Österreich nur noch in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Und die Bundesrepublik – so höre ich – wird diese Lohnsummensteuer mit 1. Jänner 1980 abschaffen, was bedeutet, daß die österreichischen Betriebe in einen neuerlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Betrieben der Bundesrepublik kommen. Also eine Belastung durch eine Steuer, die einen Mehraufwand bringt, eine Steuer auf die Arbeit, auf den Arbeitsplatz, die in der heutigen Zeit nicht einzusehen ist. (*Abg. Dr. Zittmayr: Dort sind ja Sozialdemokraten am Werk und nicht Sozialisten!*) Die Abgeltung für die Gemeinden hätte man im Zuge des neuen Finanzausgleiches durchaus machen können.

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Kapitel ist die leidige Frage der Gebührengesetznovelle mit der Kreditsteuer. Einerseits haben Sie, Herr Finanzminister, die Unternehmen derart besteuert, daß sie über keine Eigenkapitaldecke mehr verfügen, und sie zunehmend in die Fremdfinanzierung getrieben. Auf der anderen Seite besteuern Sie aber die Kredite; das ist in meinen Augen eine Grotteske.

Dr. Pelikan

Meine Damen und Herren! Es gäbe noch einiges zum gesamten Kapitel zu sagen. Ich möchte mich jedoch an die vereinbarte Zeit halten und zusammenfassend nur eines sagen: Wir brauchen eine Reform auf steuer- und finanzpolitischem Gebiet, eine Reform, die leistungs-, innovations- und investitionsfreundlich ist. Was das Budget anbelangt, wird es notwendig sein, ein Konsolidierungsprogramm zu entwickeln, das sich vielleicht über mehrere Jahre erstrecken müssen. Vor allem müssen wir wieder mit dem auskommen, was wir erwirtschaften.

Herr Finanzminister! Ich gebe zu, daß Sie ein Fachmann auf dem Gebiete des Steuerwesens sind. Sie sind ja auch Steuerberater. Ich glaube nur, daß Sie durch den langjährigen Umgang mit viel fremdem Geld etwas den Blick für die Dimensionen verloren haben, und ich glaube, es wird Zeit zum Umdenken. Ihnen wird dieses Umdenken wahrscheinlich nicht mehr möglich sein, es ist deswegen umso dringender notwendig, daß der nächste Finanzminister von unserer Fraktion gestellt wird. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Haben Sie einen Kandidaten? - Abg. Graf: O ja, mehrere! - Ruf bei der SPÖ: Wo? - Abg. Graf: Das weiß ich noch nicht, aber sie werden sich schon finden! - Ruf: Zig!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Teschl.

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als leidenschaftlichen Pazifisten hat es mir ein bißchen weh getan, als Herr Dr. Pelikan davon sprach, daß uns die Munition ausgegangen sei bei den Argumenten. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ja, leidenschaftlicher sogar. *(Abg. Graf: Leidenschaften muß man kanalisieren!)* Aber ich kann ihn beruhigen: Es gibt Munition, wenn man schon bei dieser Terminologie bleibt, sonder Zahl, die ins Schwarze trifft, und vielleicht darf ich ein paar Schüsse abgeben. *(Abg. Graf: Als Pazifist doch nicht! - Abg. Dr. Mussil: Sie schießen ja kilometerweit daneben!)* Ich bleibe bei dieser Terminologie, es ist mir sonst sehr zuwider, aber bleiben wir dabei.

Als Beispiel wäre nur zu erwähnen, wenn man den bisherigen Ablauf der Budgetdebatte ein bißchen übersieht: Wie haben die Argumente gegen die Regierung, gegen die sozialistische Fraktion dieses Hauses gelautet? In der Regel waren es Vorwürfe allgemeiner Art, selten konkrete. Bei Vorwürfen allgemeiner Art braucht man Beweise nicht erbringen, und sie klingen besser in der Öffentlichkeit, weil es mehr für das Ohr und weniger für den Verstand klingt.

Diese Angriffe haben sich natürlich auch auf den persönlichen Bereich der Regierungsglieder bezogen, und diese persönlichen Angriffe haben sehr oft natürlich auch mit Diffamierungen und Unterstellungen geendet.

Ziel dieser Angriffe war und ist es zu versuchen, eine allgemeine Verunsicherung in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit unter das Volk zu bringen unter dem Motto, recht oft die gleiche Beschuldigung zu sagen, recht oft die gleichen Unterstellungen anzubringen. - Na, wenn man es oft genug sagt, dann bleibt sicher etwas hängen.

Damit ein Hauch von Glaubwürdigkeit vorhanden ist, reicht man zwischendurch einmal ganz kurz die Hand zur Versöhnung, zeigt ein bißchen Konsensbereitschaft, um so, wie gesagt, den Mantel der Glaubwürdigkeit über diese Angriffe zu breiten. Das wäre also das Ergebnis dieser Angriffe während der Budgetdebatte auf die Regierung und auf die Sozialistische Partei, wie ich es eben gesehen habe.

Wir haben heute mit Interesse die Ausführungen des Herrn Präsidenten Sallinger vernommen als ersten Hauptsprecher zum Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie, und es waren einige Punkte, die er gesetzt hat, zum Beispiel das Problem der Sozialen Marktwirtschaft, die Probleme des sozialen Friedens und ähnliche Dinge mehr.

Es war Kollege Mühlbacher, der den Unterschied zwischen Sozialer Marktwirtschaft und kooperativer Marktwirtschaft herausarbeitete, und ich habe schon einmal erwähnt, daß wir Sozialisten feststellen müssen, daß es die Soziale Marktwirtschaft nur solange gab als Begriff auf Ihrer Seite, als es Wachstum in ausreichendem Maße gab, es also zu keinen Verteilungskämpfen gekommen ist. In dem Moment, als die Quote des Verteilens kleiner wird, ist der Begriff Marktwirtschaft auch am Ende.

Wenn es darum geht, über den Begriff Staatsverschuldung zu reden, kann man nicht nur - ganz abgesehen davon, daß Kollege Mühlbacher heute auch zu Recht erwähnt hat, daß im Vergleich zum Bruttonationalprodukt der Prozentsatz, der Staatsverschuldungsprozentsatz also, gegenüber 1969 der gleiche geblieben ist, ja sogar um einige Zehntel geringer ist - Milliarden mit Milliarden vergleichen, sondern man muß diese Milliarden der Staatsverschuldung natürlich zum Bruttonationalprodukt ins Verhältnis setzen.

Aber ich erinnere mich an einen Ausspruch des Vizekanzlers Androsch anlässlich der Eröffnung des Arlbergtunnels, wo er also meinte: Hier sieht man an diesem Bauwerk, wie die

11574

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Teschl

Staatsverschuldung entsteht und wofür diese Gelder verwendet werden.

Was immer Sie also unter „Staatsverschuldung“ verstehen, es ist zur Gänze der heimischen Wirtschaft zugeflossen und dient somit auch der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in diesem Land. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Präsident Sallinger sprach auch von „Staatseingriffen“. Ist es ein Staatseingriff, wenn Förderungsmaßnahmen direkter oder indirekter Art für die Bereiche der gesamten Wirtschaft oder etwa für die Landwirtschaft ergriffen werden, wenn also riesige Budgetmittel zur Verfügung stehen und zur Verteilung gelangen? Ist das ein Staatseingriff, oder könnte man das nicht unter den Begriff „kooperative Marktwirtschaft“ einreihen?

Wir glauben also, daß man den Begriff „Staatseingriffe“ etwas näher definieren soll, denn der Staat, soweit er unter sozialistischer Regierungsführung stand, hat nur insofern eingegriffen, als es zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung im Rahmen der Wirtschaftsförderung notwendig war.

Ich würde darüber hinaus noch gerne einen Begriff erwähnen, den Herr Präsident Sallinger herauskristallisiert hat, nämlich den Begriff „strukturkonservierende Maßnahmen“; solche wären von dieser Regierung, von der sozialistischen Regierung ergriffen worden.

Als Arbeitnehmervertreter wäre es falsch zu leugnen, daß die österreichische Wirtschaft unter gewissen Strukturschwächen leidet. Wir wissen, daß bestimmte Teile der Grundstoffindustrie und einige Bereiche der Konsumgüterindustrie unter Strukturschwächen leiden, zum Teil regional und zum Teil quer durch die ganze Branche.

Meine Damen und Herren! Von strukturkonservierenden Maßnahmen zu sprechen ist sehr einfach, wenn man nicht bereit ist zu berücksichtigen, daß in einigen Regionen unseres Landes Betriebsstätten vorhanden sind, die nicht so ohneweiters, von marktwirtschaftlichen Grundsätzen aus gesehen, geschlossen werden können.

Ich erlebe es fast täglich, daß Arbeitnehmer, Unternehmer, Gemeindevertreter und Landesregierungen, egal welcher Couleur, Mittel und Wege suchen, Betriebe, die an solchen Strukturschwächen leiden, doch am Leben zu erhalten, so lange wenigstens, bis andere Möglichkeiten geschaffen werden können.

Man sollte also etwas vorsichtiger sein mit diesen Begriffen, denn wenn man hier der Marktwirtschaft freien Lauf läßt und die Produktionsstätten nur nach Angebot und Nachfrage

aufrechterhält, dann würden wahrscheinlich Probleme entstehen, die unser Land in große Schwierigkeiten bringen würden.

Und ebenso wissen wir alle mitsammen, daß Strukturveränderungen, das heißt: andere Produktionsmethoden, andere Produktionsstätten, in der Zeit einer Wirtschaftskrise schwieriger zu realisieren sind, als es etwa bis zum Jahre 1974 der Fall war, als es noch eine Hochkonjunktur gab.

Und Sie wissen ebensogut, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß es nicht einfach ist, Betriebe einfach anzusiedeln, weil die regionalen Voraussetzungen nicht immer den Bedürfnissen der Produktion entsprechen. Denken wir etwa an Energie- und Transportbedingungen.

Dann war vom sozialen Frieden die Rede. Wir rühmen uns alle, hüben wie drüben, der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens in unserem Lande. Wenn es also eine Verteufelung des Begriffes „Staatseingriffe“ gibt, dann muß man sagen: Es war nur deshalb möglich, den sozialen Frieden in unserem Lande aufrechtzuerhalten, weil dort, wo es Schwierigkeiten gab, durch ein Zusammenwirken von Bundesländern, Gemeinden und Bund Hilfe gebracht wurde, wenn es galt, Strukturschwächen auszugleichen oder Maßnahmen zu ergreifen, die ein Weiterbestehen von Betrieben in gefährdeten Regionen ermöglichen sollten.

Es wurde heute von einem Kollegen meiner Fraktion bereits ausgesprochen, daß dieser soziale Friede fallweise sehr einseitig gehandhabt wurde, nämlich von den unselbständig Erwerbstätigen, und zwar in ununterbrochener Reihenfolge.

Und es wurde ebenfalls erwähnt, daß es seit 1970 mehrfach Versuche gab, Gruppen, die zum sogenannten Mittelstand zählen, gegen die Regierung, gegen die herrschenden Verhältnisse aufzuwiegeln. Erwähnt wurden Bauerdemonstrationen, Ärztekonflikt, um gar nicht davon zu reden, was sich mit dem Frächterstreik abgespielt hat.

Ich würde also meinen: Man sollte sehr vorsichtig sein mit dem Begriff „sozialer Friede“, wenn nur eine Gruppe damit ständig beschäftigt sein soll und nur eine Gruppe damit gemeint ist und wenn man aus parteipolitischen Gründen andere Gruppen, die man so gern „mittelständisch“ nennt, gegen die sozialistische Regierung aufwiegeln möchte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Präsident Sallinger, der bekanntermaßen zum Konsens stets bereit ist, meinte, man müßte alles versuchen, um über bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwegzukommen. Diese

Teschl

Bereitschaft muß auf beiden Seiten vorhanden sein, und man kann nicht hier predigen und draußen dann gegen diese Regierung und letztlich gegen diesen Staat zu Felde ziehen. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Aber natürlich, Herr Generalsekretär! *(Abg. Dr. Mussil: Tun Sie nicht verunglimpfen!)*

Wenn wir versuchen sollten - und das anzubahnen kann nur auf Sozialpartnerebene versucht werden -, Strukturschwächen unserer Wirtschaft, die zumeist regional bedingt sind, abzuschwächen, allmählich zu beseitigen, dann müssen wir auch daran denken, daß wir die Leute nicht so einfach vom Ort A zum Ort B verfrachten können. Ich denke daran, daß wir Regionen haben, wo Überbeschäftigung vorhanden ist, wo zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht würden, und es gibt tatsächlich Regionen, wo Arbeitsmangel vorhanden ist. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Da aber die Österreicher, bedingt durch ihre Wohnverhältnisse, bekanntermaßen sehr seßhaft sind, ist es nicht so einfach, Transferierungen von Menschen vorzunehmen. Und wir sollten darüber nachdenken, welche Mittel wir bereitstellen könnten, welche Voraussetzungen wir schaffen könnten, diesen Austausch vornehmen zu können, zu erleichtern, damit Menschen, die bereit sind, in anderen Regionen zu arbeiten, auch jene im weitesten Sinne des Wortes sozialen Bedingungen vorfinden, auf Grund derer sie in der Lage sind, mobiler zu sein.

Das sind Probleme, die sich also nicht in dieser Art, wie man es vor diesem Pult vorbringt, lösen lassen, sondern dazu ist es wohl notwendig, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber und alle gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen eingesetzt werden, hier helfend einzuspringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich eingangs sagte, daß man mit Halbwahrheiten und Unterstellungen primär auf Seite der ÖVP agiert, so darf ich Herrn Dr. Zittmayr erwähnen, der in sehr charmanter Weise genau in der gleichen Argumentation von diesem Pult aus sprach. Beispiel: Ölsaatenprojekt. Wir haben im Handelsausschuß darüber diskutiert, und es wurde vom Herrn Handelsminister festgestellt, daß bekannt ist, daß bereits im Jahre 1968 von der damaligen Regierung eine verpflichtende Erklärung abgegeben wurde, auf diesem Sektor nicht tätig zu werden. Herr Dr. Zittmayr! Sie haben ja auch den Briefwechsel in Ihren Händen, soweit mir bekannt ist; und dennoch behaupten Sie hier, diese Regierung und der Handelsminister hätten verabsäumt, mit den Amerikanern rechtzeitig eine Absprache zu pflegen, eine Absprache, die gar nicht möglich war, weil Sie seinerzeit den Hinderungsgrund

gesetzt haben. Auch das ist ein Beispiel, wie sehr man bewußt mit Halbwahrheiten immer wieder vor diesem Pult agiert, und diese Beispiele könnten ja in beliebiger Zahl fortgesetzt werden.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß die Budgetdebatte im bisherigen Ablauf aufgezeigt hat, daß Aufrichtigkeit auf Seiten der ÖVP nicht besteht und Vorschläge zur Lösung bestehender Probleme, die zweifellos durch die weltwirtschaftliche Lage auch in Österreich vorhanden sind, mit halbem Herzen und Halbwahrheiten von Ihrer Seite her dargelegt wurden; und letztlich dazu überall ein Nein, wo es darum geht, Maßnahmen zu ergreifen, die bei diesen Problemen Abhilfe schaffen sollen.

Was schließt man daraus? Die ÖVP ist beseelt vom Geist, der stets verneint. Wir danken für diese Geisteshaltung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Westreicher. Ich erteile es.

Abgeordneter **Westreicher** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Teschl hat die Glaubwürdigkeit der heurigen Budgetdebatte sehr beklagt. Aber ich glaube, Herr Abgeordneter, in den Reden der Opposition hat sich ja die Glaubwürdigkeit bewiesen, da wir die Fakten auf Grund der Zahlen, die uns vorgelegen sind, auch entsprechend ausgewertet haben. Die Glaubwürdigkeit wird sicher eher dort fehlen, wo die Regierung die Taten zu setzen hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich mich nun mit dem Thema Fremdenverkehr hier im Plenum befasse, so bedaure ich, daß bis jetzt von der sozialistischen Fraktion kein Abgeordneter zu dieser Materie Stellung bezogen hat. Ich weiß nicht, Herr Minister, ist durch Ihre optimistische Haltung bezüglich des Fremdenverkehrs so viel Optimismus in diesen Reihen eingezogen, daß man sagt, hier ist eine Branche, die problemlos ist?

Wenn man das von außen her sieht, könnte man sicher meinen, daß die Leistungen, die diese Branche erbracht hat, zufriedenstellend wären. Aber wenn man in dieser Branche tätig ist, von der Praxis her die Probleme kennt, so muß ich doch feststellen, daß hier nach achteinhalb Jahren sozialistischer Regierung viele Versäumnisse dahingehend vorliegen, daß ein wirtschaftspolitisches Klima für die gesamte Wirtschaft, und insbesondere für den Fremdenverkehr, nicht geschaffen worden ist, um hier dieser Branche, den Beherbergungs- und den Gastbetrieben, die Möglichkeit zu geben, den Gästen, die nach Österreich kommen, echte Erholung, persönliche Gastlichkeit zu bieten

11576

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Westreicher

und darüber hinaus den Gästen eine individuelle Urlaubsgestaltung in Österreich zu ermöglichen. Der zweite Faktor, der für unsere Handelsbilanz sehr ausschlaggebend ist: für Österreich volkswirtschaftlich tätig zu sein.

Wenn ich zurückblicke, 1970, als diese Regierung erstmals ins Amt trat, hat die Fremdenverkehrswirtschaft im Sommer wie im Winter mit Erfolgswahlen aufwarten können. Heute müssen wir froh sein, wenn wir im Sommer die Nächtigunzzahlen anfangs der siebziger Jahre erreichen. Auch die Gründe dafür werde ich Ihnen aufzeigen: Damals, anfangs der siebziger Jahre, war Österreich das zweitgünstigste Urlaubsland; heute ist nur noch die Schweiz als Reiseland teurer wie Österreich. Das Problem, das nicht gelöst worden ist, ist die Überbesteuerung; der zweite Faktor ist, daß Sie zu starr an Ihrer Hartwährungspolitik und Ausrichtung an der D-Mark festgehalten haben. Das hat natürlich den Wettbewerb wesentlich verschlechtert und uns damit Probleme gebracht. Hier darf ich zur Untermauerung aus dem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts aufzeigen, wie sehr der Schilling verteuert worden ist, und zwar zwischen 1970 und 1977 insgesamt um 26 Prozent. „Davon war der österreichische Reiseverkehr und damit das Hotel- und Gastgewerbe weit stärker betroffen als die Industrie. Legt man nun die Verflechtung der internationalen Reiseströme zugrunde, so hat sich der Schilling gegenüber den Währungen der wichtigsten Konkurrenzländer um 47,2 Prozent verteuert, im internationalen Handel jedoch nur um 22 Prozent.“

Betrachtet man ausschließlich den internationalen Tourismus, die obere Rechnung gilt für diesen Fall, daß Österreich auch mit dem deutschen Binnenreiseverkehr konkurriert, so hat sich der Tourismus-Schilling sogar um 64,1 Prozent verteuert. Im Sommer 1978 hat sich die Währungsparität noch einmal um 2 Prozent zuungunsten verändert, hingegen der der Warenexporte hat sich leider gebessert.

Das sind Probleme, mit denen der Fremdenverkehr in dieser Zeit fertig werden müssen. Von mir aus, ich gebe offen und ehrlich zu, daß aus gesamtwirtschaftlichen Gründen diese Hartwährungspolitik etwas für sich hat und für zweckmäßig gehalten worden ist. Aber ich glaube, da hätte man jetzt etwas tun müssen: Diese Überbesteuerung, die der Fremdenverkehr in Österreich erleidet, abschaffen und hier eine Steuerentlastung für diesen Wirtschaftszweig zu bringen. Denn ich glaube, gerade dieser Wirtschaftszweig liefert einen ganz besonders großen Teil seiner Leistungen an das Ausland, überhaupt jene Betriebe, die Ausländer beherbergen und verköstigen. Diese Exporte

sind aus steuertechnischen Gründen nicht entlastet worden im Gegensatz zu den Warenexporten. Die Voraussetzung einer solchen Lösung wäre, daß durch eine entsprechende steuerliche Entlastung Preissenkungen gegenüber der ausländischen Nachfrage gegeben wären.

Die Fremdenverkehrspolitik ist eben eine Politik, die man gesamtwirtschaftlich im weitesten Sinne zu sehen hat, wo es darauf ankommt, daß man eine vernünftige Einkommenspolitik, eine entsprechend gute Exportpolitik, aber auch eine entsprechende Agrarpolitik in einem Land haben muß. Und hier, glaube ich, liegen die gravierenden Fehler der letzten acht Jahre. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie werden wohl sagen, der Fremdenverkehr hat bis jetzt diese Abgaben- und Gebührenerhöhung und diese Steuerorgie, möchte ich sie nennen, zwar unter Opfern überstanden. Wir haben wohl in Kauf genommen, daß wir einen hohen Verschuldungsgrad haben. Auch hier eine Zahl: 1970 war die Fremdenverkehrswirtschaft noch mit 7,6 Milliarden Schilling verschuldet, heute, 1978, werden es nahezu 26 Milliarden Schilling sein. Das Gravierende dabei: ohne daß die Belegung, also die Auslastung der Betriebe gestiegen wäre, sondern sie ist eher rückläufig. Aber ich will hier an und für sich nicht auf Details der wirtschaftspolitischen Probleme eingehen.

Aber, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, als Fremdenverkehrsunternehmer, der aus der Betriebspraxis kommt, möchte ich Ihnen wirklich sagen, Ihre Wirtschaftspolitik war fremdenverkehrsfeindlich und damit auch schädigend für den österreichischen Fremdenverkehr. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir könnten an und für sich der österreichischen Volkswirtschaft wesentlich bessere Ergebnisse liefern, würden Sie nur unseren Vorschlägen folgen und nicht nur alleine Ihrer Politik. Sie haben es versäumt, das notwendige wirtschaftspolitische Klima zu schaffen, das die Voraussetzungen für das Wachstum in der Nachfrage der Fremdenverkehrswirtschaft schafft.

Warnungen schlagen Sie arrogant in den Wind, flüchten sich in Unternehmerbeschimpfungen – Steuerhinterzieher! –, wie Sie eben wollen.

Ich glaube, das sollte man nicht tun! Wir sollten hier partnerschaftlich und für Österreich arbeiten. Denn gerade die mittelständische Wirtschaft weiß sehr genau, wie man wirtschaftlich arbeitet, wie man Arbeitsplätze erhält und wie man sie sichert. Und auch wir in der Fremdenverkehrswirtschaft wissen, was unsere

Westreicher

Betriebe brauchen, was unsere Mitarbeiter brauchen. Nicht umsonst hat sich in dieser Zeitspanne die Zahl der Mitarbeiter auf 120 000 Beschäftigte erhöht. Es ist ein wesentlicher Faktor zur Vollbeschäftigung. Ich glaube, keine einzige Branche kann diesen Prozentsatz - 30 Prozent - aufweisen.

In der Industriepolitik, die Sie 1970 noch so sehr forciert haben, haben wir Einbußen an Arbeitsplätzen. Und erst hier sind durch die Dienstleistungen die Arbeitsplätze neu geschaffen und gesichert worden.

Wie schaut es um die Attraktivität dieser Arbeitsplätze aus? Wenn ich mir hier nur die Lehrlingszahlen anschau, die in den letzten Jahren auch dauernd steigend sind: Sie nahmen vom Jahre 1977 auf 1978 um mehr als 12 Prozent zu, und heute bilden wir nahezu 15 000 junge Menschen in Österreich in unseren Betrieben aus. Wir sind gewillt, sie zu hochqualifizierten Mitarbeitern auszubilden, denn wir brauchen ihre Leistungen. Wir wissen genau, wenn wir qualitativen Fremdenverkehr betreiben wollen, brauchen wir auch gut ausgebildete Menschen, die mit uns arbeiten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wie sind diese Leistungen überhaupt zustande gekommen? Nur unter großem Verzicht und unter großen Anstrengungen der Unternehmer und der Betriebe, die trotz zweistelliger Inflationsraten, die wir Mitte der siebziger Jahre hatten, eine beispielgebende Preisdisziplin gehalten haben - bis zum heutigen Tage.

Hier möchte ich auch meinen Dank an die Unternehmer und an die Mitarbeiter aussprechen, daß sie hier so wirtschaftsbewußt ihre Unternehmen geführt haben.

Und daher, Herr Minister, finde ich es ein starkes Stück, wenn ich in den letzten Tagen lesen muß, daß der Minister für Fremdenverkehr an uns wieder appelliert: „Staribacher fordert den Fremdenverkehr zu mehr Preisdisziplin auf.“ - Herr Minister! Ich glaube, wir haben das nicht verdient. Ich weiß, daß diese Antwort aus einer Anfrage des Abgeordneten Schranz resultiert, der immer wieder die Probleme der Semesterferien und der Preise in die Öffentlichkeit spielen möchte.

Dazu möchte ich dem Abgeordneten sagen, daß in Österreich die Handelskammer, die Beherbergungsbetriebe bereits seit Jahren eine Broschüre herausgebracht haben: „Preisgünstiger Urlaub in Österreich“. Es sind 1 300 Betriebe darinnen verzeichnet, die von einem Preis von 85 S - Zimmer mit Bad und Frühstück - bis zu einem Preis von 190 S mit Vollpension gehen. Ich glaube, das sind Preise, bei denen es sich alle sozialen Klassen leisten können, in Öster-

reich Urlaub zu machen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Herr Minister, wir sind sehr, sehr bemüht und sehr interessiert, daß wir der österreichischen Bevölkerung solche preiswerten Angebote machen können.

Herr Minister, Sie sagen auch in Ihrer Antwort an den Abgeordneten Schranz zu Punkt 2, daß Sie bemüht sein werden, in Zusammenarbeit mit der österreichischen Fremdenverkehrswerbung günstige Urlaubsangebote in den Semesterferien zusammenzustellen und sie durch entsprechende Werbung dem in- und ausländischen Gästepublikum nahe zu bringen.

Es geht hier um die Semesterferien - ein Unikum österreichischer Art. Was soll hier der ausländische Gast? Oder wollen wir jetzt auch Weihnachten und Juli und August oder die gesamten Ferien einbeziehen und hier nur mehr preiswert arbeiten? Ich frage: Ist es nicht genügend, wenn man dem österreichischen Gast hier eine Broschüre erstellt hat, wo alle preiswerten Angebote drinnen sind?

Und noch etwas, Herr Minister. Sie wissen, daß wir in den letzten Jahren die Preise nur zwischen 3,7 und 5,2 Prozent erhöht haben, obwohl es wirtschaftspolitisch und aus kalkulatorischen Gründen notwendig gewesen wäre, die Preise zwischen 11,3 und 14,7 Prozent zu erhöhen. Wissen Sie, was da die Unternehmer auf sich genommen haben?

Die Ertragssituation ist wesentlich schlechter geworden, aber wir haben gewußt, daß hier derzeit Preisdisziplin am Mann ist. Wir haben diese Preise, diese mörderischen Differenzen geschluckt - sicher nicht zum Nutzen der Betriebe, aber auch sicher nicht zum Vorteil der Volkswirtschaft; das können wir auch sicher sagen. Denn das Geld, das damit den Betrieben brutal entzogen worden ist, das fehlt für Investitionen, das fehlt für Werbung, das fehlt für Marketing. Ich glaube auch, das erschwert uns zunehmend die Wettbewerbslage. Diese Fakten sollten wir uns, glaube ich, vor Augen halten.

Herr Minister, hören wir auf mit der unbegründeten Rederei vom teuren Österreich! Sie spielen uns damit nur der Konkurrenz in die Hände. Solche Sprüche, wie daß man sich das Land Kärnten nicht mehr leisten kann, haben keinen Sinn. Das, glaube ich, ist ein Problem für sich. Lassen wir das weg.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich doch den eigenen Problemen in dieser Branche zuwenden. Wir sind uns bewußt, daß gerade in den letzten Jahren, wo Krisenzeiten in der Wirtschaft waren, gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft sehr, sehr stark investiert wor-

Westreicher

den ist. Wir haben seit 1972 um 185 000 Betten mehr bekommen.

Daß dieser Bettenboom sich natürlich auch auf die Auslastungen auswirkt, dessen sind wir uns bewußt. Wir sehen es ja auch an der Statistik, daß gerade in der Zeit von 1972 auf 1977 die Auslastung von 29,3 auf 26,4 Prozent zurückgegangen ist.

Ich glaube daher, daß man gerade mit der Förderung von Neubaubetten sehr vorsichtig sein sollte und sie eigentlich noch mehr einschränken sollte als bisher. Die Förderung müßte sich vielmehr, ich möchte sagen fast völlig, auf Qualitätsverbesserung konzentrieren, weil gerade die überdurchschnittlichen Erfolge der A₁, der A- und selbst der B-Betriebe unterstreichen, daß Qualitätsbetriebe heute in Österreich eine Chance haben.

Eine hochqualifizierte Fremdenverkehrspolitik und Fremdenverkehrsförderung ist auch gar keine Bevorzugung eines einzelnen Wirtschaftszweiges, denn von den 10 Prozent Anteil des Fremdenverkehrs, den wir heute bereits am Bruttonationalprodukt erarbeiten und der sich zuletzt mit einer Zahl von 78 Milliarden Schilling zu Buche schlägt, was auch übrigens der höchste Tourismusanteil unter den hochentwickelten Industriestaaten in Europa ist, kommt rund die Hälfte aus diesem Dienstleistungszweig den Güter- beziehungsweise anderen Dienstleistungszweigen zugute, und nur die Hälfte davon entfällt auf das Gast- und Beherbergungsgewerbe.

Unser Erfolg und jeder Erfolg für die Fremdenverkehrsförderung fördert und stimuliert gleichzeitig viele andere Wirtschaftszweige und dort wieder Investitionen, die fast ausschließlich inlandswirksam sind und sogar regional spezifisch abgestimmt sind.

Und neben dieser Investitionstätigkeit sorgt der Fremdenverkehr für eine gerechtere, eine breitere und eine sehr wirksame Einkommensverteilung, und zwar gerade dort, wo keine Ballungszentren sind, in den regional schwächeren und wirtschaftlich schwächeren Gebieten.

Und daher kommt, glaube ich, unsere Bedeutung und die Effizienz der Fremdenverkehrswirtschaft.

Unser Fremdenverkehr konnte sich deshalb eine sichere Basis erarbeiten, da die Volkspartei von Anfang an klar erkannt hat, daß gerade die klein- und mittelbetriebliche Struktur den Gästewünschen am besten entgegenkommt. Für Familien ist sie attraktiv und daher ideal für den Aufbau eines erfolgreichen Tourismus. Folgerichtig wurde auch diese mittelständische Struktur gefördert. Von dieser richtigen Ent-

scheidung, die zum Aufbau und zum Ausbau unserer Fremdenverkehrswirtschaft führte, hat auch die gesamte Bevölkerung Österreichs profitiert.

Wenn ich nur daran denke, wie würden unsere Dörfer infrastrukturell aussehen, was würde unsere Bevölkerung alles missen müssen, seien es nun im Winter die Skilifte und Seilbahnen oder im Sommer die Schwimmbäder oder sonstige Infrastruktureinrichtungen, die hier mit der Fremdenverkehrswirtschaft geschaffen worden sind und noch dazu nicht zu Sozialkosten, sondern zu echten wirtschaftlichen Kosten auch vermarktet werden.

Auch die Landwirtschaft hat dadurch große Zuverdienstmöglichkeiten, und wir haben diese Menschen bewogen, auf dem Hof zu bleiben und damit unsere Landschaft zu erhalten, was eines der größten Kapitalien ist, die überhaupt der Fremdenverkehr und dieses Land Österreich besitzt, seine Vielfalt, erst damit kann man ja Fremdenverkehrspolitik machen.

Das ist auch eine der Voraussetzungen gewesen, daß wir heute das gute Klima in Österreich haben, daß die Bevölkerung mitgeht, daß es uns ein Fremdenverkehrsverständnis entgegenbringt, das sich wieder positiv auf das Wohlbefinden des Gastes, der hier zu uns nach Österreich kommt, auswirkt. Und deshalb sage ich, dieser Weg war richtig, und er sollte auch in den achtziger Jahren so weiter beschritten werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Gehen Sie weg von Ihrer Belastungspolitik, haben Sie Verständnis für die Probleme einer Wirtschaftssparte, die heute laut Beschäftigungszahl die größte ist und die für die Zahlungsbilanzdefizitabdeckung eine Lebensfrage für Österreich darstellt. Verunsichern Sie uns und unsere Mitarbeiter nicht mehr weiter, sondern gehen Sie mit uns diesen Weg. Denn wir werden sicher dafür sorgen, daß die so erfolgreichen Mittel- und Kleinbetriebe auch weiterhin einen guten Boden für ihre aufopfernde Arbeit vorfinden.

Gestern hat dazu bereits die Österreichische Volkspartei eine Initiative gesetzt und ein Mittelstandsgesetz in diesem Hohen Hause eingebracht. Ich erwarte mir, wenn es zum Tragen kommen sollte, in den achtziger Jahren von dort entsprechende Impulse. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Eines möchte ich hier ganz deutlich feststellen: Österreich ist nicht ein Land, wie vielleicht der Finanzminister Androsch oft glaubt, daß man hier den Jumbojet-Tourismus nach Österreich bringen soll, billige Massenurlauber und damit unpersönliche Gastlichkeit, von Kapitalgesellschaften getragen, das

Westreicher

ist nicht der geeignete Weg. Wir von der Fremdenverkehrswirtschaft sind jedenfalls gegen jedwede Uniformierung im Urlaub und vertreten die Vielfalt. Unser Ziel ist es, unseren Gästen eine individuelle Erholung bei hoher Qualität und den Kontakt zu der Bevölkerung anzubieten. Das ist unser Weg zum Erfolg in die achtziger Jahre.

Ich glaube, wir brauchen keine Anleihen im Ausland zu machen. Ob das jetzt die Dörfer in Frankreich sind, ich nenne hier nur die Namen Cour Chevel, Avoriaz, Tignes, Flaine, Les Arc und La Plagne, wo man versucht hat, bereits in der dritten Generation, Retortenschidörfer in die Berge, in die Landschaft zu setzen. Heute, nachdem diese Orte kaum zehn Jahre alt sind, beweist sich diese wirtschaftliche Fehlentwicklung. Man sieht, daß diese Orte nicht angenommen werden, weil einfach das Zielpublikum, das man ansprechen will, zu klein ist.

Und in Österreich? Österreich versucht, einen abgewandelten Weg zu gehen, mit dem Weg in die Feriendörfer. Wir wollen jetzt in Kärnten und im Burgenland tausende Betten in Feriendörfern bauen.

Herr Minister, ich sehe diesem Weg mit sehr, sehr großer Skepsis entgegen, und warum? Einerseits, wenn ich jetzt als Bürgermeister spreche, diskriminieren Sie damit unsere 1 500 Fremdenverkehrsorte in Österreich (*Beifall bei der ÖVP*), weil Sie damit sagen, daß die Struktur unserer Fremdenverkehrsorte falsch ist. Sie setzen uns Potemkinsche Dörfer in die Landschaft hinein, die nicht diese Leistungen erbringen wie ein gewachsener Ort, wo die Bevölkerung dabei ist.

Wir sollten hier sehr, sehr vorsichtig sein und jedenfalls eines festhalten: daß nach wie vor das Hotel- und Gastgewerbe der Träger der Fremdenverkehrswirtschaft ist.

Ich habe hier große Sorgen, weil immer wieder, nicht so sehr von Ihnen, Herr Handelsminister, sondern mehr vom Finanzminister und neuerdings auch in der Hotelreuehand, dem Finanzierungsinstrument der Hotellerie, Aussagen gemacht werden, man sollte in Österreich nicht mehr weiter die teure Hotellerie fördern, man sollte vielmehr ausweichen, und hier ist ein Weg angeführt wie diese Feriendörfer, die Para-Hotellerie. Wir haben vor Jahren die Appartementwelle kennengelernt. Heute weicht man etwas aus, indem man sich eine Konzession beschafft und versucht, die teure Dienstleistung, die Österreichs Fremdenverkehr ja so attraktiv macht, zu umgehen und hier nur mit Kapital an diesem sehr schwierig aufgebauten Kuchen mitzunaschen.

Meine Damen und Herren! Wie der Erfolg hier

zu prolongieren ist, habe ich Ihnen, glaube ich, aufgezeigt. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir diesen Erfolg auch in Zukunft prolongieren können. Der Österreichische Wirtschaftsbund hat sich Gedanken gemacht, hat ein Konzept für die achtziger Jahre erarbeitet und weiß genau und versucht hier, diesen meinen Gedanken, die ich Ihnen vorgetragen habe, auch zu folgen. Denn es wird darum gehen, daß wir die Marktanteile, welche wir in den letzten Jahren langsam zu verlieren beginnen, nun wieder halten.

Und es geht darum, wie halte ich die Ausländer in Österreich? Und wie gewinne ich zusätzliche ausländische Urlauber? Wie motiviere ich die Österreicher, im Inland Urlaub zu machen und wie entlaste ich dann die Betriebe?

Wir haben dieses Programm aufgebaut, Fremdenverkehr im Mittelstand, der Fremdenverkehr als Devisenbringer Nummer 1 für Österreich, der für die Handelsbilanzdefizitabdeckung so notwendig ist, als bedeutender Arbeitgeber, als Großinvestor, als wichtige Nebenerwerbsquelle und regionaler Einkommensausgleich und Schaffer von zusätzlicher Lebensqualität für die österreichische Bevölkerung von überragender Bedeutung ist. Der Betrieb soll klein strukturiert und den Erfordernissen der Zukunft angepaßt sein. Die steuerlichen Maßnahmen, Herr Minister, sind sicher vielfältige Wünsche. Unser größter Wunsch wird der sein, daß man uns als Exporteur anerkennt, daß man uns dort auch Hilfestellungen gibt.

Ich weiß, daß es nicht gleich ist, wie Warenexporte heute behandelt werden. Ich habe schon in meiner Rede darauf hingewiesen, daß man diesen Exportcharakter insofern anerkennen kann, daß man uns die steuerliche Entlastung in Österreich gibt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was ich vom Bund für die achtziger Jahre erwarte, ist, daß das notwendige marktwirtschaftliche Klima geschaffen wird, das meines Erachtens die Voraussetzung für die Wachstumsnachfrage in der Fremdenverkehrswirtschaft darstellt.

Ich erlaube mir hier auch einige Überlegungen nur in einem Satz anzuführen. Ich glaube nicht, daß die Sozialpolitik in einer Freizeitgesellschaft dieselbe sein kann für die Menschen, die im Produktionsbereich stehen, wo die Fünf-Tage- und die 40-Stunden-Woche eine Selbstverständlichkeit ist, und für die Menschen, die in Dienstleistungs- oder Saisonbetrieben insbesondere arbeiten, die ihren Heimatort, ihr Heimatland verlassen und oft in ein anderes Bundesland ziehen. Die sind nicht an einer

11580

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Westreicher

5-Tage-Woche, noch weniger einer 40-Stunden-Woche interessiert, sondern diese Menschen wollen in der Zeit, in der sie Arbeit haben, auch entsprechendes Geld verdienen. Ich appelliere hier an die Sozialpolitiker, in den achtziger Jahren sich dieses Problems anzunehmen.

Aber insgesamt wird es darauf hinauskommen, daß wir, die Unternehmer, aber auch die Mitarbeiter, mit wieder mehr Idealismus zu dieser Branche stehen, und dazu wird es notwendig sein, daß ein Kurswechsel in der Regierung erfolgt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Voraberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Voraberger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte am Ende der großen Budgetdebatte die Zeit nicht mehr allzu lange ausdehnen. Es gibt ja eine Vereinbarung, die aber bei gewissen Arten eben nicht immer eingehalten werden kann, aber ich werde mich bemühen.

Ich werde meinen Bericht so kurz wie möglich fassen aus dem einen Grund heraus: Ich möchte den OECD-Bericht für das Jahr 1978, und zwar die Prognose und die tatsächliche Entwicklung im Jahre 1978, kurz aufzeigen. Natürlich nur mit einigen Sätzen und einigen Zahlen, denn sonst würde die Zeit sicher nicht ausreichen.

Aus dem OECD-Bericht geht hervor: „Das auffälligste Merkmal der österreichischen Wirtschaftsentwicklung“, sagt der OECD-Bericht, „in den letzten Jahren war die schrittweise Verringerung der Inflationsrate bei gleichzeitig steigender Beschäftigung.“

Ich glaube, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein sehr wesentlicher Punkt in der Geschichte unseres Landes, und ich darf sagen, daß die Prognose für die Arbeitslosenrate im Jahre 1978 mit 2,5 Prozent im Durchschnitt war und bis zum Ende 1978 mit zirka 3 Prozent ansteigen sollte. Die Wirklichkeit im Jahre 1978 war aber, daß die nicht saisonbereinigten Zahlen 2,4 Prozent und die saisonbereinigten 2,1 Prozent im Jahre 1978 aufweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt nur wenige Länder in Europa und in Übersee, die diese Beschäftigungslage beziehungsweise diese Arbeitslosenrate aufweisen können. Es gibt nur die Schweiz, Japan und Norwegen, die eine niedrigere Arbeitslosenrate aufweisen. Es gibt aber Länder, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, England, Holland und andere, ja Dänemark mit 10 Prozent und Belgien mit 11 Prozent. Und hier,

glaube ich, ist ja doch unser kleines Land Österreich international bestens im Rennen.

Der Beschäftigtenstand in Österreich betrug am 30. November 1978 2 779 466 Beschäftigte, um rund 14 000 Beschäftigte mehr als im Jahr zuvor. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf hier festhalten, daß wir – bis auf ein Bundesland – in allen Bundesländern einen Zuwachs von Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen hatten.

Der OECD-Bericht sagt auch weiter voraus, daß für das Jahr 1979 voraussichtlich die Arbeitslosenrate bei zirka 2,5 Prozent sein wird und nicht höher.

Ich darf zu dem anderen Teil noch kommen, das ist der Verbraucherpreisindex. Die Teuerungsrate war prognostiziert mit etwa 5 Prozent und darüber, und die Wirklichkeit sieht in Österreich so aus, daß es wahrscheinlich weit unter 4 Prozent sein werden. Ich darf hier noch erinnern, daß im Jahre 1975 es 8,4 Prozent, 1976 7,3 Prozent und 1977 5,5 Prozent waren. Die Prognose für 1978, wie gesagt, 5 Prozent. Wir werden voraussichtlich bei 3,5 Prozent Teuerungsrate haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Vergleich zu anderen Ländern darf ich hier festhalten, daß OECD-Europa bei 8,5 Prozent Teuerungsrate hat und OECD insgesamt zirka 7,5 Prozent aufweist.

Wir haben Länder, wie Norwegen, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die mehr wie 7, 8 und 9 Prozent, ja Dänemark, Italien, Schweden sogar 11,5 Prozent und 12 Prozent an Teuerungsraten im Jahre 1978 haben.

Wir werden uns bemühen, auch im Jahre 1979 die Teuerungsrate weiter zu senken, es wäre hier die 3 Prozent-Grenze ein sehr guter Sprung nach vorne.

Ich darf aber noch einige andere Sachen aus dem OECD-Bericht nennen, und zwar war die Prognose für den Gesamtwachstum der österreichischen Importmärkte für 1978 ungefähr mit 5 Prozent geplant. Auf der Basis des Gesamtwertes des Außenhandels sind von Jänner bis Oktober 1978 die Ausfuhren aber um 8 Prozent gestiegen. Auch hier besser als die Prognose des OECD-Berichtes des Vorjahres. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Fremdenverkehr. Kollege Westreicher hat zuerst davon gesprochen, daß alles rückläufig war, und ich darf hier festhalten, die Prognose war, die Einkommen aus dem Fremdenverkehr werden real nicht sehr stark steigen können. Die Tatsache ist, daß in den ersten zehn Monaten 1978 die Bruttoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr um 11 Prozent höher waren als

Voraberge

1978. Da die Ausgaben für den Fremdenverkehr stagnierten, erhöhten sich die Deviseneinnahmen um über 23 Prozent, genau um 23,2 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf nur auszugsweise aus dem OECD-Bericht über die Verschuldung einige Sätze vorlesen, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten.

„Die öffentliche Verschuldung Österreichs im Vergleich zum Bruttonationalprodukt ist gemessen am internationalen Standard noch immer niedrig. Der rasche Anstieg in den letzten Jahren hat jedoch die Aufmerksamkeit auf diese Frage gelenkt. Da die Verbesserungen der Konkurrenzfähigkeit und die Verlagerung von Ressourcen in den Exportsektor Zeit brauchen wird, steht die derzeitige Strategie der schrittweisen Verringerung des Budgetdefizits im Einklang mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und Verbesserung der Zahlungsbilanz.“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch ein Auszug aus dem OECD-Bericht, zusammengefaßt möchte ich sagen.

„Die Verbesserung der Leistungsbilanz im Jahre 1978, die hauptsächlich auf beträchtliche Marktanteile im Export zurückzuführen ist, überstieg selbst optimistische Erwartungen. Die Aussichten auf mittlere Frist, ein besseres außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, ohne größere Produktions- und Beschäftigungseinbußen zu erleiden, haben sich verbessert.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf allen diesen Gebieten war gegen die Prognose eine Steigerung oder eine Besserstellung unserer wirtschaftlichen Situation zu erreichen.

Unter den Ländern haben wir eine der niedrigsten Arbeitslosenraten, unter den Ländern mit den niedrigsten Teuerungsraten sind wir ebenfalls im unteren Drittel.

Ich darf, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur feststellen, daß die tatsächliche Entwicklung im Jahre 1978 besser ist, als die OECD-Prognosen vom Vorjahr waren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Natürlich nicht auf allen Gebieten, das ist selbstverständlich und klar, das ist auch gar nicht in dieser Zeit möglich.

Es ist natürlich diese Tatsache der Verbesserungen ein großes Verdienst unserer sozialistischen Regierung. Auch 1979 müssen wieder viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden, natürlich vor allen Dingen auch für unsere Jugend, um die Arbeitslosenrate auf einem entsprechenden Prozentsatz zu halten. Auch die Teuerungsrate muß noch weiter gesenkt werden. Ich habe vorher bereits eine Zahl von zirka 3 Prozent genannt, und das wäre ein Ziel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zum Schluß kommen und Ihnen sagen, daß die Sozialisten im Jahre 1970 mit der Arbeit für Österreich und seine Bevölkerung begonnen haben; diese Arbeit hat sich zum Vorteil aller durchgesetzt.

Die Leistungen für die Kinder, die Familien und die Pensionisten sowie die Arbeitsplatzsicherung haben viele, viele Freunde in Österreich gefunden, und die Bevölkerung hat im Jahre 1971 und auch im Jahre 1975 das begonnene Werk bestätigt. Wir werden diese Arbeit 1979 fortsetzen und, wenn uns die österreichische Bevölkerung im nächsten Jahr wieder die Mehrheit gibt, auch die nächsten vier Jahre. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Landgraf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Landgraf** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde sicherlich nicht, wie schon einige Male gesagt wurde, in grau oder in schwarzweiß malen, nachdem der Herr Kollege Voraberge durch die rosarote Brille geschaut hat. Aber ich werde mir erlauben, doch sehr kritisch zu einigen Punkten Stellung zu nehmen, die dieses heutige Kapitel betreffen.

Ich möchte aber vorher bewußt hier zu einem Problem Stellung nehmen, weil wir am Ende dieses Jahres stehen und knapp vor Beginn eines Jahres, in dem in Österreich wieder eine Reihe von Wahlen durchgeführt werden und weil dieses Problem auch auf den Fremdenverkehr einen gewissen Einfluß hat. Es handelt sich um die Änderung der Nationalratswahlordnung im Zusammenhang mit dem Alkoholverbot.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit über 30 Jahren versuchen die Bundeskammer, die Sektion Fremdenverkehr und die gastgewerblichen Fachverbände, eine Änderung herbeizuführen. Wir in Österreich sind, glaube ich, so ziemlich die einzigen in ganz Europa, die dieses Alkoholverbot an Wahltagen noch praktizieren. In fast allen anderen Staaten Europas ist dies nicht mehr der Fall. Es haben sich auch schon sehr viele Landesregierung entschlossen, bei Landtags- und Gemeinderatswahlen davon abzugehen. Ich darf hier auch anmerken, daß demnächst Oberösterreich eine Änderung der Landtagswahlordnung vornehmen wird. Nur, wie gesagt, bei uns ist das Verbot nach wie vor bindend.

Meine Damen und Herren! Ich sage das bewußt aus drei Gründen. Einmal ist es ja kein Geheimnis – das darf hier offen ausgesprochen werden –, daß es heutzutage für keinen

11582

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Landgraf

Menschen schwer ist, auch an einem Wahltag genügend Alkohol zu erwerben oder daheim zu haben sowie auch zu trinken. Zweitens bringen Sie, wenn Sie Ihre Meinung auf diesem Gebiet nicht ändern sollten, meinen ganzen Berufsstand – das heißt, alle Kollegen und Kolleginnen, die in meinem Berufsstand tätig sind – in eine zwiespältige Situation. Ich habe das Herrn Innenminister Lanc neuerlich bei einer Aussprache gesagt. Er hat sich bedauerlicherweise nicht dazu geäußert.

Es ist doch bekannt – das darf ich wohl sagen –, daß gerade an solchen Tagen unsere österreichischen Staatsbürger bewußt in ein Wirtshaus gehen. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, denn ich bin ja Gott sei Dank praktizierender und immer noch tätiger Gastwirt, daß gerade an solchen Tagen die Leute kommen und uns animieren und sagen: Wir wollen heute erst recht etwas haben. Das wird allerdings auch in sehr vielen Fällen von der Polizei oder von der Gendarmerie toleriert. Aber meine Kollegen werden dadurch in eine schwierige Situation gebracht, denn es braucht nur einmal ein Naderer zu kommen und ihn anzuzeigen, dann wird er bestraft.

Als letztes sei erwähnt, daß ausländische Gäste, die ja Gott sei Dank zu jeder Zeit bei uns in Österreich zu Gast sind, einfach nicht verstehen, daß sie an solchen Tagen nicht einmal ein Seidel Bier trinken können.

Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion! Vor allem richte ich dieses Ansuchen noch einmal an den Herrn Präsidenten Mühlbacher, er möge sich dafür einsetzen, daß sich im Kreise seiner Partei ein Gesinnungswandel vollzieht. Anschließend darf ich Ihnen nur noch sagen: Ein sehr bekannter Mann, der Ihnen nahesteht, nämlich der Ombudsman der „Kronen-Zeitung“, Herr Dr. Zilk, hat sich am 5. Jänner bereits dazu geäußert, allerdings in dem Sinn, wie wir es meinen, nämlich daß hier eine Änderung herbeigeführt werden sollte.

Nun darf ich auf einige spezielle Dinge zu sprechen kommen. Meine Damen und Herren! Herr Minister! Sie wissen, daß ich aus einem Bundesland komme, das sehr viele Heil- und Kurbäder aufzuweisen hat. Sie wissen weiters, Herr Minister, daß ich Obmann-Stellvertreter der Sektion Fremdenverkehr bin, daß also das in meinen Kompetenzbereich hineinfällt. Unsere Kuranstalten und Heilbäder haben durch Restriktionen bezüglich der Finanzierung von Auslandskuraufenthalten in der deutschen Bundesrepublik schwerste Einbußen hinnehmen müssen. Es ist also verständlich, daß Sorge und selbstverständlich auch Empörung über die Errichtung oder Verbesserung von Fremdenver-

kehrseinrichtungen und Kuranstalten in Ungarn aufgekommen sind. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dazu beigetragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat außerdem ein Interview des Herrn Bundeskanzlers, das er nach seiner Rückkehr aus Ungarn gegeben hat. Nun hören Sie bitte, was der Herr Bundeskanzler dazu gesagt hat. Er hat gemeint, daß der Fremdenverkehr in Ungarn eine gewaltige Steigerung erfahren würde.

Er sagte wortwörtlich: „Von den 100 000 Ungarn, die da in Amerika leben, in Australien leben, gibt es einen starken Trend zu Besuchen in Ungarn und Budapest und dafür braucht man in Ungarn eine moderne, eine zeitgemäße Infrastruktur, und ich bin nur froh, daß wir die Möglichkeit haben, hier mitzutun.“

Wenn man das liest, so muß man sagen: Versetzen Sie sich bitte in die Lage dieser Menschen, die in der Branche der Kuranstalten tätig sind. Stellen Sie sich einmal vor, was das für diese Menschen heißt. Die Aufklärung bezüglich der Bewerbung der österreichischen Bauwirtschaft an Ausschreibungen ist klar. Es wurde dazu eine klare Aussage der Bundeshandelskammer gemacht. Die Beantwortung einer Anfrage, die mein Kollege Dr. Wiesinger bezüglich einer Beleggarantie seitens der Sozialversicherungsträger gestellt hat, ist uns ebenfalls bekannt.

Ich möchte aber dennoch auf eine Befürchtung hinweisen, die im Kreise der Fremdenverkehrswirtschaft und hier insbesondere der Heilbäder und Kuranstalten auftritt, nämlich, daß auf dem Umweg über ungleich hohe Kostenzuschüsse eine Subvention erfolgt. Es liegt mir hier eine Aufstellung der Erhöhung der Kurkostenbeiträge vor. Es ist sehr verwunderlich, daß gerade die Tagessätze für Kurkostenbeiträge im Ausland wesentlich stärker erhöht wurden als die im Inland. Wenn ich nur zwei Beispiele nennen darf: Die Tagessätze für Kurkostenbeiträge im Ausland sind von 90 S auf 150 S erhöht worden, die Tagessätze für Aufenthalte im Inland dagegen nur von 80 S auf 100 S.

In diesem Zusammenhang muß ich aber noch eines sagen, Herr Minister, meine Damen und Herren: Wie mir gesagt wurde, veranstaltete die Hotelkette „Danubius“, eine ungarische Hotelkette in Graz, im Hotel Steirerhof eine Präsentation ungarischer Hotels. Dort wurde besonders die Werbung für das Rheumabad – ich bitte jetzt meinen Kollegen Graf, wenn ich es nicht richtig ausspreche, mich zu korrigieren – Heviz in den Mittelpunkt gestellt.

Wenn ein Vertreter der steirischen Gebietskrankenkasse dort erklärt hat, daß die Aufenthalte in diesem Kurzentrum besonders billig

Landgraf

wären und außerdem die Kurkostenbeiträge für Auslandsaufenthalte wesentlich erhöht worden seien, dann beweist das, daß unsere Befürchtung nicht so von ungefähr kommt.

Mein Kollege Westreicher hat ganz kurz ein anderes Thema gestreift, und zwar die Getränkebesteuerung. Meine Damen und Herren! Ich lebe in einem Bundesland, das unmittelbar an jenes Land grenzt, aus dem die meisten Gäste zu uns nach Österreich kommen, und erlebe dort tagtäglich – Herr Minister, ich habe Sie schon einmal eingeladen, doch bitte einmal in unsere Grenzregion Schärding, Braunau und so weiter zu kommen –, welche Rückgänge im Fremdenverkehr, im Gästebesuch, im Ausflugsverkehr zu verzeichnen sind, weil wir einfach zu hoch besteuert sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf Sie, Herr Minister, auch an eine Stelle im „Arbeitsprogramm Fremdenverkehr der ökonomischen Konferenz 1976“ erinnern. Es heißt dort: „Neben der Strukturverbesserung des Förderungssystems sind auch konstruktive, praktikable und aufkommensneutrale Vorschläge hinsichtlich des Abgabensystems im Fremdenverkehrs-Gewerbe zu erbringen.“ Aber, man höre und staune, auch der Herr Finanzminister, der noch vor kurzer Zeit die Getränkebesteuerung als Scheinproblem abgetan hat, meint nun, es müsse ein Arbeitskreis zur Reform der Getränkebesteuerung eingesetzt werden. Man kann dazu nur abgewandelt sagen: Die Botschaft hören wir wohl, allein es fehlt der Glaube! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das auch deswegen, weil diese Regierung schon zu oft versprochen und hinterher wieder gebrochen hat.

Herr Minister! Die Sektion Fremdenverkehr, unser Sektionsobmann Kommerzialrat Scheiner, hat ein Weißbuch in Auftrag gegeben, das jetzt vor der Vollendung steht. Ich hoffe, daß auch Sie, Herr Minister, und daß der Herr Minister Androsch sich dieses Mittels auch in dieser Konferenz bedienen werde, weiters, daß auch wir eingeladen werden, um dort sehr offen und klar unsere Stellungnahme abgeben zu können. Denn sonst, Herr Minister, glaube ich, werden Sie nie mehr in die Lage kommen, so hoffnungsvolle Prognosen für den österreichischen Fremdenverkehr und insbesondere für den Winterfremdenverkehr zu stellen, wie Sie das am Obertauern getan haben.

Herr Minister! Wenn sich auch – ich komme darauf noch zu sprechen, mein Kollege Westreicher hat das ja bereits getan – unsere Betriebsinhaber mit ihren Familien, aber auch unsere Mitarbeiter bemühen, durch ihre Arbeit die Preise möglichst auf einem Niveau zu halten, wie sie kaum in irgendeiner anderen Branche und kaum in irgendeinem anderen Land

gehalten werden, so wird dieses Bemühen, diese Arbeit dadurch fruchtlos gemacht, daß wir einfach durch die Teuerungspolitik dieser Regierung nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Wenn ich auf Ihr Interview, das Sie am Obertauern gegeben haben, noch . . . *(Ruf bei der SPÖ: In Obertauern!)* – In Obertauern, bitte. Ich nehme das gern zur Kenntnis, Herr Kollege. Sie sind ein Kärntner, Sie wissen das ein bißl besser als ich.

Aber, Herr Minister, wenn ich auf dieses Interview noch einmal zurückkomme, so darf ich Ihnen persönlich ein bißchen was dazu sagen. Als Ihr Jahrgangskollege muß ich sagen: Es hat mir echt Freude bereitet, was Sie in diesem Interview zum Schifahren sagten, als Sie dort erklärt haben: Na ja, wissen Sie, wenn so ein Wiener Bazi in die Berge rauskommt, dann habe ich meinen eigenen Stil: Ansetzen zum Schwung, stürzen, aufstehen, abputzen, weiterfahren, und so kommt man auch hinunter!

Als Ihnen dann die Frage gestellt wurde, ob Sie damit dem Fremdenverkehr helfen können, haben Sie, Herr Minister, gesagt: Nein, dem Fremdenverkehr nicht, aber ich würde sagen, es ist damit der Beweis erbracht, daß selbst der schlechteste Schifahrer hier in diesem Gebirge auch ganz gut runterkommt. Ich freue mich also, daß ich nicht der einzige bin, der sich bemüht, so recht und schlecht runterzukommen, sondern hier Unterstützung habe!

Aber, Herr Minister, zum Ernst zurückkehrend: Ich nehme diese Ihre Äußerung über das Schifahren zum Fremdenverkehr doch positiv auf, und hier kann ich vielleicht das einzige Mal auch ein bißchen Dank sagen.

Ich sehe nämlich darin Ihren Versuch, Herr Minister, daß Sie etwas gut machen wollen, was der Herr Bundeskanzler am 1. 6. 1977 – im „profil“ stand es sehr klar und deutlich zu lesen – wieder einmal in schnoddriger Weise gesagt hat, daß er sich nämlich Österreich nicht mehr leisten könnte, weil es ihm zu teuer sei.

Herr Minister! Diese Äußerung, „schnoddrig“, hat niemand anderer getan als Ihr Parteikollege, der Landeshauptmann von Kärnten, Herr Wagner, er hat auch gesagt, daß diese schnoddrige Äußerung des Herrn Bundeskanzlers dem Fremdenverkehr in Kärnten sehr stark geschadet habe. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich nehme das also dankbar zur Kenntnis, Herr Minister! Wenn ich noch Dank aussprechen darf, dann möchte ich das hier gerne tun. Leider ist der Mitarbeiter aus Ihrem Ressort nicht mehr im Raum. Aber ich möchte mich für seine Arbeit, für sein Bemühen und für sein Verständnis für

Landgraf

die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft sehr herzlich bedanken. Es ist dies der Herr Ministerialrat Dr. Würzl. Ich darf sagen: Man merkt, daß in ihm das Herz eines Gastwirtsohnes schlägt. Es möge noch recht, recht lange für uns schlagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zu einigen Ansätzen, Herr Minister. Sie werden sehr oft als „Konsumentenschutzminister“ bezeichnet. Man könnte natürlich zwangsläufig zu dieser Ansicht auch kommen, da im Gegensatz zu anderen Ansätzen, die stagnieren oder überhaupt auslaufen sollen, der „Verein für Konsumenteninformation“ eine, wenn auch geringe, aber doch immerhin eine Erhöhung aufweist.

Herr Minister! Ich möchte die Notwendigkeit des „Vereines zur Konsumenteninformation“ gar nicht in Abrede stellen. Ich möchte Sie nicht kritisieren, aber ich möchte Sie als Ressortchef auffordern, die Nutzenwendung daraus zu ziehen.

Mein Kollege Westreicher hat schon einmal von der Partnerschaft gesprochen, und wir wollen sie gerne halten, weil wir ja als Fremdenverkehrsfachleute daran interessiert sind.

Wenn ich dabei in Erinnerung rufen darf die Aktion „Urlaubsleid 1978“, Herr Minister, wobei die Reaktion, wenn man sie in Relation zu Ankünften und Übernachtungen stellt, er gar nicht so groß war. Ich glaube – und wir möchten Ihnen das als Vorschlag unterbreiten, Herr Minister –, man sollte Erfahrungen, die man aus solchen Erhebungen macht, nicht in der Öffentlichkeit besonders aufzeigen – denn darauf wartet ja das mit uns konkurrierende Ausland sowieso –, sondern wir sollten, glaube ich, unter uns darüber diskutieren, und man sollte versuchen, auf Grund der Erfahrungen, die wir aus solchen Fehlern sammeln, eben dann diese Fehler in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu beheben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Problem, Herr Minister – und da komme ich jetzt schon noch ein bißchen ins Konkretere hinein –: Die Campingplatzbesitzer, die auch zu unserer Sektion gehören, erwarten von Ihnen die längst angekündigte Aktion, nämlich die Einbeziehung der Campingplätze in die Aktion „Fremdenverkehr.“

Herr Minister! Am 16. Juli 1975 hat die Bundeshandelskammer einen diesbezüglichen Antrag gestellt, und im Jahre 1977, also zwei Jahre später, als Sie uns dazu aufforderten, hat auch sehr prompt das Wirtschaftsförderungsinstitut der Bundeshandelskammer eine Studie erstellt. Genauso schnell, Herr Minister, haben wir, als ein Richtlinienentwurf Ihres Ministeriums herauskam, auf Ihren Wunsch hin unsere

Begutachtung und auch Verbesserungsvorschläge gemacht.

Herr Minister! Meine Kollegen aus der Campingbranche – und das ist schließlich und endlich bei uns im österreichischen Fremdenverkehr auch ein bedeutender Faktor – sind nicht der Meinung, wie Sie das vielleicht glauben, daß gut Ding Weile braucht, sondern sie erwarten von Ihnen, Herr Minister, hier demnächst die Verwirklichung der angekündigten Aktionen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich habe schon angedeutet, daß bei verschiedenen Ansätzen von Kreditaktionen hier nicht einmal die Valorisierung berücksichtigt wurde.

Ich darf nur einige Beispiele nennen, die zeigen, daß an den Ansätzen gar nichts geändert wurde.

Die Komfortzimmer-Aktion – von der Sie wissen, Herr Minister, daß sie nicht nur sehr in Anspruch genommen wird, weil sie nämlich zielführend ist und weil sie zur Qualitätsanhebung wirklich sehr viel beiträgt – erfuhr seit ihrem Beginn keine Erhöhung.

Genauso stagniert seit dem Jahre 1971 die mit den Bundesländern und der Handelskammer gemeinsam durchgeführte Kreditaktion. Diese Stagnation ist allerdings nur in Ihrem Ressort festzustellen, Herr Minister, weil sich die Partner Bundeshandelskammer wie Bundesländer zu einer Erhöhung bereit erklärt haben.

Die Zinsenzuschüsse für Gemeinden werden für das nächste Jahr ganz besonders gesenkt und sollen auch auslaufen; Herr Minister, es ist uns allen klar, was diese Aktion für die Gemeinden bedeutet hat.

Herr Minister, ich möchte nicht einmal Ihnen persönlich unterstellen, daß Sie irgendwo besonders säumig geworden wären, daß Sie nichts getan hätten; das will ich Ihnen konzedieren, aber ich sehe da, Herr Minister, eine ganz andere Ursache, nämlich daß Sie gar nicht mehr in der Lage sind, auch wenn Sie wollten, bei Ihrem Herrn Kollegen Finanzminister etwas zu erreichen. Denn hier schlägt sich die Verschwendungspolitik und die schlechte Wirtschaftspolitik dieser Regierung bereits nieder, und wir müssen es damit büßen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf ein Problem möchte ich noch kurz zu sprechen kommen, weil Kollege Voraberger das erwähnt hat und auch Kollege Teschl darauf eingegangen ist – allerdings hat mein Kollege Westreicher dazu ja bereits ausführlich Stellung genommen –: das ist die Arbeitsplatzsicherung.

Unser Bundesparteiohmann hat schon heute

Landgraf

früh in seiner Rede gesagt, daß wir bei Gott nicht glauben, alles zu wissen, alles besser machen zu können. Aber wir haben eines sicher getan: Wir haben unsere Bereitschaft, für Österreich mitzuarbeiten, unter Beweis gestellt – ich verweise auf unser Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Es wäre, glaube ich, höchst an der Zeit, Herr Minister, daß nun einmal auch von Ihrer Seite zugegeben wird, daß nicht allein sie die Arbeitsplätze sichert.

Ich darf nur ein kurzes Beispiel noch bringen: Wenn man in Linz oder sonstwo in Oberösterreich durch die Gegend fährt, sieht man riesengroße Plakate. Drauf ist Ihr Generalbevollmächtigter zu sehen, und der Schmied von Oberösterreich, Hartl, greift heiße Eisen an. Er war im übrigen auch einer der ersten, die sich den Herrn Generalbevollmächtigten zu kritisieren getraut hatten. Im Hintergrund: die VÖEST-Alpine.

Ich möchte dazu nur sagen: Herr Minister! Wir haben nicht nur Vorschläge unterbreitet, wir haben – ich möchte beim Beispiel der Fremdenverkehrswirtschaft bleiben; Westreicher hat die Zahlen hier genannt – auch unter Beweis gestellt, daß wir bereit sind, unseres dazu beizutragen, daß diese Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft und vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben gesichert bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht außer Zweifel, daß die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft in den letzten Jahrzehnten enorme Leistungen erbracht hat. Trotz ungünstiger wirtschaftlicher Voraussetzungen konnte sie sich auch in den letzten Jahren gut behaupten. Sie ist zu einem der bedeutendsten Zweige der österreichischen Wirtschaft geworden.

Dahinter steckt, wie auch schon Hugo Westreicher sagte, eine gewaltige Aufbauarbeit der Gastwirte und Beherberger dieses Landes und auch ihrer Mitarbeiter. Sie haben mit Leistungsfreude, Ideenreichtum, Fleiß und Initiative erreicht, daß das Gastland Österreich heute ein Markenzeichen für Qualität ist.

Ich möchte hier klar und deutlich herausstellen, daß diese Leistungen zum Großteil auf die aufopfernde Tätigkeit der Familienbetriebe im Gast- und Beherbergungsbereich zurückzuführen sind. Weit über 70 Prozent der Fremdenverkehrsunternehmer sind als Familienbetriebe zu bezeichnen.

Dieser Tatsache ist es sicherlich zu verdanken, daß wir im Fremdenverkehr trotz ungünstiger Wirtschaftsentwicklung und trotz verfehlter

Wirtschaftspolitik dieser Regierung noch immer mit Erfolgen aufwarten können.

Es sind meine Kolleginnen und Kollegen, die 60 Stunden und mehr im Betrieb stehen, die kein verlängertes Wochenende haben und die anstelle eines verlängertenurlaubes eher wenig Urlaub nehmen können. Dafür möchte ich diesen Menschen, diesen meinen Kollegen und insbesondere den Frauen, die in diesem Beruf tätig sind, auch von dieser Stelle meinen Dank aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten der Sozialistischen Partei, haben den Dank an diese Menschen in besonderer Art abgestattet. Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, haben einen Großteil, um nicht zu sagen, die Mehrheit dieser Menschen, zu Bürgern zweiten Grades gestempelt. Sie, meine Damen und Herren der linken Seite, haben diese Menschen mit Ihrem Ja zur Reform des Arbeiterkammerwahlrechtes schlechter gestellt als Gastarbeiter. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie zur Kenntnis: Für diese Schmach und für dieses Schandgesetz werden Ihnen mehrere Tausende, -zigtausende Unternehmer mit ihren Familienmitgliedern im nächsten Jahr bei der nächsten Wahl die Rechnung legen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Hohes Haus! Ich möchte auf die Bemerkungen und Anfragen der Herren Abgeordneten eingehen.

Zuerst kann ich mit Freude feststellen, daß sich verhältnismäßig wenige mit den Budgetansätzen beschäftigt haben, es wäre auch wirklich sehr schwer möglich gewesen, denn sehr zum Unterschied, Herr Abgeordneter Landgraf, von Ihrer Behauptung, ich könne mich beim Finanzminister nicht durchsetzen, kann ich doch darauf verweisen, daß die Förderungsausgaben auch für das nächste Jahr um 15 Prozent erhöht wurden. Wir wären glücklich, wenn das seit 1945 gerade in der Wirtschaft immer der Fall gewesen wäre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Präsident Sallinger sprach von den Problemen des Mittelstandes. Hier spreche ich lieber von Klein- und Mittelbetrieben, und zwar nicht, Herr Abgeordneter Stix, weil ich „allergisch“ gegen diesen Begriff wäre, sondern weil ich mit diesem Begriff gar nichts anfangen kann. Ich habe zum Beispiel hier eine Definition:

Der Mittelstand steht im Zentrum des Wirt-

11586

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Bundesminister Dr. Staribacher

schaftens, sei es im Bereich der Produktion oder des Konsums. Zum Mittelstand zählt einerseits der wirtschaftlich Selbständige in breitester Auffächerung, auf der anderen Seite aber sozusagen als sozialer Mittelstand jedermann, der sich auch als Unselbständiger der Leistung, gesellschaftspolitischen Verpflichtungen oder Verantwortung verpflichtet fühlt und sich selbst einen gewissen Lebensstandard erarbeitet hat. Wer ja sagt zur Arbeit im Interesse des Gemeinwesens, gehört zum Mittelstand, zu jenem Mittelstand, den wir gerade in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft brauchen. Man hüte sich vor dem Begriff Mittelstand zu einer politischen, zu einem . . . - jetzt ist es sehr schlecht zu lesen, das hat der Herr Bürgermeister Lugger nämlich mit der Hand dazugeschrieben. *(Heiterkeit.)*

Ich frage Sie also: Wenn jedermann zum Mittelstand gehört, wo ist dann der „Unterstand“, wo ist dann der „Oberstand“? Und das ist das Problem, das ich hier habe. *(Abg. Dr. Mussil: Fällt Ihnen denn nichts Neues ein, Herr Minister?)* Ja, Herr Generalsekretär, es fällt mir nichts Neues ein, weil Sie mir das noch immer nicht beantwortet haben und weil ich das so gerne einmal von Ihnen erfahren möchte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube aber, daß wir sehr wohl sagen können, daß wir für die Klein- und für die Mittelbetriebe - wenn Sie die meinen, Herr Präsident Sallinger, und die meinen Sie ja - sehr viel gemacht haben.

Ich darf doch darauf hinweisen, daß wir seit 1970 das Fünffache in der BÜRGES, fast 6½ Milliarden Schilling, aufwenden und diese BÜRGES halt 1970, als wir die Regierung übernommen haben, gesperrt gewesen ist. *(Abg. Dr. Mussil: Stimmt doch gar nicht!)* Das war, glaube ich, das, was wir für die Klein- und Mittelbetriebe seither geleistet haben.

Herr Abgeordneter Taus! Sie wollen gerne wissen, was sozusagen bei dem Branchenreferat herausgekommen ist. Ich darf darauf verweisen, daß der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen das 1970 verlangt hat, daß wir das erfüllt haben und daß er 1978 in einer neuen Studie die positive Auswirkung festgestellt hat. Wir haben dort beim Außenhandel, bei der Forschung, bei den Investitionen viel getan. Ich verweise auf die Papierförderung. Sie meinen, es geschehe nichts für die Industriepolitik. Es sind 5,2 Milliarden Schilling. Wir haben die Zulieferungen für die Kfz-Industrie über diese Branchenreferate geregelt, wir haben im Zollbegünstigungsverfahren über 500 bis 1 000 im Monat . . . *(Abg. Dr. Taus: Über die Branchenreferate geht die Zulieferung Kfz?)* Über die Branchenreferate wurde die Lösung dieses Problems in Angriff

genommen. Sie haben es nicht geglaubt, aber es wurde wirklich gelöst. Die Erfolge - sei es bei BMW, sei es bei Renault, sei es bei den Volkswagenwerken, sei es bei Ford jetzt - stehen eindeutig fest, Herr Obmann Taus! Ja, Sie sind weg, ich glaube es Ihnen, denn es stimmt nämlich, und Sie wissen das auch, aber Sie wollen es natürlich hier nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber es geht noch weiter. Wir haben auch das Problem der öffentlichen Aufträge, ÖNORM 2050, gelöst. Wir haben über 100 Firmenkontakte ausgemacht. Wir haben die Branchenuntersuchung für Email, für die Lackindustrie gemacht, und wir haben Firmen angesiedelt: Grundig, Philips, Fulpmes, Mühlviertler Weber, Köflach, Renault - ich könnte Ihnen die Aufzählung fortsetzen.

Also Sie sehen: Dort ist sehr viel geschehen. Wenn Sie schon mir nicht glauben, Herr Abgeordneter Taus, eine ein bißchen gute Beziehung müssen Sie doch zur Handelskammer haben. Fragen Sie den Fachverband für die Industrie! Er wird Ihnen die positive Meinung, die er über dieses Branchenreferat hat . . . *(Abg. Dr. Mussil: Wir haben keinen Fachverband für Industrie, sondern wir haben eine Reihe von Fachverbänden in der Industrie!)*

Ja, aber einer davon ist die Industriesektion, Herr Generalsekretär! Wenn Sie die Industriesektion fragen, dann wird sie Ihnen Bescheid sagen. Vielleicht können Sie das, Herr Generalsekretär, auch dem Herrn Bundesobmann Taus mitteilen, damit er das nächste Mal nicht fragt: Was ist denn da eigentlich geschehen? - Denn sonst glaubt man ja wirklich, er weiß davon nichts. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Das ist gar nicht der Fall, Herr Generalsekretär, da sind Sie wieder sehr schlecht informiert, wie es innerhalb Ihrer Handelskammer zugeht, denn da würden Sie die positiven Ergebnisse hören können. Ich habe sie hier, glaube ich, auch entsprechend aufgezählt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage des Herrn Abgeordneten Gassner betrifft, der meint, im Export müßte mehr geschehen. Sie haben zwar zugegeben, der Export wurde ja heuer um 8 Prozent gesteigert - bei wahrscheinlich gleichbleibenden Importen -, vielleicht sogar ein halbes Prozent oder 1 Prozent weniger als gegenüber dem Vorjahr. Das ist eine gigantische Leistung, wenn Sie bedenken, wie wenig eigentlich es anderen Staaten geglückt ist, diese Exportsteigerung zu erreichen.

Aber ich gebe zu, daß bei den OPEC-Staaten der perzentuelle Anteil aus zwei Gründen zurückgegangen ist:

Erstens einmal haben wir die anderen

Bundesminister Dr. Staribacher

wesentlich gesteigert, zum Beispiel nach Deutschland mit über 17 Prozent, und wir haben – was auch sehr entscheidend war – eine Umschichtung unserer Öllieferungen durchführen müssen oder können, das kann man jetzt beurteilen wie man will, und dadurch ist natürlich die Tangente gefallen. Sie sehen also, das allein ist der Grund, warum es zu dieser Entwicklung gekommen ist, die aber absolut positiv ist. Sie verlangten gezielte Maßnahmen, ich kann sie Ihnen schon mitteilen, da dies schon geschehen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Zittmayr hat ... *(Abg. Dr. Fischer: Bitte Rücksicht auf die Stenographen zu nehmen!)* Ich habe nur kurz Zeit, ich habe nur kurz Zeit. Der Herr Abgeordnete Zittmayr hat also jetzt hier das Außenhandelsbilanzdefizit des Vorjahres angeschnitten. Ich streite das gar nicht ab, er hat nur darauf hingewiesen, daß der Fremdenverkehr auch nicht mehr in den Nettoergebnissen so hoch ist, auch das streite ich gar nicht ab. Nur, Herr Abgeordneter Zittmayr, das kommt genau deshalb, weil sich nämlich der Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung wesentlich erhöht hat und dadurch eben wesentlich mehr Geld ausgegeben wird. Dieses Mehrausgeben, sei es im Urlaub, sei es im Mehrkauf der Produkte, auch ausländischer Produkte, hat sich in diesen Ziffern niedergeschlagen.

Wir haben aber schon eine wesentliche Verbesserung erreicht, denn Sie wissen, daß wir das Zahlungsbilanzdefizit im vergangenen Jahr mit 30 Milliarden heuer auf 10 Milliarden werden reduzieren können. *(Abg. Dr. Zittmayr: Und nächstes Jahr wird es wieder steigen!)*

Was nächstes Jahr sein wird, werden wir erst sehen, seien Sie vorsichtig mit Ihren Prognosen, denn ich werde Ihnen dann gleich einiges sagen, was Sie hier dazu bemerkt haben.

Ich glaube, dadurch, daß die österreichischen Urlauber wesentlich mehr im Ausland ausgehen, und zwar gab es eine Steigerung von 12 Milliarden im Jahre 1970 auf 35 Milliarden Schilling im vergangenen Jahr, heuer werden es wahrscheinlich noch viel mehr sein, ist es dazu gekommen, daß das Nettoergebnis im Fremdenverkehr leider zurückgegangen ist.

Eines möchte ich mit aller Deutlichkeit aber feststellen: daß eben für uns Fremdenverkehr keine Einbahnstraße ist und daß wir daher hier gar keine andere Möglichkeit haben, als eben das zur Kenntnis zu nehmen.

Die Fremdenverkehrswirtschaft hat aber – ich werde darauf noch zu sprechen kommen – Gigantisches geleistet, das werde ich aber dann

bei den Abgeordneten Westreicher und Landgraf sagen.

Herr Abgeordneter Zittmayr! Ich kann alles verstehen, nur eines nicht. Wenn wir im Ausschuß uns geeinigt haben, daß es nicht sehr zweckmäßig ist, ein gewisses Problem hier zur Sprache zu bringen im Interesse dieses Problems, wenn Sie von mir alle Unterlagen verlangt haben und restlos seit dem Jahre 1968 alle Unterlagen bekommen haben und daher den Briefwechsel 1968 ganz genau kennen, daß Sie dann trotzdem dieses Problem hier relevieren und mich zu einer Stellungnahme zwingen.

Ich stelle mit aller Deutlichkeit fest, daß ich also überhaupt nicht säumig wurde – das geht aus dem Briefwechsel eindeutig hervor –, daß es kein Verschulden dieser Bundesregierung ist, sondern daß wir hier etwas gutmachen müssen, was leider früher geschehen ist. Wir sind gerade dabei, und ich hoffe, daß uns das gelingt; mehr will ich hier im offenen Haus dazu nicht sagen.

Was nun die Frage betrifft bezüglich der Ostliberalisierung. Ja, meine Damen und Herren, Sie stellen das so dar, als ob ich das erfunden oder gemacht hätte. Ja sind Ihnen die Liberalisierungsbemühungen aller Bundesregierungen seit dem Jahre 1955 nicht bekannt? *(Abg. Dr. Zittmayr: Von der Ostliberalisierung habe ich nichts gesagt!)* Sie haben natürlich hier von der Ostliberalisierung geredet.

Ich darf also jetzt sagen, was ich hier gemacht habe. Ich habe hier ganz bewußt im Einvernehmen mit allen Interessenvertretungen die Kontingente festgelegt, die Mindestpreise festgelegt, also das Maximum dessen gemacht, was möglich war. *(Abg. Dr. Mussil: Verzögert haben Sie!)* Ja verzögert deshalb, Herr Generalsekretär, weil die Handelskammer so lange dagegen gewesen ist. Das wissen Sie ja ganz genau. Natürlich, zwei Seelen wohnen, ach, in Ihrer Brust, auf der einen Seite der Importhandel, auf der anderen Seite die Industrie. Aber ich will lieber schweigen darüber, Herr Generalsekretär, das machen wir uns einmal woanders aus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Zittmayr! Sie verlangen, daß wir im GATT anders vorgehen sollen. Sie kennen doch die Verhandlungen, die wir ständig führen, Sie wissen doch, daß die GATT-Bindungen aus dem Jahre 1955 und früher stammen und daß es gar nicht so einfach ist herzugehen und zu sagen: Da müssen Sie mehr tun, Herr Minister.

Ich könnte den Ball jetzt zurückspielen, ich könnte sagen: Ich habe die Landwirtschaft schon lange aufgefordert, andere Positionen zu nen-

11588

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Bundesminister Dr. Staribacher

nen, die man nämlich nennen muß beim GATT, wenn man Entbindungen haben will.

Sie sind es nicht imstande, ich mache Ihnen daraus gar keine Vorwürfe. Nur dann, bitte sehr, nicht hierherkommen und ganz einfach sagen: Der Minister ist schuldig und säumig. Denn Sie wissen ganz genau, daß sehr wohl hier mit allen Interessenvertretungen diese Politik gemacht wurde und daß es ungeheuer schwierig ist, das zu erreichen.

Sie sagen: Käsemindestpreisverordnung: Ja, Herr Abgeordneter, glauben Sie denn, daß das so einfach ist, daß ich mich hinsetzen kann und ganz einfach dekretieren kann, wie diese Verordnung aussehen soll? (*Abg. Dr. Zittmayr: Verhandeln Sie!*) Wir verhandeln doch die ganze Zeit. Und wenn Sie mir nicht glauben, dann fragen Sie den Vertreter der Landwirtschaftskammer, der ist nämlich mit dabei und der weiß, welche Schwierigkeiten es dort gibt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie sagen, Herr Abgeordneter, bei der Zuckerförderung ist nichts geschehen, der Staat habe seine Zusage nicht gehalten. Ja wie kommen Sie zu einer solchen Behauptung? Wir haben alles mit der Zuckerwirtschaft und mit allen Interessenvertretungen ausgemacht und haben uns an den Vertrag gehalten. Der Vertrag ist abgelaufen, und dann hat sich ein neues Problem ergeben. Und sehen Sie, auch für dieses Problem habe ich eine Lösung gefunden. Richtig, mit der Zuckerindustrie und mit den Konsumenten. Was regen Sie sich also dann auf? Das ist ja daher eine sehr gute Lösung. Was Sie nur wollten, ist folgendes: Sie wollten alles auf den Staat überwälzen, und das ist nicht möglich gewesen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie sagen, Herr Dr. Zittmayr, immer: Ich sollte - und das war Ihr Schlußwort - einen Konsens nur mit der Wirtschaft erzielen. Ich erziele ihn sogar mit der Wirtschaft. Nur verstehe ich halt unter „Wirtschaft“ nicht nur die Handelskammer - bitte tausendmal um Entschuldigung -, sondern auch die anderen Interessenvertretungen. Und deshalb ist es halt sehr schwer, einen Konsens zu erzielen. (*Abg. Dr. Mussil: Das ist Ihr Fehler!*) Aber ich werde diese Konsenspolitik fortsetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Westreicher! Was den Fremdenverkehr betrifft: Wir haben 1971 ein Fremdenverkehrsförderungsprogramm für zehn Jahre vorgelegt. Hier in dem Haus wurde vor Ihnen erklärt, das ist gar nichts anderes als eine Propagandaangelegenheit, die wird nie erfüllt werden. Ich darf Ihnen mitteilen: Wir haben dieses Zehn-Jahres-Programm in acht Jahren erfüllt und nicht mit 2,7 Milliarden, sondern mit 3,7 Milliarden.

Wir werden jetzt ein neues Zehn-Jahres-Programm ausarbeiten für die achtziger Jahre, Herr Generalsekretär Mussil. Ich kann Ihnen versichern, es wird genauso gut werden wie das vergangene und wird der Fremdenverkehrswirtschaft genauso helfen.

Was die Lehrlinge betrifft, so stimme ich mit Ihnen überein. Wir haben hier, glaube ich, gemeinsam eine sehr gute Leistung erbracht. Ich danke hier auch der gewerblichen Wirtschaft, die hier mit dem Gewerkschaftsbund gemeinsam dieses Problem gelöst hat. Wir haben ja auch die Novelle gemeinsam beschlossen, Herr Generalsekretär, und wir haben uns doch gemeinsam bemüht, anstelle der 137 000 Lehrlinge, die es 1970 gegeben hat, 184 000 Lehrlingen und damit jedem Jungen eine Lehrstelle zu verschaffen. (*Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Herr Generalsekretär: Die Regierung mit der Handelskammer, mit der Wirtschaft, mit dem Gewerkschaftsbund gemeinsam. Und sagen Sie daher bitte schön, nicht alleweil: wir können das Jugendproblem nicht lösen. Wir haben es nämlich gelöst ... (*Abg. Dr. Mussil: Stimmt nicht!*) O je, Sie lesen den „Pressedienst“ der ÖVP nicht, das ist schlecht. Ich gebe Ihnen den dann. Nein, wenn man mir nicht glaubt, dann muß ich gleich nachschauen. Bitte sehr, Herr Generalsekretär, darf ich Ihnen den „ÖVP-Pressedienst“: „Jugendproblem wieder nicht gelöst“, geben. (*Der Redner überreicht dem Abg. Dr. Mussil die genannte Broschüre.*) Alle anderen westeuropäischen Staaten wären froh, wenn sie dieses Jugendproblem so gelöst hätten wie wir. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber nochmals herzlichsten Dank auch der Wirtschaft, die letzten Endes hier mitgewirkt hat.

Was die Preise betrifft, so habe ich den Familienurlaub, Herr Abgeordneter Westreicher, gar nicht erfunden, der stammt von dem von mir so geschätzten Obmann der Sektion Fremdenverkehr, Herrn Kommerzialrat Scheiner, der mir selbst das Anbot gemacht und gesagt hat: Herr Minister, wir sollten einmal darüber reden, ein familiengerechtes Angebot zu machen.

Ich habe nie von einem teuren Österreich gesprochen. Ich habe auch nie gesprochen von einem billigen Österreich; denn beide Begriffe sind in der Fremdenverkehrspolitik und in der Propaganda schlecht. Ich habe gesprochen - und die österreichische Fremdenverkehrswerbung macht im Einvernehmen mit den Bundesländern und der Handelskammer diese Politik - von einem preiswerten Österreich. Und das ist es

Bundesminister Dr. Staribacher

auch. Und da möchte ich sagen, daß wir diese Politik fortsetzen wollen.

Wir wollen die qualitätsmäßige Förderung, wir werden daher keine Para-Hotels errichten, wir werden nicht das französische Beispiel nachmachen, da brauchen Sie gar keine Sorge zu haben. Wir werden unsere eigenständige Fremdenverkehrspolitik fortsetzen, die in den letzten neun Jahren sehr erfolgreich gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Frage des Herrn Abgeordneten Landgraf zum dutzendsten Male betrifft: Das ist der ungarische 300-Millionen-Dollar-Kredit. Es handelt sich hier – und ich habe das hier in dem Hohen Haus schon einmal erklärt – um einen ganz normalen Exportkredit, den jede andere Exportbranche und Industrie auch bekommt. Mit Hilfe dieser 300 Millionen Dollar sollen Hotels und sonstige Bauten in Ungarn errichtet werden.

Wenn wir es nicht machen, machen es garantiert die Japaner oder die Schweden oder sonst irgendwer, und ich verstehe nicht, daß man auf der ÖVP-Seite diese so wichtige Unterstützung der Bauindustrie nicht verstehen kann. Ich bitte daher . . . *(Abg. Helga Wieser: Hier wird Werbung betrieben!)* Es wird keine Werbung damit betrieben, gnädige Frau, sondern es wird hier wirklich versucht, einer in Überkapazität und Auftragsmangel befindlichen Industrie eine Baumöglichkeit in Ungarn zu erschließen. Und um nichts anderes geht es.

Der Herr Abgeordnete Wiesinger hat schon einmal gefragt wegen dieser Beleggarantie. Es wurde ihm schon dezidiert und verbindlich erklärt, daß eine solche nicht vorgesehen ist, daß eine solche von niemandem gegeben wurde, trotzdem wird das hier immer wieder releviert. Ich verstehe das nicht, denn ich kann das immer wieder nur so erklären, daß hier doch versucht wird, bei Bäder- oder Heilkurorten oder sonst was eine Politik zu machen, die ich mir als Fremdenverkehrsminister beim besten Willen nicht erklären kann.

Was nun die Prognose für den Fremdenverkehr heuer im Winter und im Sommer betrifft: Die Prognoseziffern stammen nicht von mir, möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, sondern vom Wirtschaftsforschungsinstitut. Wir haben hier mit Modellen und gewissenhaftest mit Unterstützung aller Beteiligten diese Prognose errechnet. Ich hoffe, daß sie sich auch erfüllen wird. Ich weiß, sie ist weitestgehend von den Schneeverhältnissen abhängig. Aber bitte, gnädige Frau, wir haben ja ganz gute Beziehungen zum Himmelvater. Im Vorjahr hat es am 24. Dezember geschneit, ich hoffe, auch heuer wird dies der Fall sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Da wir entgegen den Budgetsancen noch zwei Tage vor uns haben, hoffe ich, daß mir das Schicksal aller voraussichtlich letzten Redner nicht zuteil wird, denn ich habe erlebt, in den letzten Budgets haben alle Fraktionen den Letzten gehaßt, egal, was er sagte, weil sie heimfahren wollten. Ich glaube, Sie ersparen mir heute zumindest aus diesem Grund dieses Schicksal.

Herr Minister Dr. Staribacher! Darf ich nur mit zwei Sätzen eingehen auf das, was Sie gesagt haben. Natürlich, wenn Sie feststellen, die Redner des heutigen Tages haben sich weniger beschäftigt mit der Gruppe Handel denn mit Finanzen, so spricht das dafür, daß alle Redner aus der Sorge um den Allgemeinzustand des Budgets sich mehr mit Finanzen beschäftigt haben als mit Ihrem Ressort, nicht in erster Linie, weil Sie so gut waren, das möchte ich Ihnen gerne sagen.

Und wenn Sie, Herr Bundesminister, hier sagen, Sie können mit dem Begriff „Mittelstand“ nichts anfangen, dann lassen Sie mich in Wiederholung meiner Äußerungen von der vorigen Woche doch eines sagen: Sie werden in die Geschichte eingehen als der erste Handelsminister Österreichs, der mit dem Begriff „Mittelstand“ nichts anzufangen weiß, denn dann sind Sie fehl am Platz. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn bis jetzt hat jeder Handelsminister eigentlich gewußt, was er mit dem Mittelstand anzufangen hat, er vertrat ihn nämlich in der Regierung; das ist Ihnen anscheinend abhanden gekommen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn, meine Damen und Herren, Hohes Haus, auch ich mich mit dem Kapitel Finanzen beschäftige, möchte ich zumindest eines kritisch feststellen: Herr Finanzminister, auch Sie scheinen das jetzt vorliegende und in kurzer Zeit von Ihrer Fraktion sicher beschlossene Budget nicht für sehr prächtig zu halten, denn es ist eines der wenigen Male, daß ein Finanzminister es sich entgehen läßt, im Schlußkapitel seines Budgets sich zu berümen. Sie haben es Ihren Leuten überlassen und die haben sich sehr hart dabei getan. Das möchte ich als Eingang gerne feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie mir erlauben, möchte ich etwas in die Vergangenheit zurückblicken. Ich sah mich leider veranlaßt, eine Rede zu schreiben, denn das Register, das man Ihnen vorzuhalten hat, ist umfangreich und bedarf der schriftlichen Festlegung, zumindest für den, der es exakt bringen will.

11590

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Graf

Herr Finanzminister! Wenn Sie sich erinnern könnten, Sie haben in Ihrer Rede zum Budget 1971 den inzwischen klassisch gewordenen Satz geprägt: „Jede Regierung tritt ein Erbe an.“ Wie wahr, Sie taten das. Und die Frage, meine Damen und Herren, welches Erbe die erste Regierung Kreisky angetreten hat, ist heute aus der Distanz mit aller Nüchternheit zu beantworten.

Das letzte nach der Rezession der Jahre 1967/68 zur Gänze von der ÖVP-Regierung vollzogene Budget 1969 schloß laut Bundesrechnungsabschluß mit einem Bruttodefizit von 7,1 Milliarden Schilling ab. Und das letzte von der im Amt befindlichen Regierung Kreisky vorgelegte Budget für 1979 soll laut Voranschlag, meine Damen und Herren, ein Defizit von 49,3 Milliarden Schilling aufweisen; es könnte jedoch – so entnehme ich diesem Voranschlag – einschließlich Konjunkturausgleichsbudget, vorgesehenen Kreditoperationen und Ermächtigungen auch 57,9 bis 67,2 Milliarden Schilling erreichen.

Sie, Herr Bundeskanzler, konnten 1970 auf die Frage von Journalisten, was am Budget Ihrer Minderheitsregierung typisch sozialistisch sei, mit aller Deutlichkeit feststellen, daß dieses Budget, nämlich 1970, nichts typisch Sozialistisches enthalten habe. Wie wahr, Herr Bundeskanzler, denn sieben Jahre später sind wir alle wesentlich klüger und wir wissen mittlerweile, was typisch sozialistisch an der von dieser Regierung betriebenen Budgetpolitik ist.

Ich darf aufzählen: Explodierende Defizite, weil man schon in den fetten Jahren zu viel ausgegeben hat, eine explodierende Staatsverschuldung, die auch künftige Budgets in mageren Jahren jeder Eingreifreserve berauben muß. Ein wachsender Steuerdruck, der zusammen mit den von Regierungsklausur zu Regierungsklausur immer wieder erfundenen oder erhöhten oder gezielten Benachteiligungen der Steuerzahler immer mehr diese Leute erbittert.

Darf ich an noch etwas erinnern: Nicht einmal mehr eine kleinlaute Wiederholung dessen, was einst unter dem Übertitel „Modernes Österreich“ hinausposaunt wurde, seien das nur die Schlagworte, wie „Kampf gegen die Armut“ oder Ihre konkreten Ankündigungen, wie der Bau von jährlich 5 000 Wohnungen und mehr. Wo sind sie geblieben, diese 5 000 Wohnungen mehr? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Oder, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich, welche Hoffnungen Sie zu wecken verstanden? Mit der Schaffung neuer Ministerien oder mit der Einrichtung neuer Staatssekretariate, haben Sie damals gesagt, wird mehr Effizienz und mehr Leistung erfolgen.

Wenn Sie sich bitte zurückerinnern oder in Ihrem Archiv blättern, die Schlagzeile der „Arbeiter-Zeitung“, meine Damen und Herren, vom 15. Oktober 1970 lautete: „Defizitdynamik wird gestoppt“. Eine riesige Schlagzeile, meine Damen und Herren! Heute kann man nicht einmal ein müdes Lächeln über diese damalige Schlagzeile finden.

Dasselbe, Herr Bundesminister für Finanzen, gilt für die damals in der ersten Budgetrede, genannten Schwerpunkte, die Sie aufgezeigt haben, Herr Finanzminister. Sie sprachen von Schwerpunkten im Unterricht, in der Wissenschaft, in der Forschung, in der Wirtschaftsförderung, in der Verkehrs- und Energiepolitik, Land- und Forstwirtschaft, Soziales, Wohnbau, Wasserwirtschaft und Investitionen. Sie haben so gut wie alles zu Schwerpunkten ernannt. Sie werden sicher behaupten, Sie haben das erfüllt. Aber darf ich dazu etwas sagen?

Heute, meine Damen und Herren, ist das Budget zum Schwerpunkt seiner selbst geworden. Das ist es. Und es wirft heute die Frage auf, wie die Lasten, die es für künftige Budgets wieder produziert, überhaupt noch getragen werden, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Darf ich dazu sagen: Der einzige Weg, der ins Freie führen könnte – und Sie wissen es, Sie werden es sicher nicht zugeben –, wären Einsparungen auf der unproduktiven Ausgaben- und ein gezielter Einnahmenverzicht dort, meine Damen und Herren, wo durch Mehrleistung, Privatinitiative und Investitionstätigkeit angekurbelt werden könnte. Der Weg wird von Ihnen nicht mehr beschritten. Ich kann nicht untersuchen, ob aus innerer Uneinigkeit über den einzuschlagenden Weg oder aus Angst vor einer vermeintlichen Unpopularität einer weniger verschwenderischen Politik oder einfach auf Grund der Überzeugung, daß sich um die Bewältigung dieses Erbes einfach andere werden kümmern müssen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was die Kritik an diesem Budget und an der bisherigen Budgetpolitik betrifft – von Ihnen abqualifiziert als Pflichtübung der Opposition, meine Damen und Herren –: Sie muß vielmehr der nächsten Regierung, die sicher eine andere Regierung sein wird, die Notwendigkeit eines Kurswechsels klarmachen. Denn die Fortsetzung der bisherigen Politik kann aus der Sackgasse nicht herausführen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte versuchen, es Ihnen plausibel zu machen. Es Ihnen zu beweisen, ist nicht möglich, weil Sie Beweise nicht anerkennen, auch wenn Sie bei normaler Betrachtung Beweiskraft hätten.

Graf

Denn, meine Damen und Herren, Hohes Haus: Allein zwischen diesem und dem letzten Budget wuchsen die Ausgaben für die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld um 15,6 Prozent, und dies, meine Damen und Herren von der linken Seite, ist der einzig wirkliche Wachstumsrekord – aber negativer Form –, den dieses Budget beinhaltet. Das darf ich Ihnen sagen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Natürlich ist uns, der Österreichischen Volkspartei, bekannt, daß Sie, meine Damen und Herren, jede Kritik als Lamento bezeichnen, und in Ihrer seltsamen semantischen Dialektik behaupten Sie ja, daß Kritik, die schon seit Jahren geübt wird, allein schon deshalb falsch sein müsse. Offenbar, weil Sie der Meinung sind, daß sich diese Kritik in den Augen der Öffentlichkeit abnützt.

Meine Damen und Herren! Was sich nicht abnützt, ist der Schuldenberg, den Sie Jahr für Jahr hier weiter auftürmen. Dieser wächst und wächst. Und wenn Sie ehrlich sind: Es müßte Ihnen zu denken geben, daß der Schuldendienst bereits 12,4 Prozent des gesamten Budgetrahmens ausmacht und daß mit 35,7 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, die Ausgaben des Bundes für die Sozialversicherung um mehr als um ein Drittel und die Investitionsausgaben des Bundes um mehr als die Hälfte damit übertroffen werden, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bitte Sie doch, Herr Dr. Staribacher: Wo kann man in diesem Budget von einem Schwerpunkt für die Wirtschaftsförderung denn tatsächlich sprechen?

Erstens: Es stimmen die Größenordnungen nicht. Das Defizit eines einzigen Betriebes – der Bundesbahnen, wenn Sie wollen – ist bitte zehnmal so hoch veranschlagt wie die Ausgaben für Handel, Gewerbe und Industrie. Was soll Ihre Mitteilung, wie tüchtig Sie sind, Herr Minister? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zweitens, meine Damen und Herren – lassen Sie mich das wertneutral feststellen –: Auch dort, wo die Zahlenoptik auf der Ausgabenseite für Sie zu sprechen scheint, werden Sie durch die Steuereintreibungspolitik Lügen gestraft. In der Luxusausgabe Ihrer Budgetrede, verehrter Herr Bundesminister für Finanzen, werden zwar – das gebe ich schon zu – zu den Maßnahmen zur Förderung von Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr die Zinsenzuschüsse – von 530 Millionen Schilling auf 610 Millionen Schilling in den Jahren 1978 und 1979 – hinzugerechnet. Aber was Sie geflissentlich nicht abgezogen haben bei dieser Hochrechnung, waren die Milliardenbeträge, die Sie der Wirtschaft in den letzten Jahren entzogen haben. Und deshalb ist die Optik schief! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich bitte einige dieser Entziehungsfaktoren anführen: Erstens – grotesker Weise – durch eine Kreditsteuer, durch die Nichtanpassung der Einkommensteuerprogression an die Inflation, durch die Nichtberücksichtigung von Betriebsausgaben im 2. Abgabenänderungsgesetz und durch erhöhte Steuern; siehe zuletzt die Luxus- und Mineralölsteuern; und von den neuen Steuern würde ich die unglückliche Lkw-Steuer nennen.

Herr Bundesminister für Finanzen! Drittens – aber nicht zuletzt –: Es fehlt an einer die Wirtschaft fördernden Gesinnung. Einem Handelsminister, der mit dem Begriff „Mittelstand“ nichts anzufangen weiß, gebricht es an der Gesinnung zur Förderung der Wirtschaft. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und Sie spielen da und dort. Zugegeben, es ist wichtig. Lassen Sie mich zu Ende reden. Wo eine größere Anzahl von Arbeitsplätzen für Unselbständige auf dem Spiel steht, spielen Sie die Feuerwehr. Es ist gut so. Ich bekenne mich dazu.

Aber, meine Damen und Herren: Die Fiskalpolitik hat die Vernichtung selbständiger Existenzen – und die haben auch Arbeitsplätze – eingeleitet, und hier sehen Sie höchstens tatenlos zu. Das müssen Sie sich sagen lassen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn heute, meine Damen und Herren, Tausende Selbständige noch Millionen von Arbeitsplätzen halten, muß ich dazu sagen dürfen: Bei überdurchschnittlicher Arbeitszeit, bei unbezahlter Verwaltungsarbeit, unter wachsender Steuerbelastung und bei einer sinkenden Eigenkapitalquote. Das tun die Leute sicher nicht in der Hoffnung auf eine sozialistische Wirtschaftspolitik oder auf das, was Sie sozialdemokratische Marktwirtschaft – ich komme darauf – nennen.

Meine Damen und Herren! Die Rosinen der Freiheit der Arbeitsplatz- und Berufswahl und der Konsumfreiheit, der Nahversorgung und der Dienstleistung, die insbesondere die mittelständische Wirtschaft bietet, kann man sich nicht herauspicken, ohne daß Sie gleichzeitig auch den Kuchen der sozialen Marktwirtschaft mitbejahren. Darf ich Ihnen das sagen, meine Damen und Herren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese soziale Marktwirtschaft steht und fällt mit der Existenz Hunderttausender Klein- und Mittelbetriebe. Und die, meine Damen und Herren, werden auf die Dauer nur existieren können, wenn Sie ihnen die gleichen Chancen einräumen, wenn Sie ihnen erlauben, daß sie Eigenkapital bilden können, von unbezahlter Verwaltungsarbeit entlastet werden und nicht durch immer neue Forderungen, die zur Erhöhung der Lohnnebenkosten führen, verunsichert werden.

11592

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Graf

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Von all dem ist in Ihrer Wirtschaftspolitik kaum die Rede. Das einzige, was Ihnen dazu einfällt, ist jetzt, wo auch größere Betriebe in Schwierigkeiten geraten, die Marktwirtschaft als nicht sozial zu denunzieren. Die Feststellungen, die Marktwirtschaft sei nicht sozial, sind Sprechblasen, denn Sie begleiten diese Sprechblasen mit der finanziellen Aushungerung jener Betriebsstätten, die noch verdienen könnten, weil ihre Produkte und Dienstleistungen noch gefragt sind, meine Damen und Herren.

Ich wende mich dem Herrn Kollegen Mühlbacher zu. Sie haben geflissentlich übersehen, den Appell des Herrn Sallinger zu beantworten, ob Sie für dieses Mittelstandspaket sind oder nicht. Aber ich kann mir vorstellen, warum.

Aber nur in einer einzigen Frage, Herr Abgeordneter Mühlbacher, hat der sonst scheinbar – ich behaupte es nicht, aber mir scheinbar – bedeutungslose Freie Wirtschaftsverband in Ihrer Partei Laut geben dürfen, um in der Waidmannssprache zu sprechen, nämlich bei der Gewerbesteuer. Nun taucht aber die Frage auf, wie Sie in der vergangenen Woche eine Pensionsgarantie abgeben konnten, wenn Sie gleichzeitig eine der Säulen der Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft demolieren wollen, meine Damen und Herren.

Lesen Sie doch bitte den Beitrag im letzten Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes über längerfristige Tendenzen der österreichischen Pensionsversicherung: Obwohl die durchschnittliche Gewerbepension wesentlich niedriger ist als die durchschnittliche Angestelltenpension – wir stellen das neidlos, aber sachlich fest –, hat man bis 1991 in diesem Zweig der Pensionsversicherung verschiedene alternative Abgänge von rund 5 und nahezu 10 Milliarden Schilling errechnet, meine Damen und Herren.

In diesem Bericht heißt es wörtlich: Die Finanzierung der Pensionsversicherung der Selbständigen wird noch stärker als bis jetzt auf Bundesmittel angewiesen sein, welche die Beitragsausfälle infolge abnehmender Versicherungszahlen zu kompensieren haben.

Meine Damen und Herren! Dort entsteht ein gefährlicher Wandel, und es böte sich sicher hier ebenso wie in der Beschäftigungspolitik auch in der Frage der Steigerung des Exportvolumens oder der Sicherung der Nahversorgung ein einfaches Konzept für Sie an.

Ich zitiere wieder Sallinger: „Zeigen Sie den Selbständigen durch ein Mittelstandsgesetz, daß sie als ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft für die Zukunft dieses Landes gebraucht werden“,

und anerkennen Sie das dadurch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fördern Sie, meine Damen und Herren, die Gründung selbständiger Existenzen und korrigieren Sie vielleicht diesen, ich würde sagen, fatalen Kurs, der durch mehr Schulden und Steuern und weniger Privatinitiative und Leistung die Vollbeschäftigung und die soziale Sicherheit in diesem Lande zu erhalten glaubt. Bekennen Sie sich mit zum System der Sozialen Marktwirtschaft, denn unbeschadet, ob diese Wirtschaft sozial oder nichtsozial ist, diesem System verdankt unser Land neben der Leistung der Selbständigen und Unselbständigen den grandiosen Aufstieg aus dem Trümmerfeld der Nachkriegszeit zu seinem in den sechziger Jahren erreichten Wohlstand, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und lassen Sie mich bitte zu einigen der Erfolgsmeldungen, die hier von Ihrer Seite verkündet wurden – pflichtgemäß, zugegeben –, etwas sagen. Ich darf sie zuerst aufzählen und dann einiges zum Budget dazusagen.

In Ihrer Budgetrede haben Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, unter anderem folgende Aussagen in den Raum gestellt:

Das Bruttonationalprodukt sei stärker gewachsen als erwartet;

wir hätten abermals einen neuen Beschäftigungsrekord;

die Exporte würden beträchtlich expandieren;

das Handelsbilanzdefizit sei stark zurückgegangen und daher sei auch hier alles in Ordnung;

in Österreich herrsche eine besondere Geldwertstabilität;

die hohen Defizite und Staatsschulden seien lediglich eine Folge der Vollbeschäftigungspolitik und hätten darüber hinaus nur vorübergehenden Charakter; ich gratuliere zu dem „vorübergehenden Charakter“.

Sie sagten ferner, Herr Bundesminister für Finanzen,

die Steuereinnahmen des laufenden Jahres würden unter den geschätzten Werten liegen und würden lediglich der Bevölkerung in dem Maße abverlangt, als sie unbedingt zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte notwendig wären; und schließlich und letztlich sagten Sie, Herr Finanzminister,

auf sozialem Gebiet seien „eindrucksvolle Fortschritte“ erzielt worden.

Wie sieht die Realität aus, Hohes Haus? Darf ich jedenfalls als Faktum, vielleicht sogar von

Graf

Ihnen stillschweigend anerkannt, eines sagen: daß die für 1978 mit 1,5 Prozent geschätzte reale Wachstumsrate beträchtlich unter dem OECD-Bericht liegt, und Sie zitieren ihn ja so gerne. So gesehen wird das reale Wachstum für die westeuropäischen Staaten nach Aussage des Institutes für Wirtschaftsforschung den Prognosewert von 2,5 Prozent übertreffen und das der Bundesrepublik Deutschland 3 Prozent erreichen. Somit wird das reale Wachstum in der Bundesrepublik doppelt so hoch sein wie das in Österreich und das in den übrigen westeuropäischen Staaten um zwei Drittel höher sein als der prognostizierte Wert für Österreich. Also hier geht der internationale Vergleich beileibe nicht zu unseren Gunsten aus, wenn ich auch zugebe, daß internationale Vergleiche im Grunde keinen allzu riesigen Aussagewert haben. Nur Sie zitieren sie dann laut, wenn sie Ihnen passen, und Sie ignorieren sie dann völlig, wenn sie Ihnen nicht recht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Sozialisten sprechen dauernd von neuen Beschäftigungsrekorden, sie akzeptieren aber in ihrer Statistik nur die unselbständigen Erwerbstätigen. Tatsächlich ist die Zahl der Erwerbstätigen in den letzten Jahren praktisch gleichgeblieben; es kam lediglich zu einer Umschichtung von den Selbständigen zu den Unselbständigen. Darf man das wenigstens neben Ihre Bemerkungen gleichwertig hinstellen. *(Zwischenruf des Abg. Blecha.)*

Was meinen Sie, bitte? *(Abg. Blecha: 50 000 mehr!)* Ich habe mich nie der Illusion hingegeben, daß Sie einer einzigen Zahl die Qualifikation geben würden, die ich hier bringe, sie könnte stimmen. Das habe ich nie erwartet. Aber lassen Sie es mich wenigstens sagen. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.)*

Herr Minister, auch von Ihnen erwarte ich nicht, daß Sie irgend etwas zugeben im Zusammenhang mit dem Budget, was wir kritisch vermerken. *(Neuerlicher Zwischenruf des Bundesministers Dr. Androsch.)*

Herr Minister! Wollen Sie eine Diskussion über den Wert von Fakten, dann muß ich Ihnen sagen, Ihre sind Ihnen wertvoller als unsere, und bei uns ist es genau umgekehrt. Darf ich das wenigstens sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

An und für sich zeigen die jüngsten, sicher betrüblichen Beispiele bei einer Reihe von verstaatlichten und privaten Firmen, daß die sozialistische Vollbeschäftigungspolitik leider – ich sage, leider – zu einer Art Fata Morgana wird, und sie scheint gescheitert zu sein. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich komme darauf, keine Aufregung. Ich bin mir der Tragweite dieser Materie voll bewußt.

Das Institut für Wirtschaftsforschung übrigens erwartet im kommenden Jahr eine Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent gegenüber 2,1 Prozent im laufenden Jahr.

Und lassen Sie mich bitte noch den jüngsten Monatsbericht des Institutes für Wirtschaftsforschung zitieren, denn dieses stellt entgegen verschiedener Bemerkungen fest, daß „die schleppende Nachfrageentwicklung in einzelnen Bereichen . . . zu Beschäftigungsproblemen“ führt. Es ist ja leider so.

In der Prognose dieses Institutes heißt es schließlich: „Insbesondere die dramatische Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der öffentlichen und privaten Dienstleistungen in den letzten Jahren könnte sich unter mittelfristigen Aspekten als eine Belastung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft herausstellen.“ Lassen Sie sich doch das sagen.

Sie rühmen sich als Regierung einer Steigerung der Exporte, Sie vergessen aber geflissentlich, daß die Exportpreise mehr als unbefriedigend sind.

So heißt es im Monatsbericht 11/78: „Neuerlich waren rückläufige Exportpreise festzustellen.“ Was das bedeutet, wissen Sie, Herr Finanzminister, so gut wie ich.

Zur Zahlungs- und Handelsbilanz ist festzustellen, daß die kurzfristige Verbesserung nur eine Folge der Vorzieheffekte im Ausfluß der kommenden Belastungswelle zu Beginn dieses Jahres gewesen ist und daß im kommenden Jahr das Handelsbilanzdefizit von 61 auf 68 Milliarden Schilling steigen wird.

Außerdem werden Auslandsschulden und die damit verbundenen Kapitalimporte als Maßnahme zur Verbesserung der Zahlungsbilanz von Ihnen gefeiert. Ob das ein Grund zum Feiern ist, das zu beurteilen, überlasse ich Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Stabilität ist ja doch zu sagen, daß wir, meine Damen und Herren, trotz Verbesserung der Situation nach wie vor schlechter sind als unsere beiden Nachbarstaaten Schweiz und Deutschland.

Was die Steuern anlangt – ich nähere mich langsam dem Schluß –, sei lediglich darauf verwiesen, meine Damen und Herren, daß der Anteil an Steuern und steuerähnlichen Einnahmen der öffentlichen Hand immerhin bereits mehr als 41 Prozent am Bruttonationalprodukt ausmacht, Herr Finanzminister. Und der Steuerwiderstand – Lkw-Steuer – ist ein eindeutiges Warnsignal, daß die Belastungspolitik der letzten Jahre Ufer erreicht hat.

Hinsichtlich der „eindrucksvollen Fortschritte“ auf dem sozialen Gebiet lassen Sie

Graf

mich lediglich als Kennziffer anführen, daß im Bundesbudget der Finanzschuldendienst bereits um mehr als ein Drittel höher ist als die gesamten Aufwendungen für die Sozialversicherung. Außerdem zeigen Ihre Budgetunterlagen, Herr Finanzminister, daß die Renten in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung real stärker gestiegen sind, nämlich durchschnittlich um 4 Prozent, bei Ihrer Alleinregierung durchschnittlich um 2,5 Prozent. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die sozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik, ob Ihnen das Freude bereitet oder nicht, ist bei diesem Budget kennbar gescheitert. Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, und Sie, meine Damen und Herren, so hört man, sind handlungsunfähig. Ich weiß es nicht, aber es interessiert mich nur am Rande, welche Ihrer Regierungsherren gefährdet oder nicht mehr gefährdet sind, umgebildet zu werden.

Aber eines möchte ich noch sagen dürfen – nicht zu diesem Thema, das ist Ihr Thema –:

Um von den echten Problemen abzulenken, werden erstens einmal zweitrangige Themen hochgejubelt und Schuldige für das Fehlschlagen verschiedener Zweige Ihrer Politik gesucht. Ich darf ein paar Beispiele anführen:

Jene Soziale Marktwirtschaft, die uns den von mir schon erwähnten wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hat, ist plötzlich die, die für Ihre Fehler in der Wirtschaftspolitik verantwortlich ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Diese Soziale Marktwirtschaft wird kritisiert und als unbrauchbar hingestellt. Der Herr Handelsminister machte uns vorige Woche die Freude, uns mitzuteilen, es bedürfe einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik *(Abg. Dr. Mock: Was ist das?)*, ohne sie näher zu definieren; er verwies auf das Parteiprogramm.

Der Herr Bundeskanzler konstruiert einen künstlichen Gegensatz zwischen „sozial“ und „Marktwirtschaft“.

Und, Herr Bundesminister für Finanzen, wie ich hörte – ich war nicht im Finanzausschuß: bevor Sie es mir zurufen; aber ich hörte es –, sagten Sie, ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft sei wie ein Bekenntnis zum sozialen Eisschrank.

Für die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsplatzsektor ist natürlich nicht Ihre Politik verantwortlich, sondern das Firmenmanagement. Solange die Beschäftigungssituation günstig war, zeichnete Ihre Regierung für die Beschäftigungspolitik verantwortlich, obwohl dies zweifellos das Hauptverdienst der Klein- und Mittelbetriebe war. Die Industrie, auch die verstaatlichte, hat ja

bekanntlich in den letzten Jahren leider Arbeitsplätze verloren.

Für die Zahlungsbilanzsituation sind nicht Ihre Entscheidungen verantwortlich, sondern einige böse Spekulanten und Multis: die haben hier die Schuld.

Und da sich die Preissituation in Österreich etwas gebessert hat, Hohes Haus, trägt hiefür nunmehr die Regierung die Verantwortung: nunmehr. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Als wir vor einigen Jahren beinahe zweistellige Inflationsraten hatten *(Abg. Dr. Mock: Was es das Ausland!)*, da wurden die Unternehmer und das Ausland als Preistreiber hingestellt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und, Herr Bundesminister, am relativen Zurückbleiben der tatsächlichen Steuereinnahmen gegenüber den hohen Voranschlagswerten sind nicht Ihre Einschätzungen oder, wenn Sie wollen, Fehleinschätzungen schuld, sondern die Unternehmer sind es.

Und schließlich und endlich: Der enorme Schuldenberg ist nicht mehr eine Belastung wie früher, sondern lediglich eine notwendige Folge der sozialistischen Beschäftigungspolitik mit vorübergehendem Charakter. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)*

Und Sie sprechen nicht mehr von Defiziten, sondern von Ausgabenüberhängen, Herr Haas. – Ich ersuche Sie um Verständnis: Es gibt Dinge, über die man auch länger als fünf Minuten reden muß *(Beifall bei der ÖVP)*, aber wenn Sie sich beruhigen, ich bin gleich fertig. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)*

Herr Dr. Reinhart, darf ich Sie um etwas bitten. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)* Ich werde Ihnen jetzt etwas sagen: Ich überschreite sie erstens knapp, und nehmen Sie sich bei Ihrer Nase – bildlich: bei der Ihrer Minister. Ich kenne Minister, die 60 Minuten geredet haben, und sie hatten recht, wenn Sie es wollten. Ich will jetzt noch eine Seite reden und ich darf es auch. Das ist alles. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, meine Damen und Herren, treffen nunmehr eine völlig neue, klare Abgrenzung der Verantwortung. Sie ist sonderbar, aber interessant: Für die Erfolge ist die Regierung zuständig, für die Fehlentwicklung tragen Oppositionelle und andere Bösewichter die Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als Schlußsatz zwei Dinge sagen: Sie haben systematisch die Voraussetzungen für das Funk-

Graf

tionieren der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur nicht geschaffen, Sie haben diese Voraussetzungen abgebaut, und im Wettlauf mit der Sicherung der Arbeitsplätze. Das sage ich Ihnen ganz im Ernst: Hier hat Ihre Partei große und historische Verdienste, die nicht bestritten werden. Aber Ihre Partei versucht, gesellschaftspolitische Vorstellungen über die Wirtschaftspolitik zu verwirklichen, Herr Dr. Staribacher: Sozialdemokratische Marktordnungsgedanken sind gesellschaftspolitische Vorstellungen auf Kosten und auf dem Rücken der Wirtschaft! Und hier liegt die Gefährdung des Erreichten.

Es war Ihnen leicht möglich, meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, in der Prosperität die Bevölkerung glauben zu machen, Sie hätten ein Füllhorn, das unausschöpfbar ist. Das Füllhorn ist leer, die Prosperität ist zu Ende und, wie ich hoffen möchte zum Schluß, auch die Glaubwürdigkeit und Ihre Zeit als Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort, aber der Herr Generalberichterstatter wünscht ein Schlußwort. Ich bitte ihn darum. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. - Abg. J. Schlager: Wenn der Kollege Graf reden kann, kann ich auch reden, nicht? Na eben!)*

Generalberichterstatter Josef **Schlager** *(Schlußwort)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit der folgenden Schlußabstimmung finden diese Budgetverhandlungen ihren Abschluß.

Wenn ich als Generalberichterstatter von meinem Schlußwort Gebrauch mache, dann schon deshalb, weil es einer Tradition bei diesen Budgetverhandlungen entspricht, aber auch, was vielleicht wesentlicher ist, weil ich doch während all dieser Verhandlungen eine Statistik und Aufzeichnung gemacht habe, die für viele ganz interessant ist, und diese Zahlen möchte ich Ihnen bringen.

Ich habe mich bemüht, nicht nur die Beratungen im Hohen Hause aufzuzeichnen, sondern ich möchte auch einige Daten über die Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses bekanntgeben beziehungsweise in Erinnerung bringen.

Das Budget selbst - ich habe es als Generalberichterstatter gebracht - mit 288 Milliarden an Ausgaben und 238 Milliarden an Einnahmen wurde im Finanz- und Budgetaus-

schuß an insgesamt neun Tagen verhandelt. Der Zeitaufwand betrug 63 Stunden. Das war um eine halbe Stunde mehr als im Vorjahr.

Allein im Finanz- und Budgetausschuß meldeten sich die Abgeordneten 240mal zu Wort. Von diesen Wortmeldungen entfielen auf die Abgeordneten der SPÖ 82, auf die der ÖVP 118 und auf die der FPÖ 16 Wortmeldungen. Weiters waren 24 Doppelwortmeldungen zu verzeichnen.

Die längsten Wortmeldungen im Ausschuß betrafen mit 31 Minuten den Abgeordneten Melter *(Rufe: Oje!)* und mit 28 Minuten den Abgeordneten Ing. Letmaier. *(Neuerliche Rufe: Oje!)*

Die Minister und Staatssekretäre ergriffen 41mal das Wort. Hier war die längste Wortmeldung 2,37 Stunden und die zweitlängste 2,35 Stunden. *(Rufe: Wer?)* Die erste Wortmeldung war die einer Dame *(Heiterkeit)* - es geziemt sich nicht, den Namen zu sagen -, und bei der zweiten handelt es sich um die des Herrn Verkehrsministers Lausecker *(neuerliche Heiterkeit)*, bitte, wenn Sie das wissen wollen.

Meine Damen und Herren! Ich habe bei den Budgetberatungen im Ausschuß das erste Mal versucht, die Zahl der Anfragen an die Minister zu erfassen. Ich kam dabei auf die respektable Zahl von 1 308 Anfragen! 1 308 Anfragen, und diese Zahl bedeutet das Minimum und nicht das Maximum, weil es sehr schwierig war, auch Nebenfragen voll und ganz zu erfassen. Von diesen 1 308 Anfragen wurden über 90 Prozent mündlich und die restlichen schriftlich beantwortet.

Die meisten Anfragen wurden an den Finanzminister und Vizkanzler Dr. Androsch gestellt und von ihm beantwortet, und zwar 163 Anfragen, während dem Bautenminister 161 Fragen gestellt und von ihm beantwortet worden sind.

Jeder, der in Verwaltungsfragen Bescheid weiß, meine Damen und Herren, weiß auch, welche Arbeit eine solche Flut von Anfragebeantwortungen für Minister und Ministerium bedeutet.

Den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß könnte man aus meiner Sicht das Prädikat „hart, sachlich und rationell“ verleihen. *(Bravo-Rufe.)*

Im Plenum des Nationalrates wurde die Budgetdebatte in 15 Beratungsgruppen aufgliedert und an sechs Tagen abgeführt. Die gesamte Verhandlungszeit beträgt - und jetzt

11596

Nationalrat XIV. GP - 115. Sitzung - 14. Dezember 1978

Josef Schlager

muß ich es ein bisschen ändern, weil der Herr Abgeordnete Graf entgegen meiner Erwartung doch um eine Viertelstunde länger geredet hat – 70 ein Viertel Stunden. Im Vorjahr waren es 74 ein Viertel Stunden.

Ich möchte feststellen: Es war bei den Reden der Abgeordneten deutlich das Bemühen zu spüren, die freiwillig akzeptierte Redezeit von 40 Minuten für Hauptredner und von 20 Minuten für die weiteren Redner auch einzuhalten, und ich kann sagen, daß dieses Bemühen auf weite Strecken gelungen ist.

Die stärksten Überschreitungen allerdings haben der Abgeordnete Dr. Taus, und zwar mit 55 und 53 Minuten (*Abg. Dr. Mock: Der hatte etwas zu sagen!*), der Abgeordnete Dr. Scrinzi mit 51 Minuten und der Abgeordnete Melter mit 49 Minuten aufzuweisen.

Im Zuge der Verhandlungen im Plenum lieferten 124 Abgeordnete 156 Debattenbeiträge, das sind um 10 Wortmeldungen mehr als im Vorjahr. Es gab von der SPÖ 58 – im Vorjahr 54 – Wortmeldungen, von der ÖVP 70 – im Vorjahr 66 – und von der FPÖ 28 – im Vorjahr waren es 27.

Das Kapitel Verkehr war mit 3 Stunden 35 Minuten das kürzeste Kapitel. Man konnte feststellen, daß sich alle Redner an das Limit gehalten haben und daß der Abgeordnete Prechtl als der Hauptsprecher der SPÖ von seinen 40 Minuten nur 25 Minuten in Anspruch genommen hat. (*Rufe bei der ÖVP: Der hat nicht viel zu sagen gewußt!*)

Die Berichterstatter benötigten eine Zeit von einer Stunde 35 Minuten für 17 Wortmeldungen, das war um 22 Minuten kürzer als im Vorjahr. Am längsten dauerte das Kapitel Landwirtschaft mit 19 Wortmeldungen, wobei man den Sprechern bei diesem Kapitel eine hohe Disziplin, soweit es die Einhaltung der Zeit betrifft, bescheinigen muß.

Die Mitglieder der Bundesregierung meldeten sich 13mal zu Wort, voriges Jahr war es 14mal. Die Budgetdebatte wurde zweimal zur Beratung von sonstigen Vorlagen und einmal wegen einer dringlichen Anfrage unterbrochen.

Nachdem ich jetzt innerhalb acht Jahren dreimal Generalberichterstatter war, danke ich Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident **Minkowitsch**: Ich danke, wie ich glaube, in aller Namen dem Herrn Generalberichterstatter für seinen interessanten Bericht. (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe IX des Bundesvoranschlags 1979 abstimmen. Diese umfaßt das Kapitel 63 in 1020 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlags 1979 in der Fassung des Ausschlußberichtes 1100 der Beilagen.

Diese Beratungsgruppe umfaßt die Kapitel 50 bis einschließlich 57 samt dem zu Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags wie auch die Kapitel 59 und 74 bis einschließlich 76 in 1020 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang und die dazugehörenden Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde.

Es sind dies:

die Anlagen I a bis I c – Gesamtübersichten, unter Berücksichtigung des Abänderungsantrages zur Beratungsgruppe XI,

Anlage II a – Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlags,

Anlage III – Stellenplan und

der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie

der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen, in 1020 und Zu 1020 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang in der Fassung des Abänderungsantrages des Abgeordneten Dr. Tull und Genossen sowie den oben erwähnten Anlagen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1979 samt Anlagen beendet.

Präsident Minkowitsch

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist das Budget für das Jahr 1979 verabschiedet.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 2263/J bis 2268/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 15. Dezember, um 9 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen. Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 10 Minuten